

Philipps-Universität Marburg

Wissenschaftliche Hausarbeit
im Rahmen der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien
im Fach
Politik und Wirtschaft

Eingereicht bei der Hessischen Lehrkräfteakademie
Prüfungsstelle Marburg

Präfigurative Konzepte einer libertär-sozialistischen Transformation

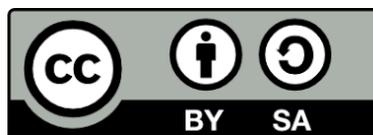
*Partizipatorische Ökonomie, Anarcho-Syndikalismus und
Libertärer Munizipalismus*

vorgelegt von
Adrian Dragusha

Gutachter:
Dr. Fabian Georgi
Prof. Dr. John Kannankulam

Marburg, 2022

Originaldokument gespeichert auf dem Publikationsserver der
Philipps-Universität Marburg
<http://archiv.ub.uni-marburg.de>



Dieses Werk bzw. Inhalt steht unter einer
Creative Commons
Namensnennung
Weitergabe unter gleichen Bedingungen
4.0 Deutschland Lizenz.

Die vollständige Lizenz finden Sie unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei all denjenigen bedanken, die mich während der Anfertigung der Wissenschaftlichen Hausarbeit wie auch im gesamten Studium begleitet und unterstützt haben.

Mein Dank gebührt Herrn Dr. Fabian Georgi, der meine Wissenschaftliche Hausarbeit freundlicherweise betreut und begutachtet hat und dessen spannende Anregungen, pointierte Kritik sowie interessiert Engagement mir bei der Anfertigung der Arbeit eine große Hilfe und Motivation waren. Überdies möchte ich auch Herrn Prof. Dr. John Kannankulam meinen Dank aussprechen, der sich dazu bereiterklärt hat, Zweitgutachter meiner Wissenschaftlichen Hausarbeit zu sein.

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	1
2 Kritische Transformationstheorie	8
2.1 Wider das <i>Bilderverbot</i> – Zur Notwendigkeit von konkreten Utopien für eine radikal-emanzipatorische Transformation.....	8
2.2 Die Dialektik des Transformationsprozesses: Bestimmung von <i>Ziel</i> und <i>Weg</i>	25
3 Partizipatorische Ökonomie – Prototyp einer libertär-sozialistischen Re-/Produktionsweise?	38
3.1 Werte und Prinzipien.....	44
3.1.1 Solidarität.....	45
3.1.2 Vielfalt.....	45
3.1.3 Effizienz.....	46
3.1.4 Ökonomische Gerechtigkeit.....	47
3.1.5 Ökologische Nachhaltigkeit.....	51
3.1.6 Klassenlosigkeit.....	51
3.1.7 Selbstverwaltung und Wirtschaftsdemokratie.....	52
3.2 Wider Märkte <i>und</i> Zentralplanung.....	53
3.2.1 Argumente gegen Märkte.....	53
3.2.1.1 Märkte sind ineffizient.....	54
3.2.1.2 Arbeitsmärkte sind ungerecht.....	59
3.2.1.3 Märkte wirken sich negativ auf zwischenmenschliche Beziehungen aus.....	60
3.2.1.4 Märkte unterminieren Demokratie und Selbstverwaltung.....	61
3.2.2 Argumente gegen Zentralplanung.....	64
3.2.2.1 „ <i>An information game of cat and mouse</i> “.....	66
3.2.2.2 Autoritarismus, Klassenherrschaft und die Eliminierung von Selbstverwaltung.....	67

3.3 Die Institutionen einer Partizipatorischen Ökonomie.....	69
3.3.1 Vergesellschaftete Produktionsmittel und Commons.....	71
3.3.2 Arbeiter*innenräte.....	72
3.3.3 <i>Balanced-Job-Complexes</i>	75
3.3.4 <i>Effort-Ratings</i> und Sonderbedarfe.....	79
3.3.5 Konsument*innenräte.....	83
3.3.6 Föderationen.....	86
3.3.7 Weitere Institutionen – <i>Unterstützungsbüro</i> und <i>R&D-Units</i>	87
3.4 Demokratisch-partizipatorische Wirtschaftsplanung.....	88
3.4.1 Der jährliche (<i>iterative</i>) Planungsprozess.....	89
3.4.1.1 Die einzelnen Schritte.....	90
3.4.1.2 Zur Annahme und Ablehnung von Eigentätigkeitsvorschlägen.....	93
3.4.1.3 Anreize.....	97
3.4.1.4 Flexible Anpassung während des laufenden Jahres.....	98
3.4.1.5 Exkurs: <i>Pollution Demand Revealing Mechanism</i>	99
3.4.1.6 Evaluation des jährlichen Planungsverfahrens.....	100
3.4.2 Investmentplanung und langfristige Entwicklungsplanungen.....	103
3.5 Kritik und Erwiderungen.....	105
3.5.1 Das <i>Unterstützungsbüro</i> – Eine verkappte Zentralplanungsagentur?.....	105
3.5.2 <i>The Kinky Underwear Problem</i>	106
3.5.3 <i>The size 6 purple woman's high-heeled shoe with a yellow toe problem</i>	107
3.5.4 (K)eine Prise Marktwirtschaft?.....	110
3.6 Die sozialistische Kalkulationsdebatte <i>revisited</i>	112
4 Der Weg von <i>hier</i> nach <i>dort</i>: Anarcho-Syndikalismus und Libertärer Munizipalismus – Keimformstrategien libertär-sozialistischer Transformation?	116
4.1 Anarcho-Syndikalismus.....	116
4.1.1 Kurzer Abriss der Geschichte.....	116
4.1.2 Begriff, Prinzipien und Zielsetzung.....	120
4.1.3 Das Transformationskonzept des Anarcho-Syndikalismus: Vermittlung von Präfiguration und alltäglichem Klassenkampf.....	126
4.1.3.1 Strategie.....	129
4.1.3.2 Institutionen und Strukturen des Syndikalismus.....	131
4.1.3.3 <i>Direkte Aktion</i>	134

4.1.4 Praxisbeispiel: Spanische Revolution.....	136
4.1.5 Kritik am Anarcho-Syndikalismus.....	143
4.2 Libertärer Munizipalismus.....	148
4.2.1 Harveys <i>Rebellische Städte</i>	148
4.2.2 Libertärer Kommunalismus nach Bookchin.....	150
4.2.2.1 Begriff und Zielsetzung.....	151
4.2.2.2 Transformationskonzept.....	156
4.2.3 Praxisbeispiel: Rojava.....	158
4.2.4 Kritik am Libertären Munizipalismus.....	164
5 Schlussfolgerungen zu Partizipatorischer Ökonomie, Anarcho-Syndikalismus und Libertärem Munizipalismus im Hinblick auf eine libertär-sozialistische Transformationstheorie.....	168
6 Resümee.....	173
7 Literaturverzeichnis.....	179

1 Einleitung

„A map of the world that does not include Utopia is not worth even glancing at, for it leaves out the one country at which Humanity is always landing. And when Humanity lands there, it looks out, and, seeing a better country, sets sail. Progress is the realisation of Utopias.“¹

Oscar Wilde

Seit dem breiten Zusammenbruch des sogenannten *real existierenden Sozialismus* der *Ostblockstaaten* und dem darauffolgenden Beginn neoliberaler Hegemonie im postfordistischen Zeitalter feierte die TINA-Doktrin ihren Triumphmarsch: *There Is No Alternative!*² Der kapitalistische liberal-repräsentative Parlamentsstaat ist das *Ende der Geschichte!*³ – tönte es aus allen Lautsprechern.

Radikale Alternativvorschläge einer grundlegend anderen, gerechteren und rationaleren Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung hatten es in dieser Zeit besonders schwer sich zu behaupten und wurden im gesellschaftlichen Diskurs allzu schnell – mit obligatorischem Verweis auf das eklatante Scheitern der autoritären Regime sowjet-kommunistischer Provenienz – als *linke Phantastereien* abgekanzelt, wenn nicht gar pauschal unter *Totalitarismusverdacht* gestellt.⁴

Gegenüber diesen Dogmen regt sich jedoch zunehmend Kritik und Widerstand. Periodische Wirtschaftskrisen; eine sukzessiv auseinanderdriftende Kluft zwischen Arm und Reich⁵ und – damit zusammenhängend – eklatant asymmetrische Machtverhältnisse, die sich nicht nur in den Industrieländern, sondern vor allem auch im globalen Maßstab als tiefgreifendes Herrschaftsverhältnis manifestieren (*imperiale Lebensweise*)⁶; die Krise der liberal-parlamentarischen Demokratie; das weltweite Erstarren reaktionärer bis faschistoider Kräfte; die Krise der

1 Wilde, Oscar, The Soul of Man under Socialism, in: <https://www.marxists.org/reference/archive/wilde-oscar/soul-man/> (abgerufen am 08.06.2022).

2 Zur TINA-Rhetorik, siehe: Séville, Astrid, „There is no alternative“. Politik zwischen Demokratie und Sachzwang, Frankfurt 2017.

3 Vgl. Jordan, Stefan, Francis Fukuyama und das „Ende der Geschichte“, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 6/2009, H. 1, S. 159-163; Vgl. Demirović, Alex, Zur Dialektik von Utopie und bestimmter Negation, in: Christina Kaindl (Hg.), Kritische Wissenschaft im Neoliberalismus, Marburg 2005, S. 143.

4 Vgl. Fest, Joachim, Der zerstörte Traum. Vom Ende des utopischen Zeitalters, Berlin 1991.

5 Vgl. Alvaredo, Facundo et al. (Hg.), Die weltweite Ungleichheit. Der World Inequality Report, München 2018.

6 Vgl. Brand, Ulrich u. Wissen, Markus, Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München 2017.

sozialen Reproduktion;⁷ eine zunehmend instabile und unfähige globale Sicherheitsarchitektur, deren Scheitern sich in einer Vielzahl an Kriegen und sich weltweit zuspitzenden Konflikten um die Kontrolle von Ressourcen und Einflussphären niederschlägt und neuerdings die Eskalation bis hin zum Atomkrieg wieder als ernstzunehmendes Szenario erscheinen lässt; damit einhergehende historische Fluchtbewegungen; sowie nicht zuletzt die existenzielle Gefährdung eines Fortbestehens der Menschheit in Anbetracht der drohenden Klimakatastrophe.⁸ Die sich zur *Vielfachkrise*⁹ verdichtenden multiplen Krisenprozesse unserer heutigen Zeit verlangen nach neuen, radikalen emanzipatorischen Antworten, welche das Bestehende nicht nur grundlegend infrage stellen, sondern darüber hinaus auch mit überzeugenden alternativen Formen menschlicher Vergesellschaftung aufwarten können.

Galt vor einigen Jahren noch das *Zeitalter der Utopien* als endgültig überwunden,¹⁰ so werden jüngst immer mehr konkrete Transformations-Vorschläge debattiert, die eine andere, gerechtere, sozialere, freiere und friedlichere Welt verwirklicht sehen wollen: Neben systemkonformerer Ansätze wie der *Gemeinwohlökonomie*¹¹ oder einem *Green-New-Deal*, politisch sehr heterogenen Ansätzen wie der *Degrowth/Postwachstumsbewegung*¹², finden sich darunter auch dezidiert linke – progressiv-emanzipatorische – Projekte wie zum Beispiel der Ruf nach Etablierung einer *Wirtschaftsdemokratie*¹³ sowie diverse *Commons*-Konzeptionen¹⁴. Vor allem letztere Ansätze zeichnen sich hierbei dadurch aus, sich den Begriff der Utopie wieder offen-

7 Vgl. Winker, Gabriele, *Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft*, Bielefeld 2015, S. 91-118.

8 Vgl. Wallace-Wells, David, *Die unbewohnbare Erde. Leben nach der Erderwärmung*, München 2021; Vgl. IPCC, *Climate Change 2022. Impacts, Adaptation and Vulnerability*, in: https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg2/downloads/report/IPCC_AR6_WGII_FinalDraft_FullReport.pdf (abgerufen am 08.06.2022).

9 Der Begriff der Vielfachkrise wurde erstmals im gleichnamigen Sammelband aus dem Jahre 2011 konzeptualisiert (Vgl. Demirović, Alex et al. (Hg.), *VielfachKrise – Im finanzmarktdominierten Kapitalismus*, Hamburg 2011). Für eine aktuelle Studie zur Historie und Entwicklung des Begriffes, siehe: Klauke, Sebastian, *Kapital & Krise. Zur Theorie der Multiplen Krise des Kapitalismus*, Berlin 2022.

10 Vgl. Fest, Traum; Vgl. Saage, Richard, *Benötigen wir politische Utopien zur Bewältigung der Probleme des 21. Jahrhunderts?*, in: Reinhard Engelland (Hg.), *Utopien, Realpolitik und Politische Bildung. Über die Aufgaben Politischer Bildung angesichts der politischen Herausforderungen am Ende des Jahrhunderts*, Opladen 1997, S. 15f.

11 Die *Gemeinwohlökonomie* möchte sich (minimalinvasiv) weiter im Marktsystem bewegen, aber – man könnte sagen, im Sinne der Stakeholder-Doktrin – durch die sogenannte Gemeinwohl-Bilanz mehr Anreize für ökologische und soziale Ressourcennutzung sowie kooperative Aktivitäten schaffen und damit eine *ethische Marktwirtschaft* verwirklichen. Siehe dazu: Felber, Christian, *Die Gemeinwohl-Ökonomie. Eine demokratische Alternative wächst*, 2. Aufl., Wien 2017.

12 Einen Überblick zu den Strömungen bieten: Eversberg, Dennis u. Schmelzer, Matthias, *Über die Selbstproblematik zur Kapitalismuskritik. Vier Thesen zur entstehenden Degrowth-Bewegung*, in: http://forschungsjournal.de/sites/default/files/downloads/fjsb_2016-1_eversberg_schmelzer.pdf (abgerufen am 08.06.2022); Vgl. Schmelzer, Matthias u. Passadakis, Alexis, *Postwachstum. Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte*, Hamburg 2011, S. 56-64.

13 Vgl. Demirović, Alex (Hg.), *Wirtschaftsdemokratie neu denken*, Münster 2018.

14 Siehe zum Beispiel: Friederike Habermanns Konzept einer *Ecommony* (Vgl. Habermann, Friederike, *Ecommony. UmCARE zum Miteinander*, Sulzbach am Taunus 2016) oder auch Simon Sutterlütts und Stefan Meretz' Modell des *Commonismus* (Vgl. Sutterlütts, Simon u. Meretz, Stefan, *Kapitalismus aufheben. Eine Einladung, über Utopie und Transformation neu nachzudenken*, Hamburg 2008).

siv – im ursprünglichen Sinne¹⁵ – anzueignen und damit gleichsam den Versuch zu machen, eine post-kapitalistische Alternative zu Markt und Verwertungszwang zu formulieren, ohne dabei in autoritäre Strukturen und Muster zurückzufallen.

Aus einer emanzipatorischen Perspektive ist diese neuerliche Aufbruchsstimmung und -bewegung progressiver Kräfte sicherlich begrüßenswert, jedoch gilt es dabei auch, mit Kritik nicht zu sparen.

Wenn man nämlich einen näheren Blick auf jene linken Ansätze wirft, wird nicht selten der Eindruck erweckt, als würde hier das Rad komplett neu erfunden:¹⁶ Den betreffenden – sich nicht selten in der marxistischen Tradition verortenden – Theoretiker*innen, geläutert in Anbetracht der niederschmetternden Erfahrungen des *real existierenden Sozialismus*, offenbarte sich schließlich retrospektiv die Erkenntnis, dass es vielleicht doch nicht die allerbeste Idee war, im Interesse der Abschaffung jeglicher Herrschaftsverhältnisse ausgerechnet einen hochpotenten Herrschaftsapparat wie den Staat zum Zentrum der Umgestaltung zu machen – in der Hoffnung, dass er dann irgendwie schon von selbst *absterben*¹⁷ werde und sich die in ihm konzentrierten Machtdynamiken nicht (autoritär) verselbständigten. Eine weitere *Entdeckung* lautete, fortan nicht mehr alleinig Klassenverhältnisse zu fokussieren, sondern in den Analysen Wert auf die nicht-hierarchisierende Betrachtung intersektionaler Herrschaftsverhältnisse – und deren Interdependenzen – zu legen. Und da *die* freie Gesellschaft augenscheinlich nicht durch die staatliche Machtübernahme – einer Partei – mittels Revolution quasi über Nacht hergestellt werden konnte, reifte auch der Gedanke, dass man diese Gesellschaft schon im Bestehenden aufbauen, ja gewissermaßen durch *Keimformen*¹⁸ *präfigurativ*¹⁹ antizipieren müsse. Doch um zu wissen, was genau man denn da im Hier und Jetzt aufbauen soll, ist es natürlich vorteilhaft, ungefähr zu errahnen, wohin der Weg gehen soll – bedeutet: Es bedarf, komplementär zu einer solchen Transformationsstrategie, auch zeitgemäßer Utopien, wie eine freie

15 Siehe: Kapitel 2.1.

16 „Die Aufhebungstheorie stellt ein *neues* Paradigma der Transformationstheorie dar, indem sie sich dem eigentlichen transformationstheoretischen Gegenstand, dem qualitativen Wandel der Gesellschaftsform, zuwendet [Hervorhebungen, A.D.].“ (Sutterlütti/Meretz, Kapitalismus, S. 98).

17 „Der Staat wird nicht 'abgeschafft', er *stirbt* ab.“ (Engels, Friedrich, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring), in: MEW 20, 6. Aufl., Berlin 1975, S. 262) Vgl. Lenin, Wladimir Iljitsch, Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution, in: Lenin Werke 25, 4. Aufl., Berlin 1974, S. 407-413.

18 Der Begriff *Keimform* wird hier verstanden im Sinne des Ausbringens einer Saat in Form emanzipatorischer Projekte in der Gegenwart, welche die zentralen Elemente der zukünftigen egalitären Gesellschaft bereits in sich tragen und durch ihre sukzessive Verallgemeinerung auf eine Aufhebung beziehungsweise Transformation des Bestehenden hin zur gewünschten Vision drängen. (Vgl. Sutterlütti/Meretz, Kapitalismus, S. 81-98, S. 201-242).

19 Der Begriff der *präfigurativen Politik* wird maßgeblich Carl Boggs zugeschrieben. (Vgl. Boggs, Carl, Marxism, Prefigurative Communism, and the Problem of Workers' Control, in: Radical America 11/6 u. 12/1, 1977, S. 99-122; Vgl. Boggs, Carl, Revolutionary Process, Political Strategy, and the Dilemma of Power, in: Theory and Society 4/3, 1977, S. 359-393). Näheres hierzu, siehe Fn. 155.

Gesellschaft aus heutiger Perspektive aussehen könnte, womit man sich zugleich den schwerwiegenden Ketten des *Bilderverbots* entledigt – oder dieses zumindest soweit verdreht und uminterpretiert, bis es schließlich vollkommen ausgehöhlt ist²⁰.

Entgegen etwaiger Zusammenbruchsprophezeiungen²¹ wird der Kapitalismus demzufolge wohl aller Voraussicht nach die „vorherrschende Struktur wirtschaftlicher Organisierung bleiben“, „solange keine gangbare Alternative zu ihm aktiv auf die historische Tagesordnung gesetzt wird, in der Bevölkerung breite Unterstützung erfährt und mit einer politischen Bewegung einhergeht, die diese Unterstützung in politische Macht zu übertragen vermag.“²² Soweit zum groben Stand heutiger kritischer Transformationsforschung.²³

Obgleich dieser Paradigmenwechsel und die ihn begleitenden Tendenzen – auch und vor allem im marxistischen Lager – nach emanzipatorischen Maßstäben gewiss einen Fortschritt darstellen, so ist doch zu konstatieren, dass es sich dabei an vielen – fundamentalen – Stellen keineswegs um wirklich *neue* Erkenntnisse, sondern vielmehr um *alten Wein in neuen Schläuchen* handelt. Ein Grund dafür: Beim Diskurs um sozialistische Theorien wird häufig unterschlagen, dass es neben dem prominenten marxistisch-kommunistischen Strang – und/oder dem, was daraus später durch die kommunistischen wie sozialdemokratischen Parteien gemacht wurde – von Anbeginn in der Arbeiter*innenbewegung auch eine andere, dazu antagonistisch positionierte radikale sozialistische Linie gibt, welche die oben angeführten *neuen* Erkenntnisse – sei es fundamentale Herrschaftskritik (*Intersektionalität*), Machtskepsis, Ablehnung von Hierarchien und (Zentral-)Staat, sowie Keimformtheorien und damit die gezielte theoretische Nutzung von Utopien – schon seit knapp 200 Jahren propagiert: *Der libertäre (antiautoritäre) Sozialismus oder wahlweise Anarchismus*^{24, 25}.

20 Beispielhaft, siehe: Sutterlütti/Meretz, Kapitalismus, S. 100.

21 Vgl. Konicz, Tomasz, Kapitalkollaps. Die finale Krise der Weltwirtschaft, 2. Aufl., Hamburg 2019.

22 Wright, Erik Olin, Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus, Berlin 2017, S. 486.

23 Paradigmatisch hierzu, siehe: Sutterlütti/Meretz, Kapitalismus. Einen auch international häufig rezipierten Beitrag zur Transformationsforschung liefert Erik Olin Wright mit *Reale Utopien* (Vgl. Wright, Utopien). Wobei dem hinzugefügt werden sollte, dass Wright nach wie vor der Überzeugung anhängt, einen Bruch mit dem Kapitalismus und die darauffolgende Etablierung einer egalitären Gesellschaft weiterhin, zumindest unter anderem, mittels Eroberung der Staatsmacht erreichen zu können (Vgl. Wright, Utopien, S. 416, S. 421, S. 452). Jedoch erkennt er, anders als erstere, die Bedeutung des Anarchismus für eine heutige Transformationstheorie – zumindest in gewissen Grenzen (siehe Fn. 25) – an, (Vgl. Ebd., S. 435-452) worauf später noch detaillierter eingegangen wird. An dieser Stelle sei auch auf die Publikationsreihe *Beiträge zur kritischen Transformationsforschung* des *Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung* hingewiesen, die nicht nur den genannten Beitrag von Sutterlütti und Meretz, sondern unter anderem auch einen weiteren Beitrag von Wright (Vgl. Wright, Erik Olin, Durch Realutopien den Kapitalismus transformieren, in: Michael Brie (Hg.), *Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren? Beiträge zur kritischen Transformationsforschung* 2, Hamburg 2015, S. 59-106) beinhaltet.

24 *Anarchie* – aus dem Griechischen: ἀναρχία (*anarchia*) – bedeutet übersetzt *ohne Herrschaft* und beschreibt damit – entgegen der alltagssprachlichen, häufig mit Chaos assoziierten, Verwendung – den Zustand einer herrschafts- und unterdrückungsfreien Gesellschaft.

25 Wright stellt zwar dahingehend eine Ausnahme dar, dass er anarchistische Strategien in seiner Transformationstheorie – nominell – durchaus als zentrales Element berücksichtigt. Wie sich jedoch später (siehe Kapitel

Jetzt könnte man natürlich behaupten, dass dieser – ideengeschichtlicher Unkenntnis oder dem Bedarf nach Profilierung zu verdankende – Wertschätzungs- und Anerkennungsaffront nicht weiter der Rede wert sei und man sich nicht an Etiketten festklammern solle, solange sich doch die grundlegenden Ideen durchgesetzt hätten. Jedoch würde dabei ignoriert, dass dadurch auch der reiche historische Fundus, der sich in der anarchistischen/libertär-sozialistischen Praxis und den hierbei gesammelten Erfahrungen wie theoretischen Auseinandersetzungen bildete, oftmals ebenso unberücksichtigt und ungenutzt bleibt. Anstatt, dass man sich die wertvollen Erkenntnisse dieser gewachsenen Traditionslinie, ihre Fehlschläge wie Erfolge, zuzunutzen macht, wird sich in überkompensierender Abgrenzung zur Vergangenheit auch dieser produktiven Vergangenheit – der man ja zumindest perspektivisch mittlerweile überaus nahesteht – fahrlässig entledigt, was eine zeitgemäße emanzipatorische Transformationstheorie vollkommen unnötig in ihrer Entwicklung hemmt beziehungsweise zurückwirft.²⁶

Ziel dieser Arbeit ist es daher, interessante libertär-sozialistische Konzepte und Transformationsmodelle anhand der Maßstäbe heutiger Transformationsforschung zu analysieren, miteinander zu kontrastieren und auf ihren potenziellen Beitrag für eine radikale emanzipatorische Transformation zu untersuchen. Die vorliegende Arbeit gliedert sich dabei in drei übergeordnete Abschnitte:

Im *ersten Teil* wird das analytische Fundament der Arbeit gelegt, indem zunächst einmal der Begriff der Utopie erschlossen sowie die Frage nach der Sinnhaftigkeit respektive Notwendigkeit von Utopien für eine kritische Transformationstheorie adressiert wird. Daran anschließend wird das Verhältnis von *Ziel* (Utopie) und *Weg* (Transformationsstrategie) konzeptualisiert.²⁷

Auf dieser Basis wird sich schließlich im *zweiten Teil* dem Modell der *Partizipatorischen Ökonomie* (kurz: *Parecon*), als konkrete und komplexe Vision einer libertär-sozialistischen Wirtschaftsordnung, zugewandt. Im Verlauf der Analyse wird zunächst das Modell in seinen Umrissen skizziert und schließlich der Frage nachgegangen, ob und inwiefern die Partizipato-

2.2) zeigen wird, gehen damit einige (teilweise erhebliche) Verkürzungen und Auslassungen einher, die der Korrektur bedürfen.

26 Vgl. Marcks, Holger, Skizze eines konstruktiven Sozialismus. Teil 1, in: <https://direkteaktion.org/skizze-eines-konstruktiven-sozialismus-teil-1/> (abgerufen am 08.06.2022).

27 Hierbei wird der Fokus auf die Transformationsstudien von Simon Sutterlütli und Stefan Meretz – *Aufhebungstheorie* und *Kategoriale Utopietheorie* – (Vgl. Sutterlütli/Meretz, Kapitalismus, S. 81-117), Erik Olin Wright (Vgl. Wright, Realutopien; Vgl. Wright, Utopien) sowie Holger Marcks (Vgl. Marcks, Skizze I; Vgl. Marcks, Holger, Skizze eines konstruktiven Sozialismus. Teil 2, in: <https://direkteaktion.org/skizze-eines-konstruktiven-sozialismus-teil-2/> (abgerufen am 08.06.2022); Vgl. Marcks, Holger, Skizze eines konstruktiven Sozialismus. Teil 3, in: <https://direkteaktion.org/skizze-eines-konstruktiven-sozialismus-teil-3/> (abgerufen am 08.06.2022)) gelegt.

rische Ökonomie eine *wünschenswerte, gangbare und erreichbare*²⁸ Utopie einer künftigen libertär-sozialistischen Gesellschaft darstellt und damit potenziell als brauchbare Zielbestimmung einer emanzipatorischen Transformationsstrategie fungieren kann. In puncto alternativer sozialistischer Gesellschaftsentwürfe drängt sich die Partizipatorische Ökonomie als Untersuchungsgegenstand für die Transformationsforschung eigentlich geradezu als obligatorisch auf: Begründet durch Robin Hahnel und Michael Albert in den 1980er/90er Jahren – in scharfer Abgrenzung *sowohl* zu den zentralistischen Planökonomien *als auch* zur Marktwirtschaft – wurde das auf Selbstverwaltung, vergesellschafteten Produktionsmitteln, föderalistischen Rätestrukturen und demokratischer, dezentralisierter Planwirtschaft beruhende Modell einer radikalen Wirtschaftsdemokratie seither systematisch ausgebaut, evaluiert, kritisiert, angepasst und verfeinert, sodass es gegenwärtig als das bei Weitem elaborierteste Projekt einer libertär-sozialistischen Wirtschaftskonzeption – wenn nicht gar einer demokratisch-sozialistischen Ökonomie überhaupt – angesehen werden kann.²⁹ Zudem sind gerade in den letzten Jahren vermehrt Publikationen zur Partizipatorischen Ökonomie erschienen,³⁰ was sich auch in den größeren Kontext eines wahrnehmbaren Wiederauflebens der sozialistischen Planungsdebatte³¹ einreihen lässt, sodass der Zeitpunkt einer Untersuchung gegenwärtig besonders günstig gelegen scheint. So verwundert es – insbesondere in Anbetracht des recht hohen Bekanntheitsgrades im angelsächsischen Raum³² – doch sehr, dass das Modell im deutschsprachigen Transformationsdiskurs – bis auf einige unrühmliche Ausnahmen³³ – so gut wie keine

28 Zu den drei Utopiekriterien der *Wünschbarkeit, Gangbarkeit* und *Erreichbarkeit* – auf welche später noch näher eingegangen wird –, siehe: Wright, Utopien, S. 63-70.

29 Neben dem großen Detailgehalt des Konzeptes, der tiefen Auseinandersetzung mit potenziellen Widersprüchen zwischen Werten, Institutionen und Wirkungslogiken, existiert auch eine ausgearbeitete formell ökonomische Modellierung. Außerdem wurden bereits erste erfolgreiche Computersimulationen zu dem jährlichen Planungsverfahren durchgeführt. (Vgl. Hahnel, Robin, *Democratic Economic Planning*, London/New York 2021).

30 Vgl. Hahnel, *Democratic Economic Planning*; Vgl. Hahnel, Robin u. Wright, Erik Olin, *Alternativen zum Kapitalismus. Vorschläge für eine demokratische Ökonomie*, Berlin 2021; Vgl. Sandström, Anders, *Anarchist Accounting. Accounting Principles for a Democratic Economy*, London/New York 2021; Vgl. Albert, Michael, *No Bosses. A New Economy for A Better World*, Winchester/Washington 2022. Vermutlich in Kürze erscheint *A Participatory Economy* von Robin Hahnel im *AK-Press-Verlag*, welches nach eigenen Angaben – entgegen seines eher technischen und vornehmlich für ein wirtschaftswissenschaftliches Publikum bestimmten Werkes *Democratic Economic Planning* – insbesondere die Zielgruppe von Aktivist*innen und ökonomisch weniger geschulten Interessent*innen fokussiert und somit einen niedrigschwelligeren Zugang bieten soll.

31 Vgl. Daum, Timo u. Nuss, Sabine (Hg.), *Die unsichtbare Hand des Plans. Koordination und Kalkül im digitalen Kapitalismus*, 2. Aufl., Berlin 2021; Vgl. Phillips, Leigh u. Rozworski, Michal, *The People's Republic of Walmart. How the World's Biggest Corporations Are Laying the Foundation for Socialism*, London/New York 2019.

32 Bekannte Sympathisant*innen finden sich beispielsweise in: Noam Chomsky, Arundhati Roy, Howard Zinn.

33 Sutterlütti und Meretz entziehen sich beispielsweise einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der Partizipatorischen Ökonomie, indem sie ihr lakonisch unterstellen, „lediglich sozialistische Denkfiguren [zu wiederholen]“ (Sutterlütti/Meretz, *Kapitalismus*, S. 15), was offensichtlich ihre These stützen soll, dass es heute „keine gut begründete, ausformulierte Theorie einer gesellschaftlichen Alternative mehr“ (Ebd.) gebe. Wie sich noch später zeigen wird ist diese Kolportage – einer angeblich bloßen Wiederholung *sozialistischer*

Erwähnung findet. Die vorliegende Arbeit lässt sich damit auch als Versuch verstehen, diesem eklatanten Rezeptions-Defizit zu begegnen.

Im *dritten Teil* wird sich abschließend mit der Frage beschäftigt, wie heute eine adäquate libertär-sozialistische Transformationsstrategie zur Realisierung einer komplementären Zielvorstellung konkret aussehen könnte – soll heißen: wie der Weg von *hier* nach *dort* unter libertär-sozialistischen Vorzeichen gebahnt werden könnte. Vorgestellt werden dabei die Ansätze des *Anarcho-Syndikalismus* und des *Libertären Munizipalismus*. Nicht nur verfügen beide Konzepte über eine historisch gewachsene, ergiebige Tradition und ein recht breites theoretisches Fundament; auch – und vor allem – gingen aus ihnen zwei der bis heute bedeutendsten und radikalsten praktischen Umsetzungsversuche zur Etablierung einer alternativen, libertär-sozialistischen Gesellschaftsform in großem Maßstab hervor:³⁴ Die anarcho-syndikalistische *Kollektivierung in Spanien* (1936-1939) sowie die libertär-munizipalistisch inspirierte *Revolution in Rojava* (2012-). Der in diesen realen Experimenten und den ihnen zugrundeliegenden Theorien und historischen Kämpfen akkumulierte Erfahrungsreichtum soll im Folgenden für die Transformationsforschung erschlossen werden, wozu als analytischer Referenzrahmen vor allem das Konzept der Präfiguration beziehungsweise Keimformstrategie herangezogen wird. Im Laufe der Untersuchung sollen die beiden Ansätze hinsichtlich ihres transformativen Potenzials, ihrer Kohärenz und Konsistenz kontrastiert sowie auch bezüglich ihres Verhältnisses zur Partizipatorischen Ökonomie evaluiert werden, um schließlich zu klären, welche Implikationen dies für eine zeitgemäße libertär-sozialistische Transformationstheorie haben könnte.

Denkfiguren – in dieser Pauschalität nicht nur äußerst undifferenziert, sondern in elementaren Punkten auch schlichtweg unzutreffend.

Ähnlich fragwürdig geht auch Matthias Neumann vor, wenn er in seinem kurzen Sammelbandbeitrag – lediglich auf einen Literaturtitel gestützt und wohlgermerkt ohne einen einzigen konkreten Quellenverweis vorzulegen – durch implizite Schlussfolgerungen entdeckt zu haben meint, dass *Parecon* die Frage der Reproduktionsarbeit generell „systematisch vernachlässigt“ (Neumann, Matthias, *Parecon* – kein Modell für eine solidarische Gesellschaft, in: Tanja Carstensen, Melanie Groß u. Kathrin Schrader (Hg.), *Care – Sex – Net – Work. Feministische Kämpfe und Kritiken der Gegenwart*, Münster 2016, S. 110), ja „blind [ist] gegenüber Arbeit jenseits der Erwerbsarbeit“ (Neumann, *Parecon*, S. 105) und in diesem System folglich „die Arbeit, die in Wohn- und Lebensgemeinschaften stattfindet, nicht Gegenstand gesellschaftlicher Entscheidungen ist.“ (Ebd., S. 110) Dass dies – neben einigen weiteren Ungenauigkeiten und Falschannahmen (beispielsweise zur Rolle von Sanktionen (Vgl. Ebd., S. 107), Arbeit (Vgl. Ebd., S. 108) und individueller Selbstentfaltung/Freiwilligkeit (Vgl. Ebd., S. 109)) – nicht im Geringsten zutrifft, da die Berücksichtigung von häuslicher Reproduktionsarbeit sehr wohl immanenten Bestandteil einer Partizipatorischen Ökonomie sein kann und auch muss, wurde jüngst noch einmal durch Hahnel – in seiner Auseinandersetzung mit Care-Tätigkeiten und häuslicher Reproduktionsarbeit – mit Nachdruck bekräftigt. (Vgl. Hahnel, *Democratic Economic Planning*, S. 195-210) Siehe zu dem Thema auch: Bohmer, Peter; Chowdhury, Savvina u. Hahnel, Robin, *Reproductive Labor and Participatory Economics*, in: <https://www.aeaweb.org/conference/2018/preliminary/paper/FnS-Z58Gf> (abgerufen am 08.06.2022); sowie den Vortrag von Savvina Chowdhury: *Chowdhury, Savvina, Reproductive Labor in a Participatory Economy*, in: https://www.youtube.com/watch?v=HU_mpytohpK (abgerufen am 08.06.2022).

34 In diesem Zusammenhang sollten jedoch auch die ukrainische *Machnowschtschina* sowie der Befreiungskampf der *Zapatistas* im Süden Mexikos nicht unerwähnt bleiben.

2 Kritische Transformationstheorie

2.1 Wider das *Bilderverbot* – Zur Notwendigkeit von konkreten Utopien für eine radikal-emanzipatorische Transformation

„Alle großen Emanzipationsbewegungen der Menschheit zehren vom Widerstandsgeist der Utopien, dem überschüssigen Denken.“³⁵

Oskar Negt

Die Utopie ist tot – lang lebe die Utopie! Selten wurde ein Begriff so oft zu Grabe getragen, nur um kurz darauf wiederbelebt zu werden, so häufig totgesagt, nur um wenig später wieder aufzuerstehen.³⁶ Doch hat die andauernde Rhetorik der Alternativlosigkeit, die Jahrhunderte währende Agitation gegen alles, was in irgend einer Weise des Utopischen verdächtig scheint, auch ihre unverkennbaren Spuren hinterlassen: Heute wird der Begriff der Utopie im alltäglichen Sprachgebrauch und im politischen Diskurs „vor allem pejorativ verwendet“, oftmals „um den politischen Gegner zu diffamieren“³⁷: „Wenn Politikerinnen und Politiker einen politischen Vorschlag pauschal diskreditieren wollen, ohne ernsthaft argumentieren zu müssen, nennen sie ihn utopisch.“³⁸ Dabei beruhen die negativen Konnotationen, die heutzutage mit dem Begriff verbunden sind, „auf dem fatalen Missverständnis, 'utopisch' bedeute so viel wie 'realitätsfern'“³⁹, *naiv*, *unerreichbar* oder *unrealistisch*⁴⁰. Dass dies nichts mit dem ursprünglichen Bedeutungsgehalt des Begriffes gemein hat, wird schnell ersichtlich, sobald ein näherer Blick auf die Etymologie und historische Entwicklung des Utopie-Begriffes geworfen wird.

Zwar gab es schon seit der Antike einige Vorläufer, welche ideale Gesellschaftsentwürfe und imaginäre politische Systeme konzipierten,⁴¹ jedoch geht der Begriff der Utopie als solcher maßgeblich auf Thomas Morus zurück. Der humanistische Renaissance-Autor kreierte 1516 mit seinem Roman über die fiktive, weit entfernt gelegene Insel namens *Utopia* eine ideale Gesellschaft, womit er sich gegen die bestehenden Verhältnisse seiner Zeit abzugrenzen

35 Negt, Oskar, Nur noch Utopien sind realistisch. Politische Interventionen, Göttingen 2012, S. 27.

36 Vgl. Neupert-Doppler, Alexander, Utopie. Vom Roman zur Denkfigur, Stuttgart 2015, S. 7.

37 Maahs, Ina-Maria, Utopie und Politik. Potenziale kreativer Politikgestaltung, Bielefeld 2019, S. 16.

38 Wright, Realutopien, S. 62.

39 Maahs, Utopie, S. 336.

40 Siehe exemplarisch die Beschreibung des Utopiebegriffs im Duden als *undurchführbar erscheinender Plan; Idee ohne reale Grundlage*, siehe: <https://www.duden.de/rechtschreibung/Utopie> (abgerufen am 08.06.2022).

41 Als herausragendes Beispiel gilt Platons *Politeia (Der Staat)*. (Vgl. Maahs, Utopie, S. 86-90; Vgl. Saage, Richard, Utopieforschung. Band II: An der Schwelle des 21. Jahrhunderts, Berlin 2008, S. 56-58).

suchte.⁴² Das Werk avancierte in der Folge „zum Archetypus einer kritisch-konstruktiven Form neuzeitlicher politischer Fiktion und [prägte] mit einer unerwarteten Rezeptionsgeschichte über Generationen hinweg die Darstellungsform gesellschaftspolitischer Modifikationsideen.“⁴³ Der Neologismus *Utopie* setzt sich dabei aus den altgriechischen Wörtern *ou* (nicht) und *tópos* (Ort) zusammen, bezeichnet also zunächst einmal lediglich einen *Nicht-Ort*, was für sich genommen noch rein gar nichts über die Verwirklichungschancen eines solchen *noch* nicht bestehenden Ortes aussagt.⁴⁴

Die moderne Utopie-Forschung⁴⁵ identifiziert einige zentrale Attribute, welche Morus' Werk und die nachfolgenden Utopien gemein haben; sowohl was den historischen Entstehungskontext, als auch die Kernelemente der Alternativ-Konzeption betrifft: Zumeist in gesellschaftlichen Umbruch- und Krisensituationen aufkommend, tragen Utopien mittels ihrer Gegenbilder eine – direkte oder indirekte – Sozialkritik an den herrschenden Zuständen vor, welchen nicht selten egalitäre, kollektivistische Praktiken als Alternativoptionen entgegengesetzt werden^{46, 47}. Außerdem von zentraler Bedeutung: Die Menschen selbst werden hierbei

42 Vgl. Morus, Thomas, *Utopie*, Stuttgart 2003. Für einen Überblick zu Morus' Werk und zur Geschichte der Utopie insgesamt, siehe: Schölderle, Thomas, *Geschichte der Utopie. Eine Einführung*, 2. Aufl., Köln/Weimar/Wien 2017.

43 Maahs, *Utopie*, S. 9.

44 Genau genommen ist auch die Bestimmung der Utopie als positives, idealisiertes Gegenbild unpräzise: Im Fall einer *positiven* Utopie müsste eigentlich von *Eutopie* (der gute Ort) und im Fall einer *negativen* von *Dystopie* (der schlechte Ort) gesprochen werden. Zum besseren Verständnis wird im Folgenden der Begriff Utopie jedoch synonym zu Eutopie verwendet. (Vgl. Ebd., S. 104-106).

45 Seit den 1990er Jahren wurde die moderne Utopie-Forschung im deutschen Sprachraum maßgeblich durch Richard Saage vorangetrieben.

46 So schon bei Morus anzutreffen: „Ich habe Euch so wahrheitsgemäß, als mir möglich war, die Form dieses Staates beschrieben, der nach meiner festen Überzeugung der beste, ja der einzige ist, der mit Recht den Namen eines staatlichen 'Gemeinwesens' für sich beanspruchen kann. Denn wer anderswo vom 'Gemeinwohl' spricht, denkt doch überall nur an seinen Privatvorteil; hier dagegen, wo es kein Privateigentum gibt, betreibt man ernsthaft die Interessen der Allgemeinheit. Und gewiß geschieht beides mit Recht. Denn wer wüßte nicht, daß er anderswo als in Utopien trotz noch so großer Blüte des Staates für seine Person Hungers sterben muß, wenn er nicht für seinen Sondernutzen sorgt? Und somit drängt jeden die Not, sich mehr für seine eigene Person als für sein Volk, das heißt für die anderen, verantwortlich zu fühlen. Dagegen hier, wo alles Eigentum Gemeingut ist, zweifelt niemand, daß es keinem für seine Privatbedürfnisse an etwas fehlen wird, solange nur dafür gesorgt ist, daß die öffentlichen Speicher gefüllt sind. Da gibt es keine ungerechte Güterverteilung, keine Armen und keine Bettler, und obschon keiner etwas besitzt, sind doch alle reich.“ (Morus, *Utopia*, S. 142).

47 „Die politischen Utopien der Renaissance und der Reformation sind in der Zeit zwischen dem Beginn des 16. und der Mitte des 17. Jahrhunderts entstanden. Die soziopolitische Herausforderung, auf die die politischen Utopien von Morus, Campanella, Andeae, Bacon und Winstanley reagierten, ist die Konstituierung des frühneuzeitlichen Staates und das Eindringen kapitalistischer Prinzipien vor allem in die Sphäre der landwirtschaftlichen Produktion. Worauf diese Utopisten reflektierten, war die Frage, wie das Gemeinwesen aussehen soll, das die erkennbaren Mißstände der europäischen Gesellschaften der frühen Neuzeit vermeidet. [...] Nicht zuletzt spielte sie – mit Ausnahme Bacons – das Gemeineigentum gegen die kapitalistische Verwertung des Privateigentums aus in der Hoffnung, den sozialen Konflikten ein Ende zu setzen.“ (Saage, Richard, *Das Ende der politischen Utopie?*, Frankfurt am Main 1990, S. 15f.). Vgl. Saage, Richard, *Reflexionen über die Zukunft der politischen Utopie*, in: Richard Saage (Hg.), *Hat die politische Utopie eine Zukunft?*, Darmstadt 1992, S. 156f.; Vgl. Schwendter, Rolf, *Utopie. Überlegungen zu einem zeitlosen Begriff*, Berlin 1994, S. 21; Vgl. Maahs, *Utopie*, S. 51-55.

„weitgehend als Urheber ihrer eigenen gesellschaftlichen Einrichtungen dargestellt.“⁴⁸ Maahs zufolge lassen sich Utopien damit allgemein definieren als

„Produkte menschlicher Kreativität mit der Intention, durch die eigene Vorstellungskraft den Weg zu einem besseren Leben für alle innerhalb einer bestimmten Sozietät zu suchen. Bei diesen künstlichen Werken handelt es sich um (noch) nicht verwirklichte Möglichkeiten, die bewusst von Menschen entworfen wurden und ausgerichtet sind auf ein Kollektiv. Sie präsentieren eine Alternative zum Bestehenden, wodurch sie gleichsam Zeitkritik üben und den Status quo verunsichern. Somit skizzieren sie einen (noch) ‚Nicht-Ort‘, der eine ‚Ab-Sicht‘ von der Wirklichkeit ermöglicht.“⁴⁹

Mit dem Aufkommen (früh-)sozialistischer Utopien im 19. Jahrhundert – als Reaktion auf die industriell-kapitalistische Epochenwende – kam es schließlich zu einer entscheidenden Weiterentwicklung des Begriffs: Im Unterschied zu ihren klassischen, (früh-)neuzeitlichen, literarischen Pendanten sollten die sozialistischen Utopien nun keine – auf einen fernen Ort oder eine fiktive Insel projizierten – Gegenbilder der Gegenwart mehr sein, sondern vielmehr „die Leitbilder der Zukunft“⁵⁰ darstellen. Hierauf folgten schließlich auch die ersten (Siedlungs-)Experimente, welchen jedoch zumeist wenig Erfolg beschieden war.⁵¹

Entgegen der darauffolgenden marxistischen Utopiekritik – auf die gleich noch näher eingegangen wird – setzte sich diese positive Bezugnahme auf utopisches Denken und dessen systematische Ausformung von emanzipatorisch-sozialistischer Seite in Gestalt der anarchistischen/libertär-sozialistischen Traditionslinie fort.⁵² Hierbei tat sich unter anderem Gustav Landauer hervor. Mit seinem Wirken übte er einen nachhaltigen Einfluss auf die Bildung des

48 Elias, Norbert, Thomas Morus' Staatskritik, in: Wilhelm Voßkamp (Hg.), Utopieforschung. Zweiter Band, Frankfurt am Main 1985, S. 144. „Morus' Utopia ist keine seit Menschheitsgedenken vorhandene Vorstellung vom verlorenen Paradies, sondern die Konzeption einer Ordnung, die auf menschlicher Vernunft basiert. Aber nicht nur von paradiesischer Vor-Zeit, auch von messianischer End-Zeit ist Utopie verschieden. [...] An die Stelle göttlicher Offenbarung tritt die Einsicht in die menschlichen Möglichkeiten.“ (Neupert-Doppler, Utopie, S. 18).

49 Maahs, Utopie, S. 49f.

50 Neupert-Doppler, Utopie, S. 16. Eingeleitet wurde diese Verschiebung – von der räumlich-getrennten zur zeitlichen Dimension – erstmals durch Louis-Sébastien Mercier. (Vgl. Maahs, Utopie, S. 78).

51 Sei es Charles Fouriers *Phalanstere* oder Robert Owens *New Harmony*; das Scheitern der einzelnen, eskapistischen Experimente ist maßgeblich auf ihr Unvermögen zurückzuführen, das Spannungsverhältnis zwischen den eigenen Emanzipations- und Autonomiebestrebungen und dem dominanten Druck der sie umgebenden Verhältnisse produktiv zu lösen. Jedoch wäre es falsch, anhand dieser Fehlschläge nun generalisierende Schlussfolgerungen auf das zwangsläufige Scheitern utopischer Projekte zu ziehen. Nicht nur weil die etlichen Beispiele gelungener Utopien *per definitionem* nach ihrer Verwirklichung keine Utopien mehr darstellen – und damit nur noch selten in ihrer utopischen Genese erkannt werden –, sondern auch, weil sich gerade aus diesen Fehlern wichtige Einsichten und Weiterentwicklungen in der Utopietheorie ergeben haben – auch und vor allem was die Notwendigkeit einer adäquaten Gegenwartsanalyse/-kritik und Transformationstheorie anbelangt. (Vgl. Ebd., S. 119-136).

52 Vgl. Stowasser, Horst, Anarchie! Idee – Geschichte – Perspektiven, 7. Aufl., Hamburg 2020, S. 157-160; Vgl. Degen, Hans Jürgen u. Knoblauch, Jochen, Anarchismus. Eine Einführung, 5. Aufl., Stuttgart 2019, S. 8f. Zur utopisch-anarchistischen Traditionslinie bis William Morris (1890), siehe: Saage, Ende, S. 26-45.

intentionalen Utopiebegriffes⁵³ aus, welcher später auch noch Ernst Blochs sowie Karl Mannheims Abhandlungen zur Utopie maßgeblich prägen sollte.⁵⁴ In diesem Kontext ist auch die evolutionsbiologisch-anthropologische Studie Peter Kropotkins *Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt*⁵⁵ erwähnenswert. Obgleich diese Schrift keine Utopie im eigentlichen Sinne darstellt, begegnete der Autor hiermit einem, bis heute gängigen, konservativ-sozialdarwinistischen Argument, demzufolge das angeblich konkurrenzorientierte, unabänderliche menschliche *Naturell* bedinge, dass alle emanzipatorischen Bestrebungen und Alternativ-Entwürfe schon von vornherein zum Scheitern verurteilt seien, ja beim Versuch ihrer Umsetzung gar unweigerlich in ihr terroristisches, totalitäres Gegenteil umschlagen müssten.⁵⁶ Einer solchen Naturalisierung von Herrschaftsverhältnissen und Zementierung des Status Quo hält Kropotkin entgegen, dass Konkurrenz und Überlebenskampf zwar überhaupt nicht abzuspochen sei, *eine* Rolle in der Evolution gespielt zu haben, jedoch darüber hinaus fatalerweise verkannt werde, dass das Solidarprinzip in Form von Kooperation und Symbiose ebenfalls eine essenzielle – wenn nicht gar die vornehmliche – Rolle sowohl in der Evolution als auch in der menschlichen Zivilisationsbildung eingenommen hätte, womit schließlich auch die Perspektive einhergeht, jene Qualitäten gezielt fördern und ausbauen zu können.⁵⁷ Im Bestreben, die genannten konservativen Mythen zu dekonstruieren, bereitet er damit utopischem Denken überhaupt erst eine Grundlage; denn ist Emanzipation von vornherein kategorisch ausge-

53 *Intentional* hier verstanden im Sinne eines revolutionären Voluntarismus: Die – immer nur annäherungsweise – Realisierung von Utopien stützt sich demnach auf bewusstes, willentliches Handeln und ist nicht abhängig von irgendeiner historischen Mission, zwangsläufigen Notwendigkeit oder einem determiniert-teleologischen Entwicklungsschema. Damit wird die prinzipielle Offenheit und Kontingenz von Geschichte, wie auch die historische Kontextgebundenheit der Utopie, betont. Dem folgt auch Landauers Sozialismusverständnis: Der Sozialismus hängt Landauer zufolge „seiner Möglichkeit nach gar nicht von irgendeiner Form der Technik und der Bedürfnisbefriedigung ab. Sozialismus ist zu allen Zeiten möglich, wenn eine genügende Zahl Menschen ihn will. Nur wird er je nach dem Stand der Technik und je nach der verfügbaren Technik [...] immer anders aussehen, anders beginnen, anders weitergehen.“ (Landauer, Gustav, Aufruf zum Sozialismus, in: <http://www.anarchismus.at/anarchistische-klassiker/gustav-landauer/5913-gustav-landauer-aufruf-zum-sozialismus-teil-2> (abgerufen am 08.06.2022)).

Überdies wird in Landauers Utopietheorie stark die (nicht-lineare) Prozesshaftigkeit betont: Die Utopie – bei Landauer verstanden als *Intention auf eine neue Gesellschaftsform* – kulminiert demnach in keinem Endziel, sondern führt schlicht zur Auflösung der gegenwärtigen und zur Etablierung einer neuen *Topie* – wie er einen temporär gefestigten Gesellschaftszustand bezeichnet –, welche dann schließlich selbst wiederum irgendwann durch eine Utopie aufgelöst wird und in eine neue Topie mündet (Vgl. Neupert-Doppler, Utopie, S. 53-61, S. 115): „Die Utopie ist also die zu ihrer Reinheit destillierte Gesamtheit von Bestrebungen, die in keinem Fall zu ihrem Ziele führen, sondern immer zu einer neuen Topie.“ (Landauer, Gustav, Die Revolution, in: Martin Buber (Hg.), Die Gesellschaft. Sammlung sozialpsychologischer Monographien. Band 13, Frankfurt am Main 1907, S. 13).

54 Vgl. Saage, Richard, Utopieforschung. Band I: An den Bruchstellen der Epochenwende von 1989, 2. Aufl., Berlin 2008, S. 10-14.

55 Vgl. Kropotkin, Peter, Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1975.

56 Vgl. Neupert-Doppler, Utopie, S. 146-152.

57 Vgl. Kropotkin, Hilfe, S. 19; Vgl. Saage, Utopieforschung II, S. 101f.

schlossen, dann hat auch die politische Utopie ihre Daseinsberechtigung verwirkt.⁵⁸ Zentrale Thesen Kropotkins werden mittlerweile auch durch moderne Forschungsergebnisse gestützt: Seien es auf mikrobiologischer Ebene die Forschungen zur heute breit akzeptierten *Endosymbiontentheorie*,⁵⁹ welche beschreibt, dass komplexes Leben überhaupt erst durch Symbiose – Kooperation – möglich wurde;⁶⁰ oder die jüngst erschienene anthropologische Studie von David Graeber und David Wengrow, in der die Autoren im Lichte moderner archäologischer und anthropologischer Forschungsbefunde überzeugend darlegen, dass grundlegende, über Generationen hinweg unhinterfragte, Mythen zur menschlichen (Vor-)Geschichte bezüglich der angeblichen *Ursprünge* und *Zwangsläufigkeit* von Ungleichheit und Herrschaft nicht mehr aufrechtzuerhalten sind.⁶¹

Jedoch erschöpft sich hierin der konservative und vor allem der liberale Anti-Utopie-Reflex noch nicht vollends. Eine weitere Variation des – in den Grundzügen von Liberalen und Konservativen geteilten – Totalitarismuskritik, welcher in diesem Fall trotz des vordergründigen Verzichts auf naturalistische Erklärungsmuster seine essenzialistische Stoßrichtung unvermindert beibehält, lautet heruntergebrochen wie folgt:

Die Utopie sei mit der *offenen Gesellschaft* unvereinbar, da sie – gemäß der ihr eigentümlichen rigiden Festlegung auf ein holistisches, letztgültiges Endziel; durch die geplante mechanische Aufoktroyierung ihrer, der Realität entrückten, träumerischen Ideale auf die Wirklichkeit; und begründet jener im Prozess der Verallgemeinerung notwendigen, gewaltförmigen Unterdrückung abweichender Stimmen – unweigerlich auf ein anti-pluralistisches, unbewegliches und totalitäres Regime hinauslaufen würde. Nicht nur die literarischen Utopien – wie schon Platons *Politeia* – würden diese autoritäre Tendenz evident bezeugen, auch das prakti-

58 Vgl. Neupert-Doppler, Utopie, S. 147.

59 Der Endosymbiontentheorie wurde vor allem durch Lynn Margulis zum Durchbruch verholfen.

60 Vgl. Margulis, Lynn, Der symbiotische Planet oder Wie die Evolution wirklich verlief, Frankfurt am Main 2021. Gewiss könnte auf grundlegender Ebene ohnehin bezweifelt werden, ob sich solche biologisch-evolutionären Prozesse und Dynamiken überhaupt so ohne Weiteres auf die Eigenschaften menschlicher Gemeinschaften übertragen lassen.

61 Dazu gehören die – seit Hobbes und Rousseau – tradierten hegemonialen Annahmen eines angeblichen vorzivilisatorischen *Naturzustandes*, sowie die Annahme, dass Landwirtschaft und Verstädterung kausal zur Etablierung von Hierarchien und Unterdrückungs- sowie Herrschaftsverhältnissen geführt hätten, was letztlich darauf hinausläuft, zu behaupten, dass *komplexe Gesellschaften* unweigerlich Formen von Hierarchie, Zentralisierung und Herrschaft ausbilden müssten. Der von Graeber und Wengrow anhand aktuellster Forschungsergebnisse erbrachte Nachweis, dass sich ein solch deterministisch-teleologisches Entwicklungsstufenmodell bei näherem Hinsehen als unhaltbar erweist, die Herausbildung von Herrschaft und Ungleichheit – wie etliche Beispiele belegen – keinesfalls eine an *Fortschritt* gekoppelte anthropologische Konstante und Zwangsläufigkeit darstellt, sondern sich in der menschlichen Geschichte vielmehr zu jeder Zeit und an verschiedenen Orten ein buntes, kontingentes Sammelsurium an Vergesellschaftungsweisen (von hierarchisch bis horizontal – von ungleich bis egalitär) ausmachen lässt, die nicht ökonomistisch aus dem Modus der *Produktionsweise* abgeleitet werden können, eröffnet der menschlichen Entfaltung wie Emanzipation vollkommen neue Potenziale. (Vgl. Graeber, David u. Wengrow, David, Anfänge. Eine neue Geschichte der Menschheit, Stuttgart 2022).

sche Beispiel der Sowjetunion sei ein schlagendes Argument dafür, dass Utopien im Falle ihrer Realisierung zwangsläufig in totalitäre, *geschlossene* Systeme ausarten müssten.⁶² Nach dem Zusammenbruch des *real-existierenden Sozialismus* waren es sodann auch eben jene Kreise, welche mit besonders viel Verve den *finalen* Abgesang auf die Utopie anstimmten.⁶³

Zwar ist durchaus nicht in Abrede zu stellen, dass ein solcher Strang autoritärer, etatistischer Systemutopien existiert, auf den jene Beschreibungen und die daraus abgeleiteten Negativ-Szenarien abzielen – Beispiele sind Platons *Politeia*, Campanellas *Sonnenstaat* und in Teilen auch Morus' *Utopia* –, jedoch lässt sich dies mit Blick auf die utopische Tradition nicht generalisieren. Im Gegenteil:

So „hat der utopische Diskurs als ganzer seit seinem Wiederbeginn in der frühen Neuzeit stets auch in Alternativen gedacht. Er erwies sich als lernfähig, weil er Selbstkritik übte. Den geschlossenen autoritären Systemutopien in der Tradition eines Morus und Campanellas traten libertäre, die Freiheit der einzelnen betonende Ansätze gegenüber (Rabelais, de Foigny, de La Fontaine, Diderot, Morris u.a.).“⁶⁴

62 Ein bedeutender Exponent der *liberalen Utopiekritik* findet sich in Karl Popper. (Vgl. Popper, Karl, *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde I. Der Zauber Platons*, 4. Aufl., München 1974, S. 320-342; Vgl. Popper, Karl, *Utopie und Gewalt*, in: Karl Popper, *Vermutungen und Widerlegungen. Das Wachstum der wissenschaftlichen Erkenntnis. Teilband II Widerlegungen*, Tübingen 1997, S. 515-527).

Als Vertreter einer *konservativen Utopiekritik* hat sich im deutschsprachigen Raum vor allem der Historiker Joachim Fest einen Namen gemacht. Dabei sollte nicht unerwähnt bleiben, dass Fests Schriften vor verklärendem Geschichtsrevisionismus nur so strotzen, wenn er beispielsweise in gleichsetzender Manier sowohl die Sowjetunion als auch den Faschismus des Utopismus bezichtigt und, sogar noch darüber hinausgehend, die absurde These aufstellt, der Faschismus sei in der Tat erst als bloße Reaktion – in Form einer *Gegenutopie* – zur Utopie des sowjetischen Kommunismus entstanden (Vgl. Fest, Traum): „Die politische Absicht, die Fest mit seiner Utopiekritik verfolgt, ist klar: Es geht ihm darum, das Ende der Utopie zugleich als das Ende des Sozialismus auszuweisen. [...] Um die Diskreditierung des Sozialismus als Utopie zu vollenden, ordnet Fest auch den Nationalsozialismus diesem Begriff zu. [...] Aber Fest geht noch einen Schritt weiter. Er behauptet nämlich, in letzter Instanz seien die Zielvorstellungen einer 'neuen Gesellschaft' wie sie [...] [vom Faschismus, A.D.] vertreten wurden, nichts weiter als Reaktionen auf die utopischen Emanzipationsprojekte der Linken selbst [...]. Dieser These liegt der verschwiegene Schluß zugrunde: Hätte es die Provokation der linken Utopien nicht gegeben, so wäre dem Nationalsozialismus von vornherein der Boden entzogen worden.“ (Saage, *Utopieforschung I*, S. 23f.) In Wahrheit wurden natürlich schon die elementarsten Grundlagen der Utopietradition – Vernunftprinzip, Aufklärung, Universalismus, Emanzipationsstreben – von den Faschisten strikt bekämpft. (Vgl. Ebd., S. 25) „Was Fest [...] die 'Gegenutopie' der Nazis nennt, ist [daher, A.D.] in Wirklichkeit eine Negation der Utopie. [...] Die Ausweitung des Begriffs der Utopie auf den Nationalsozialismus führt [jedoch, A.D.] nicht nur wissenschaftlich in eine Sackgasse: Am Ende wird jedes Abweichen vom Status quo und von der sogenannten 'Realpolitik' als totalitäre Utopie diffamiert. Sie ist auch in politischer Hinsicht prekär, weil sie historisch nachweisbare Kausalitäten der deutschen Geschichte 'relativiert' oder sogar verdunkelt. Es waren führende Exponenten des deutschen Konservatismus, die [...] [den Faschisten, A.D.] am 30.1.1933 die Macht übergaben. Es waren deutsch-nationale Funktionsträger in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, die bis zur militärischen Kapitulation das nationalsozialistische Herrschaftssystem gegen dessen eigene selbstdestruktive Dynamik stabilisierten.“ (Ebd., S. 26; Vgl. Saage, *Utopieforschung II*, S. 30).

63 Vgl. Maahs, *Utopie*, S. 34-39, S. 143f.; Vgl. Neupert-Doppler, *Utopie*, S. 120-126, S. 146-152.

64 Saage, *Benötigen wir politische Utopien*, S. 16. Bei näherem Hinsehen werde deutlich, „dass das Konzept der säkularisierten Vernunft, von dem das utopische Denken seinen Ausgang nahm, sich seit Morus stets der Gefahr seiner totalitären Überformung bewusst gewesen ist und, durch Lernprozesse vermittelt, Selbstkorrekturen zum integrierten Bestandteil seiner eigenen dynamischen Identität erhob. Dieser grundlegende Sachverhalt gerät freilich immer dann aus den Augen, wenn das utopische Denken nur punktuell wahrgenommen wird. So setzte Popper es mit Platons 'Politeia' gleich und schrieb der utopischen Tradition Attribute zu, die

„Häufig ausgeblendet wird bei einer solchen Kritik [...] [damit vor allem, A.D.] der Strang der anarchistisch orientierten Utopien, der neben dem [...] Strang der autoritär-hierarchischen auch immer existiert.“⁶⁵

„Neuere Utopien distanzieren sich [...] deutlich von totalitär durchgeplanten Gesamtgesellschaftsentwürfen, sind weniger festgelegt und zugleich selbstkritischer. Die aufgezeigte Gesellschaft bildet eine mögliche Alternative, sie löst bestimmte Missstände, aber sie stellt keinen statischen Endzustand dar. [...] Es ist kein Balanceakt zwischen Individualismus und Kollektivismus, sondern eine Verknüpfung aus beidem; starke Gemeinschaften, die alle beteiligen, aber auch den Rückzug in einen privaten Freiraum gewähren. Entsprechend zeichnen sich diese Gesellschaften durch ein hohes Maß direktdemokratischer Prozesse und flache Hierarchien aus.“⁶⁶

Anhand dieser Beispiele zeigt sich sodann auch, dass es „kein Gesetz der Notwendigkeit“ darstellt, „dass sich Gesamtgesellschaftsziele und pluralistische Interessen ausschließen. Und es ist auch nicht grundsätzlich notwendig, dass Utopien starr ein Ideal verfolgen. Fernziele können ebenso dynamisch und mit Raum für unterschiedliche Entwicklungen angestrebt werden.“⁶⁷ Darüber hinaus geht auch die Behauptung grundlegend fehl, Utopien seien reine Wunschphantasien ohne Realitätsbezug, freischwebend und entkoppelt von der Wirklichkeit. Das Gegenteil ist der Fall: In Form ihrer Alternativkonzeption reflektieren Utopien *immer* ihren jeweiligen historischen Entstehungskontext, was auch eine – mehr oder minder komplexe – (Problem-)Analyse der entsprechenden Herkunftsgesellschaft impliziert.⁶⁸ So hat es vor allem seit den 1960er Jahren einen weiteren Schub von selbstkritisch-reflektierten, emanzipatorischen Utopien gegeben. Diese setzten sich nun vermehrt mit Fragen hinsichtlich Feminismus, Ökologie, Pluralität, Demokratisierung und dezentralen Strukturen auseinander. Dabei verwarfen sie jedwede Geschichtsteleologie und grenzten sich mit ihren Utopien dezidiert gegen repressiven Konformismus und autoritär-hierarchische Systementwürfe – als deren Antithese – ab.⁶⁹ „Nunmehr handelt es sich zumeist um Utopien prozessualen Vorgehens, bei welchen [...] auch die Veränderbarkeit der utopischen Gesellschaft selbst kein Tabu ist.“⁷⁰

„Zu konstatieren ist also das genaue Gegenteil dessen, was die konservative Kritik den politischen Utopien vorwirft: Statt Starrheit innovative Dynamik, statt Lernpathologie ständig kritische Überprüfung der jeweiligen fiktiven Konstrukte, statt Geschlossenheit Offenheit in Gestalt von Ambiguität und entwicklungsfähigen Horizonten.“⁷¹

vielleicht auf den besten Staat des griechischen Philosophen zutreffen, aber nicht auf die utopische Tradition insgesamt.“ (Saage, Utopieforschung II, S. 44) Vgl. Ebd., S. 18.

65 Maahs, Utopie, S. 95f.

66 Ebd., S. 110.

67 Ebd., S. 96.

68 Vgl. Ebd., S. 77-79; Vgl. Saage, Utopieforschung II, S. 19.

69 Vgl. Saage, Benötigen wir politische Utopien, S. 16-18.

70 Schwendter, Utopie, S. 24.

71 Saage, Utopieforschung II, S. 99.

Darüber hinaus ist es ohnehin äußerst zweifelhaft, im Fall des sowjetischen Staatssozialismus überhaupt von einer Utopie – einmal ganz zu schweigen von einer (selbst-)kritisch-reflektierten – sprechen zu können.⁷² Schließlich war schon Lenin überaus bemüht, sich demonstrativ gegen jedwede Form von Utopie – die er, nicht ganz falschliegend, mit dem libertär-sozialistischen Lager identifizierte – abzugrenzen.⁷³ Bei der deutschen Sozialdemokratie sah dies nicht anders aus.⁷⁴ Damit reihen sich beide in eine Linie linker Utopiekritik ein, die ihren folgen-schweren Ausgang mit Karl Marx und Friedrich Engels nahm und noch bis zum heutigen Tage spürbar nachwirkt.⁷⁵

Sowohl Marx als auch Engels vermieden es – bis auf einige wenige unspezifische Ausnahmen⁷⁶ – nähere Aussagen über die potenzielle Gestalt einer befreiten Gesellschaft zu treffen. Schon in den Frühschriften waren sie bestrebt, sich von ihren Vorgängern, den von ihnen so bezeichneten *utopischen Sozialisten* – also Frühsozialisten wie Owen, Fourier, und Saint-Simon –, abzugrenzen, indem sie ihnen – die sich gemäß der noch unterentwickelten Stufe der

72 „Die Praxis des Staatssozialismus bis hin zum Stalinismus [...] ist keine Utopie.“ (Neupert-Doppler, Utopie, S. 24).

73 „Wir sind keine Utopisten. Wir 'träumen' nicht davon, wie man unvermittelt ohne jede Verwaltung, ohne jede Unterordnung auskommen könnte; diese anarchistischen Träumereien, die auf einem Verkennen der Aufgaben der Diktatur des Proletariats beruhen, sind dem Marxismus wesensfremd, sie dienen in Wirklichkeit nur dazu, die sozialistische Revolution auf die Zeit zu verschieben, da die Menschen anders geworden sein werden. Nein, wir wollen die sozialistische Revolution mit den Menschen, wie sie gegenwärtig sind, den Menschen, die ohne Unterordnung, ohne Kontrolle, ohne 'Aufseher und Buchhalter' nicht auskommen werden.“ (Lenin, Staat, S. 438).

„Wir stehen völlig auf dem Boden der Marxschen Theorie: erst sie hat den Sozialismus aus einer Utopie zur Wissenschaft gemacht.“ (Lenin, Wladimir Iljitsch, Unser Programm, in: W.I. Lenin Werke. Band 4, Berlin 1955, S. 204).

74 Vgl. Neupert-Doppler, Utopie, S. 46-51.

75 Siehe zum Beispiel Demirović: „Die Utopie würde keine Gewissheit schaffen, sondern wäre als geschichtsphilosophisches Telos falscher Trost, dem, was stattfindet, durch Vorgriff auf eine scheinbar konkrete Zukunft die Würde eines Sinnes zu geben. Im Namen einer Freiheit der Zukünftigen würde sie jedoch deren Freiheit immer schon verunmöglichen, weil sie diese heute schon auszumalen versuchte.“ (Demirović, Dialektik, S. 147).

76 „In der kommunistischen Gesellschaft, wo Jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann, die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt und mir eben dadurch möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden.“ (Marx, Karl u. Engels, Friedrich, Die Deutsche Ideologie, in: MEW 3, 5. Aufl., Berlin 1978, S. 33).

„An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und. Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“ (Marx, Karl u. Engels, Friedrich, Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW 4, 8. Aufl., Berlin 1977, S. 482).

„Stellen wir uns endlich, zur Abwechslung, einen Verein freier Menschen vor, die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewußt als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben.“ (Marx, Karl, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, in: MEW 23, Berlin 1962, S. 92).

„Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion.“ (Marx, Karl, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band, in: MEW 25, Berlin 1964, S. 828).

„Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“ (Marx, Karl, Kritik des Gothaer Programms, in: MEW 19, 9. Aufl., Berlin 1987, S. 21).

Produktion auf einer entsprechend unreifen Stufe der Theoriebildung befunden hätten – einen nunmehr angeblich „wissenschaftliche[n] Sozialismus“⁷⁷ gegenüberstellten. Damit nahmen sie für sich in Anspruch, die *wahren Entwicklungsgesetze der Geschichte* entlarvt zu haben, womit implizit jedwede Spekulation und Debatte über die beste Einrichtung der Gesellschaft obsolet wurde:⁷⁸ Der Kommunismus sei demnach „nicht ein *Zustand*, der hergestellt werden soll, ein *Ideal*, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben [wird].“ Kommunismus sei „die *wirkliche* Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt.“⁷⁹ Nicht irgendwelche Utopien und Wunschvorstellungen, sondern jene „wirkliche Bewegung“ habe dem Proletariat auf seiner historischen Mission folglich den Weg zu weisen:

„Es handelt sich nicht darum, was dieser oder jener Proletarier oder selbst das ganze Proletariat als Ziel sich einstweilen *vorstellt*. Es handelt sich darum, *was es ist* und was es diesem *Sein* gemäß geschichtlich zu tun gezwungen sein wird. Sein Ziel und seine geschichtliche Aktion ist in seiner eignen Lebenssituation wie in der ganzen Organisation der heutigen bürgerlichen Gesellschaft sinnfällig, unwiderruflich vorgezeichnet.“⁸⁰

77 Marx, Karl, Konspekt von Bakunins „Staatlichkeit und Anarchie“, in: MEW 18, 6. Aufl., Berlin 1976, S. 635.

78 „Die Utopisten, sahen wir, waren Utopisten, weil sie nichts andres sein konnten zu einer Zeit, wo die kapitalistische Produktion noch so wenig entwickelt war. Sie waren genötigt, sich die Elemente einer neuen Gesellschaft aus dem Kopfe zu konstruieren, weil diese Elemente in der alten Gesellschaft selbst noch nicht allgemein sichtbar hervortraten; sie waren beschränkt für die Grundzüge ihres Neubaus auf den Appell an die Vernunft, weil sie eben noch nicht an die gleichzeitige Geschichte appellieren konnten.“ (Engels, Anti-Dühring, S. 247).

„Um diese Zeit [– zu Beginn des 19. Jahrhunderts –, A.D.] aber war die kapitalistische Produktionsweise, und mit ihr der Gegensatz von Bourgeoisie und Proletariat, noch sehr unentwickelt. Die große Industrie, in England eben erst entstanden, war in Frankreich noch unbekannt. Aber erst die große Industrie entwickelt einerseits die Konflikte, die eine Umwälzung der Produktionsweise, eine Beseitigung ihres kapitalistischen Charakters, zur zwingenden Notwendigkeit erheben [...]. Dem unreifen Stand der kapitalistischen Produktion, der unreifen Klassenlage, entsprachen unreife Theorien. Die Lösung der gesellschaftlichen Aufgaben, die in den unentwickelten ökonomischen Verhältnissen noch verborgen lag, sollte aus dem Kopfe erzeugt werden. Die Gesellschaft bot nur Mißstände; diese zu beseitigen war Aufgabe der denkenden Vernunft. Es handelte sich darum, ein neues, vollkommeneres System der gesellschaftlichen Ordnung zu erfinden und dies der Gesellschaft von außen her, durch Propaganda, womöglich durch das Beispiel von Musterexperimenten aufzuoktroyieren. Diese neuen sozialen Systeme waren von vornherein zur Utopie verdammt; je weiter sie in ihren Einzelheiten ausgearbeitet wurden, desto mehr mußten sie in reine Phantasterei verlaufen.“ (Engels, Friedrich, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: MEW 19, 9. Aufl., Berlin 1987, S. 193f.).

„Diese weltbefreiende Tat durchzuführen, ist der geschichtliche Beruf des modernen Proletariats. Ihre geschichtlichen Bedingungen, und damit ihre Natur selbst, zu ergründen und so der zur Aktion berufenen, heute unterdrückten Klasse die Bedingungen und die Natur ihrer eignen Aktion zum Bewußtsein zu bringen, ist die Aufgabe des theoretischen Ausdrucks der proletarischen Bewegung, des wissenschaftlichen Sozialismus.“ (Engels, Entwicklung, S. 228).

79 Marx/Engels, Deutsche Ideologie, S. 35.

80 Marx, Karl u. Engels, Friedrich, Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik. Gegen Bruno Bauer und Konsorten, in: MEW 2, 4. Aufl., Berlin 1962, S. 38. „Die Erfinder dieser Systeme [Saint-Simon, Fouriers, Owens, A.D.] sehen zwar den Gegensatz der Klassen wie die Wirksamkeit der auflösenden Elemente in der herrschenden Gesellschaft selbst. Aber sie erblicken auf der Seite des Proletariats keine geschichtliche Selbsttätigkeit, keine ihm eigentümliche politische Bewegung. [...] Die kommende Weltgeschichte löst sich für sie auf in die Propaganda und die praktische Ausführung ihrer Gesellschaftspläne.“ (Marx/Engels, Manifest, S. 490) So bekundet Marx, „daß der deutsche Kommunismus der entschiedenste Gegner alles Utopismus ist.“ (Marx, Karl, Der „Débat social“ vom 6. Februar über die Association démocratique in: MEW 4, 8. Aufl., Berlin 1977, S. 512).

Dies geht über eine bloße Anklage gegen ausufernde, von den objektiven Bedingungen allzu sehr losgelöste, Spekulation und die Unterstreichung der Wichtigkeit einer fundierten Gesellschaftsanalyse – wie zur Ehrenrettung von Marx gerne proklamiert⁸¹ – weit hinaus.⁸² Hier wird ein deterministisches Fortschrittsmodell zugrunde gelegt, welches die gesellschaftlichen Akteure zu bloßen Handlangern *objektiver historischer Gesetzmäßigkeiten*⁸³ degradiert und sich hiermit für eine emanzipatorische Transformationsstrategie als untauglich erweist, wie die Geschichte des *wissenschaftlichen Sozialismus* eindrücklich demonstriert hat.⁸⁴ Nichtsdestotrotz war nun das, was folgend zu einem regelrechten „Bilderverbot“⁸⁵ ausgebaut werden sollte, in die Welt gesetzt und entfaltete seine nachhaltige Wirkung: Wie oben bereits angeklungen, war in der Folge „kaum eine Gruppe [...] so sehr bemüht, sich vom Etikett der 'Utopie' zu distanzieren, wie die Sachverwalter der marxistischen Theorie.“⁸⁶ Saage zufolge sei kaum zu bestreiten, dass „diese Perhorreszierung der Utopie entscheidend mit dazu beitrug, den Marxismus zu dogmatisieren und ihn jener Qualitäten zu berauben, die sich einer ökonomistischen und deterministischen Verkürzung entziehen“⁸⁷.

Mit der kritischen Revision des marxistischen Gedankengebäudes und dem Versuch eines Aufbrechens seiner dogmatischen Verkrustung – wie beispielsweise durch die Kritische Theorie geschehen – änderte sich im 20. Jahrhundert damit auch allmählich der marxistisch geprägte Diskurs um Utopien und das *Bilderverbot*.⁸⁸ Mit der sukzessiven Aufgabe der ge-

81 Siehe hierzu Blochs Versuch einer Historisierung der marx'schen Utopie-Ablehnung: „Der Auftrag, besser gesagt: die Arbeitsmaxime, die für Marx notwendig war, über das Utopische nun nicht mehr so viel zu reden, die war doch nur polemisch, für kurze oder längere Zeit, gegen die abstrakten Utopien gerichtet, die die Vorgänger waren, die also glaubten, daß man den Reichen nur ins Gewissen reden muß, damit sie anfangen, den Ast abzusägen, auf dem sie sitzen. Marx wandte sich gegen die Überschätzung des Intellektualismus der Menschen, die charakteristisch für die utopischen Sozialisten war. [...] Das war als eine Medizin gegen das allzu spekulative Denken, gegen den allzu spekulativen Geist jener Zeit wohl notwendig, und ohne das wäre das Kapital vermutlich nie geschrieben worden und vielleicht auch nicht schreibbar gewesen. Die zeitbedingte Wendung gegen Utopie hat nun schreckliche Wirkungen gehabt. Wie viele schreckliche Wirkungen sind entstanden dadurch, daß Marx sogar zuwenig 'ausgepinselt' hat [...]. Es sind nur schreckliche Folgen daraus entstanden, daß man in einer vollkommen veränderten Situation einfach den Marx'schen Buchstaben nachgeplappert hat.“ (Adorno, Theodor W. u. Bloch, Ernst, Etwas fehlt... Über die Widersprüche der utopischen Sehnsucht, in: Ernst Bloch, Tendenz – Latenz – Utopie, Frankfurt am Main 1985, S. 364f.).

82 Wobei hier nicht unterschlagen werden soll, dass anderweitige strategische Erwägungen wie der Klassenstandpunkt und die Haltung zu sozialen Experimenten wie revolutionären Methoden ebenfalls eine Rolle in der Kritik gespielt haben. (Vgl. Neupert-Doppler, Utopie, S. 42).

83 „Geschichtliche Notwendigkeit“ (Engels, Entwicklung, S. 224).

84 Vgl. Saage, Utopieforschung I, S. 94f.

85 Adorno, Theodor W., Negative Dialektik, in: Theodor W. Adorno. Gesammelte Schriften. Band 6. Negative Dialektik – Jargon der Eigentlichkeit, Frankfurt am Main 1973, S. 207.

86 Schölderle, Geschichte, S. 122.

87 Saage, Ende, S. 20f.

88 Hierzu Herbert Marcuse: „Ich glaube, daß eine der neuen Möglichkeiten, die die qualitative Differenz der freien von der unfreien Gesellschaft anzeigt, genau darin besteht, das Reich der Freiheit im Reich der Notwendigkeit erscheinen zu lassen, in der Arbeit und nicht nur jenseits der (notwendigen) Arbeit. In einer provokativen Formulierung dieser spekulativen Idee würde ich sagen, wir müssen auch die Möglichkeit eines Weges des Sozialismus von der Wissenschaft zur Utopie und nicht nur von der Utopie zur Wissenschaft ins Auge fassen.“ (Marcuse, Herbert, Das Ende der Utopie. Vorträge und Diskussionen in Berlin 1967, Frankfurt

schichtsphilosophischen Theoreme infolge einer auch historischen Widerlegung, wurde sich nun auf die Problematik fokussiert, dass ein allzu konkretes *Auspinseln* der herbeigesehnten künftigen Gesellschaft der vollständigen Emanzipation im Wege stehe, da hierbei unweigerlich Elemente der alten, kapitalistischen, Gesellschaft in die gedanklichen, utopischen Konstrukte mit einfließen würden, womit die Hoffnung auf ein *gänzlich Anderes* von vornherein verunreinigt und kompromittiert würde. Das grundlegende Argument ist bis heute weitgehend unverändert geblieben.⁸⁹ Als beispielhaft für diese Utopie-Skepsis wird häufig Theodor W. Adorno bemüht:

„Wer einen richtigen Zustand ausmalt, um dem Einwand zu begegnen, er wisse nicht, was er wolle, kann von jener Vormacht, auch über ihn, nicht absehen. Vermöchte selbst seine Phantasie alles radikal verändert sich vorzustellen, so bliebe sie immer noch an ihn und seine Gegenwart als statischen Bezugspunkt gekettet, und alles würde schief.“⁹⁰

„In ihm ist das utopische Moment desto stärker, je weniger es – auch als eine Form des Rückfalls – zur Utopie sich vergegenständlicht und dadurch deren Verwirklichung sabotiert.“⁹¹

Was Adornos Vorstellung zufolge hingegen „Utopie ist, als was Utopie vorgestellt werden kann, das ist die Veränderung des Ganzen.“⁹²

Um auf diese Argumentation gebührend einzugehen, ist es von Interesse, einige entgegengesetzte Argumente heranzuziehen, welche *für* die konkrete Utopie – als notwendigem Element einer emanzipatorischen Transformationstheorie – sprechen.

Zunächst einmal wäre da der *motivationale Aspekt*: Wenn davon ausgegangen werden muss, dass keine höhere – geschichtsteleologische oder sonst wie begründete – Macht angerufen werden kann, um eine emanzipatorische, egalitäre, nach rationalen Maßstäben organisierte Gesellschaft zu etablieren; wenn zur Einrichtung einer solchen Gesellschaft also nicht auf das bewusste und gezielte Wollen einer breiten Gruppe von Menschen verzichtet werden kann – was entsprechend der vernunftbegründeten Zielbestimmung auch nur kohärent wäre –, wirft sich unweigerlich die Frage auf, wie jene Menschen zu einem entsprechenden aktiven transformatorischen Handeln motiviert werden können:

am Main 1980, S. 10) Vgl. Maahs, Utopie, S. 40.

89 „Nun gibt es für das Fehlen an konkreten Vorschlägen mitunter gute Gründe. Das Beschreiben beispielsweise kann allzu schnell in ein Vorschreiben umschlagen und die kapitalistisch geprägte Gedankenwelt der Gegenwart wird sich unweigerlich in jeden aus ihr heraus entwickelten Entwurf des Zukünftigen mit einschreiben. Es besteht somit die Gefahr, auch unerwünschte Elemente des Bestehenden über den Kapitalismus hinaus zu verlängern.“ (Groos, Jan, *Distribuiertes Sozialismus – Ein Anfang*, in: Timo Daum u. Sabine Nuss (Hg.), *Die unsichtbare Hand des Plans. Koordination und Kalkül im digitalen Kapitalismus*, 2. Aufl., Berlin 2021, S. 184) Vgl. Demirović, *Dialektik*, S. 147.

90 Adorno, *Negative Dialektik*, S. 345.

91 Adorno, Theodor W., *Resignation*, in: Theodor W. Adorno, *Gesammelte Schriften*. Bd 10.2. *Kulturkritik und Gesellschaft*, Frankfurt am Main 1977, S. 798.

92 Adorno/Bloch, *Etwas fehlt*, S. 353.

„Die Frage nach der Begründung der Hoffnung ist die Frage nach der Utopie. Erst wenn wir für uns die Hoffnung begründet und die menschlich-gesellschaftliche Potenz zu einer freien Gesellschaft ausreichend gezeigt haben, kann die emanzipatorische Bewegung mit Überzeugung für ihre Hoffnung eintreten und vielleicht auch andere davon begeistern.“⁹³

Dies gelte

„nicht zuletzt für die Frage nach der wirtschaftlichen Organisation im Sozialismus [...]. Es ist schlicht zu viel verlangt, hierzu zu schweigen und gleichzeitig zu erwarten, dass breite Massen an Menschen die bestehenden kapitalistischen Verhältnisse bereitwillig und freudig hinter sich lassen. Es gilt, plausible Antworten auf die Frage zu entwickeln, wie Wirtschaften so organisiert werden kann, dass die Bedürfnisse aller berücksichtigt und erfüllt werden.“⁹⁴

Demgemäß reicht es auch nicht aus, auf die unbestimmte Silhouette eines – aus der radikalen Negation in groben Umrissen herauscheinenden – ominösen *gänzlich anderen, besseren, versöhnten, befreiten und glücklichen* Zustands zu verweisen, welcher sich erst in der – ebenso nebulösen – „Veränderung des Ganzen“⁹⁵ manifestiere. Es benötige hingegen vielmehr *konkrete* Alternativ-Vorschläge, wie eine solche Gesellschaft in ihren Grundzügen gestaltet werden könnte:

„[...] We need to convince people there *is* a better alternative that is perfectly feasible. And you can't do that if you don't formulate concrete proposals.“⁹⁶

„We need a compelling response to TINA because without a vision of something worth fighting for, we cannot expect people to take the risks necessary to change things.“⁹⁷

Bezeichnend ist, dass sich selbst die sowjetischen und sozialdemokratischen Bewegungen dem Druck nicht gänzlich entziehen konnten, zu Motivationszwecken zumindest einige vage Beschreibungen der Vision einer künftigen Gesellschaft auszugeben, um ihre Mitglieder bei der Stange zu halten.⁹⁸

93 Sutterlütti/Meretz, Kapitalismus, S. 106. „Wann [...] [die Menschen] ein Leben als Zumutung empfinden, ist unterschiedlich und hängt vor allem auch von möglichen gesellschaftlichen Alternativen und dem Weg dorthin ab – was Transformations- und Utopietheorien ihren wichtigen Stellenwert gibt.“ (Ebd., S. 231).

94 Groos, Distribuiertes Sozialismus, S. 185.

95 Adorno/Bloch, Etwas fehlt, S. 353.

96 Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 207.

97 Ebd., S. 87. Vgl. Albert, Michael, Parecon. Leben nach dem Kapitalismus, Grafenau/Frankfurt am Main 2006, S. 285-290. Siehe hierzu auch Bloch: „Ein leeres Warten ohne jeden Inhalt gibt es gar nicht, sondern es gibt immer ein Warten auf etwas. Damit es jedoch nicht ebenfalls bloßes Wunsch-Denken bleibt, damit es nicht verschießt und den Spott aller klugen [...] [Menschen, A.D.] mit Recht auf sich ziehen kann, muß hier Bestimmung eintreten [...] zur Ermunterung, Ermutigung und auch zur Richtschnur, zur Kritik und zur Berichtigung“ (Bloch, Ernst, Abschied von der Utopie?, Frankfurt am Main 1980, S. 74f.).

98 Vgl. Saage, Utopieforschung II, S. 89, Vgl. Saage, Ende, S. 21f. „Ohne Hoffnung auf sozialistische Vergesellschaftung der Produktionsmittel hätte auch Marx nicht das kapitalistische Privateigentum an ihnen kritisiert.“ (Neupert-Doppler, Utopie, S. 8).

Weiteres Potenzial von konkreten Utopien liegt in ihrer Funktion als wichtige *emanzipatorisch-kritische Denkform*, „als den Wirklichkeits- wie auch Möglichkeitssinn schärfendes politisches Instrument“⁹⁹. Utopie und Kritik stehen demnach in einem komplementären Verhältnis:

„Zwischen Gesellschaftskritik und Utopie gibt es ein Wechselverhältnis: Je klarer, je konkreter die Kritik auf den Punkt gebracht wird, desto deutlicher tritt in ihr die Utopie hervor. Genauso umgekehrt: Jede Aussage über die Utopie schärft die Kritik. [...] Kritik benötigt die Utopie, sonst ist sie willkürlich. Die Explizierung der Utopie schärft die Kritik, die Konkretisierung der Kritik ergründet die Utopie.“¹⁰⁰

Ohne konkrete Utopien ist die Kritik notwendigerweise gezwungen, sich an einer unbestimmten „Veränderung des Ganzen“¹⁰¹ – oder eben fragmentierten Einzelphänomenen¹⁰² – auszurichten, wodurch sie nicht nur verhältnismäßig unscharf bleibt, sondern überdies auch die davon abhängende Emanzipationsperspektive dazu tendiert, in Messianismus und Eschatologie abzudriften.¹⁰³ Darüber hinaus ist es ohnehin problematisch, anzunehmen, eine Utopie – gleich wie abstrakt und unbestimmt – könnte von der jeweiligen umgebenden Realität (weitgehend) entkoppelt werden, da jene *immer* einem zeithistorischen Kontext entstammt und

99 Maahs, Utopie, S. 10.

100 Sutterlütti/Meretz, Kapitalismus, S. 113; Vgl. Notz, Gisela, Theorien alternativen Wirtschaftens. Fenster in eine andere Welt, 2. Aufl., Stuttgart 2012, S. 23f.

„Als Negation des Bestehenden, Intention auf Besseres, Konkretion von Möglichkeiten, Motivation von Aktivitäten, Artikulation von Bedürfnissen und Option auf Orientierung steht utopisches Bewusstsein nicht nur neben kritischem Bewusstsein und politischem Bewusstsein, sondern bildet mit diesen eine Konstellation, deren Gravitationszentrum ein noch zu umkreisendes emanzipatorisches Bewusstsein ist.“ (Neupert-Doppler, Utopie, S. 179f.).

„Die Utopie liefert eine Alternative zum Bestehenden und hat damit eine verunsichernde Wirkung auf den Status quo, der durch sie infrage gestellt wird. [...] Die Utopie zeigt, dass das, was ist, nicht immer sein muss, sondern Veränderungen möglich, auch andere Gesellschaftsmodelle als das bestehende denkbar sind – und führt diese ganz konkret vor Augen. Utopien beinhalten so auch immer eine Zeitkritik und sind eng verbunden mit der räumlichen und zeitlichen Entstehungskultur, der sie entstammen. Denn sie richten sich gegen konkrete Missstände, die in einer ganz bestimmten Gemeinschaft vorherrschen, und präsentieren ein Alternativmodell, das ebendiese aufhebt. [...] Die Utopie bleibt also eben nicht bei der Negation stehen, sondern übt stets konstruktive Kritik, die eine mögliche positive Lösung gleich mitliefert. Dieses Kernelement aber ist es, welches die Utopie als politisches Denkmodell so attraktiv macht. Es ist die herausfordernde Verbindung aus Abriss und Aufbau, die inhärent ist für politische Gestaltungsmöglichkeiten“ (Maahs, Utopie, S. 53).

101 Adorno/Bloch, Etwas fehlt, S. 353.

102 Siehe Poppers „Sozialtechnik der Einzelprobleme“ (Popper, Gesellschaft I, S. 320).

103 Vgl. Saage, Utopieforschung I, S. 2f.; Vgl. Bookchin, Murray, Die Ökologie der Freiheit. Wir brauchen keine Hierarchien, Weinheim/Basel 1985, S. 17. Damit ist auch der *undialektischen* Annahme zu widersprechen, dass sich „vom Falschen, d.h. von dem als falsch Kenntlichen aus“ schon „das Wahre bestimmt“ (Adorno/Bloch, Etwas fehlt, S. 362); wobei die Bezeichnung *der* Utopie als *das Wahre* als solche schon überaus problematisch erscheint, da anhand solcher Verabsolutierungen und letztgültiger Ziele utopischem Denken keinerlei Dynamik und Prozesshaftigkeit eingeräumt wird – wie sie bereits von Landauer nachdrücklich eingefordert wurden (siehe Fn. 53) –, sondern dies auf jenen Endzustand hinausläuft, welcher gerade von den konservativ-liberalen Utopiekritiken primär ins Visier genommen wird. „Die Utopie gibt es“ also nicht, sondern „vielmehr ein Netzwerk von Utopien, das in permanenter Kritik und gegenseitigem Austausch neue Strategien entwickeln muss.“ (Chlada, Marvin, Der Wille zur Utopie, Aschaffenburg 2004, S. 192).

hiermit auch in diesen eingebettet bleibt.¹⁰⁴ Die damit einhergehenden Probleme wie Gefahren werden in Teilen auch von Adorno gesehen, woraufhin er schließlich sogar konzidiert, dass konkrete Utopien durchaus ihre Daseinsberechtigung hätten, so denn Emanzipation möglich wäre¹⁰⁵ – dass dies auf einen Zirkel(aus)schluss hinausläuft, da sich überhaupt erst anhand konkreter Utopien erkennen lässt, ob eine Emanzipationschance besteht, sei an dieser Stelle einmal übergangen.

Ein weiteres gewichtiges Argument für konkrete Utopien betont ihre *Orientierungsfunktion*: nämlich, dass eine Alternative als Konstruktions-, Handlungs- und Orientierungsrahmen vorher umrissen sein muss, um – in einer Krisensituation oder nach dem Bruch mit dem Bestehenden – einem reflexartigen Rückgriff auf bekannte (reaktionäre) Muster bestmöglich vorzubeugen und damit eine emanzipatorische Praxis auch in chaotischeren Transformationsprozessen beizubehalten: „If they do not take pains to sketch out ahead of time what an alternative [...] might look like, those involved will inevitably fall back on versions of what they already know.“¹⁰⁶ Untermuert wird dies vom Befund, dass gerade die konservative Verklärung der

104,„Jede Utopie bleibt also in ihrer Zeit verhaftet.“ (Maahs, Utopie, S. 79) Vgl. Ebd., S. 77f.; Vgl. Neupert-Doppler, Utopie, S. 8. Dies schließt Transformationspotenzial keineswegs aus, wenn davon ausgegangen werden kann, dass die bestehenden Verhältnisse keinen hegemonialen Monolith respektive *universalen Verblendungszusammenhang* (Vgl. Adorno, Negative Dialektik, S. 397) darstellen, sondern in ihrer Komplexität und Heterogenität auch Zwischenräume, Brüche und Risse aufweisen, die emanzipatorisch ausgefüllt und ausgedehnt werden können. Siehe hierzu: Sutterlützi/Meretz, Kapitalismus, S. 102f.; Vgl. Wright, Utopien, S. 71f.; Vgl. Klauke, Kapital, S. 476.

105,„Aber, meine ich nun doch [...], diese Sache hat auch ihr sehr Vertracktes, denn dadurch, daß es uns verboten ist, das Bild zu machen, passiert auch etwas sehr Schlimmes, nämlich daß man zunächst einmal sich dann unter dem, was da sein soll, je mehr es nur als Negatives gesagt werden kann, um so weniger Bestimmtes mehr vorstellen kann. Dann aber – und das ist wahrscheinlich noch viel beängstigender – tendiert dieses Verbot einer konkreten Aussage über die Utopie dazu, das utopische Bewußtsein selber zu diffamieren und das zu verschlucken, worauf es eigentlich ankäme, nämlich diesen Willen, daß es anders ist. Und es ist ganz sicher so, daß das Grauen, das wir im Ostbereich heute erleben, zum Teil damit zusammenhängt, daß im Gefolge dessen, was Marx seinerzeit als Kritik an den französischen Utopisten und an Owen vollzogen hat, eigentlich der Gedanke an die Utopie überhaupt aus der Konzeption des Sozialismus verschwunden ist, daß dadurch die Apparatur, das Wie, die Mittel einer sozialistischen Gesellschaft gegenüber jedem möglichen Inhalt den Vorrang gewinnen, denn den möglichen Inhalt kann man ja nicht sagen und soll man nicht sagen – und daß dadurch die konsequent utopiefeindliche Theorie des Sozialismus dazu tendiert, nun wirklich zu einer neuen Ideologie für die Beherrschung der Menschen zu werden. [...]

Wenn es wahr ist, daß ein Leben in Freiheit und Glück heute möglich wäre, dann wäre die *eine* der theoretischen Gestalten der Utopie, für die ich sicher nicht zuständig bin [...], daß man konkret sagen würde, was bei dem gegenwärtigen Stand der Produktivkräfte der Menschheit möglich wäre – das läßt sich konkret und das läßt sich ohne Ausmalen und das läßt sich ohne alle Willkür sagen. Wenn das nicht gesagt wird, wenn dieses Bild nicht auch, fast möchte ich sagen: handgreiflich erscheint, dann weiß man im Grunde gar nicht, wozu das Ganze eigentlich da ist, wozu die ganze Apparatur in Bewegung gebracht wird. Verzeihe, wenn ich mich in die unerwartete Rolle des Anwalts des Positiven gebe, aber ich glaube, ohne dieses Moment käme man doch in einer Phänomenologie des utopischen Bewußtseins nicht aus.“ (Adorno/Bloch, Etwas fehlt, S. 363f.).

106Phillips/Rozworski, Republic, S. 15; Vgl. Sutterlützi/Meretz, Kapitalismus, S. 131f.; Vgl. Albert, Michael, Die machbare Utopie. Strategien für eine Gesellschaft der Zukunft, Münster 2018, S. 161f. Siehe hierzu auch Negt: „Ich habe behauptet, dass gesellschaftliche Krisensituationen Erkenntnisgewinn nur dann produzieren, wenn die orientierungsbedürftigen Menschen sichtbare und praktisch erfahrbare Alternativen vorfinden. Nur so lässt sich die Angststarre von Menschen im Überlebenskampf auflösen. Wenn es um Alternativen einer vernünftig organisierten Gesellschaft geht, darum, das Krisenbewusstsein zu stärken und Handlungsfelder

Realität als angeblich alternativlos in Zeiten von Verunsicherung vielfach rechtsextremistische Tendenzen herangezogen habe, welche im grassierenden Orientierungsvakuum erfolgreich ein Orientierungsangebot abseits der proklamierten Alternativlosigkeit zur Verfügung stellen.¹⁰⁷ So fällt schließlich auch Bini Adamczaks Verdikt zum *Bilderverbot* deutlich aus:

„Ich halte das anti-utopische Bilderverbot für erledigt. Es konnte den zahlreichen Kritiken, die dagegen vorgebracht wurden, nicht standhalten. Die [...] Vorstellung etwa, das utopische 'Auspinseln' führe quasi automatisch in den Autoritarismus, verfehlt bereits die historische Wirklichkeit – es waren eben die Erben des anti-utopischen, wissenschaftlichen Sozialismus die den übelsten Autoritarismus auf die Bühne der Geschichte brachten. Gerade die misslungenen Versuche, eine sozialistische Welt zu realisieren, werden im Nachhinein aber zum stärksten Argument gegen das Bilderverbot. Wir können uns nach einem Jahrhundert Staatssozialismus schlechterdings nicht mehr darauf herausreden, von der anvisierten Welt ließen sich keine Bilder anfertigen. Stattdessen steht die Linke vor der Aufgabe anzugeben, wie sich ihre Bilder der Zukunft von den bekannten Bildern der Vergangenheit unterscheiden.“¹⁰⁸

Die Frage, ob es heute noch Utopien geben kann und soll, ist also schon grundsätzlich falsch gestellt – laut Saage wird es so lange Utopien geben, wie der Problemdruck der Realität und der Wunsch nach einem besseren Leben fortbestehen.¹⁰⁹ Somit haben „alle Menschen, die sich in irgendeiner Form über eine bessere Zukunft Gedanken machen, [...] utopische Vorstellungen. Allein der Grad der Explikation und der Fundierung unterscheidet sich.“¹¹⁰ Die viel interessantere Frage lautet daher: *Wie und nach welchen Kriterien müssten konkrete Utopien gestaltet werden, um einer emanzipatorischen Transformation dienlich zu sein?*

Wie gezeigt werden konnte, liefert die moderne Utopieforschung hierfür einige wichtige Anhaltspunkte. Da wäre zum einen die Feststellung, dass Utopien immer „Kinder ihrer Zeit“¹¹¹ sind und somit eine notwendige Dynamik, Lernfähigkeit und Offenheit beibehalten müssen, um nicht der Erstarrung anheimzufallen:

„Um der Problematik totalitärer Ideen des idealen Endzustands zu entgehen, lassen sich Utopien daher statt als finite Baupläne besser als Prozesse denken. Als Kunstwerke, die Stück für Stück vervollständigt werden müssen und nie ganz fertig sind, wie große Baustellen, bei denen man, sobald man den letzten Teil errichtet hat, den ersten schon wieder reparieren muss.“¹¹²

der Veränderung zu bestimmen, dann lässt sich die Entwurfsphantasie – oder Utopie – konkret fassen. [...] Um eine Alternative zum bestehenden Gesellschaftssystem zu entwickeln, bedarf es des Mutes zur Utopie“ (Negt, Utopien, S. 134f.).

107Vgl. Saage, Utopieforschung I, S. 23; Vgl. Neupert-Dopper, Utopie, S. 68f.

108Adamczak, Bini u. Neupert-Doppler, Alexander, 'Ich halte das anti-utopische Bilderverbot für erledigt' – Gespräch mit Bini Adamczak, in: Alexander Neupert-Doppler (Hg.), Konkrete Utopien. Unsere Alternativen zum Nationalismus, Stuttgart 2018, S. 25.

109Vgl. Saage, Utopieforschung II, S. 88; Vgl. Saage, Benötigen wir politische Utopien, S. 22f.

110Sutterlütti/Meretz, Kapitalismus, S. 102.

111Neupert-Doppler, Utopie, S. 8.

112Maahs, Utopie, S. 92.

Hierzu gehört auch, dass idealerweise eine Vielfalt an Utopien existiert, welche im regen, produktiven Austausch miteinander stehen: „Erst eine Pluralität an Utopien eröffnet das wirklich kreative Potenzial der ständigen (Neu-)Erschaffung statt einer einmaligen Festlegung, die zu zwanghafter Statik mutieren würde.“¹¹³ Schließlich gibt es „die Utopie“ nicht, sondern bestenfalls „ein Netzwerk von Utopien, das in permanenter Kritik und gegenseitigem Austausch neue Strategien“¹¹⁴ entwickelt.

Eine emanzipatorische Utopie ist überdies nur in dezidiert (selbst-)kritischer, (selbst-)reflektierter Form zu haben,¹¹⁵ deren eigene Genese nicht ihren proklamierten Werten und Prinzipien zuwiderläuft. Für herrschaftskritische, demokratisch-partizipatorische, libertär-sozialistische Utopien bedeutet dies entsprechend eine *Demokratisierung der Utopie* in zweifacher Hinsicht; einmal was den unmittelbaren Inhalt betrifft, aber eben auch was den (deliberativ-partizipativen) Charakter des Entstehungsprozesses anbelangt:

„Die Entwicklung der Utopie steht immer am Anfang des politischen Prozesses ihrer Nutzung, aber der Prozess ist zirkulär und verlangt für Aktualität ständige Revidierung und Innovation. Dafür bedarf es kritischer Beobachter und Zuhörer, die utopischen Ideen *nach*-denken, sie gegebenenfalls erproben und beurteilen“¹¹⁶.

„Funktionale und positiv wirksame Utopien können daher nicht von oben vorgegeben werden, sondern müssen in der Gesellschaft entwickelt, diskutiert und umgesetzt werden, sonst bleiben sie im besten Fall reiner Sehnsuchtsort ohne realen Effekt und konstruieren im schlimmsten Fall ein repressives System.“¹¹⁷

Einen interessanten Ansatz hierfür stellen sogenannte *Zukunftswerkstätten*, als Plattformen deliberativer Zukunftsgestaltung, dar.¹¹⁸

Des Weiteren muss grundsätzlich neu über das Verhältnis von Utopie und Wissenschaft nachgedacht werden. Anstatt den tradierten Antagonismus zwischen beiden fortzuschreiben, sollten sie vielmehr miteinander vermittelt werden. Dies bedeutet: Es braucht sowohl wissenschaftliche Untersuchungen utopischer Modelle als auch Utopien, die wissenschaftliche (Transparenz-)Kriterien berücksichtigen – und dabei vor allem ihre zugrundeliegenden Prämissen offenlegen sowie objektive Möglichkeiten reflektieren. Bei Sutterlütti und Meretz wird dies als *Kategorische Utopie* bezeichnet:

113Ebd., S. 79.

114Chlada, Wille, S. 192.

115„Nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts können utopische Szenarien nur dann noch Glaubwürdigkeit für sich beanspruchen, wenn sie die Gefahr des Umschlagens ins Gegenteil des positiv Intendierten mit reflektieren.“ (Saage, Richard, *Utopische Horizonte. Zwischen historischer Entwicklung und aktuellem Geltungsanspruch*, Berlin 2010, S. 150) Vgl. Saage, *Utopieforschung II*, S. 19.

116Maahs, *Utopie*, S. 315.

117Ebd., S. 335.

118Vgl. Schwendter, *Utopie*, S. 63-67.

Die meisten utopischen Konzepte treffe nämlich ein „gemeinsames Problem: Sie beruhen auf bestimmten Vorstellungen und Theorien über Menschen und die Gesellschaft – und bestimmten Kritiken an der bestehenden Gesellschaft. Auf Basis dieser Theorien und Kritiken kommen sie zu ihren Moralregeln oder zur [sic!] ihrer Idee einer algorithmischen Arbeitsteilung mittels Computern o.ä. Weder Theorien noch Kritiken sind offen benannt, sie bleiben implizit. [...] Viele theoretische Vorannahmen bleiben [damit, A.D.] im Dunkeln, unklar und unhinterfragbar. [...]

Wir behaupten, dass alle Utopien eine theoretische und kritische Fundierung haben. Jede Utopie entsteht innerhalb einer bestimmten Weltvorstellung. Sie leben von einem bestimmten kategorialen Rahmen. Mit der kategorialen Utopie fordern wir eine offene Benennung und Prüfung dieses Rahmens und seines Zusammenhangs mit der Utopie ein.“¹¹⁹

Bei Wright firmiert dasselbe Ansinnen unter dem Begriff der *Realutopien*:

„Besonders bemerkenswert an der menschlichen Imaginationskraft ist die Fähigkeit, sich vorzustellen, dass die Dinge auch *anders* sein könnten, egal ob es dabei um unsere unmittelbaren Lebensumstände geht oder um die Gesellschaft als ganze. Allerdings kann diese Vorstellungskraft, die durch tiefe Sehnsüchte angetrieben wird, leicht in bloßes Wunschdenken abdriften, in Fantasien von einer besseren Welt, unbelastet von der schwierigen Frage, ob eine solche Alternative auch tatsächlich funktionieren würde. Solche Fantasien können unserem Handeln Antrieb verleihen, aber sie können auch in Sackgassen und zu Desillusionierungen führen. Wir müssen deshalb unsere utopische Sehnsucht mit dem realistischen Nachdenken über die Dilemmata und Zwänge beim Aufbau tragfähiger Alternativen verbinden.“¹²⁰

„Realutopien identifizieren institutionelle Ausgestaltungen, die zum einen emanzipatorische Ideale verkörpern und zum anderen praktische Probleme der Tragfähigkeit und Nachhaltigkeit berücksichtigen.“¹²¹

Im Folgenden wird sich nunmehr näher mit der Frage auseinandergesetzt, wie ein solcher transformationstheoretischer Rahmen zur kritischen Analyse von emanzipatorischen *Utopien* (Zielbestimmung) und – wovon bisher noch nicht die Rede war – *Transformationsstrategien* (Wegbestimmung) konkret aussehen könnte und in welchem Verhältnis beide zueinander stehen.

119Sutterlütti/Meretz, *Kapitalismus*, S. 108; Vgl. Ebd., S. 19.

120Wright, Erik Olin, *Sozialismus und Realutopien*, in: Robin Hahnel u. Erik Olin Wright, *Alternativen zum Kapitalismus. Vorschläge für eine demokratische Ökonomie*, Berlin 2021, S. 114.

121Wright, *Sozialismus*, S. 113; Vgl. Wright, *Utopien*, S. 68; Vgl. Wright, *Realutopien*, S. 62-64.

2.2 Die Dialektik des Transformationsprozesses: Bestimmung von *Ziel* und *Weg*

Bevor näher auf die Komponenten einer emanzipatorischen¹²² Transformationstheorie eingegangen wird, sollte zunächst einmal geklärt werden, wie der Begriff der *Transformation* überhaupt definiert werden kann. Reißig zufolge sind unter Transformationen „substanzielle und systemische gesellschaftliche Umformungen, Übergänge zu einem neuen Entwicklungspfad, als Wandel von Ordnungs- und Gesellschaftsmodellen, gesellschaftlichen respektive sozialen Formationen“¹²³ zu verstehen. Trotz – oder gerade wegen – (vielfacher) begrifflicher Überschneidungen müsse dabei bestmöglich zwischen Transformation, sozialem Wandel, Revolution und Evolution differenziert werden:

„Im Unterschied zum allgemeinen Begriff des 'sozialen Wandels' beschreibt der Begriff 'Transformation' nicht nur Wandel *im* (Ordnungs-)System, sondern Wandel *des* (Ordnungs-)Systems – sowohl was Ursachen, Triebkräfte und auch gesellschaftliche Konsequenzen betrifft. Im Unterschied zum Begriff 'Revolution', der eher einen abrupten, gewaltsamen, vorbestimmten Durch- und Umbruch zu einer höheren Ordnung kennzeichnet, reflektiert der Begriff 'Transformation' mehr die Ereignisgeschichte, die Entstehung des 'Neuen' im 'Alten', die Kontingenz, die Offenheit des Prozesses, unterschiedliche Übergangsformen und den Verzicht auf Mystifizierung und Heilserwartungen. Der Begriff 'Transformation' unterscheidet sich auch von dem der 'Evolution', der gesellschaftlichen Wandel nicht so sehr mit einem Gestaltungswillen verbindet und stärker die Selbsttransformation des betrachteten Systems reflektiert.“¹²⁴

Trotz des starken intentionalen Faktors bewege sich Transformation im Spannungsverhältnis einer „*Wechselwirkung von eigendynamischen, evolutionären, nicht steuerbaren Such-, Lern- und Experimentierprozessen sowie von intendierten, eingreifenden, langfristigen und umkämpften Prozessen grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen und Umgestaltungen.*“¹²⁵ Als „Prozess der Destruktion und der Neukonstitution von Typen sozioökonomischer und soziokultureller Entwicklungsweisen, von Typen sozialer Ordnungen“ sei „Transformation [...] ein mehrdimensionaler, komplexer [...], [...] Wandel der Strukturen [und] Institutionen“¹²⁶, ein „Wandel der gesamten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse [...] [und damit einhergehend, A.D.] [der] gesamte[n] Struktur und Formbestimmt-

122Zum Begriff der *Emanzipation*, siehe: Demirović, Alex; Lettow, Susanne u. Maihofer, Andrea (Hg.), *Emanzipation. Zur Geschichte und Aktualität eines politischen Begriffs*, Münster 2019; Vgl. Sutterlütti/Meretz, S. 82f.

123Reißig, Rolf, *Neue Transformation. Eine theoretische Konzeptualisierung und gesellschaftspolitische Problematisierung*, in: Michael Brie (Hg.), *Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren? Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 2*, Hamburg 2015, S. 108.

124Reißig, *Transformation*, S. 108f.

125Ebd., S. 110.

126Ebd., S. 109.

heit gesellschaftlicher Produktions- und Lebensweise.“¹²⁷ Soweit zum Transformationsbegriff. Nun zur eigentlichen Fragestellung dieses Kapitels: Welche Elemente sollte eine emanzipatorische Transformationstheorie beinhalten und in welchem (Bedingungs-)Verhältnis stehen diese zueinander?

Wright zufolge habe eine emanzipatorische Sozialwissenschaft vier wesentliche Aufgaben zu erfüllen: (1) „Spezifizierung der *moralischen Prinzipien* der Bewertung von gesellschaftlichen Institutionen“; (2) „die Nutzung dieser moralischen Prinzipien als Standards für die *Diagnose und Kritik* existierender Institutionen“; (3) „die Entwicklung eines Sets von *lebensfähigen Alternativen* als Antwort auf die Kritik“; und (4) „die Ausarbeitung einer *Theorie der Transformation* [– hier: *Transformationsstrategie*¹²⁸ –, A.D.] zur Realisierung dieser Alternativen.“¹²⁹ Im Folgenden wird sich auf die letzten beiden Punkte – 3. und 4. – fokussiert.

Hiermit wird nicht nur der Konnex zwischen Utopie und Transformationsstrategie angerissen, sondern auch auf die Reihenfolge beider in der Konzeption einer emanzipatorischen Transformationstheorie hingewiesen:

„Das Ziel emanzipatorischer Bewegungen ist der Aufbau einer herrschaftsfreien Gesellschaft. Eine Transformationstheorie muss, erstens, klären, wie die neue durchzusetzende Gesellschaftsform inhaltlich bestimmt ist (Utopiefrage). Erst wenn klar ist, welche neue Form sich durchsetzen soll, kann, zweitens, überlegt werden, wie sich diese Form durchsetzen kann (Transformationsfrage). Die erste Frage ist die Frage nach dem Ziel, die zweite die nach dem Weg. Viele neuere Transformationsansätze (Degrowth, Solidarische Ökonomie, Transition Town, Radikaler Reformismus etc.) weichen der ersten Frage aus und fokussieren auf den Weg.“¹³⁰

„Ohne utopisches Denken gibt es [jedoch, A.D.] kein Ziel gesellschaftlicher Transformation, und ohne Ziel wird der Weg in eine freie Gesellschaft fragwürdig – denn wohin sollte er gehen?“¹³¹

“Erst das begriffene Ziel macht den Weg erkennbar.“¹³²

Zur sachgerechten Evaluation solcher utopischen Alternativkonzepte schlägt Wright die drei Kriterien der *Wünschbarkeit*, *Gangbarkeit* – beziehungsweise *Lebensfähigkeit* – und *Erreich-*

127Ebd., S. 116.

128Zwar beschreibt Wright die Strategie der Transformation hier schon als *Transformationstheorie*. Dem entgegen wird der Terminus Transformationstheorie folgend jedoch der Klarheit halber zur Bezeichnung einer übergeordneten, Utopie und Transformationsstrategie umfassenden, Konzeption favorisiert.

129Wright, *Realutopien*, S. 63. An anderer Stelle führt er lediglich die letzten drei Aufgaben an: Demnach müsse sich „jegliche emanzipatorische Sozialwissenschaft drei grundlegenden Aufgaben stellen: der Ausarbeitung einer systematischen Diagnose und Kritik der Welt, wie sie existiert; dem Entwurf gangbarer Alternativen; und dem Verständnis der Hindernisse, Möglichkeiten und Dilemmata der Transformation. Zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten mag eine dieser Aufgaben dringlicher sein als die anderen doch sind alle drei für eine umfassende emanzipatorische Theorie notwendig.“ (Wright, *Utopien*, S. 50f.).

130Sutterlütti/Meretz, *Kapitalismus*, S. 64; Vgl. Ebd., S. 80, S. 82, S. 118.

131Ebd., S. 116f.

132Ebd., S. 93.

barkeit vor – „gleichermaßen bezogen auf spezifische Institutionen“ wie „auf die Makrostrukturen“¹³³.

Die Ebene der *Wünschbarkeit*¹³⁴ fokussiert sich vor allem auf die Formulierung abstrakter Werte und Prinzipien, die der künftigen Gesellschaft zugrunde liegen sollen. Dabei wird von Erwägungen der *Gangbarkeit* oder *Erreichbarkeit* noch abgesehen. Beispielhaft manifestiert sich dies im berühmten Credo „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“¹³⁵

Die hierbei noch unberücksichtigt gelassene konkrete Ausgestaltung von (funktionalen) Strukturen und Institutionen sowie interdependenter Dynamiken, Wirkungsmechanismen und Handlungslogiken wird schließlich durch das Kriterium der *Gangbarkeit* adressiert:

„Die Erforschung gangbarer Alternativen befragt Entwürfe einer Transformation bestehender gesellschaftlicher Strukturen und Institutionen daraufhin, ob sie im Falle ihrer Umsetzung tatsächlich auf nachhaltige und robuste Weise jene Folgen zeitigen würden, aufgrund derer der Entwurf formuliert wurde.“¹³⁶

Dabei bleibt jedoch „die Frage nach ihrer praktischen Erreichbarkeit unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen ausgeklammert.“¹³⁷ Doch warum sollte die *Erreichbarkeit* hier noch keine Rolle spielen? Weshalb eine Alternative zunächst auf ihre Gangbarkeit hin prüfen, die eventuell überhaupt nicht implementiert werden kann? Hier gibt Wright zu bedenken, dass die Zukunft von so vielen Ungewissheiten und Eventualitäten geprägt sei, dass man heute „unmöglich wissen [kann], wo die Grenzen erreichbarer Alternativen tatsächlich verlaufen.“¹³⁸ Zwar wäre es potenziell möglich, einige Aussagen darüber zu treffen, welche Kräfteverhältnisse strategische Optionen in absehbarer Zeit realistisch(er) erscheinen lassen, „je weiter wir jedoch in die Zukunft blicken, umso weniger können wir uns der Grenzen des Erreichbaren sicher sein.“¹³⁹ Somit sei es vor allem aus zwei Gründen notwendig, gangbare Utopien zu ergründen: Gesetztfalls die historischen Entwicklungen würden künftig die Grenzen des Möglichen (*objektiv*) erweitern, so erhöhe sich im Fall des Vorliegens gangbarer Alternativen die Chance, dass – dem emanzipatorischen Wandel verschriebene – Akteure auch „in der Lage

133Wright, Realutopien, S. 74f.

134Vgl. Wright, Utopien, S. 64.

135Marx, Kritik, S. 21.

136Wright, Utopien, S. 64.

137Ebd., S. 66.

138Ebd.

139Ebd.

sein werden, praktische Strategien zur Umsetzung der [bereits skizzierten, A.D.] Alternative zu formulieren.“¹⁴⁰ Dem komme noch eine *subjektive* Komponente hinzu. Wright zufolge

„hängen [nämlich, A.D.] die tatsächlichen Grenzen des Erreichbaren teilweise von den Ansichten ab, die Menschen darüber hegen, welche Arten von Alternativen gangbar sind. [...] Die Entwicklung systematischer, überzeugender Darstellungen gangbarer Alternativen zu bestehenden gesellschaftlichen Strukturen sowie Institutionen [...] stellt daher einen Bestandteil des gesellschaftlichen Prozesses dar, durch den die gesellschaftliche Begrenzung erreichbarer Alternativen verändert werden kann.“¹⁴¹

Oder kurz gefasst: „Lebensfähigkeit beeinflusst Erreichbarkeit.“¹⁴² Demgemäß sei der Erforschung und Entwicklung gangbarer Alternativen – zumindest in der gegenwärtigen historischen Konstellation – ein Primat vor dem Kriterium der Erreichbarkeit einzuräumen.¹⁴³

Letzteres befasse sich sodann mit der Frage, wie eine als gangbar befundene Alternative durchgesetzt werden könnte:

„Die Erreichbarkeit einer Alternative hängt [...] davon ab, inwiefern es gelingt, kohärente und überzeugende Strategien zu formulieren, die dazu beitragen, die Bedingungen für die zukünftige Umsetzung von Alternativen herzustellen, aber auch das Potenzial aufweisen, die erforderlichen gesellschaftlichen Kräfte für die Unterstützung der Alternative zu mobilisieren, sobald diese Bedingungen tatsächlich hergestellt worden sind.“¹⁴⁴

Damit ist also auf die nächste grundlegende Aufgabe einer emanzipatorischen Sozialwissenschaft verwiesen: Die Ergründung adäquater *Transformationsstrategien*.

Die diesbezüglich äußerst negativen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts – sowohl in Gestalt (abrupter) revolutionärer Umstürze, und der darauffolgenden Etablierung repressiver Regime, als auch in Form der Absorption sozialdemokratischer Transformationsstrategien und ihre Assimilation in die kapitalistische Gesellschaftsform – haben eindrücklich unter Beweis gestellt, dass sich die Mittel der gängigen, staats- und parteifixierten, Transformationsstrategien als untauglich erweisen, eine radikal emanzipatorische, herrschaftsfreie Gesellschaft herbeizuführen.¹⁴⁵

140Ebd., S. 66f.

141Ebd., S. 67. Um breite öffentliche Unterstützung zu erhalten, müsse eine solche Alternative außerdem glaubhaft machen, dass sie (auch) die materiellen Interessen der meisten Menschen befördern würde, also sicherstellen, dass das durchschnittliche Niveau der materiellen Lebensbedingungen zumindest nicht hinter jenes des Kapitalismus zurückfallen wird. (Vgl. Ebd., S. 422f.) Dies steht im Widerspruch zu einigen Degrowth-Konzepten, welche explizit einen Rückbau von Industrie, die Einschränkung materieller Konsummöglichkeiten sowie auf die lokale/regionale Ebene beschränkte Produktionsketten fordern.

142Wright, *Realutopien*, S. 75.

143Vgl. Ebd.

144Wright, *Utopien*, S. 67.

145Vgl. Sutterlütti/Meretz, *Kapitalismus*, S. 48-80. Wobei dem hinzugefügt werden muss, dass die in diesem Abschnitt von Sutterlütti und Meretz ebenfalls bemühte Kritik anarchistischer Revolutionstheorien (Vgl.

Hiervon ausgehend widmen sich Sutterlütüti und Meretz in ihrer *Aufhebungstheorie*¹⁴⁶ der Frage, wie stattdessen eine adäquate, zeitgemäße Transformationsstrategie zur Realisierung einer emanzipatorischen Gesellschaft konstituiert sein müsste, um individuelle, kollektive und gesellschaftliche Befreiung zu vereinen.¹⁴⁷

Eine der zentralen Lehren aus dem eklatanten historischen Scheitern partei- und staatszentrierter – revolutionärer wie reformistischer – Strategien bestehe in der Maxime, dass notwendigerweise eine Kohärenz beziehungsweise Identität zwischen *Mittel und Zweck* respektive *Weg und Ziel* bestehen müsse. Das Stichwort hierbei lautet Pfadabhängigkeit.¹⁴⁸ Repressive, autoritäre, zentralistische und diktatorische Mittel eignen sich demzufolge ebenso wenig wie die – nivellierenden Kompromisszwängen und Wettbewerbsbedingungen unterliegende – repräsentativ-parlamentarische Tätigkeit, um das Ziel einer radikal egalitären, demokratischen, inklusiven und emanzipatorischen Gesellschaft zu verwirklichen, da die ihnen inhärenten Dynamiken und Logiken den letztgenannten Zielen zuwiderlaufen.¹⁴⁹ „Eine Aufhebung verlangt [daher, A.D.] eine Übereinstimmung von Weg und Ziel.“¹⁵⁰ Wie Marcks – in seiner Kritik an

Ebd., S. 77f.) – wie sich noch zeigen wird – in der von ihnen unterstellten Pauschalität und Unterkomplexität unhaltbar ist.

146„Aufhebungstheorien untersuchen den Emanzipationsprozess hin zur freien Gesellschaft. Sie versuchen zu begreifen, wie wir aus dem Kapitalismus diese freie Gesellschaft erreichen können.“ (Sutterlütüti/Meretz, Kapitalismus, S. 83).

147Vgl. Ebd., S. 81-87. Sutterlütüti und Meretz sprechen hier auch von der notwendigen Bestimmung einer *Vorform*, und der Frage, wie sich diese im Sinne einer emanzipatorischen Transformation verallgemeinern könne.

148Dies gilt in besonderem Maße für destabilisierende Umbruchsituationen. Siehe hierzu: Marcks, Skizze II. Pfadabhängigkeit ist dabei nicht zu verwechseln mit Teleologie oder Determinismus. Sie geht lediglich davon aus, dass gewisse Strukturen und Wirkungslogiken sich selbst verstärkende Prozesse in Gang setzen können und damit gewisse Entwicklungen wahrscheinlicher machen als andere. (Vgl. Wetzel, Anne, Das Konzept der Pfadabhängigkeit und seine Anwendungsmöglichkeiten in der Transformationsforschung, in: <https://d-nb.info/98847946X/34> (abgerufen am 08.06.2022)).

149Vgl. Sutterlütüti/Meretz, Kapitalismus, S. 53ff.

„Die tatsächliche Praxiswirkung wird entscheidend herbeigeführt durch die Strukturen von Organisationen; sie wirken konstitutiv, kanalisieren Interaktionsprozesse und bestimmen das Feld und die Form des aktiven Handelns. Zum anderen wirkt das damit verbundene politisch-strategische Konzept sozialisierend; es befördert bestimmte Rationalitäten, Mentalitäten und Bewusstseinsformen. Intention und Funktion einer Organisation oder gar Bewegung sind somit klar voneinander zu trennen. Auf dieser Ebene findet sich denn auch ein entscheidender Schlüssel, um z.B. die Degeneration der sozialistischen Revolutionen zu erklären. Weder erklärt sich deren Tragödie durch falsche Personalentwicklungen (z.B. ob Lenin, Trotzki oder Stalin) noch durch spezifische politische Entscheidungen, die bspw. auf Grundlage einer falschen Marxismusinterpretation getroffen worden seien. Der Lauf der Geschichte ist keine Frage der richtigen Analyse. Kollektive Prozesse der Integration, Oligarchiebildung, Machtdynamik usw. sind größer als der Handlungsspielraum einzelner Persönlichkeiten, der wesentlich durch die umgebenden Strukturen bedingt ist. Die sog. 'antiautoritäre' Kritik am Marxismus war deshalb niemals ein moralischer Selbstzweck, sondern galt immer dem Zusammenhang von Struktur bzw. Methode und Wirkung. Die häufig im innerlinken Disput zu hörende Aussage: 'Wir wollen doch das Gleiche!' geht insofern völlig am Thema vorbei. Es geht nicht darum, was die vermeintlich gemeinsame Zielvorstellung ist. Der noch so gefestigte Glaube an das richtige Reiseziel nützt dem Zugreisenden nichts, wenn er sich auf dem falschen Gleis befindet.“ (Marcks, Holger, Das Langweiligste der Welt. Die Gewerkschaft als Mittel der Transformation. Zur Theorie der gesellschaftlichen Veränderung im Syndikalismus, in: <https://direkteaktion.org/195-das-langweiligste-der-welt/> (abgerufen am 08.06.2022)).

150Sutterlütüti/Meretz, Kapitalismus, S. 19.

der zeitgenössischen Transformationsforschung – konstatiert, sind diese Erkenntnisse, eines angeblich „neuen Paradigma[s]“¹⁵¹, jedoch in Wirklichkeit überhaupt nichts grundlegend Neues, sondern gehören vielmehr zum althergebrachten Kernbestand anarchistischer/libertär-sozialistischer Theoriebildung.¹⁵²

Nicht anders verhält es sich mit der hieraus durch Sutterlütli und Meretz abgeleiteten *Keimformstrategie*¹⁵³ (in libertär-sozialistischen Kreisen auch *Embryo-Theorie* genannt¹⁵⁴): Sutterlütli und Meretz sehen die zentrale Aufgabe ihrer Aufhebungstheorie darin begründet, eine *Vorform* zu bestimmen, welche die *gesellschaftsumformende Potenz* besitze, sich *präfigurativ*¹⁵⁵ – im Einklang mit der jeweiligen Zielsetzung – zu verallgemeinern und im Laufe eben dieser Verallgemeinerung schließlich eine neue – der jeweiligen Zielsetzung entsprechende – *Re/Produktions- wie Vermittlungsweise* hervorzubringen, also letztlich den *Bruch* mit der al-

151Ebd., S. 96.

152Marx selbst hatte sich – vor allem in der *Ersten Internationalen Arbeiter-Assoziation* – zeitlebens gegen einen Fokus auf derlei Strategien gewendet und sich dem entgegen bevorzugt für den Aufbau zentralistischer Parteiapparate stark gemacht. Unter anderem auf diesem organisatorisch-strategischen Streitpunkt basiert das folgenschwere Zerwürfnis der Ersten Internationalen Arbeiter-Assoziation und damit die nachhaltige Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung (siehe Kapitel 4.1.1). Vgl. Marcks, Holger, *Transnational ist besser. Stand und Perspektiven des Syndikalismus*, in: https://www.iz3w.org/zeitschrift/ausgaben/367_anarchismus/marcks (abgerufen am 08.02.2022); Vgl. Marcks, Skizze II.

153„Eine neue Gesellschaft [...] muss sich aus der alten entwickeln. Die Frage ist: Wie entsteht eine neue Gesellschaftsform aus der alten? Die Keimformtheorie gibt hierauf die Antwort: Das Neue ist schon im Alten zu finden, jedoch noch in einer unentfalteten Form, eingepasst in die alten Verhältnisse. Und doch trägt diese unentfaltete Keimform die Qualität in sich, aus der sich eine neue Gesellschaftsform entwickeln kann.“ (Sutterlütli/Meretz, *Kapitalismus*, S. 201).

154„Jede neue Gesellschaftsordnung ist in ihren ursprünglichen Ausdrucksformen naturgemäß [...] unvollendet. Nichtsdestoweniger aber müssen die Anlagen ihrer ganzen zukünftigen Entwicklung schon in allen ihren späteren Entfaltungsmöglichkeiten in jeder ihrer neugeschaffenen Institutionen gegeben sein, ebenso wie in einem Embryo bereits das ganze Tier oder die ganze Pflanze vorhanden sind.“ (Rocker, Rudolf, *Syndikalismus und Staat*, in: <https://www.anarchismus.at/texte-anarchosyndikalismus/artikel-aus-der-syndikalist/726-rudolf-rocker-syndikalismus-und-staat> (abgerufen am 08.06.2022)).

„Eine neue Gesellschaft wird nicht von irgendwelchen Eliten entworfen, die unserer Forderung nach einer neuen Welt nachgeben. [...] Zur Aufbauphase des revolutionären Prozesses gehört der Entwurf neuer institutioneller Beziehungen und, sogar noch wichtiger, der Beginn ihrer Realisierung in der Gegenwart. Das heißt es, wenn wir sagen, wir pflanzen die Saat der Zukunft schon heute. Es bedeutet, die von uns angestrebte Zukunft schon jetzt als Embryo zu schaffen und dann in immer größerem Maßstab weiterzuentwickeln. Das tun wir zum Teil zum Nutzen der direkt daran Beteiligten, die von den Vorteilen der eingeführten Neuerungen profitieren, zum Teil aber auch als Modell, das dazu beitragen soll, andere von der Machbarkeit der Ziele der Bewegung zu überzeugen, und schließlich auch, um etwas über die praktische Realität unserer visionären Ziele zu erfahren, damit wir sie beständig verbessern und verfeinern können. Was wir dabei im Auge haben, reicht von dem Gedanken, dass unsere Bewegungen die Werte und Handlungsweisen verkörpern müssen, die wir uns für eine zukünftige Gesellschaft wünschen, bis zum tatsächlichen Aufbau von Institutionen der Zukunft, die mit den Institutionen von heute konkurrieren.“ (Albert, *Utopie*, S. 272).

155„In the past century, the most direct attack on statist Marxism has come from what might be called the prefigurative tradition, which begins with the nineteenth century anarchists and includes the syndicalists, council communists, and the New Left. By 'prefigurative', I mean the embodiment within the ongoing political practice of a movement, of those forms of social relations, decision-making, culture and human experience that are the ultimate goal. Developing mainly *outside* Marxism, it produced a critique of bureaucratic domination and a vision of revolutionary democracy that Marxism generally lacked.“ (Boggs, *Marxism*, S. 100) Obgleich Boggs der marxistischen Tradition eine sträfliche Vernachlässigung des präfigurativen Moments beimisst, hält er dennoch an einer Doppelstrategie von instrumenteller – Eroberung der Staatsmacht durch eine Partei – und aufbauender, präfigurativer Politik fest. (Vgl. Sörensen, Paul, *Präfiguration. Zur Politizität einer transformatorischen Praxis*, S. 52-58).

ten Gesellschaftsform zu vollziehen.¹⁵⁶ Anstatt also zunächst einmal den Bruch anzustreben, um sich dann erst im Nachhinein an den Aufbau der alternativen Institutionen und Strukturen zu machen – wie bei den avantgardistischen, autoritär-revolutionären Ansätzen geschehen – sollte der Keim der erwünschten kommenden Gesellschaft bereits in der gegenwärtigen gelegt, also der Konstruktionsprozess in ausreichendem Maße bereits *vor* dem Bruch beziehungsweise Übergang systematisch vollzogen werden:

„Die gesellschaftliche Neuorganisation einer freien Gesellschaft benötigt einen *Konstitutionsprozess*. Es ist ein Prozess, der neue Formen gesellschaftlicher Organisation aufbaut und alte Formen umbaut. Er basiert auf den Bedürfnissen der Menschen und kann deshalb nur von ihnen selbst geschaffen werden. Die neue Gesellschaftsform [...] muss sich vor dem Übergang von einer Gesellschaftsform in eine andere – dem gesellschaftlichen Bruch oder Kipppunkt – ausreichend herausgebildet haben.“¹⁵⁷

„Der Prozess muss *innerhalb der alten Gesellschaft* beginnen. [...] Erst wenn dieser Konstitutionsprozess eine ausreichende Größe erreicht hat, um wesentliche re/produktive Bereiche der Gesellschaft zu erfassen, und wir genügend Erfahrungen mit befreienden Strukturen und Räumen gemacht haben, kann sich der Prozess gesellschaftlich verallgemeinern. Erst dann kann er den Kapitalismus in einem gesellschaftlichen Kipppunkt überschreiten und seine freie gesellschaftliche Logik und Re/Produktionsweise zur gesellschaftlichen bestimmenden, dominanten Logik machen. Der gesellschaftliche Kipppunkt fußt damit auf und entsteht aus dem vorangegangenen Konstitutionsprozess.“¹⁵⁸

Oder um es mit einer alten libertär-sozialistischen Sentenz auszudrücken: *Die neue Gesellschaft muss in der Schale der alten aufgebaut werden.*¹⁵⁹ Doch wo sollte eine solche Transformationsstrategie konkret ansetzen?

Wright betont, dass eine adäquate Transformationsstrategie die Lücken, Risse und Widersprüche in der Vergesellschaftung aufspüren und sich entsprechend zunutze machen müsse, um die „kapitalistische[n] Machtverhältnisse langfristig [zu, A.D.] erodieren“ und „sozialistische Alternativen auf[z]ubauen“¹⁶⁰:

156Vgl. Sutterlütli/Meretz, Kapitalismus, S. 90-96.

157Ebd., S. 87.

158Ebd., S. 88. Siehe hierzu auch die von Sutterlütli und Meretz vorgeschlagene *Fünfschritt-Heuristik* (Vorbedingungen – Entwicklungswiderspruch – Funktionswechsel – Dominanzwechsel – Umstrukturierung) als Systematisierung des Transformationsprozesses: „Es gibt *Vorbedingungen*, auf deren Basis sich die neue Spezifik entwickeln kann. Eine Dynamik innerhalb des alten Systems treibt die Entwicklung in einen *Entwicklungswiderspruch*. Die Spezifik eines neuen Systems entsteht (*Funktionswechsel*) und wird dominant (*Dominanzwechsel*). Schließlich stellt sich das ganze System auf die neue Logik um (*Umstrukturierung*).“ (Ebd., S. 205) Vgl. Ebd., S. 202-205.

159So beispielsweise in den Statuten der syndikalistischen *Industrial Workers of the World* zu finden: „Indem wir uns nach Branchen organisieren, formen wir die Strukturen der neuen Gesellschaft in der Schale der alten.“ (IWW, Präambel. Satzung und Statuten der Industrial Workers of the World, in: <https://archive.iww.org/PDF/German/SatzungIWW2013.pdf> (abgerufen am 08.06.2022), S. 3).

160Wright, Sozialismus, S. 151.

„Eine emanzipatorische Theorie gesellschaftlicher Transformation muss die Risse im Gebäude analysieren, die Widersprüche und Leerstellen im Prozess gesellschaftlicher Reproduktion, die Arten und Weisen, auf die gesellschaftliche Reproduktion versagen kann – kurzum: die verschiedenen Weisen, auf die der Prozess gesellschaftlicher Reproduktion Räume eröffnet, innerhalb derer kollektive Kämpfe um neue Möglichkeiten stattfinden können.“¹⁶¹

Weitere zentrale Aspekte stellen die *Berücksichtigung eventueller Dynamiken unbeabsichtigten gesellschaftlichen Wandels* (Kontingenz), sowie die *Strategien und Kämpfe kollektiver Akteure*¹⁶² dar.¹⁶³

Bezüglich des letztgenannten Punktes – *Strategien und Kämpfe kollektiver Akteure* – unterscheidet Wright grob drei unterschiedliche Ansätze: *rupturale* (abrupt-revolutionäre), *symbiotische* (reformistische), sowie *interstitielle* (Freiräume bildende). Während er die *rupturale* – den Bruch mit den Verhältnissen durch Eroberung der Staatsmacht¹⁶⁴ anstrebende – Strategie vornehmlich mit den kommunistischen Bewegungen und die *symbiotische* – auf Klassenkompromisse und -kooperation zu allseitigem Vorteil abzielende – Strategie klassischerweise mit der Sozialdemokratie in Zusammenhang bringt, identifiziert er die sogenannte *interstitielle* – auf die gezielte Nutzung und systematische Ausweitung von Nischen und Freiräumen fokussierende – Strategie vor allem mit anarchistischen Strömungen.¹⁶⁵

Die *rupturale* Strategie habe demnach historisch oftmals autoritär-etatistische Systeme hervorgebracht, welche sich als dem Emanzipationsziel abträglich erwiesen.¹⁶⁶ Die *symbiotische*

161 Wright, Utopien, S. 71f.

162 „Wenn aus emanzipatorischen Visionen gangbarer Alternativen tatsächliche reale Utopien erreichter Alternativen werden sollen, dann wird es sich dabei schlussendlich um das Ergebnis der bewussten Strategien von Menschen handeln, die sich demokratisch-egalitären Werten verschrieben haben. [...] Die Theorie transformativer Strategie hilft uns zu verstehen, wie wir die Hindernisse kollektiv angehen und die Gelegenheiten nutzen können, uns in Richtung gesellschaftliche Emanzipation zu bewegen.“ (Ebd., S. 74).

163 Vgl. Ebd., S. 70-74.

164 „Wenn eine Strategie des Bruchs verfolgt werden soll, *um das Ziel eines demokratischen und egalitären Sozialismus zu erreichen*, dann wird sich diese Strategie der bestehenden, mangelhaften Staatsmaschinerie bedienen müssen.“ (Wright, Utopien, S. 421).

Wobei dazugesagt werden muss, dass Wright diese Festlegung indirekt selbst konterkariert, wenn er an anderer Stelle auf die revolutionär-anarchistische Tradition hinweist: „Viele Anarchisten des 19. Jahrhunderts teilten mit den marxistischen [sic!] geprägten revolutionären Sozialisten die Ansicht, dass es letztlich zu einem revolutionären Bruch mit dem Kapitalismus kommen müsse. Ein scharfer Gegensatz bestand dagegen in den Ansichten darüber, welche Art von Veränderungen innerhalb des Kapitalismus vollzogen werden muss, damit ein revolutionärer Bruch tatsächlich eine genuin emanzipatorische Alternative einläutet. Für Marx, und später auch für Lenin, bestand die Hauptaufgabe der im Kapitalismus geführten Kämpfe darin, die politisch geeinte Arbeiterklasse kollektiv zu befähigen, die Staatsmacht zu ergreifen, was als notwendige Vorbedingung der Überwindung des Kapitalismus begriffen wurde. Die Aufgabe tiefgreifenden gesellschaftlichen Wiederaufbaus, also der Schaffung eines Umfelds für ein neues Leben mit neuen Prinzipien, neuen Formen gesellschaftlicher Interaktion und Gegenseitigkeit, wurde weitgehend auf die Zeit 'nach der Revolution' verlagert. Revolutionäre Anarchisten halten wesentliche, noch unter dem Kapitalismus erzielte Erfolge solcher gesellschaftlichen Umgestaltung nicht nur für möglich, sondern sogar für die notwendige Vorbedingung eines nachhaltigen emanzipatorischen Bruchs mit dem Kapitalismus.“ (Ebd., S. 444).

165 Für einen knappen Überblick, siehe: Vgl. Wright, Realutopien, S. 100-102. Zur Vertiefung, siehe: Wright, Utopien, S. 412-485.

166 Vgl. Ebd., S. 423-443.

Strategie habe es zwar vermocht, mit ihrem reformistischen Konzept einige wichtige, spürbare Verbesserungen herbeizuführen, dabei habe sie jedoch den Kapitalismus auch nachhaltig stabilisiert und die zentralen Machtstrukturen weitgehend intakt gelassen.¹⁶⁷

Dem Ansatz der (*interstitiellen*) Freiraumstrategie – welcher inhaltlich weitgehend deckungsgleich zum Vorform-/Keimformbegriff Sutterlütts und Meretz' zu verstehen ist¹⁶⁸ – sei, so Wright, zugute zu halten, die Wichtigkeit einer vorausgehenden Aufbauarbeit für die Unterminierung der bestehenden Verhältnisse hervorgehoben zu haben.¹⁶⁹ Um die notwendigen Bedingungen für einen radikalen Wandel zu legen, bedürfe es nicht lediglich der Konstruktion alternativer Institutionen in der Gegenwart, sondern damit einhergehend auch einer (langwierigen) Sammlung sozialer wie individueller Erfahrungen mit eben solchen Strukturen, was zur emanzipatorischen Bewusstseinsbildung beitragen könne.¹⁷⁰ Beides werde vom interstitiellen Ansatz ins Auge gefasst, womit er das Potenzial besitze, in puncto „gesellschaftlicher Ermächtigung insgesamt eine Schlüsselrolle zu spielen.“¹⁷¹ Jedoch, so Wrights Behauptung, hätten sich die anarchistischen Theoretiker*innen wenig Gedanken darüber gemacht, wie eine solche Transformation konkret ausgestaltet werden könne:

„Die Frage ist also folgende: Was ist das zugrundeliegende Modell gesellschaftlicher Transformation, innerhalb dessen sich Freiraumtätigkeiten als Teil einer umfassenden Strategie emanzipatorischer gesellschaftlicher Ermächtigung begreifen lassen? Was ist die implizite Theorie der Arten und Weisen, auf die solche Tätigkeiten in der Summe die Gesellschaft als ganze verändern? Autoren aus der anarchistischen Tradition widmen diesem Problem erstaunlich wenig Aufmerksamkeit. Anarchistische Schriften kritisieren die bestehenden Strukturen kapitalistischer und staatlicher Macht und befürworten das Ideal einer föderativ-kooperativen Alternative ohne die auf Zwang beruhende staatliche Herrschaft, doch es gibt sehr wenig systematische Ausführungen dazu, wie tatsächlich die 'neue Gesellschaft im Gehäuse der alten gebaut' werden soll bzw. dazu, wie dies zu systemischem Wandel führen könnte.“¹⁷²

167Vgl. Wright, *Realutopien*, S. 102.

168„Eine Vorform kann zunächst nur in einer Nische des Kapitalismus entstehen. Um den Aufbau einer anderen Gesellschaftsform zu ermöglichen, muss sie sich von dort aus verallgemeinern.“ (Sutterlütts/Meretz, *Kapitalismus*, S. 91).

„Gemeinsam sind ihnen [– den *interstitiellen Freiraumstrategien* –, A.D.] die Ideen eines Aufbaus alternativer Institutionen und der bewussten Förderung neuer gesellschaftlicher Verhältnisse, die emanzipatorische Ideale verkörpern und in erster Linie durch die eine oder andere Form von direkter Aktion geschaffen werden und nicht etwa durch den Staat.“ (Wright, *Utopien*, S. 438f.).

169„Schließlich wird sich die egalitär-demokratische gesellschaftliche Ermächtigung nach dem Bruch nur dann aufrechterhalten lassen, wenn es vor dem Bruch zu bedeutenden, ihrerseits gesellschaftlich ermächtigenden und auf Freiräumen basierenden Transformationen gekommen ist. In Ermangelung einer solchen vorangegangenen gesellschaftlichen Ermächtigung wird der Bruch mit dem Kapitalismus starke zentralisierende und autoritäre Tendenzen freisetzen, die aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer Festigung unterdrückerischer Formen des Etatismus führen werden. Selbst Sozialisten mit guten Absichten werden durch die Widersprüche, mit denen sie sich konfrontiert sehen, gezwungen sein, eine andere Art von Gesellschaft aufzubauen als die, die ihnen vorschwebte. Im Ergebnis werden die meisten Menschen ein noch schlechteres Leben führen als unter einem fortgesetzten Kapitalismus.“ (Ebd., S. 448).

170Vgl. Ebd.

171Ebd., S. 415.

172Ebd., S. 442.

Außerdem verfügten solche zivilgesellschaftlichen, präfigurativen Transformationskonzepte – trotz aller *gesellschaftlicher Ermächtigung* – angeblich nicht über die notwendige Handlungsmacht und Durchsetzungskraft, um die Hegemonie und strukturelle Macht des kapitalistischen Systems tatsächlich brechen zu können:

„Man kann zugestehen, dass auf Freiräumen basierende Transformationsstrategien in der Lage sind, das Ausmaß an gesellschaftlicher Ermächtigung zu erweitern und die Lebensqualität der Menschen zu verbessern, ohne sich deswegen zu diesen allgemeinen strategischen Visionen zu bekennen. Freiraumstrategien können erweiterte Räume für nicht-kommodifizierte, nicht-kapitalistische Wirtschaftsbeziehungen schaffen, doch es ist unwahrscheinlich, dass dies den meisten Menschen ausreichende Unabhängigkeit von der kapitalistischen Wirtschaft verschaffen und die Macht der kapitalistischen Klasse sowie die Abhängigkeit der Wirtschaftstätigkeit von der Kapitalakkumulation so weit zu verringern vermag, dass die Talsohle des Übergangs im revolutionären Szenario kurz und flach ausfällt. Freiraumstrategien mögen das Ausmaß gesellschaftlicher Ermächtigung erweitern, doch ist nicht zu erkennen, dass sie für sich allein die grundlegende, strukturelle Macht des Kapitals weit genug aushöhlen können, um die Schranken, die der Kapitalismus emanzipatorischem gesellschaftlichen Wandel auferlegt, zu überwinden.“¹⁷³

Dies verleitet Wright zu der Annahme, dass daher notwendigerweise auf jene Strategien zurückgegriffen werden müsse, die den Staat „einsetzen, um den Prozess emanzipatorischer gesellschaftlicher Ermächtigung voranzutreiben.“¹⁷⁴

An dieser Darstellung kritisiert Marcks – wie sich auch noch später (in Kapitel 4) bestätigen wird – zurecht scharf, dass es sich bei der Reduzierung libertär-sozialistischer Ansätze auf Freiraumstrategien um eine unzulängliche, kontrafaktische Verkürzung handelt, welche dieses angeblich *idealtypische* Klassifizierungsschema überaus mangelhaft erscheinen lasse:

„In diesem Modell, das auch von Sutterlütti und Meretz angeführt wird, steckt ein grundlegender Fehler: Zwar ist es richtig, dass sich der Neo-Anarchismus ab 1968 vorwiegend auf Freiräume beschränkte, doch der klassische Massen-anarchismus, insbesondere in Form des Syndikalismus, dem noch heute die größten anarchistischen Organisationen zuzurechnen sind, hatte immer schon alle drei Elemente zusammengedacht. Ebenso falsch ist auch Wrights Behauptung, seine Sozialismuskonzeption sei nicht mit Anarchismus zu verwechseln, weil sie Spielregeln und Koordinationsmechanismen vorsehe, während AnarchistInnen sich vorstellten, dass sich eine neue Ordnung rein spontan errichte und erhalte.¹⁷⁵ Auch das ist nur eine Vorstellung des recht vulgären Neo-Anarchismus. Gerade der Syndikalismus ging stets von einem geordneten Übergang zu einer dezentralen Planwirtschaft in einem föderalen Gemeinwesen aus. Je nach Staatsdefinition lässt sich das sogar als Form staatlicher Ordnung bezeichnen.

Wright's Modell basiert also auf Differenzbestimmungen sozialistischer Traditionen, die wenig mit den tatsächlichen historischen Erscheinungen zu tun haben. Insbesondere der Anar-

173Ebd., S. 451.

174Ebd., S. 452.

175Vgl. Ebd., S. 216f.

chismus scheint nur als verstümmelte Karikatur auf, während seine bedeutendste Variante, der Syndikalismus, ganz ausgeblendet wird.“¹⁷⁶

Wo man „[...] die Kontinuität der Ideen nicht herstellt, wird der Blick auf theoretische Erkenntnisse aus der Geschichte verstellt, deren Herstellung nun mühselig wiederholt wird.“¹⁷⁷

Vor diesem Hintergrund ist auch die Unterstellung, anarchistische/libertär-sozialistische Theoretiker*innen hätten sich wenig bis keine systematischen Gedanken über die konkrete Ausgestaltung einer Keimformstrategie gemacht, schlicht unhaltbar, was augenscheinlich der höchst defizitären Rezeption des libertär-sozialistischen Theoriebestandes im gegenwärtigen Transformationsdiskurs zu verdanken ist.¹⁷⁸ Wie Marcks überzeugend darlegt, verhalte es sich sogar genau anders herum:

„Gerade die unterschiedlichen Ebenen politischer Praxis und deren Ineinandergreifen sind in den neueren Transformationstheorien [...] unterbeleuchtet. Wie bereits erörtert, malen diese zwar das originär syndikalistische Prinzip nach, dass ein freiheitlicher Sozialismus aufzubauen ist, indem durch Organisationsformen, welche die Utopie präfigurieren, neue Gesellschaftsformen etabliert werden. Doch wie diese realutopischen Keimformen Wirkungsmacht erlangen und zu einer Gegenmacht ausgebaut werden sollen, wird von ihnen kaum ausbuchstabiert. So identifizieren sie auf sozialtheoretische Weise Prozesse und Mechanismen der Transformation, aber keine Praxen, die diese taktisch und strategisch zu aktivieren vermögen.“¹⁷⁹

Dieses theoretische (Rezeptions-)Defizit mache sich Marcks zufolge sodann auch und vor allem dahingehend bemerkbar, dass die – sich aus dem Erfahrungsschatz libertär-sozialistischer Transformationspraxen herauskristallisierende – Erforderlichkeit einer Achse von *Mikro-*, *Meso-* und *Makropolitik* konzeptuell unterbelichtet bleibt oder gar vollends ignoriert wird. Der Vorwurf lautet: Während die genannten zeitgenössischen Transformationstheoretiker*innen eine Freiraumstrategie als selbstbezügliche *Mikropolitik*¹⁸⁰ entwerfen und dem die utopische Perspektive (*Makropolitik*) zur Seite stellen, fehlt – wie Wright zwar verkürzt, aber im Hinblick auf die *von ihm so konzipierte* Freiraumstrategie ganz richtig feststellt – eine vermittelnde, reflexive Instanz, die es vermag – abseits von Partei- und Staatsfixierung –, eine tatsächliche Gegenmacht aufzubauen, also die Mikropolitik an eine makropolitische Zielsetzung anzubinden. Es brauche daher eine *Mesopolitik* – interessengeleitete breite Inklusion respekti-

176Marcks, Skizze I.

177Ebd.

178Siehe: Fn. 145.

179Marcks, Skizze II.

180Im Falle einer solchen „Selbstbezüglichkeit der Mikropolitik, die durch ihre Verabsolutierung keine Reflexionsinstanz mehr hat“ handle es sich damit „um ein rekursives Denken, das um sich selbst kreist. Denn durch die Unterordnung oder gar Ablehnung von mesopolitischen Zielstellungen gibt es kein pragmatisches Moment, welches das Selbstgefällen der utopischen Prinzipien irritieren könnte. Die Mikropolitik (als absolute Spiegelung dieser Prinzipien) verkommt so zum Selbstzweck.“ (Marcks, Skizze III).

ve Massenorganisation – als vermittelnder, reflektierender, Handlungsmacht erzeugender „Dreh- und Angelpunkt“¹⁸¹ zwischen transformatorischer Mikro- und Makroebene:

„Denn nur oberflächlich geht es darum, Staat und Kapitalismus alternative Strukturen entgegensetzen. In der Tiefe besteht das Werk vielmehr darin, breite Massen für solche Strukturen zu interessieren, sie darin einzubinden und durch sie zu erheben. Das sind jeweils Aufgaben, die auf unterschiedlichen Handlungsebenen zu lösen sind. So erfolgt das *Interessieren* auf meso- (Organisationen als kollektive Akteure), das *Einbinden* auf mikro- (Organisationen als zwischenmenschlicher Kosmos) und das *Erheben* auf makropolitische Ebene (Organisationen als soziale Institutionen). Zugleich müssen sich die damit verbundenen Ziele und Mittel konsistent zum Zweck verhalten, wenn präfigurative Politik aufgehen soll.“¹⁸²

„Eben deswegen ist eine Mesopolitik erforderlich, die auf Handlungsmacht abzielt. Im Versuch, diese über Alltagspraxen entlang sozialer Widersprüche herzustellen, kann nämlich auch das Bewusstsein über die eigenen Widersprüche wachsen. Und diese verlangen in Konsequenz eine realistische Anpassung der Mikropolitik (also der Gestaltung der Keimform) und damit der Makropolitik (also der utopischen Konstruktion, die durch die Keimform vorgezeichnet wird).“¹⁸³

Eine daran angelehnte Praxistheorie

„muss [also, A.D.] Organisationen konstruieren, die zwischenmenschliche Beziehungen inklusiv ausgestalten, die kollektives Handeln zur Realitätsbewältigung ermöglichen und die zugleich als Unterbau gegengesellschaftlicher Instituierung taugen. Es bedarf also eines gesamtgesellschaftlichen Programms, in dem Mikro-, Meso- und Makropolitik ineinandergreifen. Verfehlt das Programm nur eine der drei Aufgaben, geht es insgesamt nicht auf. Eine solch holistische Denkweise verläuft zirkulär, weil sie sich in Theorie und Praxis stets rückversichern muss, dass eine Ebene eine andere nicht falsch ausrichtet.“¹⁸⁴

Der Frage, ob bereits solche Zusammenhänge und Transformationsstrategien existieren, die diesen komplexen Anforderungen gerecht werden könnten, wird im Laufe der Arbeit nachgegangen.

181Marcks, Skizze II.

182Ebd. „Die Mittel bzw. Taktiken vermitteln dabei zwischen Mikro- und Mesopolitik, das Ziel bzw. die Strategie zwischen Meso- und Makropolitik und der Zweck bzw. der politische Anspruch zwischen Makro- und Metapolitik.“ (Marcks, Skizze II).

183Marcks, Skizze III.

184Ebd. Beispielsweise „werden auch gute mesopolitische Ansätze ihr Potential an Handlungsmacht nicht entfalten können, wenn die Mikropolitik nicht mit den Realitäten der zu mobilisierenden Menschen resoniert, man diese also nicht mit wirkungsmächtigen Prinzipien einbinden kann.“ (Ebd.).

„Damit sind zwei Abhänge angezeigt, zwischen denen die realutopische Sozialtechnik manövrieren muss: Eine Mesopolitik, mit der sich Massen interessieren lassen (Handlungsmacht), schafft Beschränkungen für die Makropolitik, die sich zur Utopie erheben soll (Gegenmacht); und zugleich vermag eine Mikropolitik, die zu sehr utopieschwanger ist, keine Massen einzubinden, um die Mesopolitik hinreichend interessant zu machen (Wirkungsmacht). Für eine kritische Keimformtheorie ist das wesentlich, weil es realutopische Organisationen vor epistemische Leistungsanforderungen stellt.“ (Ebd.).

An dieser Stelle seien noch einmal die zentralen Aspekte und Einsichten des zweiten Kapitels zusammengefasst: (1) Im Interesse einer emanzipatorischen Transformation sollte sich zunächst einmal von den restriktiven Fesseln des (anti-)utopischen *Bilderverbots* befreit werden: Ohne konkrete, kritisch-reflektierte sowie transparente Utopien als Reflexionsrahmen lassen sich keine bewussten Strategien entwickeln, um eine radikal-emanzipatorische Transformation herbeizuführen. (2) Konkrete Utopien können anhand der Kriterien *Wünschbarkeit*, *Gangbarkeit* sowie *Erreichbarkeit* evaluiert werden. (3) Utopie und Transformation stehen damit in einem wechselseitigen Bedingungsverhältnis: Während eine konkrete Utopie (Ziel) vorhanden sein muss, um eine adäquate Transformationsstrategie (Weg) zu entwickeln, lässt sich die Erreichbarkeit einer solchen Utopie letztlich nur anhand des emanzipatorischen Potenzials von komplementären Transformationsstrategien ermessen. (4) Utopie und Transformationsstrategie müssen außerdem eine (präfigurative) Identität beziehungsweise Kohärenz im Hinblick auf ihre *Mittel-Zweck*-Relation aufweisen. (5) Eine freie Gesellschaft wird sich nicht *ad hoc* implementieren lassen, sondern muss schon im Bestehenden systematisch aufgebaut werden. Dies bedeutet, dass eine emanzipatorische Transformationsstrategie auf *Keimformpraxen* basiert, welche das Fundament der kommenden Gesellschaft schon im Bestehenden zu legen versuchen sowie die *gesellschaftsumformende Potenz* für einen radikalen Wandel in sich tragen und hierdurch im Laufe des Transformationsprozesses schließlich verallgemeinert werden. (6) Zwischen *Mikro-* und *Makropolitik* muss durch die *Mesoebene* – als transformatorischem Dreh- und Angelpunkt – vermittelt werden. Erst in diesem interdependenten Zusammenwirken kann sich eine emanzipatorische Transformation entfalten.

3 Partizipatorische Ökonomie – Prototyp¹⁸⁵ einer libertär-sozialistischen Re-/Produktionsweise?

„[Capitalism] is not intelligent, it is not beautiful, it is not just, it is not virtuous – and it doesn't deliver the goods. In short, we dislike it, and we are beginning to despise it. But when we wonder what to put in its place, we are extremely perplexed.“¹⁸⁶

John Maynard Keynes

Welch tiefe Spuren Jahrzehnte neoliberaler Hegemonie und das Scheitern des *real existierenden Sozialismus* innerhalb der Linken hinterlassen haben, lässt sich auch – ja vor allem – am gewandelten Diskurs über Märkte erkennen. Während der Begriff des Sozialismus von Anbeginn an untrennbar mit einer rationalen, emanzipatorischen, kooperativen (assoziierten) Re-/Produktion verknüpft war, sich also gegen die atomisierte Re-/Produktion vor dem Hintergrund getrennter und miteinander konkurrierender Privatarbeiten für einen Markt wendete und damit eine planmäßig-koordinierte Wirtschaftsverfassung – also eine Planwirtschaft – notwendigerweise implizierte, haben viele – sich sozialistisch wählende – Theoretiker*innen heute anscheinend ihren Frieden mit marktwirtschaftlichen Strukturen gefunden: Schließlich – so die meist hervorgebrachte Argumentation – habe das Scheitern *der* Planwirtschaften unlängst ja überaus deutlich gemacht, dass Märkte, trotz all ihrer eklatanten Defizite, nun einmal den effektivsten Allokationsmechanismus bieten würden. Das Wissens- und Informationsproblem *der* Planwirtschaft ließe sich nun einmal nicht lösen. Habe man die Wahl zwischen Markt und Plan, müsse jeder rational denkende, verantwortungsbewusste Mensch sich daher wohl oder übel für ersteres entscheiden.¹⁸⁷

¹⁸⁵Mit *Prototyp* ist hier ein funktionsfähiges (gangbares) aber vereinfachtes – auf die wesentlichen Elemente reduziertes – Modell gemeint, womit Ideen überprüft und Reaktionen getestet werden können. „Grundsätzlich will man [damit, A.D.] demonstrieren, dass etwas im Prinzip umsetzbar ist.“ (Bendel, Oliver, *Prototyp*, in: <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/prototyp-122469> (abgerufen am 08.06.2022)).

¹⁸⁶Keynes, John Maynard, *National Self-Sufficiency*, in: *Studies: An Irish Quarterly Review* 22 1933, Nr. 86, S. 183.

¹⁸⁷„Historical experience makes it clear that markets are a necessary component of a viable socialism. Central planning does not work for a sophisticated economy. The knowledge and incentive problems are too great. But these markets should be largely confined to goods and services. They should not dominate labor or capital. And, of course, they should be regulated so as to protect the health and safety of both consumers and producers.“ (Schweickart, David, *Economic Democracy. An Ethically Desirable Socialism That Is Economically Viable*, in: https://thenextsystem.org/sites/default/files/2017-08/NewSystems_DavidSchweickart.pdf (abgerufen am 08.06.2022)).

„Eines scheint unumstößlich: Eine Komponente des Kapitalismus, *den Markt*, müssen wir beibehalten. Der Markt ist die einzige bisher bekannte Institution, mit der das Allokationsproblem einer komplexen Volkswirtschaft gelöst werden kann. Verlangen wir von einer Alternative zum Kapitalismus, dass sie den Allokationstest besteht, erweist sich heutzutage der Markt als unentbehrlich.“ (Corneo, Giacomo, *Bessere Welt. Hat der Kapitalismus ausgedient? Eine Reise durch alternative Wirtschaftssysteme*, Berlin 2014, S. 181).

Eine solche – im heutigen Diskurs um sozialistische Utopie- und Transformationsmodelle recht dominante – Perspektive, welche zwar einige emanzipatorische Elemente – wie Arbeiter*innenselbstverwaltung, Umverteilung und demokratische Investitionskontrolle – etablieren und damit die Produktionsverhältnisse etwas umgestalten, jedoch mit der grundlegenden Produktionsweise der Warenproduktion – also Marktwirtschaft¹⁸⁸ – nicht brechen möchte, eine solche Perspektive wird gemeinhin als *Marktsozialismus* bezeichnet. Dieses Oxymoron wird grob dadurch begründet, dass man zwar eine Welt jenseits des Kapitalismus anstrebe, aber Märkte und Wettbewerb nicht identisch mit Kapitalismus seien und es daher möglich und kompatibel, ja geboten, wäre, Marktwirtschaft mit Sozialismus zu versöhnen. Man müsse die Märkte eben nur *richtig einbetten*.¹⁸⁹

Besonders kurios wird es dabei, wenn jene Theoretiker*innen, die sich nicht selten in der marxistischen Tradition verorten – Erik Olin Wright,¹⁹⁰ Sam Gindin,¹⁹¹ David Schweickart –, sogar ausgerechnet Marx höchst selbst als Kronzeugen ihrer Marktapologetik anführen.¹⁹² Dabei war dieser in seiner Haltung zu Märkten mehr als eindeutig:

„Der Boden der Warenproduktion kann die Produktion auf großer Stufenleiter nur in kapitalistischer Form tragen.“¹⁹³

„Andrerseits zeigt sich ebenso sehr die Albernheit der Sozialisten [...], die demonstrieren, daß der Austausch, der Tauschwert etc. *ursprünglich* (in der Zeit) oder ihrem *Begriff* nach (in ihrer adäquaten Form) ein System der Freiheit und Gleichheit aller sind, aber verfälscht worden

188Vgl. Heinrich, Michael, Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung, 14. Aufl., Stuttgart 2018, S. 37-42.

189„Mit anderen Worten sind Markt und Kapitalismus unterschiedliche Begriffe und die Unentbehrlichkeit des Markts bedeutet nicht, dass wir unsere Suche nach einem besseren Wirtschaftssystem einstellen müssen.“ (Corneo, Welt, S. 182) Vgl. Schweickart, Economic Democracy.

190Obwohl Wright sich selbst wohl nicht dezidiert als *Marktsozialist* bezeichnet hätte, sah er für Märkte dennoch einen relevanten Platz in einer sozialistischen Wirtschaft: „Unter den Rahmenbedingungen substanzieller materieller Gleichheit und demokratischer Kontrolle der Spielregeln kann ein gewisses Maß Kapitalismus eine gute Sache sein.“ (Wright, Erik Olin, Partizipatorische Ökonomie. Eine solidarische Kritik, in: Robin Hahnel u. Erik Olin Wright (Hg.), Alternativen zum Kapitalismus. Vorschläge für eine demokratische Ökonomie, Berlin 2021, S. 67) Vgl. Wright, Partizipatorische Ökonomie, S. 31-33.

191„Markets will be necessary under socialism.“ (Gindin, Sam, Socialism for Realists, in: <https://catalyst-journal.com/2018/12/socialism-for-realists> (abgerufen am 08.06.2022)). Gindin befürwortet ein recht diffuses Modell, in welchem Märkte, Zentralplanung und Arbeiter*innensektionen eine vorgeblich produktive Koexistenz führen würden.

Bei näherem Hinsehen ist jedoch zu vermuten, dass dieses Modell unter realen Bedingungen nicht von allzu langer Dauer wäre, beziehungsweise wohl katastrophal scheitern würde, da die unterschiedlichen Ebenen, Institutionen und parallelen Allokationsmechanismen sich mit ihren diametralen Wirkungslogiken aller Voraussicht nach gegenseitig weitgehend blockieren würden, was ein effizientes Wirtschaften verunmöglichen würde. Wie sich außerdem später noch herausstellen wird, ist eine Zentralplanungsstruktur, die – wie von Gindin vorgesehen – keine machtvolle Position innehat, um die Zentralplanung auch tatsächlich – gegen Widerstreben – zu forcieren, überaus dysfunktional. Das gleiche gilt, wie sich später noch zeigen wird, ebenso für einen Marktsektor, der – wie von Gindin vorgesehen – über keinen nennenswerten Arbeitsmarkt verfügt.

192Vgl. Krätke, Michael R., Wirtschaftsdemokratie und Marktsozialismus, in: <https://www.praxisphilosophie.de/kraetkewd.pdf> (abgerufen am 08.06.2022).

193Marx, Kapital I, S. 652.

sind durch das Geld, Kapital etc. Oder auch, daß die Geschichte bisher noch verfehlte Versuche gemacht, sie in der ihrer Wahrheit entsprechenden Weise durchzuführen“¹⁹⁴.

„Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeingut an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus; ebensowenig erscheint hier die auf Produkte verwandte Arbeit *als Wert* dieser Produkte, als eine von ihnen besessene sachliche Eigenschaft, da jetzt, im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft, die individuellen Arbeiten nicht mehr auf einem Umweg, sondern unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit existieren.“¹⁹⁵

Gleich wie *eingehegt, eingebettet* und *kontrolliert* die Märkte auch immer sein mögen und auch wenn es keine formale Kapitalist*innenklasse mehr geben würde, die das Privateigentum an den Produktionsmitteln für sich beanspruchte, da dieses nunmehr durch die kollektive Belegschaft der Betriebe (horizontal) in Selbstverwaltung ausgeübt würde: Die vereinzelt – maßgeblich über den Markt vermittelten – (selbstverwalteten) Produktionseinheiten müssten sich nach wie vor im Wettbewerb und Konkurrenzkampf um Marktanteile gegeneinander behaupten und zu diesem Zwecke notwendigerweise Kapital akkumulieren – selbst wenn sich die einzelnen Betriebe nun intern in Arbeiter*innen-Hand befänden und/oder staatlich stark reguliert wären. Die der Kapitalakkumulation (*G-W-G'*) immanente Zwangsdynamik bliebe also weiterhin bestehen und damit auch alle daraus erwachsenden typischen negativen Konsequenzen: Inhärente Krisentendenzen; *externe Effekte* – Externalisierung (Vergesellschaftung) von Kosten –; durch den Konkurrenzdruck erzwungene – oder zumindest nahe gelegte – Rücksichtslosigkeit gegen die Natur; und schließlich auch die fortgesetzte Unterwerfung des Menschen unter das Profit-Diktat.¹⁹⁶

So erscheint es in Anbetracht all dessen überaus fragwürdig, hierbei überhaupt noch von einer Sozialismuskonzeption sprechen zu können – was sich häufig auch schon im oftmals da-

194Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW Band 42, Berlin 1983, S. 174.

195Marx, Kritik des Gothaer Programms, S. 19f. Engels betont überdies noch stärker die Planungskomponente in einer kommunistischen Gesellschaft: „Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt und damit die Herrschaft des Produkts über die Produzenten. Die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion wird ersetzt durch planmäßige bewußte Organisation. [...] Erst von da an werden die Menschen ihre Geschichte mit vollem Bewußtsein selbst machen, erst von da an werden die von ihnen in Bewegung gesetzten gesellschaftlichen Ursachen vorwiegend und in stets steigendem Maße auch die von ihnen gewollten Wirkungen haben. Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit.“ (Engels, Anti-Dühring, S. 264).

Zum Marktabolitionismus bei Marx, siehe auch jüngst Wemheuer: „Die Vorstellung einer zukünftigen kommunistischen Gesellschaft waren bei Marx und Engels in erster Linie von einer Negation der Grundkategorien des Kapitalismus geprägt. Produktion von Gütern und Dienstleistungen als Waren für den Markt, Lohnarbeit und Privateigentum an Produktionsmitteln sowie Grund und Boden sollten aufgehoben werden.“ (Wemheuer, Felix, Marktsozialismus. Eine kontroverse Debatte, Wien 2021, S. 9) Vgl. Bruschi, Valeria et al., Arbeitsteilung – Kooperation – Rationalität. Wie viel Planung steckt in Marx?, in: Timo Daum u. Sabine Nuss (Hg.), Die unsichtbare Hand des Plans. Koordination und Kalkül im digitalen Kapitalismus, 2. Aufl., Berlin 2021, S. 36f.

196Ausführlich, siehe: Kapitel 3.2.1.

hinterliegenden, äußerst verkürzten, Kapitalismusverständnis offenbart.¹⁹⁷ Doch welche emanzipatorische Option bleibt dann noch zum Status Quo, als eben jene, ein in seinen Grunddynamiken defizitäres, marodes Fundament entgegen seiner inhärenten (Krisen-)Tendenzen am Laufen zu halten und möglichst human zu gestalten, da es ja scheinbar keine überzeugende, funktionale Alternative zu Märkten gebe? Muss sich – der Aufrichtigkeit halber – also vom Sozialismusbegriff endgültig verabschiedet werden?

Was aber, wenn sich die Marktapologet*innen darin geirrt hätten, dass Planwirtschaft niemals funktionieren könne, da sie in ihrer intellektuellen Schlichtheit automatisch davon ausgehen, dass es nur eine zentralistische Planwirtschaft geben könne?¹⁹⁸ Was, wenn sich ein

197So geht Schweickart davon aus, die post-kapitalistische Ära sei angebrochen, sobald man sich nur der Kapitalist*innen entledigt habe, welche – in einer hochproblematischen Terminologie – als personifizierte *Raffgier* dargestellt werden. Dem wird der angeblich *schaffende Entrepreneur* als gelobte Anti-These gegenübergestellt: „The basic problem with capitalists under capitalism is not their active, entrepreneurial role (which relatively few actually play), but their passive role as (richly-rewarded) suppliers of investment capital. [...] So the trick is to develop a mechanism that would prevent the active, entrepreneurial capitalist from becoming a passive, parasitic one. [...] Entrepreneurial capitalists have an honorable role to play in our socialist 'next system'.“ (Schweickart, *Economic Democracy*, S. 6f.) „Although workplace democracy should be the norm throughout society, it needn't be the case that *all* businesses conform to this norm. The petty capitalist, after all, works hard, and so is anything but a parasite. It takes energy, initiative, and intelligence to run a small business. These small businesses provide jobs for large numbers of people, and goods and services to even more. They would continue to play a vital role in the 'next system'. Petty capitalists may provide important services to society, but they do not provide much in the way of technological or organizational innovation. There is also an honorable role to play in a socialist society for *entrepreneurial capitalists* who operate on a grander scale.“ (Ebd., S. 6).

Ein ähnliches Motiv – die kapitalistischen Eliten als maßgebliches Problem „loszuwerden, aber ansonsten keine fundamentalen Änderungen am Wirtschaftssystem vorzunehmen“ (Corneo, *Welt*, S. 216) – findet sich auch bei Corneo wieder. (Vgl. Ebd., S. 352f.) So scheint dies bei ihm unter anderem auch durch, wenn er in seiner Aktienmarktsozialismus-Konzeption zwar die Entstehung von Großkapitalist*innen verhindern möchte, jedoch wohldotierte Manager*innenposten beibehält, deren vornehmliche Aufgabe unverändert in der Profitmaximierung bestehe. (Vgl. Ebd., S. 220, S. 228-234) An anderer Stelle wird er diesbezüglich erfrischend deutlich: „Der wesentliche Unterschied zum gegenwärtigen System liegt 'nur' am Eigentum der Unternehmen: privates Eigentum in der Sozialen Marktwirtschaft, öffentliches Eigentum im Marktsozialismus.“ (Ebd., S. 220) Jedoch wird selbst davon – wie schon bei Schweickart – äußerst großzügig abgewichen, da Kleinkapitalist*innen (*Entrepreneuren*) weiterhin eine wichtige Rolle in der Steigerung der Innovationstätigkeit beigemessen wird und jene daher eine *Ausnahme* von der angedachten Kollektivierung der Produktionsmittel genießen. (Vgl. Ebd., S. 272) Spätestens damit wird der Sozialismusbegriff, selbst nach den eigenen niedrigen Maßstäben – Aufhebung der Kapitalist*innenklasse –, vollends ad absurdum geführt.

Mit Marx ließe sich dem entgegen, „daß die ökonomischen Charaktermasken der Personen nur die Personifikationen der ökonomischen Verhältnisse sind, als deren Träger sie sich gegenübertreten.“ (Marx, *Kapital I*, S. 100) „Die ökonomische Charaktermaske des Kapitalisten hängt nur dadurch an einem Menschen fest, daß sein Geld fortwährend als Kapital funktioniert.“ (Ebd., S. 591) Dies konsequent weiterführend müsste sich eine profunde Kapitalismuskritik auf die systemischen Strukturen und zugrundeliegenden Funktionslogiken – beispielsweise: Kapitalakkumulation als fundamentale Dynamik – fokussieren, anstatt sich in oberflächlicher Manier primär an den Repräsentant*innen dieser – im Kern unangetastet gelassenen – Strukturen abzuarbeiten. Außerdem ließe sich auf Grundlage dessen argumentieren, dass es sich bei den oben genannten Modellen augenscheinlich wohl eher um *Staatskapitalismus* – Corneo – oder *betriebsbasierten Selbstverwaltungs-Kapitalismus* – Schweickart – handelt, bei denen jeweils – einmal die vielen Ausnahmen ausgeblendet – nicht mehr Einzelpersonen, sondern größere Kollektive als Kapitalist*innen auftreten.

198So findet sich beispielsweise in Corneos *Reise durch alternative Wirtschaftsmodelle* die durchgehende, implizite Gleichsetzung von *Planwirtschaft* mit *zentralistischer Kommandowirtschaft*, was dann auch absehbarer Weise in der unvermeidlichen Schlussfolgerung mündet, der Markt stelle eben doch den überlegenen Allokationsmechanismus dar. (Vgl. Corneo, *Welt*, S. 142-180) Dieser Fauxpas wiegt umso schwerer, da Corneo im weiterführenden Literaturverzeichnis unter dem Thema *Planwirtschaft* an erster Stelle ausgerechnet Mi-

realistisches und detailliertes Konzept einer dezidiert demokratischen, libertär-sozialistischen, dezentral arrangierten Planwirtschaft entwickeln ließe, welches die sozialistische (Kern-)Idee einer selbstverwalteten Wirtschaftsdemokratie nicht mit kollektiv-reguliertem, betrieblich-selbstverwaltetem Kapitalismus verwechselt – und dies mit dem Etikett des *Marktsozialismus* verziert –, sondern hingegen die Courage aufbringt, in Anknüpfung an die ursprünglichen frühsozialistischen Ideale, konsequenterweise mit jeglicher Form von Märkten radikal zu brechen und dabei sogar noch mehr (Allokations-)Effizienz verspricht, als es letztere jemals zu leisten im Stande wären?

Diese Fragen stellten sich vor über 40 Jahren auch Michael Albert¹⁹⁹ und Robin Hahnel²⁰⁰. Anstatt beim Begriff *Planwirtschaft* sofort in Schnappatmung und reflexartige Abgrenzungsgesten zu verfallen, wie dies heutzutage auch in linken Kontexten alles andere als unüblich ist,²⁰¹ nahmen beide die ambitionierte Herausforderung an, eine plausible, effiziente wie egalitäre demokratisch-partizipatorische Planwirtschaft unter libertär-sozialistischen Vorzeichen zu modellieren.²⁰² Das Ziel dabei war explizit keine fixe Blaupause, sondern vielmehr ein Grundgerüst mit einigen Schlüsselementen zu konstruieren, welches den entsprechenden – historischen wie geographischen – Bedingungen gemäß, mit Inhalt gefüllt werden kann; also unter

chael Alberts *Parecon* anführt, obwohl dies keinerlei Niederschlag in der theoretischen Auseinandersetzung findet. (Vgl. Ebd., S. 366).

199Michael Albert ist langjähriger Aktivist, Mitbegründer der linken Mediengruppe *ZCommunication*, sowie Autor zahlreicher Bücher zur Partizipatorischen Ökonomie und libertär-sozialistischer Transformationsstrategien. Mit Robin Hahnel ist er Co-Begründer des Modells einer Partizipatorischen Ökonomie.

200Robin Hahnel ist emeritierter Professor für Ökonomie an der American University in Washington, DC. Außerdem lehrte er Wirtschaftswissenschaften an der University of Maryland at College Park, James Madison University, Lewis and Clark College, Portland State University, Willamette University, der Catholic University in Lima Peru, der Catholic University in Panama, der University of Havana in Cuba sowie an der Manchester University in England. Er ist außerdem Autor diverser Bücher zur Partizipatorischen Ökonomie und wirtschaftswissenschaftlicher Grundlagenwerke. Mit Michael Albert ist er Co-Begründer des Modells einer Partizipatorischen Ökonomie.

201Ein hervorragendes Anschauungsbeispiel hierfür bieten – obwohl sie Marktmechanismen gleichermaßen ablehnend gegenüberstehen – Sutterlütüti und Meretz, welche in ihrem Werk *Kapitalismus aufheben* – wie schon bei Corneo (siehe Fn. 198) – durchgehend die implizite Gleichsetzung von Planwirtschaft mit zentralistischer Kommandowirtschaft betreiben und entsprechend bestrebt sind, sich hiervon bestmöglich pauschal – und unter allerlei äußerst merkwürdigen semantischen Verrenkungen – abzugrenzen: „Eine commonistische Gesellschaft funktioniert nicht über einen gesellschaftlichen Plan, sondern über die Selbstplanung, die Selbstsetzung der Zwecke durch die Menschen. Es ist keine Plangesellschaft, sondern vielmehr eine Selbstorganisationsgesellschaft.“ (Sutterlütüti/Meretz, *Kapitalismus*, S. 175, Vgl. Ebd., S. 110f.) Hierbei ist besonders unredlich, dass die beiden in ihrer Ergründung emanzipatorischer Transformationskonzepte „Parecon“ in einem Nebensatz erwähnen, nur um das Modell mit der hohlen Phrase, dass es „sozialistische Denkfiguren [wiederhole]“ (Ebd., S. 15) zu verwerfen (siehe Fn. 33). Bis auf einige höchst unausgegorene Ideen (*Stigmergie*) (Vgl. Ebd., S. 175-181) bleibt ihnen daher eine, auch nur ansatzweise, schlüssige Antwort auf das Allokationsproblem versperrt. Für eine etwas zurückhaltendere Kritik am *Commonistischen-Vermittlungsmodus*, siehe: Schröter, Jens, Die sozialistische Kalkulationsdebatte und die Commons, in: Timo Daum u. Sabine Nuss (Hg.), *Die unsichtbare Hand des Plans. Koordination und Kalkül im digitalen Kapitalismus*, 2. Aufl., Berlin 2021, S. 176-182.

202Vgl. Albert, Michael u. Hahnel, Robin, *The Political Economy of Participatory Economics*, New Jersey 1991, S. 3f., S. 57.

dem Strich *so flexibel wie möglich* und *so konkret wie nötig* zu sein.²⁰³ Diese Vision taufen sie schließlich auf den Namen *Partizipatorische Ökonomie* (kurz: *Parecon*²⁰⁴). Seit den ersten Veröffentlichungen zu Beginn der 1990er Jahre²⁰⁵ haben bis heute etliche weitere Menschen in Debatten, durch Kritik, Anregungen und Publikationen direkt wie indirekt zur Ausgestaltung und Weiterentwicklung des Modells beigetragen. Heute wird der Diskurs auf zahlreichen Foren weitergeführt.²⁰⁶ Ebenso existieren bereits Versuche, das Rahmenmodell auf den – im engeren Sinne – politischen Bereich auszuweiten (*Parpolity*).²⁰⁷

Wie von einem libertär-sozialistischen Konzept zu erwarten, ist die Partizipatorische Öko-

203„It has just a very few key defining features. It’s not a blueprint, it’s a kind of a scaffold on which by future experience, we will fill it out with details.“ (Albert, Michael, Yanis Varoufakis in conversation with Michael Albert, in: <https://www.youtube.com/watch?v=Sn8Bdt1tQkQ> (abgerufen am 08.06.2022), min. 5:31-5:42). „For our new future we should not propose, share, and pursue a detailed blueprint. We should envision only what we can now show to be necessary for future citizens to be prepared, able, and institutionally propelled to determine their own finely detailed fates. [...] A scaffold can provide hope, guidance, and means. A scaffold can accept details when experience yields them. A scaffold doesn’t got too far. A scaffold can go far enough.“ (Albert, No Bosses, S. 17).

Siehe hierzu ebenfalls Anders Sandström, der in diesem Zusammenhang auch noch einmal die Wichtigkeit von konkreten Utopien unterstreicht: „Contemporary visions of a new economic system and a just society must provide an alternative to both capitalism and twentieth-century authoritarian socialism. We who are looking for a different society must become much better at presenting and defending our visions, and, above all, in explaining how they differ from twentieth-century versions. At the same time, there is a risk that vision can promote sectarianism and elitism. To avoid this, and to ensure the right of future generations to make their own decisions, our visions must be flexible, be inclusive, and allow continuous adaptation to new information and a changing world. However, thinking through economic vision in a serious and concrete way provides at least three important benefits: (1) it builds optimism and confidence in the feasibility of a more desirable alternative system; (2) it helps to assess alternative strategic and tactical actions in our everyday struggles; and (3) it helps to inform experiments when people are in a position to begin implementing alternative social institutions. As long as visions are presented as merely proposals or suggestions and not ideologically rigid dogmas, thinking through potential problems and exploring possible solutions in advance can only be of help to future citizens who ultimately will decide how to organise their new society.“ (Sandström, Accounting, S. 2).

204Hier sei angemerkt, dass Hahnel den Namen *Parecon* mittlerweile bewusst nicht mehr verwendet, da er hierbei die Gefahr sieht, eventuell einer Dogmatisierung des Modells Vorschub zu leisten. (Vgl. Hahnel, Robin, Plädoyer für eine partizipatorische Ökonomie, in: Robin Hahnel u. Erik Olin Wright (Hg.), Alternativen zum Kapitalismus. Vorschläge für eine demokratische Ökonomie, Berlin 2021, Fn. 1 S. 26) Dem wird sich im Folgenden angeschlossen und damit als Bezeichnung des Konzepts lediglich der volle Name – *Partizipatorische Ökonomie* – verwendet.

205Vgl. Albert, Michael u. Hahnel, Robin, Looking Forward. Participatory Economics for the Twenty First Century, Cambridge 1991; Vgl. Albert/Hahnel, Political Economy; Vgl. Albert, Michael u. Hahnel, Robin, Participatory Planning, in: Science & Society 56/1, 1992, S. 39-59.

206Neben den vielen Interviews, die über die Jahre mit den Begründern, Albert und Hahnel, erschienen – siehe hierzu vor allem die jüngste Interviewserie von *AfterTheOligarchy* mit Robin Hahnel, in: <https://participatoryeconomy.org/author/ferdia/> (abgerufen am 08.06.2022) – und diversen Vorträgen und Workshops, findet aktuell eine rege Debatte auf dem Forum der offiziellen Website (siehe: <https://participatoryeconomy.org/> (abgerufen am 08.06.2022)) statt. Hier findet sich, neben spezifischeren Artikeln, auch eine übersichtliche Einführung in das Modell, verknüpft mit einigen zeitgenössischen, hieran angelehnten Praxisbeispielen.

207Vgl. Shalom, Stephen R., ParPolity: Political Vision for a Good Society, in: https://www.academia.edu/11670861/ParPolity_Political_Vision_for_a_Good_Society (abgerufen am 08.06.2022); Vgl. Shalom, Stephen R., Decision-Making in a Good Society: The Case for Nested Council, in: <https://metacpc.org/wp-content/uploads/2021/12/8EN-mWP-Shalom-Decision-Making-in-a-Good-Society-1.pdf> (abgerufen am 08.06.2022); Vgl. Shalom, Stephen R., A political system for a good society, in: <https://participatoryeconomy.org/a-political-system-for-a-good-society-stephen-shalom/> (abgerufen am 08.06.2022); Vgl. Albert, No Bosses, S. 171-173; Vgl. Albert, Utopie, S. 115-125.

nomie *bottom-up* konzipiert und verwirft damit sowohl eine politische Führungsschicht, als auch die anonyme Macht der *unsichtbaren Hand des Marktes*. Hingegen würden demnach alle Menschen in Konsument*innen- und Arbeiter*innenräten partizipieren können und damit – sowohl auf Mikro- (einzelne Betriebe und Nachbarschaften) als auch auf Makroebene (Industrieföderationen und Konsumföderationen) – die demokratische Planung und Allokation, also die wirtschaftliche Organisation, gemeinsam und bewusst in einem dezentralen Verfahren arrangieren. Ökonomische Prozesse sollen hierdurch endlich an den Bedürfnissen von Mensch und Natur ausgerichtet werden können, anstatt von systemimmanenten Sachzwängen einer „Akkumulation um der Akkumulation, Produktion um der Produktion willen“²⁰⁸ abhängig zu sein. Die Devise lautet „Kooperation statt Konkurrenz.“²⁰⁹ Dabei schwebt dieses Modell nicht frei im luftleeren akademischen Raum, sondern stützt sich auf historische Erfahrungen²¹⁰ sowie in Teilen auch auf gegenwärtige alternative Praktiken und Strukturen.²¹¹

Vor allem aufgrund des hohen Detailgrades und der Klarheit der Überlegungen in Bezug auf mögliche libertär-sozialistische Institutionen und Strukturen, die eine herrschaftsfreie Gesellschaft bilden sollen, kommt die Transformationsforschung – so sie denn ihre Aufgabe ernst nimmt – an einer profunden Auseinandersetzung mit der Partizipatorischen Ökonomie nicht vorbei.

3.1 Werte und Prinzipien

Bei der Entwicklung ihrer Alternativkonzeption gingen Hahnel und Albert systematisch – im oben genannten Sinne – vor. Oder um es in Wrights Terminologie auszudrücken: Zunächst einmal ergründeten sie das Kriterium der *Wünschbarkeit*,²¹² formulierten und definierten also die zentralen Werte und Prinzipien, die einer emanzipatorischen Gesellschaft ihres Erachtens zugrunde liegen sollten: *Solidarität, Vielfalt, Effizienz, ökonomische Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, Klassenlosigkeit und Selbstverwaltung/Wirtschaftsdemokratie*.²¹³ Dies

208Marx, Kapital I, S. 621.

209Albert, Parecon, S. 179.

210Vgl. Hahnel, Robin, Economic Justice and Democracy. From Competition to Cooperation, New York/London 2005, S. 73-157. Neben dem Scheitern des *realexistierenden Sozialismus* ist vor allem auch die anarchistische Ideentradition als zentrale Inspirationsquelle zu nennen: „Parecon [möchte, A.D.], indem sie mit erstarrten Hierarchien Schluss macht und Selbstbestimmung herbeiführt, im Grunde ja eine anarchistische Vision realisieren“ (Albert, Parecon, S. 253) Vgl. Ebd., S. 19-22; Vgl. Albert, Michael u. Tedrow, D. C., Ein Vorschlag zur Güte. Interview mit Michael Albert, in: Direkte Aktion 188, 2008, S. 12f.

211Auf der offiziellen Website (siehe: <https://participatoryeconomy.org/> (abgerufen am 08.06.2022)) findet sich unter der Einführung in das Modell, diverse zeitgenössische – hieran angelehnte – Praxisbeispiele.

212Vgl. Wright, Utopien, S. 64. Siehe auch: „Spezifizierung der *moralischen Prinzipien* der Bewertung von gesellschaftlichen Institutionen“ (Wright, Realtutopien, S. 63).

213Für eine knappe Überblicksdarstellung, siehe Hahnel: „It is important when thinking about designing a desirable economy to be clear about goals. [...] In brief, the goals of a participatory economy are to achieve *eco-*

bringt nicht nur den großen Vorteil mit sich, dass hiervon ausgehend die adäquaten Institutionen möglichst passgenau entwickelt werden können, sondern auch, dass dadurch etwaigen Verwirrungen und Missverständnissen bezüglich der oftmals vieldeutigen Begriffe vorgebeugt wird, womit auch Sutterlütts und Meretz' Transparenzkriterium – also die eigenen Prämissen offenzulegen²¹⁴ – entsprochen wird.

3.1.1 Solidarität

Im Gegensatz zur, systematisch egozentrische Eigennutzmaximierung und Rücksichtslosigkeit fordernden und fördernden, kapitalistischen Produktionsweise²¹⁵ soll, Hahnel und Albert zufolge, eine künftige Gesellschaft der umfassenden Entfaltung von Solidarität und Empathie zwischen den Menschen nicht nur nicht im Wege stehen, sondern diese sogar zur rationalen, handlungsleitenden Maxime machen: Indem ich also im Sinne meines Eigeninteresses handle, befördere ich gleichzeitig auch das Gesellschaftsinteresse und umgekehrt.²¹⁶ Solidarität könne dabei jedoch nicht einfach als gegeben vorausgesetzt, sondern müsse durch systemisch generierte Vertrauensbildung und eine richtige Anreizsetzung gesellschaftlicher Anerkennung erst allmählich aufgebaut werden.²¹⁷ Kurzgefasst ließe sich Solidarität also hier definieren als: „*concern for the well-being of others and granting others the same consideration in their endeavors as we ask for ourselves.*“²¹⁸

3.1.2 Vielfalt

Anstatt Minderheitspositionen systematisch zu exkludieren und auf Homogenisierung zu drängen, sollten diese als wertvolle Bereicherung verstanden, institutionell inkludiert und ge-

nomie democracy, defined as decision-making power in proportion to the degree one is affected by any economic decision; *economic justice*, defined as economic reward commensurate with effort, sacrifice, and need; and *solidarity*, defined as concern for the wellbeing of others – all to be achieved without sacrificing economic efficiency and while promoting a variety of economic lifestyles. Moreover, we understand that intergenerational equity and efficiency together imply that a participatory economy must be *environmentally sustainable*.

These goals guide us in designing rules and procedures for economic decision-making. We want to design economic institutions and procedures that empower us to manage our own affairs and yield fair outcomes, while promoting concern for the well-being of others, protecting the environment, and providing a diverse range of options for what to produce and consume, where and how to work, and who and how to be. And we want to do all this without wasting people's time and energy or using scarce productive resources other than where they are most valuable.“ (Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 11) Vgl. Sandström, Accounting, S. 11f.

214Vgl. Sutterlütts/Meretz, Kapitalismus, S. 108.

215Vgl. Albert, No Bosses, S. 104f.

216Vgl. Albert, Utopie, S. 67f., S. 79f; Vgl. Albert, Parecon, S. 47, S. 150f.

217Vgl. Hahnel, Democratic Economic Planning., S. 24f., S. 108.

218Ebd., S. 24.

fördert werden. Diversität gelte einmal als Selbstzweck, sei aber auch aus ganz pragmatischen Gründen erstrebenswert: Schließlich könne sich jede Mehrheit auch einmal irren. Da sei es nur von Vorteil, in einem solchen Fall flexibel auf eine Pluralität an Ideen und Positionen zurückgreifen zu können.²¹⁹

3.1.3 Effizienz

Wenn es um künftige Gesellschaftsentwürfe geht, werde dem Begriff der Effizienz in emanzipatorischen Kreisen nicht selten mit Skepsis bis hin zu offener Ablehnung begegnet. Dies liege Hahnel zufolge vor allem daran, dass Effizienz oftmals – der hegemonialen Ideologie folgend – fälschlicherweise mit Profitabilität gleichgesetzt werde. Im Kern bedeute Effizienz jedoch lediglich, dass eine möglichst optimale – also nicht verschwenderische – Nutzung der natürlichen und produktiven Ressourcen erzielt werde. Unter Bedingungen von Knappheit und Endlichkeit stelle dies entsprechend *ein* wichtiges Kriterium für die Bewertung ökonomischer Prozesse und Systeme dar.²²⁰ „*Efficiency* means that our goals are achieved with the least possible waste of resources, time, effort, and energy. A participatory economy wants to maximise human well-being for all, which requires using scarce resources where they are most valuable.“²²¹ Effizienz ließe sich dabei mittels *Pareto-Optimum* sowie über das *efficiency criterion* bestimmen.²²²

219Vgl. Albert, Parecon, S. 46f., S. 152-155, S. 234f.; Vgl. Albert, No Bosses, S. 27f.; Vgl. Albert, Utopie, S. 68f., S. 80f.; Vgl. Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 25.

220„No word is as dear to economists – and off-putting to non-economists! – as 'efficiency.' As soon as efficiency is mentioned, many progressive activists tune out and head for the exits. While this is understandable, it is unfortunate. It is understandable because many incorrectly use the word *efficiency* as if it were synonymous with profitability – which it is not. It is also understandable because mainstream economists who know full well that efficiency is not synonymous with profitability often concentrate on efficiency and ignore, or say comparatively little about, other important criteria such as economic justice, economic democracy, and solidarity. And finally, it is understandable because we are forever being told that whatever its other failings, free market capitalism is efficient – when, in fact, both common sense and careful analysis tell us it is not.

However, rejecting efficiency as *one* important goal among others is unfortunate, because as long as resources are scarce relative to human needs, and some socially useful labor is burdensome, efficiency is preferable to wastefulness. Activists should acknowledge that people have every reason to be resentful if their sacrifices are wasted, and dissatisfied if scarce productive resources are squandered.“ (Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 11f.) Vgl. Albert, Parecon, S. 221.

221Sandström, Accounting, S. 12.

222Das *Pareto-Optimum* bezeichnet kurz gefasst einen Zustand, bei welchem *keine Person mehr bessergestellt werden kann, ohne eine andere gleichzeitig schlechter zu stellen*. Jedoch muss ein pareto-optimaler Zustand nicht notwendigerweise ein wünschenswerter Zustand sein: „the point is not that achieving a Pareto optimal outcome is necessarily wonderful – that often depends on *which* Pareto optimal outcome we achieve. Instead the point is that *non-Pareto* optimal outcomes are undesirable because we could make someone better off without making anyone worse off, and it seems 'inefficient' not to do so. [...]

It is important to recognize that the Pareto criterion is not going to settle most important economic issues. Most policy choices will make some people better off but others worse off, and in these cases the Pareto criterion has nothing to say.“ (Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 12f.).

Da es also höchst unzureichend ist, sich bei der Evaluation von Effizienz einzig am Pareto-Optimum zu

3.1.4 Ökonomische Gerechtigkeit

Der Begriff der *ökonomischen Gerechtigkeit* (*economic justice*) oder *Fairness* wird hier synonym zu Verteilungsgerechtigkeit verwendet. Oder um es als Frage zu formulieren: Nach welchen Kriterien sollte der gesellschaftliche Reichtum distribuiert werden? Hier machen Hahnel und Albert im Allgemeinen grob vier basale Verteilungsmaximen aus: (1) Die *Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums nach eingebrachten Kapitalgütern zuzüglich eigener Leistung* – dies stelle den gängigen kapitalistischen Verteilungsmodus dar.²²³ (2) Die *Verteilung nach persönlicher Leistung und Output* – dies würde oftmals in marktsozialistischen Modellen präferiert.²²⁴ (3) Die *Verteilung nach persönlichem Aufwand wie Anstrengungen und erbrachten Opfern wie Entbehrungen*. Sowie (4) die *Verteilung nach persönlichem Bedarf* – was seinen Niederschlag in der berühmten Maxime „jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“²²⁵ findet.²²⁶

Schon Marx fiel dabei auf, dass die zweite Verteilungsmaxime, obgleich als Fortschritt zur ersten zu sehen, nicht wirklich als gerecht gelten könne, da hierbei die individuelle – also dem reinen Zufall geschuldete – Veranlagung weiterhin unberücksichtigt bliebe.²²⁷ Jedoch seien

orientieren, müsse darüber hinaus auch das *efficiency criterion* als Maßstab herangezogen werden: „The usual way around this problem is to broaden the notion of efficiency from Pareto improvements to changes where the benefits to some outweigh the costs to others. This broader notion of efficiency is sometimes called the *efficiency criterion* and serves as the basis for cost-benefit analysis. Simply put, the efficiency criterion says if the overall benefits to any and all people of doing something outweigh the overall costs to any and all people of doing it, it is efficient to do it. Whereas, if the overall costs to any and all people outweigh the overall benefits to any and all people of doing something, it is *inefficient* to do it. [...]“

In sum, unlike the Pareto principle, the efficiency criterion requires comparing the *magnitudes* of costs and benefits to *different* people and deciding how much importance to attach to the wellbeing of different people. In other words, applying the efficiency criterion requires *value judgments* beyond what are required by the Pareto criterion. “ (Ebd., S. 13).

223,„Maxim 1: *To each according to the social value of the contribution of her physical and human capital*. The rationale behind maxim 1 is that people should get out of an economy what they and their productive possessions contribute to the economy.“ (Hahnel, *Democratic Economic Planning*, S. 16).

224,„Maxim 2: *To each according to the social value of the contribution of only her human capital*. While those who support maxim 2 find most property income unjustifiable, advocates of maxim 2 hold that all have a right to what they call the “fruits of their own labor.“ (Ebd., S. 18).

225Marx, *Kritik der Gothaer Programms*, S. 21.

226Für einen konzentrierten Überblick über die vier Verteilungsmaximen, siehe: Hahnel, *Democratic Economic Planning*, S. 16; Vgl. Albert, *Parecon*, S. 36.

227,„Demgemäß erhält der einzelne Produzent – nach den Abzügen – exakt zurück, was er ihr gibt. [...] Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der andern zurück. Es herrscht hier offenbar dasselbe Prinzip, das den Warenaustausch regelt, soweit er Austausch Gleichwertiger ist. Inhalt und Form sind verändert, weil unter den veränderten Umständen niemand etwas geben kann außer seiner Arbeit und weil andererseits nichts in das Eigentum der einzelnen übergehen kann außer individuellen Konsumtionsmitteln. [...] Trotz dieses Fortschritts ist dieses gleiche Recht stets noch mit einer bürgerlichen Schranke behaftet. Das Recht der Produzenten ist ihren Arbeitslieferungen proportionell; die Gleichheit besteht darin, daß an gleichem Maßstab, der Arbeit, gemessen wird. Der eine ist aber physisch oder geistig dem andern überlegen, liefert also in derselben Zeit mehr Arbeit oder kann während mehr Zeit arbeiten; und die Arbeit, um als Maß zu dienen, muß der Ausdehnung oder der Intensität nach bestimmt werden, sonst hörte sie auf, Maßstab zu sein. Dies gleiche Recht ist ungleiches Recht für ungleiche Arbeit. Es erkennt keine Klassenunterschiede an, weil jeder nur Arbeiter ist wie der andre; aber es erkennt stillschweigend die ungleiche

diese „Mißstände“ ihm zufolge „unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft“²²⁸, bevor dann schließlich „in einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft“ zur *Verteilungsmaxime 4* – „jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“²²⁹ – übergegangen werden könne. Zwar stimmen Hahnel und Albert mit dieser Ansicht dahingehend überein, dass neben dem – offensichtlichen – Fall der ersten²³⁰ auch die zweite Verteilungsnorm – nach Leistung und Output – keine Option für eine emanzipatorische Gesellschaft darstellen würde, da letztere die „genetic lottery“ unberücksichtigt lasse und es außerdem schwer bis unmöglich sei, die persönliche Leistung von äußeren Umständen – wie beispielsweise effektiveren Produktionsmitteln – zu trennen, „and therefore, maxim 2 suffers from the same flaw as maxim 1.“²³¹ Jedoch erkennen sie – anders als Marx – noch einen weiteren Verteilungsmodus an, der bei solchen Diskussionen meist fahrlässig unter den Tisch falle: Die oben angeführte (*dritte*) Verteilungsmaxime;

„to each according to her effort, or personal sacrifice. Whereas differences in contribution will be due to differences in talent, training, job assignment, luck, and effort, the only factor that deserves extra compensation according to maxim 3 is extra effort. By 'effort' is meant personal sacrifice for the sake of the social endeavor. Of course effort can take many forms. It may be longer working hours; less pleasant work; or more intense, dangerous, unhealthy work. Or it may consist of undergoing training that is less gratifying than the training experiences of others or less pleasant than time others spend working who train less.“²³²

individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit der Arbeiter als natürliche Privilegien an.“ (Marx, Kritik des Gothaer Programms, S. 20f.).

228Ebd., S. 21.

229Ebd.

230Zur näheren Kritik an *Verteilungsmaxime 1*, siehe: Albert/Hahnel, Political Economy, S. 46f.; Vgl. Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 16-18; Vgl. Albert, Parecon, S. 36-40.

231Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 18. Zur näheren Kritik an *Verteilungsmaxime 2*, siehe: Ebd. S. 18-20; Vgl. Albert/Hahnel, Political Economy, S. 47f.; Vgl. Albert, No Bosses, S. 26; Vgl. Albert, Parecon, S. 40-43.

232Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 20. „Demnach soll niemand seine Ansprüche auf Eigentum an Produktionsmitteln gründen oder auf seine besondere Verhandlungsstärke. Niemand soll sich auch darauf berufen können, er habe dank seiner hervorragenden genetischen Ausstattung, seiner speziellen Begabung oder körperlichen Entwicklung mehr zum Sozialprodukt beigetragen, oder weil er besonders gut ausgebildet sei, besonders gute Werkzeuge zur Verfügung oder besonders fähige KollegInnen an seiner Seite gehabt hätte, oder weil er besonders hoch geschätzte Produkte geschaffen habe. Statt dessen sollte jeder gerade den Anteil für sich beanspruchen können, der seinem Einsatz bei der Schaffung des gesellschaftlich nützlichen Gesamtprodukts entspricht.“ (Albert, Parecon, S. 111).

Hahnel bemerkt hierzu in einem Interview mit AfterTheOligarchy, dass er retrospektiv nur noch von *sacrifices* (Opfer/Entbehungen) sprechen würde, da dies *effort* (Aufwand/Anstrengungen) impliziere aber noch umfassender ausgelegt werden könne: „We basically assumed that effort was the only form of sacrifice that people make when they work. And so we were using the word in our own minds synonymous with if some people make greater sacrifices they deserve greater compensation. If I had it to do all over again, I think I might go back and try not to ever use the word 'effort'. [...] Effort is really only one form in which people sacrifice in work.“ (Hahnel, Robin, Robin Hahnel Interview on Participatory Economics – Part 3 – Worker Councils, Efficiency, Labour Cost, Automation, in: <https://aftertheoligarchy.com/2022/03/17/robin-hahnel-interview-on-participatory-economics-part-3-worker-councils-social-benefit-labour-cost-automation/> (abgerufen am 08.06.2022)).

Konkret bedeutet dies,

„dass eine Person an einem schönen, bequemen, angenehmen und gut ausgestatteten Arbeitsplatz bei vergleichbarer Dauer und Intensität der Arbeit weniger verdienen sollte als eine Person, deren Arbeit beschwerlicher, kräftezehrender und weniger produktiv, aber dennoch gesellschaftlich erwünscht und notwendig ist, weil diese Person einen größeren Verzicht leistet. Die partizipatorische Wirtschaft entlohnt die Mühe und den Verzicht, die jemand auf sich nimmt, um gesellschaftlich erwünschte Arbeit zu leisten, nicht aber Eigentum, Macht oder Output.“²³³

Da der persönliche Aufwand beziehungsweise die erbrachten Opfer wie Entbehrungen den einzigen Faktor darstellen, über den ein Individuum wirkliche Kontrolle habe, sei dies entsprechend auch der einzige gerechte Maßstab, wenn es darum gehe, das Anrecht auf einen Teil des gesellschaftlichen Reichtums unterschiedlich zu verteilen beziehungsweise zu gewichten.²³⁴

Doch warum sollten sich überhaupt irgendwelche Differenzen in unterschiedlichen Zugriffsrechten geltend machen? Warum sollte nicht – wie im Sinne von *Verteilungsmaxime 4* – jedem die völlig freie Verfügung über den gesellschaftlichen Reichtum gemäß der jeweils eigenen Präferenzen eingeräumt werden? Zum einen ließe sich argumentieren, dass dies streng genommen – zumindest in diesem begrifflichen Rahmen – keine Frage *ökonomischer Gerechtigkeit*, sondern vielmehr eine Frage *gesellschaftlicher Solidarität* darstelle.²³⁵ So wird das Prinzip – *jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen* – dahingehend problematisiert, dass sich in diesem Fall einzelne Individuen auch dazu entscheiden könnten, weniger Aufwand als andere zu investieren und dennoch das Anrecht besäßen, sich zu bedienen, wie es ihnen beliebt. Unter Bedingungen von Knappheit setze dies in einer Gesellschaft, die *noch* nicht vollends solidarisch sei, falsche Anreize und potenziell bedenkliche Dynamiken in Gang. In einer hypothetischen Situation jedoch, in welcher „trust, empathy, and mutual concern – or what we call solidarity – are sufficient to permit distribution according to need, it will be pointless to do otherwise“²³⁶, vorausgesetzt natürlich, die jeweiligen Informationen beziehungsweise Indikatoren stünden zur Verfügung, welche anzeigten, was überhaupt gesellschaftlich verantwortungsvoll wäre. Da es aber überaus fragwürdig ist, ob und wie solche In-

233Albert, Utopie, S. 83.

234Vgl. Albert/Hahnel, Political Economy, S. 48; Vgl. Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 20; Vgl. Albert, Parecon, S. 43.

235Dies hatte im Übrigen auch Marx anklingen lassen, wenn er schreibt: „*Es ist daher ein Recht der Ungleichheit, seinem Inhalt nach, wie alles Recht.* Das Recht kann seiner Natur nach nur in Anwendung von gleichem Maßstab bestehen; aber die ungleichen Individuen (und sie wären nicht verschiedene Individuen, wenn sie nicht ungleiche wären) sind nur an gleichem Maßstab meßbar, soweit man sie unter einen gleichen Gesichtspunkt bringt, sie nur von einer *bestimmten* Seite faßt“ (Marx, Kritik des Gothaer Programms, S. 21).

236Albert/Hahnel, Political Economy, S. 45.

formationen ermittelt werden könnten²³⁷ und zweitens – wie Adamczak überzeugend argumentiert – eine utopische Alternative von den heutigen Menschen mit ihren Defiziten und Mängeln ausgehen müsse, anstatt sich den – von allen Lasten befreiten, komplett altruistischen und hochmoralischen – *Mensch der Zukunft* zurecht-zu-imaginieren,²³⁸ sei die Distribution des gesellschaftlichen Reichtums anhand von persönlichem Aufwand und Entbehrungen (*Verteilungsmaxime 3*) der *vierten Verteilungsmaxime* als Standardverteilungsmodus vorzuziehen. Abweichungen hiervon müssten entsprechend bei den anderen Gesellschaftsmitgliedern eigens beantragt werden, was gleichbedeutend damit ist, an deren Solidarität zu appellieren.²³⁹

Dies alles gilt Albert und Hahnel zufolge jedoch explizit *nicht* für Fälle von festgestellter, geregelter Bedürftigkeit wie Alter, Kindheit, gesundheitliche und anderweitige Einschränkungen:

„In any economy there are always some who are unable to make contributions or sacrifices, and some who we believe should be exempted from doing so even if they are able. Disabilities prevent some people from being able to work, and we choose to exempt children and retirees from work as well. [...] Obviously, there are issues of fairness to consider in any system of exemptions: (1) Are the rules for exempting people fair? (2) Are the rewards for those exempted fair?“²⁴⁰

Diese Fragen zu klären obläge dem demokratischen Diskurs.²⁴¹

Damit liegt dem Modell der Partizipatorischen Ökonomie also genau genommen eine Doppelform zugrunde: Der allgemeine Distributionsmodus basiert auf *Verteilungsmaxime 3* – „according to effort [and personal sacrifices, A.D.]“ – und in Fällen spezieller Bedürftigkeit, oder

237Vgl. Albert, Utopie, S. 84-86; Vgl. Albert, Parecon, S. 274-276.

238Adamczak erfasst dies mit dem Begriff des *Utopiefetisches*: „Der Utopiefetisch bezeichnet eine Gefahr der Utopie, die gewissermaßen das Spiegelbild zu der bisher besprochenen darstellt. Nicht die Gefahr, dass die utopische Welt mit den Mängeln der Gegenwart behaftet bleibt, sondern umgekehrt, dass sie von diesen Mängeln so gründlich gesäubert wurde, dass die mit den Mängeln der Gegenwart behafteten Menschen in ihr keinen Platz mehr finden. Das ist eine sehr häufig formulierte Idee: Eine utopische Welt braucht auch einen utopischen Menschen – ein Mensch, frei von Habsucht und Neid, kooperativ und rücksichtsvoll, sanftmütig und altruistisch. Der Neue Mensch eben. Die Frage ist jedoch, was mit den alten Menschen, aufgewachsen unter Bedingungen von Konkurrenz und Mangel, passiert? Können sie sich so grundlegend ändern, dass sie in die neue Gesellschaft passen oder werden sie zu den Altlasten, die deren harmonisches Funktionieren beständig stören? [...] Diese Idee einer gerechten Welt ist nicht allzu gerecht. Das Problem des Utopiefetischs ist aber nicht nur ein gerechtigkeits-theoretisches, sondern auch ein praktisches. Denn die Leute, die hier von der Utopie ausgeschlossen werden sollen, sind ja gerade die Utopikerinnen, die Revolutionäre selbst. Diejenigen, die die Revolution machen, sollen nicht in den Genuss ihrer Früchte kommen. Fetisch bedeutet Verkehrung und wir begegnen ihm mit einer weiteren Drehung. Damit also, dass wir die Utopie vom Kopf auf die Füße stellen. Die Menschen entwerfen keine utopische Welt, um sich dann den Bedürfnissen dieser Welt anpassen zu müssen. Im Gegenteil, sie verlangen nach einer Welt, die ihren eigenen, ihren beschädigten, menschlichen Bedürfnissen, angemessen ist.“ (Adamczak, Bilderverbot, S. 26).

239Vgl. Albert/Hahnel, Political Economy, S. 50.

240Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 21f.

241Vgl. Sandström, Accounting, S. 12.

solidarischer Bewilligungen, würde schließlich *Verteilungsmaxime 4* – „according to need“²⁴² – zum Tragen kommen.²⁴³

3.1.5 Ökologische Nachhaltigkeit

Der Erhalt der Umwelt und der natürlichen Ressourcen sei sowohl als Selbstzweck zu sehen, als auch essentieller Bestandteil des Selbsterhalts der Menschheit.²⁴⁴ Daher versteht sich eine Partizipatorische Ökonomie als „green economy that wants to achieve economic goals without diminishing future generations’ access to a stimulating and rewarding natural environment.“²⁴⁵ Obwohl man meinen könnte, das Prinzip der ökologischen Nachhaltigkeit sei schon implizit mit den Prinzipien *Effizienz*, *Gerechtigkeit* und *Diversität* abgedeckt,²⁴⁶ so sei es nach dem *precautionary principle* dennoch geboten, ökologische Nachhaltigkeit als eigenständiges Ziel mitaufzunehmen, da in Anbetracht der essenziellen Relevanz dieses Themas die Gefahr zu groß sei, mit der alleinigen Anwendung der anderen Zielbestimmungen – Effizienz, Gerechtigkeit, Diversität – potenziell einen Aspekt zu übersehen.²⁴⁷

3.1.6 Klassenlosigkeit

Während in linken Kapitalismusanalysen häufig der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit, sowie deren Repräsentant*innen – Kapitalist*innenklasse und Arbeiter*innenklasse – betont wird, setzen Albert und Hahnel dem noch eine weitere Klasse hinzu, um die Hierarchie der Produktionsverhältnisse akkurater erfassen zu können: Die *Koordinator*innenklasse*, welche zwar über keine – oder nicht nennenswerte – Produktionsmittel verfüge, aber dennoch si-

242Albert/Hahnel, *Political Economy*, S. 45.

243„Wir wollen Gerechtigkeit in der Wirtschaft, doch wir wollen auch soziale Verantwortung übernehmen. Daher entscheiden wir uns für die Gerechtigkeitsnorm 3 und zusätzlich für die Empathienorm 4 (anzuwenden in dafür geeigneten Fällen wie Katastrophen, Krankheit, Behinderung etc.) als Bestimmungsgrößen für das Einkommen der Menschen.“ (Albert, Parecon, S. 43) Vgl. Hahnel, *Democratic Economic Planning*, S. 22.

244Vgl. Albert, *Utopie*, S. 75f.

245Sandström, *Accounting*, S. 12.

246„It is [...] not clear that if [...] there is anything in the notion of 'sustainability' that is not already implicit in the goals of efficiency, equity, and variety. If an economy uses up natural resources too quickly, leaving too little or none for later, it is inefficient. If an economy sacrifices the basic needs of future generations to fulfill desires for luxuries of some in the present generation, it has failed to achieve intergenerational equity. If we chop down tropical forests with all their biodiversity and replace them with single species tree plantations, we have destroyed, rather than promoted, variety.“ (Hahnel, *Democratic Economic Planning*, S. 23).

247„According to the precautionary principle, when there is fundamental uncertainty with very large downside risk, it is best to be proactive. In this case, it is by no means clear that the concepts of efficiency, equity, and variety include everything we need to consider regarding relations between the human economy and the natural environment. Since it is riskier to leave out the criterion of environmental sustainability than include it, it is best to include sustainability among our goals.“ (Ebd.).

gnifikante Bestimmungsgewalt über Arbeiter*innen sowie erhebliche (monopolistische/oligopolistische) Entscheidungsmacht inne habe und auch gegenüber den Eigentümer*innen/Kapitalist*innen eigene Interessen vertrete. Damit wird es nicht nur zum Ziel, die Kapitalist*innenklasse abzuschaffen, um – wie am Beispiel der Sowjetunion zu sehen – die Koordinator*innen zur neuen herrschenden Klasse zu machen, sondern im Interesse genuiner Klassenlosigkeit auch letztere aufzuheben.²⁴⁸

3.1.7 Selbstverwaltung und Wirtschaftsdemokratie

Vor allem in den letzten Jahren sind aus den unterschiedlichsten Ecken auch hierzulande wieder zaghafte Rufe nach Konstituierung einer *Wirtschaftsdemokratie* zu vernehmen.²⁴⁹ Jedoch bleibt dabei oftmals recht diffus, was unter dem Begriff Wirtschaftsdemokratie genau zu verstehen ist. Ist dies gleichbedeutend mit der *ökonomischen Freiheit*, mit seinem Eigentum nach Belieben verfahren zu können? Oder handelt es sich vielleicht um eine dem demokratischen *Majoritätsprinzip* unterworfenen Wirtschaftsverfassung – was nichts anderes bedeutet, als dass die Stimme jeder Person gleichviel Gewicht haben würde? Hahnel zufolge seien beide Vorstellungen mit der Vision einer libertär-sozialistischen Wirtschaftsdemokratie unvereinbar:

„In our view the concept of *economic freedom* is an inappropriate conception of economic democracy because many economic decisions affect more than one person. There are too many important situations where the economic freedom of one person conflicts with the economic freedom of another person. If polluters are free to pollute, victims of pollution are not free to live in pollution-free environments. If employers are free to use their productive property as they see fit, their employees are not free to use their laboring capacities as they like. If the wealthy are free to leave their children large bequests, new generations will not be free to enjoy equal economic opportunities. [...]

But we believe the alternative of *majority rule* is also an inappropriate conception of economic democracy. When a decision has a greater effect on some people than others, by giving each person an equal say or vote, those more affected by a decision can find themselves overruled by those who are less affected.

[...] Most economic decisions affect more than one person and affect some people a great deal more than others. And therein lies the rub! While the concept of economic freedom works well for economic decisions that only affect one person, and the concept of majority rule works well for economic decisions that affect us all equally, neither conception of economic democracy works well for the overwhelming majority of economic decisions that affect some of us more than others.“²⁵⁰

248Vgl. Albert, Utopie, S. 37-42; Vgl. Albert, Parecon, S. 161.

249Vgl. Demirović, Wirtschaftsdemokratie; Vgl. Bontrup, Heinz-J., Wirtschaftsdemokratie – endlich umsetzen, in: SPW – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft 228/5, 2018, S. 52-46.

250Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 14f.

Aus diesen Gründen müsse Wirtschaftsdemokratie mit dem Konzept der *Selbstverwaltung* fusioniert werden. Auf eine Formel gebracht hieße das:

„Economic democracy should be defined as *decision-making input, or power, in proportion to the degree one is affected by different economic choices*. We call this *collective economic self-management* and believe that thinking about how to achieve economic self-management for everyone is the best way to think about achieving economic democracy.“²⁵¹

Dies bedeutet: Bei Angelegenheiten, die eine Person nicht – oder wenig – betreffen, solle besagte Person auch nicht – oder eben wenig – mitentscheiden können. Bei Sachverhalten hingegen, welche für eine Person von hoher Relevanz sind, solle diese auch einen entsprechend hohen Einfluss auf den Entscheidungsprozess genießen – eben *proportional zum Grad der jeweiligen Betroffenheit*.²⁵²

3.2 Wider Märkte und Zentralplanung

Wie bereits oben dargelegt, wird im hegemonialen Diskurs um Wirtschaftsmodelle für gewöhnlich eine Dichotomie zwischen Marktwirtschaft und zentraler Planwirtschaft angenommen.²⁵³ Warum aus Sicht der Partizipatorischen Ökonomik jedoch keine der beiden Modelle eine gangbare Option für eine erstrebenswerte, emanzipatorische Zukunft darstellt, ist Gegenstand der folgenden Ausführungen. Ganz im Sinne Wrights werden hierbei auch die obigen Werte und „moralischen Prinzipien als Standards für die *Diagnose und Kritik* existierender [sowie historischer, A.D.] Institutionen“²⁵⁴ herangezogen.

3.2.1 Argumente gegen Märkte

Einmal abgesehen vom offensichtlichen Fall, dass von einer Einzelperson geleitete Privatunternehmen inkompatibel mit der Selbstverwaltung durch die hierin beschäftigten Arbeiter*innen sind und damit auch Wirtschaftsdemokratie im obigen Sinne diametral entgegensteht²⁵⁵ –

251Ebd., S. 15.

252Vgl. Albert, Parecon, S. 45f.; Vgl. Albert, No Bosses, S. 22-24; Vgl. Albert, Utopie, S. 72-75, S. 86f.; Vgl. Albert/Hahnel, Political Economy, S. 17-20.

253„In fact, most economists agree that no third procedure qualitatively different from markets and central planning exists, or, if there is another alternative, that it has not been articulated at a level permitting meaningful comparison with markets and central planning.“ (Albert/Hahnel, Political Economy, S. 58) Vgl. Albert/Hahnel, Participatory Planning, S. 40.

254Wright, Realutopien, S. 63.

255Vgl. Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 27-30. Darüber hinaus läuft dies auch dem Kriterium *ökonomischer Gerechtigkeit* zuwider. (Vgl. Ebd. S. 30f.). Vgl. Albert, Parecon, S. 49f.

ein Fall, der ja, zumindest theoretisch, nicht notwendigerweise auf jede Form von Marktwirtschaft zutreffen muss –, wird, wie bereits angeklungen, von Marktbefürworter*innen postuliert, Märkte würden nun einmal den effektivsten und gangbarsten Allokationsmechanismus bieten. Von Marktfundamentalist*innen, welche Marktprozesse jeglicher äußeren Regulierung entziehen wollen, bis zu selbsternannten Marktsozialist*innen, welche danach trachten, Märkte *umfassend einzubetten* und zu *sozialisieren*, also zu regulieren²⁵⁶, besteht zumindest in dieser grundlegenden Frage ein breiter Konsens: *There is no (better) alternative to markets.*

Bei näherem Hinsehen lassen sich, Hahnel zufolge, jedoch genügend Argumente ausmachen, um die hegemoniale Grundüberzeugung von der Effizienz und Gangbarkeit der Märkte als Mythos zu entlarven, welcher maßgeblich auf Modellannahmen basiere, die mit der Realität nur wenig bis nichts gemein haben. Hahnels Kritik an Märkten erfolgt dabei grob in vier argumentativen Schritten: (1) Anders als es die meisten Ökonomen immer wieder kolportieren, sei die Marktallokation knapper Ressourcen *nicht* effizient. (2) Märkte verteilen die aus ökonomischer Kooperation erwachsenden Lasten und Nutzen ungerecht. (3) Märkte unterminierten Solidarität und beförderten egoistische Einstellungen wie Verhaltensweisen. (4) Märkte böten keine Chance zur Entfaltung von authentischer Wirtschaftsdemokratie und untergrüben darüber hinaus auch die politische Demokratie.

3.2.1.1 Märkte sind ineffizient

Die immer wieder gepredigte Markteffizienz hängt Hahnel zufolge von einigen ganz spezifischen Annahmen ab, welche notwendigerweise *alle* erfüllt sein müssten, um Märkte tatsächlich als effizienten Allokationsmechanismus – im Sinne von Pareto-Optimalität²⁵⁷ – bezeichnen zu können:

„It is well known among professional economists that markets allocate resources inefficiently when they are out of equilibrium, when they are non-competitive, and when there are external effects. When the fundamental theorem of welfare economics is read critically it says as much: *Only if* there are no external effects, *only if* all markets are competitive, and *only when* all markets are in equilibrium is it true that a market economy will yield a Pareto optimal outcome. But despite these clear warnings, market enthusiasts insist that if left alone markets generally allocate resources very efficiently. This conclusion can only be true if: (1) disequilibrating forces are weak, (2) non-competitive market structures are uncommon, and (3) externalities are the exception, rather than the rule. I will offer *theoretical* reasons to believe exactly the opposite in all three cases. A second line of defense holds that while free markets may be plagued by inefficiencies, it is possible to 'socialize' markets through various policy correctives and

256Vgl. Corneo, Welt, S. 181f.; Vgl. Schweickart, Economic Democracy.

257Siehe Fn. 222.

thereby render them 'reasonably' efficient. While I generally support policies to ameliorate market inefficiencies, I will offer *practical* reasons why it is a pipe dream to believe that such policies could ever render market systems 'reasonably' efficient.²⁵⁸

Externe Effekte sind allgegenwärtig:

Markttransaktionen seien für die Tauschparteien – Verkäufer*in und Käufer*in – im Falle geringer Transaktionskosten, d.h. wenn andere respektive dritte Parteien von dem Deal ausgeschlossen sind, und unter den gängigen idealisierten Annahmen – perfektes Wissen und Rationalität (*homo oeconomicus*) – zweifellos bequem und zu beiderseitigem Vorteil. Jedoch sei diese, hier modellierte, unbestreitbare Bequemlichkeit nicht gleichbedeutend mit sozialer Effizienz. Vielmehr hätten gerade jene, die genannte Bequemlichkeit bedingenden, Umstände zur Folge, dass die Markttransaktion sozial ineffizient sei: „Ironically, the very factors that render markets convenient and beneficial for buyers and sellers also render them socially inefficient.“²⁵⁹

Die Marktkräfte – Konkurrenzdruck und Profitstreben – drängten Produzent*innen dazu, ihre Profite zu maximieren und damit einhergehend die Kosten zu senken. Neben der *Rationalisierung* und *Optimierung* der Produktion, ließe sich dies ebenso durch die Abwälzung von Kosten auf Dritte beziehungsweise die Gesellschaft bewerkstelligen. Eine solche Externalisierung von Kosten führe jedoch zu einer Fehlallokation von Ressourcen, da dabei die Preise der jeweiligen Produkte nicht die tatsächlichen sozialen Kosten für die Gesellschaft abbildeten:

„All economists agree that when sellers or buyers promote their private interest by externalizing costs onto those not a party to the market exchange or by appropriating benefits from other parties without compensation, their behavior introduces inefficiencies that lead to a misallocation of productive resources and, consequently, a decrease in welfare.“²⁶⁰

Die systematische Exklusion betroffener dritter Parteien aus dem Käufer*innen/Verkäufer*innen-Tauschgeschäft und die Externalisierung von Kosten stellen demnach also zwei Seiten ein und derselben Medaille dar. Nun werde an dieser Stelle von Marktverfechter*innen mitunter eingewendet, die betroffenen außenstehenden Parteien könnten sich doch zusammenschließen, um ihr Recht auf Kompensation geltend zu machen. Jedoch sei eine solche Annahme Hahnel zufolge unrealistisch, da hierbei die zugrundeliegenden asymmetrischen Machtverhältnisse vollkommen ignoriert würden: Erstens hätten die betroffenen Dritten in vielen Fällen nur einen geringen Anreiz – zumindest geringer als die Tauschparteien

258Hahnel, Robin, The Case against Markets, in: Journal of Economic Issues 41 Nr. 4, 2007, S. 1141.

259Hahnel, Case, S. 1141.

260Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 35. Hahnel verbildlicht dies anhand des Beispiels eines Autoherstellers. (Vgl. Ebd.).

(Käufer*in/Verkäufer*in) –, die Mühen auf sich zu nehmen, eine Koalition mit anderen Betroffenen zu schließen, um ihr Entschädigungsrecht geltend zu machen:

„They are dispersed geographically and chronologically, and, the magnitude of the effect on each negatively affected, external party is small, yet not equal. Consequently, individually, external parties have little incentive to insist on being party to the transaction – the external effect on a single party is seldom large enough to make it worthwhile for one person to try to insert herself into the negotiations.“²⁶¹

Und selbst wenn sich die Betroffenen trotz alledem dazu entschlossen, eine Koalition zur Durchsetzung ihrer Interessen zu bilden, würden sie – wegen der schon genannten unterschiedlichen Betroffenheit und der geographischen wie zeitlichen Zerstreung – dabei auf erhebliche Hindernisse stoßen. Im Ökonom*innenjargon würde dies bedeuten, dass ihre *Transaktionskosten* signifikant höher sind, als jene der Käufer*innen/Verkäufer*innen-Tauschpartei. Unter dem Strich bedeute dies, dass das asymmetrische Machtverhältnis zwischen Käufer*innen/Verkäufer*innen und betroffenen Dritten die Externalisierung von Kosten – selbst unter *Idealannahmen* – systematisch bedinge: „Even if we could make every market perfectly competitive and thereby eliminate any power imbalance between buyers and sellers, this source of market inefficiency would persist.“²⁶²

Märkte sind oftmals nicht kompetitiv:

Die der kapitalistischen Dynamik inhärente Tendenz zur Monopolbildung führe ebenso dazu, dass Preise verzerrt werden – also nicht die tatsächlichen gesellschaftlichen Kosten widerspiegeln –, was gleichermaßen Ineffizienzen zur Folge habe:

„It is well known that when markets are not competitive they lead to inefficient allocations of resources. When sellers are few, it is in their interest to produce an output that is, collectively, less than the amount that is socially efficient. In other words, just as it is often easier to make profits at the expense of disenfranchised external parties than through socially productive behavior, it is also often easier for a small group of sellers to make profits by restricting supply than producing the socially efficient amount of their product. All empirical evidence indicates that many goods today are sold in non-competitive markets, and that market structures are growing less, not more competitive. This means that noncompetitive market structures are a serious and growing source of inefficiencies in modern market economies.“²⁶³

Märkte befinden sich oftmals nicht im Gleichgewicht:

Eine der zentralen Prämissen für die Annahme, Märkte würden sich in der Regel von selbst

261Hahnel, Case, S. 1142.

262Ebd., S. 1143. Vgl. Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 34-37.

263Ebd., S. 37.

aus im Gleichgewicht einpendeln, bestehe darin, zu glauben, dass die durch die Märkte ausgesendeten Preissignale von den Akteuren *richtig* interpretiert werden. Die Standard-Annahme

„implicitly assumes that sellers and buyers believe that when the market price rises the new higher price is the new stable price. Or, more precisely, standard reasoning assumes that when a market price rises, buyers and sellers assume that price is just as likely to fall from this new higher price as it is to rise further.“²⁶⁴

Wäre dies tatsächlich der Fall, „then it *is* sensible when market price rises for sellers to offer to sell more than before and for buyers to offer to buy less than before – as the 'laws' of supply and demand say they will.“²⁶⁵

Jedoch müsse dies keinesfalls so sein: „However, sometimes buyers and sellers quite sensibly interpret *price changes as indications of further price movements in the same direction*.“²⁶⁶ In diesem Fall wäre es rational für die Käufer*innen, auf einen Preisanstieg mit höherer Nachfrage zu reagieren, bevor der Preis noch weiter steigt, während die Verkäufer*innen in Erwartung weiterer Preisanstiege die Menge ihrer angebotenen Waren zurückhalten würden. „When buyers and sellers behave in this way they create greater excess demand and drive the price even higher, *leading to a market 'bubble'* [Hervorhebungen, A.D.]“²⁶⁷

Wenn hingegen die Käufer*innen und Verkäufer*innen auf einen Fall der Preise spekulierten, sei es rational für Käufer*innen – in Erwartung niedrigerer Preise – ihre Nachfrage zu reduzieren und aus den gleichen Gründen für die Anbieter*innen die Menge ihrer angebotenen Waren zu erhöhen.

„In this case, their behavior creates even greater excess supply and drives the price even lower, *leading to a market 'crash'*.“

In other words, if market participants interpret changes in price *as signals* about the likely direction of further price changes, and if they behave 'rationally', they will not only fail to behave in the way the 'laws' of supply and demand would lead us to expect, they will behave in exactly the opposite way from what these 'laws' predict. When this occurs and markets move away from, not toward their equilibria, economic inefficiency increases.“²⁶⁸

„In sum, market bubbles and crashes, which all economists agree cause efficiency losses, are generally the result of rational, not irrational, behavior and much more likely to occur than mainstream economists would have us believe.“²⁶⁹

Vor dem Hintergrund der persistenten *Externalisierung von Kosten*, der *monopolistischen Ten-*

264Hahnel, Case, S. 1145.

265Ebd.

266Ebd.

267Ebd.

268Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 37f.

269Ebd., S. 38.

denzen sowie jener, der Marktlogik immanenten, *Ungleichgewichtsdynamiken* – die sich zu systemischen Krisen ausweiten können – halte die Annahme, Märkte seien generell ein effizienter Allokationsmodus, selbst unter idealtypischen Bedingungen, keiner näheren Überprüfung stand.

Zwar wären damit die Ansichten der Marktfundamentalist*innen kompromittiert, wie jedoch verhält es sich mit denjenigen – beispielsweise Sozialdemokrat*innen oder auch Marktsozialist*innen –, die eine stärkere *Regulierung* und *Einbettung* der Märkte befürworten, um eben diese Defizite auszugleichen?

Einige praktische Probleme beim Versuch, Märkte angemessen zu regulieren:

(1) Da externe Effekte in einer Marktwirtschaft eher die Regel als die Ausnahme darstellten, sei es äußerst mühsam und aufwändig, dem fortwährend entgegenzuwirken.²⁷⁰ (2) Eine akkurate Pigou-Steuer – Steuer zur *Internalisierung* externer Kosten – sei überaus schwer zu ermitteln, „because there are no convenient or reliable procedures in market economies for estimating the magnitudes of external effects. In this crucial regard, the market offers no assistance whatsoever forcing us to resort to what are inevitably very imperfect measures.“²⁷¹ (3) Selbst wenn eine Pigou-Steuer für ein einziges Produkt angemessen ermittelt und festgelegt werden könnte, müsse – falls in dieses Produkt weitere Produkte mit externen Effekten eingingen – die gesamte Preisstruktur entsprechend korrigiert werden, was sich als äußerst problematisch erweisen könne.²⁷² (4) In der realen Welt stünden der Implementierung adäquater Regulationen und Besteuerungen oftmals machtvolle Interessen entgegen.²⁷³ (5) Das Aufbrechen von Monopolen stelle sich in dem Augenblick als zweiseitige Angelegenheit dar, wenn „there are significant technological economies of scale that smaller firms cannot take advantage of, the loss of technological efficiency may be greater than the gain in allocative efficiency from breaking up large firms to increase market competition.“²⁷⁴ (6) Die

270Vgl. Ebd.

271Hahnel, Case, S. 1149. „Stop-gap procedures for trying to estimate the magnitude of external effects like contingent valuation surveys (where economists survey a random sample of those affected and ask them how much they would be willing to pay not to be damaged) and hedonic regression studies (where economists try to deduce how much people are adversely affected by their purchase of related goods that are sold in markets) are notoriously unreliable and therefore highly subject to manipulation by interested parties.“ (Hahnel, Robin, What’s Wrong with Markets?, in: <https://participatoryeconomy.org/whats-wrong-with-markets/> (abgerufen am 08.06.2022)) Zur Unzuverlässigkeit von diesbezüglichen Erhebungen, siehe auch: Hahnel, Case, S. 1149f.

272„Even if the negative external effects of producing or consuming a particular good could be estimated accurately and the corrective tax were applied, if the external effects of producing or consuming goods that enter into the production of the good in question are not also accurately corrected for, the theory of the second best warns us that the Pigovian tax we place on the good in question may move us farther away from an efficient use of our productive resources rather than closer.“ (Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 39).

273Vgl. Ebd.

274Hahnel, Case, S. 1151.

Konsument*innenpräferenzen adaptierten dahingehend, dass die Nachfrage nach Produkten mit *negativen externen Effekten* übermäßig – mehr als es sozial effizient wäre – steige, wenn diese Effekte nicht im Preis abgebildet – besagte Produkte also zu günstig angeboten – werden. Der umgekehrte Mechanismus greife bei Produkten mit – ebenfalls nicht im Preis berücksichtigten – *positiven Effekten*. Dies Sorge zusammengenommen dafür, dass ohnehin schon übermäßig – nach sozialen Effizienzkriterien *zu viel* – produzierte Güter tendenziell noch ausgeweitet würden, während unterproduzierte – nach sozialen Effizienzkriterien *zu wenig* – Güter noch weiter ins Hintertreffen gerieten. Diese Verzerrung verstärke sich zunehmend.²⁷⁵ Dem ließe sich auch der Umstand zuordnen, dass öffentliche Güter im Vergleich zu individuell-privaten Gütern in einer Marktwirtschaft systematisch benachteiligt und damit – an Effizienzmaßstäben gemessen – in zu geringer Zahl bereitgestellt würden.²⁷⁶

„In sum, contrary to both popular and professional opinion, free markets lead to a very inefficient use of our scarce productive resources, and even when 'socialized' by policy correctives, a great deal of inefficiency inevitably remains.“²⁷⁷

3.2.1.2 Arbeitsmärkte sind ungerecht

Einkommensunterschiede unter Arbeiter*innen würden in einer Marktwirtschaft in der Regel davon bestimmt, welche Arbeit mehr Profit erzeugt und welche/r Akteur*in mehr Verhandlungsmacht besitzt, also unabhängig vom persönlichen Einsatz;

„whether they are capitalist employers trying to maximize enterprise profits, or worker-owned enterprises trying to maximize profits per member. This means that when labor is hired in labor markets, those who have more *human capital*, and therefore contribute more to enterprise output and revenues, will receive higher wages than those with less *human capital* [Hervorhebungen, A.D.]“²⁷⁸

Dies stelle einen grundlegenden Verstoß gegen *Verteilungsmaxime 3* dar.

Wenn nun einige Marktsozialist*innen – wie zum Beispiel Gindin²⁷⁹ – in Anbetracht dessen für die Abschaffung freier Arbeitsmärkte plädieren, jedoch die anderen Märkte, beispielsweise Konsumgütermärkte, weitgehend unangetastet lassen möchten, würde dies im System der

275Vgl. Ebd., S. 1150f.; Vgl. Albert/Hahnel, Political Economy, S. 14.

276Vgl. Albert, Parecon, S. 79; Vgl. Albert/Hahnel, Political Economy, S. 11; Vgl. Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 134, S. 299.

277Hahnel, Markets.

278Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 40.

279Vgl. Gindin, Socialism.

Marktwirtschaft zu erheblichen Unstimmigkeiten führen, da dies die gesamte Preisstruktur massiv verzerren und damit eine effiziente Allokation – deretwegen sich vorgeblich ja gerade für die Marktwirtschaft entschieden wurde – zunichtemachen würde.²⁸⁰ Der selbe Fall würde eintreten, wenn sich „die Löhne am Einsatz orientieren“ (*Verteilungsmaxime 3*); „dann wird der Markt für Preise sorgen, die nicht die wahren gesellschaftlichen Opportunitätskosten der Güter widerspiegeln, und somit Kosten und Nutzen noch schlechter repräsentieren als von Marktsystemen ohnehin zu erwarten ist.“²⁸¹

3.2.1.3 Märkte wirken sich negativ auf zwischenmenschliche Beziehungen aus

Schon die bloße Existenz von Märkten sei ein permanentes Misstrauensvotum an die menschliche Fähigkeit, sich nach rationalen Maßstäben kollektiv bewusst zu koordinieren.²⁸² Überdies würden die Marktlogiken ganz bestimmte menschliche Dispositionen fördern und andere hingegen systematisch erodieren: Während Konkurrenz, Opportunismus und rücksichtslose Eigennutzenmaximierung im Marktgeschehen tendenziell belohnt würden, verkümmerten gleichzeitig Empathie sowie die Fähigkeiten zu Partizipation, Kooperation, solidarischem und kollektivem Handeln.²⁸³ Und selbst wenn die Marktakteure das plötzliche Bedürfnis verspürten, – entgegen der Marktlogiken – andere Menschen solidarisch miteinzubeziehen, hätten sie hierfür so gut wie keine Anhaltspunkte, da der Markt solche qualitativen Informationen nicht

280, „In einem Marktsystem gibt es keine Möglichkeit, dieses Problem zu beheben, ohne ein hohes Maß an Ineffizienz zu schaffen. Wenn wir in den Arbeitsmarkt eingreifen und Lohnsätze vorschreiben, die wir für fair halten, aber den Märkten die Verteilung der Ressourcen überlassen, werden nicht nur verschiedene Arten von Arbeit ineffizient verteilt. Die gesamte Preisstruktur der Wirtschaft wird die Opportunitätskosten der Produktion verschiedener Güter und Dienstleistungen nicht widerspiegeln, was zu weiteren Ineffizienzen führt. Es gibt keinen Ausweg aus dem Dilemma: In einer Marktwirtschaft müssen wir entweder zulassen, dass das Marktsystem Menschen ungerecht bezahlt, oder wir müssen, wenn wir versuchen, diese Ungerechtigkeiten zu korrigieren, noch größere Ineffizienzen tolerieren.“ (Hahnel, Robin, Bruch mit dem Kapitalismus, in: Robin Hahnel u. Erik Olin Wright, Alternativen zum Kapitalismus. Vorschläge für eine demokratische Ökonomie, Berlin 2021, S. 179) Vgl. Sandström, Accounting, S. 15f.

281 Albert, Parecon, S. 145.

282, „In effect, markets say to us: You humans cannot consciously coordinate your interrelated economic activities efficiently, so don't even try. You cannot come to equitable agreements among yourselves, so don't even try. Just thank your lucky stars that even such a hopelessly socially challenged species such as yourselves can still benefit from a division of labor, thanks to the miracle of the market system. In effect, markets are a decision to 'punt' in the game of human economic relations – a no confidence vote on the social capabilities of the human species.“ (Hahnel, Case, S. 1152).

283 Vgl. Ebd., S. 1152f.; Vgl. Hahnel, Bruch, S. 184-189. „Wenn eine Arbeitsteilung durch Märkte koordiniert wird, werden diejenigen, die andere übervorteilen, häufig belohnt, während diejenigen, die sich sozial verantwortlich verhalten, dafür oftmals bestraft werden. Aus diesem Grund wirken Märkte wie böartige Wucherungen, die die Bemühungen um den Aufbau und die Vertiefung partizipatorischer und gleichberechtigter Zusammenarbeit untergraben.“ (Hahnel, Robin, Partizipatorische Ökonomie. Eine Verteidigung, in: Robin Hahnel u. Erik Olin Wright (Hg.), Alternativen zum Kapitalismus. Vorschläge für eine demokratische Ökonomie, Berlin 2021, S. 81).

generiere.²⁸⁴ „In short, markets 'work' by stimulating greed and fear while undermining trust and solidarity needed to build the economics of equitable cooperation.“²⁸⁵

3.2.1.4 Märkte unterminieren Demokratie und Selbstverwaltung

Wie bereits angeklungen, untergrüben Märkte, so Hahnel und Albert, systematisch diejenigen sozialen Eigenschaften und Fähigkeiten, welche für gesellschaftliche Kohäsion und damit auch für Partizipation in demokratischen Kontexten unentbehrlich sind: Kooperation, Empathie, Solidarität, Selbstbestimmung etc.²⁸⁶ Oder um mit Samuel Bowles zu sprechen, auf den sich Hahnel in diesem Kontext wiederholt beruft:

„If democratic governance is a value, it seems reasonable to favor institutions that foster the development of people likely to support democratic institutions and able to function effectively in a democratic environment. Among the traits most students of the subject consider essential are the ability to process and communicate complex information, to make collective decisions, and the capacity to feel empathy and solidarity with others. As we have seen, markets may provide a hostile environment for the cultivation of these traits. Feelings of solidarity are more likely to flourish where economic relationships are ongoing and personal, rather than fleeting and anonymous; and where a concern for the needs of others is an integral part of the institutions governing economic life. The complex decision-making and information processing skills required of the modern democratic citizen are not likely to be fostered in either markets or in workplaces that run from the top down.“²⁸⁷

Doch was ist mit horizontalen Arbeitsverhältnissen, wie sie von Marktsozialist*innen oftmals angestrebt werden? Wie verhält es sich mit Arbeiter*innenkontrolle, -kollektiven und betrieblicher Selbstverwaltung, in welcher alle Mitglieder den (formell) gleichen Einfluss genießen?²⁸⁸

Selbst wenn es solche Selbstverwaltungsstrukturen gäbe, würden Albert zufolge die Marktkräfte mit der Zeit der Herausbildung einer Koordinator*innenklasse Vorschub leisten – also eine erneute Hierarchisierung forcieren und damit die Selbstverwaltung schließlich wieder zunichte machen:

Auch „wenn es keinen Privateigentümer gibt, der seinen Gewinn einfordert, muss die Firma um Marktanteile kämpfen, Kosten drücken und Erträge steigern, um Investitionsmittel zu ver-

284Vgl. Albert, Parecon, S. 68f.; Vgl. Albert/Hahnel, Political Economy, S. 12f.

285Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 44.

286Vgl. Ebd., S. 41-43; Vgl. Hahnel, Bruch, S. 179f.

287Bowles, Samuel, What Markets Can – and Cannot – Do, in: Challenge – The Magazine of Economic Affairs 34/4, 1991, S. 15f.

288Vgl. Corneo, Welt, S. 184-188, S. 191-196; Vgl. Gindin, Socialism; Vgl. Schweickart, Economic Democracy, S. 3.

dienen. Wenn ihr das nicht gelingt und sie gegenüber ihren Konkurrenten zurückfällt, wird sie immer mehr in die Verlustzone geraten und schließlich aufgeben müssen. In einer Marktwirtschaft überlebt man eben nur, wenn man Überschüsse erwirtschaftet. Dies geschieht vor allem dadurch, dass man die Arbeitskosten reduziert und aus dem vorhandenen Personal mehr Leistung herauspresst.“²⁸⁹

Eben dieser ökonomische Verwertungsdruck würde schließlich dazu führen, dass die Arbeiter*innen zu einer hierarchischen Arbeitsteilung zurückkehren, also – weitgehend autonome und bessergestellte – Manager*innen anstellen würden, deren Auftrag vornehmlich darin bestünde, diese einschneidenden, schmerzhaften (*Rationalisierungs-*)Entscheidungen stellvertretend für das Kollektiv zu treffen. Würden sie dies nicht tun, so würden sie unter dem unbarmherzigen Druck der Marktkonkurrenz allmählich zugrunde gehen und damit früher oder später schlussendlich verdrängt werden.²⁹⁰

„Das heißt, aufgrund der Logik des Marktes würde zur Erzwingung von Kostenersparnis und Marktdisziplin trotz Räten und ausgewogener Jobkomplexe eine Koordinator*innenklasse über den Arbeiter*innen entstehen, die die von uns befürworteten Entlohnungsnormen verletzen, Macht monopolisieren und Selbstverwaltung und Fairness wieder vernichten würde.“²⁹¹

„Markets predictably generate pressures for class differentiation and intrinsically subvert equality, participation, and collective self-management.“²⁹²

Ein gutes Anschauungsbeispiel hierfür bietet das *jugoslawische (marktsozialistische) Selbstverwaltungsmodell*: Hier hatten sich mit der Zeit nicht nur eine einflussreiche Koordinator*innenklasse und grassierende Partizipations-Apathie auf der Ebene der einfachen Belegschaften, sondern auch starke sektorale wie regionale Wohlstandsdifferenzen herausgebildet, welche als mit-ursächlich für die krisenhaften Desintegrationsprozesse der 1990er Jahre angesehen werden können.²⁹³ Ein weiteres Exempel, in kleinerem Maßstab, stellt die *Mondragón-Kooperati-*

289Albert, Parecon, S. 72.

290„The information, incentive, and role characteristics of markets also subvert the rationale for workers to take initiative in workplace decisions *even if* they have the legal right to do so. Workers' councils in Yugoslavia have the right to meet and make decisions, but why should they? Market competition forces decision makers to maximize a bottom line. Any human effects unrepresented in costs and revenues are ignored on pain of competitive failure. Workers' councils motivated by qualitative, human considerations ultimately fail, eliminating even their own information-limited generosity.

Since competitive pressures militate against criteria such as workplace satisfaction, it is perfectly sensible for workers' councils in market environments to hire others to make their decisions for them. The pattern is simple. First, worker desire for self-management erodes. Next, workers hire managers who in turn hire engineers and administrators who transform job roles according to competitive dictates.“ (Albert/Hahnel, *Political Economy*, S. 13f.) Vgl. Albert/Hahnel, *Participatory Planning*, S. 43f.

291Albert, *Utopie*, S. 101.

292Albert/Hahnel, *Political Economy*, S. 15.

293Vgl. Götsch, Katharina, *Marktsozialismus – Die Linke auf der Suche nach einer neuen Theorie*, in: PRO-KLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 155, 39. Jg./Nr. 2, 2009, S. 237-239; Vgl. Hahnel, Bruch, S. 188f.; Vgl. Albert, Parecon, S. 73; Vgl. Phillips/Rozworski, *Republic*, S. 198-202. „Das Einkommensverteilungssystem ermöglicht die Entstehung ungleicher Wirtschaftsbedingungen für die in unterschiedlicher Weise

ve – als weltweit größte ihrer Art – dar: Hier führten die äußeren Marktzwänge und der damit einhergehende interne Betriebsegoismus ebenfalls dazu, dass mit der Zeit verstärkt kapitalistische Prinzipien, Klassenspaltung und der Rückgang aktiver Partizipation – zulasten der kooperativen Grundsätze – Einzug in die Genossenschaftsstruktur gehalten haben.²⁹⁴

So ist es dann auch nicht weiter verwunderlich, ja, man könnte sogar argumentieren, recht konsequent zu Ende gedacht, wenn Corneo – aus den genannten Gründen – in seiner Konzeption eines Aktienmarktsozialismus schon von vornherein so gut wie vollständig auf Selbstverwaltungsstrukturen und Betriebsdemokratie verzichtet und hingegen autonome, einzig der Profitmaximierung verpflichtete, Manager*innen zur Leitung der staatseigenen Unternehmen einsetzt.²⁹⁵ Pointiert stellt Albert bezüglich dergleichen fest: „Dürfen wir so etwas überhaupt Sozialismus nennen? Falls ja, dann würde der Sozialismus nicht mehr die Herrschaft der Arbeiter über ihre eigene Tätigkeit implizieren, denn die ist hier keinesfalls gegeben.“²⁹⁶

Alles in allem lässt sich also zusammenfassend festhalten, dass sich Märkte als rundum unfähig erwiesen, die oben definierten Werte *Solidarität, Effizienz, ökologische Nachhaltigkeit, ökonomische Gerechtigkeit, Klassenlosigkeit* sowie *Selbstverwaltung und Wirtschaftsdemokratie* adäquat zu erfüllen. Zwar sei nicht in Abrede zu stellen, dass eine Form von sozial reguliertem Kapitalismus seiner *laissez-faire* Variante vorzuziehen sei und überdies misst Hahnel der *Sozialisierung von Märkten* auch eine potenziell wichtige Rolle im Transformationsprozess bei, jedoch sei die dauerhafte Fortexistenz von Märkten – und sei es nur in einem äußerst geringen Maßstab –, nicht nur inkompatibel mit den genannten Werten, sondern auch viel zu risikobehaftet, wieder in entfesselte kapitalistische Marktstrukturen, mit all ihren ekla-

mit gesellschaftlichem Kapital ausgestatteten Kollektive. Es hat zu einer politisch und wirtschaftlich nicht zu rechtfertigenden Differenzierung der persönlichen Einkommen in den einzelnen Wirtschaftszweigen und Unternehmungen geführt.“ (Lemán, Gudrun, *Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien. Teil 1. Probleme der demokratischen Unternehmensleitung und der Einkommensverteilung im selbstverwalteten Betrieb*, Köln 1973, S. 36).

294Ein hervorragender Überblick hierzu findet sich bei: Kasmir, Sharryn, *The Mondragon Cooperatives and Global Capitalism. A Critical Analysis*, in: *New Labor Forum* 25/1, 2016, S. 52-59. „Im Jahr 2007 waren etwas weniger als 40 Prozent der insgesamt etwa 100000 Arbeiter in den verschiedenen Kooperativbetrieben der MCC Arbeiter-Eigentümer der Kooperativen, die übrigen waren herkömmliche Beschäftigte [anstatt der traditionell lediglich 10-20 Prozent Fremdarbeitskräfte, siehe: Ebd., Fn. 81, A.D.]. Bei einigen von ihnen handelte es sich um unmittelbar in den Kooperativen des Baskenlands beschäftigte Zeitarbeiter, die eine gewisse Aussicht darauf hatten, schließlich Arbeiter-Eigentümer ihrer Kooperative zu werden. Die überwiegende Mehrheit war jedoch bei den Tochterfirmen der MCC-Kooperativen beschäftigt. Letztlich sind Eigentümer-Mitglieder der MCC Kooperativen damit kollektiv zu kapitalistischen Arbeitgebern der in den Tochterfirmen beschäftigten Arbeiter geworden. Diese Gesamtkonstellation der wirtschaftlichen und Klassenverhältnisse innerhalb der Mischkonzernstruktur der MCC-Kooperativen steht in einer starken Spannung zu den kooperativistischen Prinzipien von MCC.“ (Wright, *Utopien*, S. 341) „Der Konzern hat gegenüber in seinen Tochterfirmen aktiven Gewerkschaften [...] eine recht feindselige Haltung angenommen. Zumindest gegenwärtig werden die ausländischen Tochterfirmen von MCC daher ziemlich genau wie herkömmliche kapitalistische Firmen betrieben.“ (Ebd., S. 343).

295Vgl. Corneo, *Welt*, S. 196-237.

296Albert, *Parecon*, S. 81.

tanten Problemen, zurückzufallen.²⁹⁷ „For all these reasons, *if possible*, we must replace bilateral, adversarial negotiations [– Märkte –, A.D.] altogether with a different context, different expectations, and a different mind-set about what we are attempting to do when we coordinate our interrelated activities.“²⁹⁸ Doch wie steht es um die angeblich einzig weitere Alternative – die Zentralplanwirtschaft?

3.2.2 Argumente gegen Zentralplanung

Die Kritik an einer zentral gesteuerten Planwirtschaft ist so alt wie die Idee selbst. Bereits in den 1920er bis 1930er Jahren fand eine scharfe Auseinandersetzung zwischen – oftmals marxistisch geprägten – Befürworter*innen einer Zentralplanung sowie deren marktverfechtenden Antagonist*innen – welche sich vor allem aus dem Umfeld der sogenannten *Österreichischen Schule* rekrutierten – statt, die als *sozialistische Kalkulationsdebatte* in die Geschichtsbücher eingehen sollte. Während erstere in der zentralen Planung eine dem Marktmechanismus überlegene Allokationsform sahen, insistierten letztere, dass die Zentralplanung aufgrund der immensen Komplexität wirtschaftlicher Prozesse sowie des Informationsproblems nicht gelingen könne, respektive nur zu suboptimalen Ergebnissen führen würde. Letzterer Standpunkt wurde vor allem von Ludwig von Mises²⁹⁹ und später von Friedrich August von Hayek³⁰⁰ zu breiter Popularität verholfen: Demzufolge könnten die Zentralplaner*innen (1) die überbordenden Informationsmengen, die zur Kalkulation eines adäquaten Plans notwendig wären, aufgrund des Technologiedefizits nicht verarbeiten (*Kalkulationsproblem* beziehungsweise *Programmierungsproblem*); doch selbst wenn sie dies könnten, sei es ihnen (2) nicht möglich, an die hierfür notwendigen Daten und Informationen zu gelangen (*Wissensproblem* beziehungsweise *tacit knowledge problem*). Diese Argumentation gehört bis heute zum hegemonialen Standardrepertoire, wenn es darum geht, die Marktwirtschaft als alternativlos darzustellen und sah sich mit dem Zusammenbruch des *real existierenden Sozialismus* scheinbar endgültig bestätigt.³⁰¹

297Vgl. Albert/Hahnel, Participatory Planning, S. 44; Vgl. Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 27, S. 32, S. 45f., S. 50; Vgl. Hahnel, Plädoyer, S. 17-19.

298Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 46; Vgl. Albert, Parecon, S. 148.

299Vgl. Mises, Ludwig von, Economic Calculation in the Socialist Commonwealth, in: https://cdn.mises.org/economic_calculation_in_the_socialist_commonwealth.pdf (abgerufen am 08.06.2022).

300Vgl. Hayek, Friedrich August von, The Use of Knowledge in Society, in: The American Economic Review 35/4, 1945, S. 519-530.

301Vgl. Phillips/Rozworski, Republic, S. 20-30; Vgl. Schröter, Kalkulationsdebatte, S. 171-176; Vgl. Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 3f., S. 60-69.

Nach Hahnel sei diese Kritik zum Zeitpunkt ihrer Entstehung zwar durchaus noch valide gewesen, mit der seitdem erfolgten massiven Ausweitung von Rechenkapazitäten, wie auch durch Fortschritte in der Algorithmik und Informatik, sei sie heute jedoch in den grundlegenden Punkten weitgehend überholt:

„Just as the advent of mathematical programming theory and modern computers rendered the first objection to central planning obsolete – that it is technologically impossible to calculate an efficient detailed, comprehensive plan for a modern economy – [...] iterative procedures [...] cast doubt on the second objection raised to central planning by critics in the 'socialist calculation debate' – that it is impossible, even in theory, for a CPB [Central Planning Board, A.D.] to discover the tacit knowledge about production possibilities that only personnel in production units possess.“³⁰²

In dieser Hinsicht liegt er auf einer Linie mit heutigen Verfechter*innen eines *Computersozialismus*.³⁰³

Doch obwohl sich die gängigen Einwände gegen Zentralplanung – zumindest in der Theorie – mittlerweile größtenteils überlebt hätten, weisen diese an ganz anderer Stelle überaus problematische Aspekte auf:

„While neither the 'impossible to calculate' nor 'tacit knowledge critique' of central planning proves to be as convincing as most critics of central planning would have people believe, we believe there are more compelling and more important arguments against central planning. First of all, there are practical reasons to conclude that any and all procedures a CPB might deploy to elicit information about productive capabilities from units will always meet with resis-

302Ebd., S. 69.

Zur Widerlegung des *Kalkulations- beziehungsweise Programmierungsproblems*: „The initial criticism of central planning was that even if the central planning board knew all of the 'givens' above, it could never solve the programming problem for even a moderate-size real-world economy. This objection, that the calculation problem was simply overwhelming, initially raised by Enrico Barone, was valid early in the 20th century, and gave rise to the practical necessity of using the method of material balances [...] to arrive at plans in the early years in the Soviet Union. However, advances in mathematical programming theory and computer technology have rendered this original critique obsolete. Why the Soviet Union, and other countries that began to use central planning after WWII, did not take advantage of advances in mathematical programming theory and computer capabilities as they became available but persisted in using the method of material balances to generate plans, is an interesting question we need not go into here. However, there can be no doubt that as we enter the third decade of the 21st century, the original criticism of comprehensive socialist planning – namely, that due to the size of the programming problem it is technologically impossible for a CPB to calculate an efficient, detailed, comprehensive plan for a modern economy – is no longer valid.“ (Ebd., S. 60).

Zur ausführlichen Begegnung des *tacit knowledge problem* mit *iterativen Ermittlungsverfahren*, siehe: Ebd., S. 62-69. Kurzfassung: „Various price-guided, quantity-guided, gradient, and mixed iterative procedures published in major economic journals in the 1960s and 1970s, combined with more recent theoretical work on solutions to principle-agent problems considerably weakened the tacit knowledge critique by demonstrating a variety of ways a central authority might try to elicit information about the capabilities of production units that it needs to calculate an efficient plan.“ (Ebd., S. 80).

Zu Hahnels Modell einer *idealen* Zentralplanwirtschaft, siehe: Ebd., S. 55-69.

303Vgl. Cockshott, William Paul u. Cottrell, Allin, Alternativen aus dem Rechner. Für sozialistische Planung und direkte Demokratie, 2. Aufl., Köln 2012; Vgl. Phillips/Rozworski, Republic.

tance because under central planning truthful reporting is inherently difficult to render 'incentive compatible'. More importantly in our view, putting all information problems aside, and even if decision-making is as democratic as possible, central planning is inherently incapable of providing workers with economic self-management.³⁰⁴

3.2.2.1 „An information game of cat and mouse“³⁰⁵

Einmal vorausgesetzt, die ausgeklügelten iterativen Verfahren zur sukzessiven Einholung von Informationen, um die jeweiligen Produktionskapazitäten akkurat ermitteln zu können – Bewältigung des *tacit-knowledge Problems* –, müssten mit Blick auf den reinen Mechanismus prinzipiell korrekt funktionieren, so hänge all dies jedoch von der zentralen Prämisse ab, dass die einzelnen Produktionseinheiten – Betriebe – ihre jeweiligen Kapazitäten der zentralen Planungsbehörde aufrichtig übermittelten. Dies sei jedoch alles andere als selbstverständlich. Vielmehr bestünden gewichtige Anreize, die eigenen Produktionskapazitäten zu verschleiern, um niedrigere Produktionsziele zugewiesen zu bekommen, die sich entsprechend einfacher erfüllen ließen. Hahnel bezeichnet dies als *information game of cat and mouse*³⁰⁶, oder auch *principal agent problem*.³⁰⁷ Diese grundlegende Problematik ließe sich durch geeignete Maßnahmen bestenfalls abmildern, jedoch nicht aus der Welt schaffen.³⁰⁸

304Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 72.

305Ebd., S. 72 [Hervorhebungen, A.D.].

306„However, the iterative procedures [...] rely on units to *respond truthfully*. What if it is in the interest of units to disguise their true capabilities and mislead the CPB? What if units stand to benefit from making the CPB believe they are capable of less than they truly are? While the CPB can be more or less sophisticated and clever in how it goes about eliciting information, we are inevitably left with a game of 'cat and mouse' between a CPB 'cat' – who wants accurate information about units' multiple productive capabilities – and production unit 'mice' – who want the CPB cat to believe they are less capable than they truly are.

In the end, under central planning, production units know that the CPB is going to assign them production targets and inputs they will be allocated to meet them. And units know the CPB would like them to work up to their maximum capabilities – that is, produce the very most they can with the inputs they are assigned and not use any more inputs than necessary to produce their output. But this means working hard. This means taking every precaution not to waste inputs. And while this may well be in the social interest since everyone benefits if everyone works hard and economizes on the use of scarce productive resources, it is not usually how a particular group of workers can most enjoy the time they spend on the job. Working at a more relaxed pace is generally more pleasant than exerting maximum effort. And it is often convenient to have extra inputs on hand just in case things go wrong.

But even more importantly, it is dangerous for managers of production units for the CPB to know what their unit is truly capable of. What if their unit underperforms? In central planning, promotions or demotions, bonuses or fines for managers [sic!], all hinge on whether the unit they are responsible for meets its production target with the resources it is allocated. In this situation it is advantageous for managers if the CPB can be induced to give them a production target well within the unit's reach and assign them more resources than they truly need to meet their target. Which is why central planning is essentially a game of cat and mouse: Managers [sic!] of production units have an interest in the CPB believing they are capable of less than they truly are. The CPB knows it must take information conveyed by units with a grain of salt. And the 'back and forth' that goes on between the CPB and the production units is the cat and mouse game that results.“ (Ebd., S. 72f.).

307Vgl. Ebd., S. 74.

308Ebd., S. 80.

3.2.2.2 Autoritarismus, Klassenherrschaft und die Eliminierung von Selbstverwaltung

Um unter den Bedingungen dieser konträren Interessenlagen dennoch seiner Aufgabe nachzukommen, habe das Zentralplanungsbüro oder -ministerium daher einen Anreiz, umfassende (autoritäre) Kontrollmechanismen zu installieren – also unter anderem auch Aufseher*innen einzusetzen und Sanktionen zu verhängen –, um die Wahrhaftigkeit der Informationen zu gewährleisten.³⁰⁹ Dabei werde schnell deutlich, dass es sich hierbei um ein zutiefst hierarchisches – *top-down* – Kommando-Verhältnis handle und weiter Grund zu der Annahme bestehe, dass sich diese autoritäre Logik bis in die Betriebsstruktur hinein fortsetze:³¹⁰

„The true relationship between the CPB and production units is revealed for what it is – a command relationship between a superior and inferior. [...]

Moreover, the authoritarian character of the relationship between the CPB and production units is likely to spread inside production units for two reasons. First, an authoritarian relationship requires that a superior agent have effective means for holding a subordinate agent accountable for carrying out directives. This entails establishing methods of surveillance and verification as well as incentives for subordinates to obey orders. Historical evidence suggests that it quickly became evident to CPBs that it is easier to hold a unit manager accountable for carrying out directives than to try and establish complicated methods of surveillance, verification, and incentives sufficient to hold an entire democratic council of workers in the production unit accountable. Of course, once the CPB chooses to deal with a unit manager whom they appoint, rather than a democratic worker council, it is only logical to grant the manager authority over the workers. In this way, the hierarchy spreads downward in a centrally planned economy, as plant managers appoint assistant managers and supervisors, creating an authoritarian hierarchy with ordinary workers at the bottom. Second, once these hierarchies are established, they will eventually affect people's consciousness and personalities: Apathy among the ranks of subordinates is the flip side of the authoritarian coin. So just as authoritarian hierarchies became the institutional hallmark of centrally planned economies, apathy became the salient behavioral characteristic of workers under central planning“³¹¹.

Damit wäre dann auch wieder eine Koordinator*innenklasse geschaffen – sowohl im Fall der Funktionär*innen im Planungsbüro also auch in Gestalt der Betriebs-Manager*innen –, welche die wichtigen Entscheidungen für sich monopolisierten und die *rank-and-file* Arbeiter*innen systematisch entmündigten.³¹² Unschwer zu erkennen, stelle dies gleichzeitig einen eklatanten Verstoß gegen das Prinzip der *Selbstverwaltung/Wirtschaftsdemokratie* dar. Würden die Koordinator*innen – wie zu erwarten – auch noch besser bezahlt, dann sei ebenfalls der Wert

309Vgl. Ebd.

310Vgl. Albert/Hahnel, *Political Economy*, S. 15f.

311Hahnel, *Democratic Economic Planning*, S. 75f.

312Vgl. Albert, *Parecon*, S. 55-58.

der *ökonomischen Gerechtigkeit* verletzt. Ob sich in einem solchen Klima ernsthafte *Solidarität* und *Vielfalt* entfalten würde, sei einmal dahingestellt.³¹³

Doch ließe sich einwenden: Was wäre mit einer *idealen*, vollkommen demokratischen zentralistischen Planwirtschaft, in welcher es – entgegen aller obigen Erwartungen – keine Koordinator*innenklasse gebe, oder dieses Problem zumindest für den Moment einmal ausgeblendet würde? Wäre unter diesen hypothetischen Annahmen nicht genuine Selbstverwaltung und Wirtschaftsdemokratie möglich?

Selbst in diesem abstrakten *Ideal*-Fall würde Hahnel zufolge das oben definierte Prinzip von Selbstverwaltung unterlaufen werden: Einmal vorausgesetzt, es würde gesellschaftlich höchst demokratisch mittels Mehrheitsvotum über verschiedene Produktionspläne abgestimmt. Hätte jede Person eine gleichwertige Stimme – wie dies einem solchen demokratischen Modus nur angemessen wäre –, würde dies bedeuten, dass unter dem Strich alle anderen Gesellschaftsmitglieder den gleichen Einfluss darauf hätten, *was, wie* – mit welchen Mitteln – *wo* produziert würde, wie die von diesen Entscheidungen unmittelbar betroffenen Arbeiter*innen. Da jedoch die jeweiligen Arbeiter*innen von solchen – ihren Betrieb angehenden – Entscheidungen proportional mehr betroffen seien, müssten sie in diesen Angelegenheiten eigentlich auch ein entsprechend größeres Mitspracherecht haben, was jedoch mit dem Zentralplansystem grundlegend unvereinbar sei.³¹⁴

Selbst im bestmöglichen Szenario, in der demokratischsten nur denkbaren zentralen Planwirtschaft, sei daher die Verhinderung von Selbstverwaltung und damit die Entfremdung von Arbeiter*innen immanent angelegt, womit sich die Zentralplanung als adäquates Wirtschaftsmodell für eine emanzipatorische Gesellschaft notwendigerweise disqualifiziere.³¹⁵ Zusam-

313Vgl. Ebd., S. 59.

314Vgl. Hahnel, *Democratic Economic Planning*, S. 77. „We defined *economic self-management* as *decision-making input, or power, in proportion to the degree one is affected by different economic choices*. Consider the choice of what to produce where you work and how to produce it. Even if there were no externalities associated with production, those decisions will affect consumers, other workers who produce various inputs you need, and everyone more broadly since any scarce resources used where you work will not be available for use elsewhere. Nonetheless, the decision about what you produce and how you go about it will affect you and your coworkers *more* than it affects others. Which is why *you* should have *more* say than others over the decision of what you and your coworkers produce, and how you go about it – although *others* should have *some say* over those decisions as well, since they will also be affected, albeit to a lesser degree. [...]

Moreover, this is not simply because of differences in information about what the consequences of outcomes are likely to be. Yes, I probably better understand the consequences of decisions about what goes on in the factory where I work, while others understand consequences better in the factories where they work. So we could make an efficiency argument for self-managed decision-making. But more fundamentally, in the case of my workplace, I am more affected – so my preferences and opinions should count for more – and in the case of others' workplaces, they are more affected – so their preferences and opinions should count for more.“ (Ebd., S. 76f.).

315„*Even if* the CPB knows all the primary resource availabilities and initial stocks of capital goods, *even if* the CPB overcomes incentives for local management to dissimulate and discovers the true production possibility sets of all individual units, *even if* every member of society votes an equal number of points in determining the planning objective function and makes no mistakes in their evaluations of both the fulfillment and devel-

mengefasst:

„The 'Achilles heel', or 'fatal flaw', in central planning lies not in its inability to cope with information problems however considerable those may be – the focus of most mainstream critiques – but instead in the fundamental inability of central planning to provide workers with self-managed work opportunities – ironically what socialism initially promised workers, above all else.“³¹⁶

Dementsprechend sei es aus einer emanzipatorischen Perspektive auch zu begrüßen „that central planning appears to now rest in the dustbin of history.“³¹⁷

Abschließend ließe sich also sagen, dass sowohl Märkte, also auch Zentralplanung systematisch zentrale emanzipatorische Werte unterminierten. Beide Systeme beinhalten demnach

„fundamental biases that generate increasingly nonoptimal outcomes and social dynamics that promote coordinator class rule [and thwart self-management, A.D.]. It follows that economies cannot employ either markets or central planning and expect to achieve participatory, egalitarian outcomes. Instead, if these goals are to be achieved, a new allocative procedure will have to be found.“³¹⁸

Doch wie könnte dies konkret aussehen? Die Partizipatorische Ökonomie verspricht, hierauf eine umfassende und fundierte Antwort zu geben.

3.3 Die Institutionen einer Partizipatorischen Ökonomie

Anders als einige technik-optimistische Zukunftsvisionen fabulieren,³¹⁹ sei die arbeitsbefreite, vollständig automatisierte Überflusgesellschaft noch lange nicht in Sichtweite, so sie denn überhaupt jemals realisierbar wäre.³²⁰ Ohnehin sei es fragwürdig, ob solche technologischen Verheißungen emanzipatorische Potenziale freizusetzen im Stande seien, oder nicht vielmehr

opment effects of different consumption and work activities, *even if* there are no problems with voting paradoxes, *even if* we include different kinds of labor activities or occupations in the social welfare function; central planning *still* has an inherent bias against providing self-managed work opportunities, eventually leading to snowballing apathy among its participants. While this would be true for even best-case, highly democratic versions of central planning, what eventually transpired in all real-world versions of central planning was far worse. Together with a vanguard political elite, a *coordinator class* of central planners and plant managers increasingly came to rule over ordinary workers who became ever more apathetic. And like any political elite, and any ruling class, the political vanguard and coordinator class in centrally planned economies awarded themselves ever more perks and material rewards as well.“ (Ebd., S. 78).

316Ebd.

317Ebd., S. 81.

318Albert/Hahnel, Political Economy, S. 17.

319Vgl. Bastani, Aaron, Fully Automated Luxury Communism. A Manifesto, London/New York 2019.

320„Nor are we headed for a 'post-scarcity society'. Even if we are wise enough to use future productivity increases mostly to expand leisure after meeting everyone's basic needs, there will remain burdensome tasks to be done and scarce resources to be used efficiently.“ (Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 99).

eine Ablenkung von der vornehmlichen Aufgabe politisch-institutioneller Transformation darstellten.³²¹

„It is, thus, unlikely that we will be able to satisfy our demand for goods and services without having to prioritise what is to be produced and consumed. As long as productive resources are limited and as long as the production of goods and services consumes scarce resources, any economy needs to make priorities regarding production and consumption, and decide how to allocate resources and consumption rights between individual producers and consumers. Different economies will make different decisions depending on their values and goals, and they will distribute power to different actors and organise decision-making in different ways, but they will all inevitably have to choose some options at the expense of others.“³²²

Zu klären ist an dieser Stelle also, wie ein spezifisches Grundgerüst von Institutionen konstituiert und vermittelt³²³ sein müsste, das die fundamentalen Werte (*Wünschbarkeit*) einer emanzipatorischen Gesellschaft – hier: Solidarität, Vielfalt, Effizienz, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Klassenlosigkeit und Demokratie/Selbstverwaltung – auf ökonomischem Gebiet zu realisieren vermag.³²⁴ Die folgenden Ausführungen wenden sich entsprechend dem zweiten übergeordneten Kriterium zu, welches eine emanzipatorische Utopie nach Wright erfüllen müsse – der *Gangbarkeit*.³²⁵

321Hahnel bemerkt dazu in einem Vortrag: „I think [...] that’s been a weakness in the past that we told people: ‘If we get rid of capitalism, than all that nasty part of work is going to go away because than we’ll have automation that eliminates all the jobs [...], all the tasks that nobody wants to do’. [...] I’ve been at pains to say there’s no reason to believe that every task that on average people don’t want to do is going to disappear. [...] I think it’s been oversold. Oversold in the way: ‘Oh, well, eventually when the forces of production develop sufficiently we’ll have communism because anybody can ask for anything they want and anybody can do or not do whatever they want’, that sort of talk, I think, [...] doesn’t sell anymore, because people know it’s blowing smoke.“ (Hahnel, Robin, Vortrag: Participatory Economics Robin Hahnel. Part 3/3 – Q&A, in: https://www.youtube.com/watch?v=2SIXF36x_qo (abgerufen am 08.06.2022), min. 8:23-11:03).

Siehe auch: Wimmer, Christopher, Befreiung durch Technik? 'General intellect' und 'kapitalistische Produktionsweise' bei Marx, in: Timo Daum u. Sabine Nuss (Hg.), *Die unsichtbare Hand des Plans. Koordination und Kalkül im digitalen Kapitalismus*, 2. Aufl., Berlin 2021, S. 157-170.

322Sandström, *Accounting*, S. 3.

323Zum Begriff sozialer *Vermittlung*: „Eine Gesellschaft besteht aus Menschen, die durch interpersonale oder transpersonale Beziehungen verbunden sind. Die Art wie sie miteinander in Beziehung stehen, fasst der Begriff Vermittlung. So können etwa Zwang und Gewalt Beziehungen herstellen oder aber Vertrag und Tausch auf einem Markt. Die Form einer Gesellschaft ist durch die Art ihrer Vermittlung bestimmt.“ (Sutlerlützi/Meretz, *Kapitalismus*, S. 25).

324„Können die Menschen über ihr eigenes Leben bestimmen, füreinander sorgen und so handeln, dass sich ihre eigene Situation und die ihrer Mitbürger verbessert? Lässt sich die Allokation so gestalten, dass sie die allgemeine Solidarität fördert, z. B. indem die Menschen mit Informationen versorgt werden, die ihnen gegenseitige Empathie ermöglichen, und in Umständen leben können, die nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die Anreize dazu bieten, ihre Mitmenschen im Blick zu behalten? Dass die Belastungen am Arbeitsplatz gleichmäßiger verteilt und die Konsummöglichkeiten angeglichen werden und dennoch Vielfalt herrschen kann? Dass jeder Beschäftigte und jede Verbraucherin in kollektiver Selbstbestimmung ihre Aktivitäten vorschlagen und verbessern kann? Lässt sich über die Allokation Gerechtigkeit an die Stelle von Klassenschranken und Hierarchie setzen?“ (Albert, Parecon, S. 219).

325„Die Erforschung gangbarer Alternativen befragt Entwürfe einer Transformation bestehender gesellschaftlicher Strukturen und Institutionen daraufhin, ob sie im Falle ihrer Umsetzung tatsächlich auf nachhaltige und robuste Weise jene Folgen zeitigen würden, aufgrund derer der Entwurf formuliert wurde.“ (Wright, *Utopien*, S. 64).

Das Modell einer Partizipatorischen Ökonomie weise ein „minimal set of institutions“ auf, „designed to maximise our potential for achieving the above objectives“³²⁶: (1) *Vergesellschaftete Produktionsmittel und Commons*; (2) *Arbeiter*innenräte*; (3) ausgeglichene Arbeitsbündel (*Balanced-Job-Complexes*); (4) Kompensation für Einsatz/Entbehrungen durch *Effort-Ratings* sowie Unterstützungsleistungen für *Sonderbedarfe*; (5) *Konsument*innenräte*; (6) *Räte-Föderationen*; sowie (7) die dezentrale *partizipatorische Planung* – welcher sich jedoch erst im nächsten Kapitel eingehender zugewendet wird.

3.3.1 Vergesellschaftete Produktionsmittel und Commons

Den indigenen *Commons*³²⁷ sowie der ur-sozialistischen Idee einer *Vergesellschaftung der Produktionsmittel*³²⁸ liege im Kern das gleiche Prinzip zugrunde: „*Whatever is needed to support a people's way of life should be the common property of all, managed by all, for the benefit of all.*“³²⁹ Dieses Prinzip macht sich auch eine Partizipatorische Ökonomie zu eigen. So wichtig beide genannte Formen gemeinschaftlichen Besitzes³³⁰ für eine emanzipatorische Gesellschaft auch sein mögen, so habe sich jedoch mittlerweile auch vieles geändert. Die Idee der *natürlichen* und der *produzierten Commons* benötige eine Erweiterung.³³¹ Die zentrale Relevanz des über Generationen akkumulierten Wissens beziehungsweise der Technologie in modernen Gesellschaften mache es erforderlich, daneben auch *Wissens-* beziehungsweise *Informationscommons* – als Teil der *produzierten Commons* – in eine emanzipatorische Vision miteinzubeziehen.³³² Darüber hinaus umfasse ein modernes Konzept von Commons auch all die nützlichen Talente und Fähigkeiten, die Menschen – sowohl als Individuen, als auch als Gruppen – haben, welche es erlauben, die genannten natürlichen und produktiven Ressourcen zu produktiven Zwecken einzusetzen.³³³

326Sandström, Accounting, S. 12.

327Vgl. Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 98.

328Vgl. Ebd., S. 98f.

329Hahnel, Robin, Participatory Economy and The Commons, in: <https://participatoryeconomy.org/participatory-economics-and-the-commons/> (abgerufen am 08.06.2022).

330Habermann unterscheidet zwischen *Eigentum* – der privaten, exklusiven Verfügungsgewalt über ein Gut – und *Besitz* – als gesellschaftlich verliehenes, temporäres Nutzungsrecht. (Vgl. Habermann, Ecomony, S. 10-13, S. 20, S. 46f.).

331„I have long been a socialist, and am very familiar with this tradition [Vergesellschaftung der Produktionsmittel, A.D.] and what I believe to be its impeccable logic. However, [...] I believe the traditional 'socialist commons' – the machines, tools, and factories we need to produce things – is too limited. [...] Which suggests that a modern perspective on the commons must include an expanded understanding of how we rely on the natural environment – the focus of indigenous societies – as well as a broader view of the means of production we produce ourselves – the focus of early socialists.“ (Hahnel, Commons).

332Vgl. Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 99f.

333Vgl. Ebd., S. 101.

Zusammengefasst bedeutet dies:

„In a participatory economy, everything needed to produce our way of life belongs to everyone, no more to one person than any other. While individuals own personal belongings, everything we need to produce goods and services is owned in common. This includes: (1) natural resources and 'sinks' (the *natural commons*);³³⁴ (2) an increasingly complex array of useful manufactured artifacts (the *produced commons*)³³⁵; (3) productive knowledge, technology, or 'know-how' (the *information commons*),³³⁶ and all the useful talents and skills people have that allow us to deploy all this natural and produced wherewithal to productive ends. All this *productive commons for modern times* is treated as a joint inheritance, and nobody has any more right to decide how it is used, or benefit from its use, than anyone else.“³³⁷

3.3.2 Arbeiter*innenräte

„The first step toward establishing nonhierarchical work is to establish workers' councils.“³³⁸
Um das Prinzip der größtmöglichen Partizipation und Selbstverwaltung in der Re/Produktionssphäre zu gewährleisten, also allen Arbeiter*innen einen entsprechenden Einfluss auf die sie betreffenden Entscheidungen zu geben, organisieren sich diese im Modell der Partizipatorischen Ökonomie in einer dezentralen, föderativen Struktur von *Arbeiter*innenräten* (*workers' councils*). Jede/r Arbeiter*in sei demnach Mitglied des Arbeiter*innenrates seines/ihrer jeweiligen Betriebes. Der Arbeiter*innenrat, in welchem jede im Betrieb tätige Person über eine gleichwertige Stimme und die gleichen Rechte verfüge, stelle damit das höchste beschlussfassende Gremium eines jeden Arbeitsplatzes dar. Hier entschieden die Arbeiter*innen kollektiv, wie sie ihre Arbeit organisieren und ausführen; wie viel sie arbeiten wollen, mit welchen Mitteln, unter welchen Bedingungen, zu welchen Zeiten und wie sie die verschiedenen Aufgaben unter sich aufteilen.³³⁹

334„The modern commons includes an expanded understanding of what we might call the *natural commons*, which includes everything non-agrarian indigenous societies treated as part of their commons – the land, water, and native flora and fauna they used to support their way of life – as well as things needed as 'inputs' in modern agrarian/industrial societies like top soil, aquifers, oil, minerals, forests, and the land where they are found, sometimes referred to as 'natural capital'. However, the natural commons in a participatory economy also includes things that do not fit neatly into the category 'natural capital', but whose health is crucial to sustaining life today and in the future. Genetic diversity, a stable climate, key ecosystems that support all life, and various ecosystems that serve as 'sinks' that store and decompose wastes from human economic activity are all treated as part of the natural commons in a participatory economy.“ (Ebd., S. 101).

335„The modern commons also includes what we might call the *produced commons*, all the machines, tools, equipment, and buildings we use to produce things, which socialists traditionally called 'the means of production' and mainstream economists call 'capital stocks'.“ (Ebd.).

336“The 'produced commons' also includes what economists have long called 'technology' or 'technical know-how'. If we imagine a giant recipe book where there is a page describing every way we know how to 'cook' every good and service we make, this recipe book is also treated as part of the commons in a participatory economy.“ (Hahnel, Commons).

337Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 88; Vgl. Albert, Parecon, S. 15, S. 90f.

338Albert/Hahnel, Political Economy, S. 23.

339Vgl. Albert, Parecon, S. 15f. S. 92f.; Vgl. Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 89.

Im Unterschied zu einigen anderen Räte-Modellen gebe es in einer Partizipatorischen Ökonomie keine „outside 'steakholders“³⁴⁰ – als gesellschaftliche Vertretungen/Aufsichtspersonen – im Arbeiter*innenrat. Einzig und allein die im Betrieb tätigen Arbeiter*innen stellen den Arbeiter*innenrat und berieten und bestimmten dort über ihre internen Angelegenheiten, womit ihre größtmögliche Autonomie und Selbstbestimmung gewahrt bleiben sollte. Wenn es um jene Handlungen eines Arbeiter*innenrates geht, die externe Auswirkungen zeitigen, also Auswirkungen auf Dritte respektive die umgebende Gesellschaft hätten, erfolge eine diesbezügliche Vermittlung über die Planungsprozedur.³⁴¹ Eine vornehmliche Aufgabe des Arbeiter*innenrates bestehe beispielsweise darin, während der jährlichen Planung verantwortungsvolle Produktionsvorschläge einzureichen, um damit die seinerseits angeforderten Produktionsmittel und Ressourcen von der Gesellschaft bewilligt zu bekommen – doch dazu später mehr.

Der Arbeiter*innenrat entsende darüber hinaus aus seinen eigenen Reihen einen – rechen-schaftspflichtigen und jederzeit abberufbaren – Delegierten in den nächst höheren Rat außerhalb des jeweiligen Betriebes – beispielsweise in den Arbeiter*innenrat eines Produktionssektors, der sich demzufolge aus den Abgesandten mehrerer Betriebe bilde. Diese föderative Struktur setzt sich entsprechend fort (siehe Kapitel 3.3.6 zu Föderationen).³⁴²

Bei größeren Arbeitsplätzen könne es potenziell auch sinnvoll sein, in Unterabteilungen kleinere semi-autonome Arbeiter*innenräte einzurichten, um auch hier wieder dem Selbstverwaltungsprinzip – Entscheidungseinfluss nach Betroffenheit – adäquat Rechnung zu tragen: „Smaller councils [...] [could be, A.D.] organized for divisions, units, and work teams as circumstances dictate.“³⁴³ Falls als notwendig erachtet, könne sich auch dazu entschieden werden, aus diesen kleineren Arbeiter*innenräten jederzeit abberufbare und rotierende Delegierte in den Arbeiter*innenrat der nächst höheren Ebene beziehungsweise des Gesamtbetriebes zu entsenden.³⁴⁴ Aber ob und wie dies konkret umgesetzt würde, wäre die alleinige Angelegenheit des betreffenden Arbeiter*innenrates, in welchem jede dort teilhabende Arbeitskraft eine gleichwertige Stimme besitze.³⁴⁵ Der einzige Imperativ bestehe darin, dass das Prinzip der Selbstverwaltung bestmöglich³⁴⁶ gewahrt bleibe.

340Ebd., S. 325.

341Für eine nähere Begründung zur Ablehnung der Einbeziehung von *outside stakeholders* in den Arbeiter*innenrat, siehe: Ebd., S. 102-104.

342Vgl. Sandström, *Accounting*, S. 13f.

343Albert/Hahnel, *Political Economy*, S. 24.

344Vgl. Albert, *Parecon*, S. 169.

345Vgl. Hahnel, *Democratic Economic Planning*, S. 89.

346„Of course, a participatory economy cannot give every person decision-making authority *exactly* to the degree they are affected in every decision that is made. Instead the idea is to devise procedures that *approximate* this goal.“ (Ebd., S. 96).

Aus diesem Grund wird sich auch einer *a priori* Festlegung auf ein bestimmtes demokratisches Entscheidungsverfahren – Mehrheitsvotum, Konsent- oder Konsensentscheid – prinzipiell verwehrt: Manche Entscheidungen betreffen alle in einem Betrieb oder in einer Unterabteilung gleichermaßen, dann würde im dortigen Arbeiter*innerat ein Mehrheitsentscheid – alle genießen den gleichen Grad an Entscheidungsmacht – vielleicht am ehesten mit dem Prinzip der Selbstverwaltung kompatibel sein. In anderen Fällen wäre eventuell ein Konsensentscheid vorzuziehen. Vielleicht werde dieser auch als Standardmodus etabliert und erst nach einigen fehlgeschlagenen Versuchen zu anderen Entscheidungsformen übergegangen. Eventuell werde auch ein qualifizierter Mehrheitsentscheid mit Vetorecht bevorzugt. Der Punkt besteht schlicht darin, dass die Frage, in welchem demokratischen Modus Entscheidungen getroffen werden, ganz und gar in den Händen der Beteiligten liege – wieder mit der einzigen Vorgabe, die Selbstverwaltung und Partizipation bestmöglich zu maximieren.³⁴⁷

Damit wird sich sogleich auch gegen jegliche Formen von Technokratie gewandt. Zwar hätten Expert*innen nach wie vor eine wichtige Rolle im Prozess der Deliberation zu spielen, indem sie für komplexe Entscheidungen ihr Wissen und ihre fachkundigen Einschätzungen beisteuerten. Jedoch sei es illegitim, unter dem Vorwand, Effizienz und Partizipation würden einander ausschließen, Expert*innen eine privilegierte Entscheidungsposition einzuräumen. Schließlich gebe es unter Bedingungen wohlinformierter Deliberation und Selbstverwaltung nicht nur keinen Konflikt zwischen Partizipation und Effizienz, sondern beide würden sich sogar gegenseitig potenzieren.³⁴⁸ Die grundlegende Annahme lautet also: „Human beings have the potential to make conscious choices in light of our understanding of the consequences of alternatives.“³⁴⁹

Jedoch bestehe die große Gefahr, dass sich durch ungleich befähigende beziehungsweise ermächtigende Tätigkeiten – beispielsweise durch die Trennung in Hand- und Kopfarbeiter*in-

347Vgl. Albert, Parecon, S. 95-101; Vgl. Albert/Hahnel, Political Economy, S. 24.

348Vgl. Albert, Utopie, S. 74f.; Vgl. Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 107.

„This is not to assert that everyone is equally knowledgeable about every decision, or to deny a role for 'expertise' in economic decision making. We often need 'experts' to interpret the consequences of choices and to explain the likely implications of possible decisions. If experience shows a greater role for expertise in economic decisions than in political or other decisions, so be it. But once consequences are known because ordinary people have had the opportunity to hear diverse expert opinions, what remains is for the affected people to register their choices. While those with expertise in a particular matter may well predict consequences more accurately, those affected know best whether *they* prefer one outcome or another. In other words, making economic choices entails both *determining* consequences and *evaluating* them. While efficiency requires an important role for experts in determining complicated consequences, efficiency also requires that those who will be affected decide which consequences they prefer. Therefore, it is just as inefficient to keep those affected by decisions from making them after experts have analyzed and debated consequences, as it is to prevent experts from explaining and debating consequences of complicated choices before those affected register their desires. In sum, for *informed* self-management, there is no conflict between participation and efficiency.“ (Albert/Hahnel, Political Economy, S. 32).

349Ebd, S. 31.

nen – unter der Oberfläche formaler Mitbestimmungsrechte dennoch informelle Hierarchien, Informations- und Machtasymmetrien herausbildeten. Daher müsse nicht nur die strukturelle Möglichkeit, sondern auch die individuelle Befähigung zu bedeutungsvoller Partizipation sichergestellt werden.³⁵⁰ Dies wird durch *ausgeglichene Arbeitsbündel (Balanced-Job-Complexes)* zu verwirklichen versucht.

3.3.3 *Balanced-Job-Complexes*

„Every economy organizes work into jobs that define what tasks a single individual will perform. In other economies most jobs contain a number of similar, relatively undesirable, and relatively un-empowering tasks, while a few jobs contain a number of relatively desirable and empowering tasks. But why should work empower only a few?“³⁵¹

In einer wünschenswerten Gesellschaft würde zwar das Bildungssystem eine zentrale Rolle einnehmen, um jedes Individuum auf die anspruchsvollen Aufgaben von Partizipation und Selbstverwaltung bestmöglich vorzubereiten, jedoch sei dies bei Weitem nicht ausreichend, solange die Arbeitsverhältnisse trotz formaler Mitbestimmungsrechte das Anliegen der Arbeiter*innenselbstverwaltung systematisch unterminierten. Wenn „some people sweep floors all week, year in and year out, while others evaluate new technological options and attend planning meetings all week, year in and year out, is it realistic to believe they have an equal opportunity to affect workplace decisions simply because they each have one vote in the worker council?“³⁵² Oder sei nicht viel wahrscheinlicher, dass diese Trennung zu einer Situation führen würde,

„where a minority will monopolise access and use of information and knowledge in the workplace, which in turn leads to a situation whereby this group dominates meetings and discussions in the workplace due to greater confidence and knowledge, even in a situation where ev-

350,„But even procedures that poll council members in proportion as they are affected may not *ensure* collective self-management. If some people hold authoritative jobs while others only obey, even in formally democratic meetings people who hold more authoritative and information-rich jobs will exert more influence. Beneath formal democracy, a hierarchy of managers can still dominate deliberations. Democratic councils, therefore, do not by themselves ensure full participation. Additionally, the organization of work must guarantee that all members of councils are equipped to express their desires and opinions. [...]

We know that not all work is equally desirable and that even in formally democratic councils rote workers will lack the information, skills, and energies to participate equally with conceptual workers. Democratic councils help foster participation and equity but something must equalize daily work assignments so the impact of people’s work experience does not destroy equity and self-management. If some have greater information and responsibility to use to their advantage to dominate policy making, they can become a ruling 'co-ordinator class', both thwarting workers’ participation and monopolizing desirable work roles.“ (Ebd., S. 24f.).

351Hahnel, *Democratic Economic Planning*, S. 89.

352Ebd., S. 89f.

ery worker formally has one vote. An uneven distribution of empowering tasks promotes class differences and hierarchies.³⁵³

In einer Partizipatorischen Ökonomie seien daher die Arbeiter*innenräte angewiesen, Ausschüsse für den Ausgleich von Arbeitsplätzen zu schaffen. Diese *Job-Balancing-Committees* wären damit beauftragt, die unterschiedlichen – in einem Betrieb anfallenden – Tätigkeiten zu verteilen und in Bündeln zusammenzufassen „that make jobs more 'balanced' with regard to empowerment and desirability.“³⁵⁴ Stellenausschreibungen eines *workers' council* – auf welche sich Arbeiter*innen im Übrigen frei bewerben könnten³⁵⁵ – umfassten damit nicht mehr eine einzelne Tätigkeit, sondern einen *Balanced-Job-Complex*. Damit würden nun nicht mehr die lästigen, eintönigen und stupiden Tätigkeiten mehrheitlich von einigen Individuen verrichtet – als potenzielle Klasse von Subalternen –, während andere die erfüllenden, kreativen, kognitiv anspruchsvollen und ermächtigenden Tätigkeiten für sich monopolisierten – als potenzielle Koordinator*innenklasse –, sondern jede Person hätte, trotz möglicherweise grundverschiedener Aufgaben, bestenfalls den gleichen qualitativen Durchschnitt an Routinearbeiten und erfüllenden, zur Partizipation befähigenden und ermächtigenden Tätigkeiten. Care- beziehungsweise Reproduktionstätigkeiten würden demnach ebenso gemäß (Geschlechter-)Gerechtigkeitsaspekten reorganisiert.³⁵⁶ Nach einer anfänglichen, länger anhaltenden Umstrukturierungsphase, in welcher die Tätigkeiten erstmalig bewertet und arrangiert werden, seien etwaige über die Jahre notwendig werdende Anpassungen voraussichtlich unkompliziert zu implementieren. Dennoch dürfe man sich dabei nicht der Illusion hingeben, dass dies immer unumstritten vonstattengehe oder in Perfektion gelingen könne. Es gehe hier vielmehr um ein Annäherungsziel.³⁵⁷

353Sandström, *Accounting*, S. 14; Vgl. Albert, *Parecon*, S. 102f; Vgl. Hahnel, *Plädoyer*, S. 16f.

354Hahnel, *Democratic Economic Planning*, S. 90.

355Vgl. Albert, *Parecon*, S. 107. „In a participatory economy, everyone will have the right to apply to work wherever they choose, and every workers' council will have the right to add any members they choose.“ (Albert/Hahnel, *Political Economy*, S. 28).

356Näheres zur Handhabung reproduktiver Arbeit in einer Partizipatorischen Ökonomie im Hinblick auf Arbeitsplatzgerechtigkeit und damit auch zu den Frauenausschüssen (*women's caucuses*) sowie Anti-Diskriminierungsstellen in Betrieben und Nachbarschaftsräten, siehe: Hahnel, *Democratic Economic Planning*, S. 200-204.

357Vgl. Albert/Hahnel, *Political Economy*, S. 25-27. Zum Vorgang des *Job-Balancing*: „The idea is that workers within a plant would engage in a collective evaluation of their own circumstances. As a participatory economy emerged from a capitalist or coordinator past, naturally there would be a lengthy discussion and debate about the characteristics of different tasks. But once the first approximation of balanced complexes within a workplace had been established, yearly adjustments would be relatively simple. If the introduction of a new technology changed the human impact of some task, thereby throwing old complexes out of balance, workers would simply move some tasks among affected complexes or change the time spent at different tasks in affected complexes to attain a new balance.

The new balance need not be perfect, nor the adjustments instantaneous, nor would everyone need to agree completely with the result of a democratic determination. As a matter of fact, individual preferences that deviate from one's workmates would determine *who* would choose to apply for *which* balanced complexes. [...]

Ein häufiger Irrtum bestehe darin, *Balanced-Jobs* als Abschaffung von Spezialisierung zu begreifen. Dies sei jedoch dezidiert nicht gemeint:

„Balanced jobs do *not* eliminate specialization. The proposal is not that everyone spend some time working at every task in their workplace – which is ridiculous, and impossible in any case. People will still perform a small number of tasks in their particular balanced jobs. For example, some will still specialize in brain surgery, others in electrical engineering, others in high voltage welding, and so on. But if the specialized tasks in a job are more empowering than tasks are on average in a workplace, those who perform them will perform some less empowering tasks as well. And if the specialized tasks in a job are more desirable than tasks are on average, those who perform them will also perform some less desirable tasks – unless they wish to work more hours or consume less because they have made fewer sacrifices. Moreover, the tasks each person performs only need to be balanced over a reasonable period of time. Jobs do not have to be balanced every hour or every day or every week or even every month. The balancing is also done in the context of what is practical in particular work situations.“³⁵⁸

Somit würde die Arbeitsteilung – zwar nicht aufgehoben, aber doch in gewisser Weise – entzerrt und nach *Empowerment*-Kriterien ausgeglichen, wodurch vor allem den Werten *Vielfalt*, *Solidarität*, *Gerechtigkeit*, *Selbstverwaltung* und *Klassenlosigkeit* entsprochen wäre.³⁵⁹

Doch wie verhält es sich mit dem obligaten Beispiel einer *Chirurgin, die jetzt Bettpfannen wechselt*? Bedeutet dies nicht trotzdem einen massiven Effizienzverlust, da eine solch hochqualifizierte Arbeitskraft nun nicht mehr alleinig ihrer Spezialist*innentätigkeit nachkommt?

Diesem „scarce-talent“³⁶⁰-Argument sei Hahnel und Albert zufolge überhaupt nicht in Abrede zu stellen, dass die Ausbildung einer Chirurgin tatsächlich hohe soziale Kosten mit sich bringe und dementsprechend jede Arbeitsstunde, in der diese Chirurgin einer anderen Tätigkeit nachkomme, als ihrer Spezialisierung, einen Effizienzverlust bedeuten würde. (An anderer Stelle wird hier jedoch darauf verwiesen, dass auch dies nicht ausgemacht sein müsse, da die Perspektiven- und Erfahrungserweiterung eventuell auch bei den Spezialist*innen Effizienz-Vorteile mit sich bringen könne.³⁶¹) Doch selbst wenn dahingehend mit einem Effizienzverlust zu rechnen sei, müsse dies jedoch ins Verhältnis zu dem erwartbaren Zugewinn an gesellschaftlicher Gesamteffizienz gesetzt werden, welcher daraus resultiere, dass all das zuvor ungenutzte immense Potenzial bei jenen Menschen, welche bisher hauptsächlich *niedere* Tätigkeiten verrichten mussten, nunmehr aktiviert werde, es also auch insgesamt mehr Spezia-

Job complexes *could* be organized so every individual would be regularly involved in both conception and execution. No individual *need* permanently occupy positions that present unusual opportunities to accumulate influence or knowledge. The human costs and benefits of work *could* be equitably distributed.“ (Ebd., S. 30f.).

358Hahnel, *Democratic Economic Planning*, S. 106.

359Vgl. Albert, *Parecon*, S. 16, S. 52-54.

360Hahnel, *Democratic Economic Planning*, S. 107.

361Ausführlicher zu dieser Argumentation, siehe: Albert/Hahnel, *Political Economy*, S. 32-34.

list*innen geben werde, die dies – und dann auch die durch die Selbstverwaltung zu erwartende allgemeine Reduktion der Arbeitszeit³⁶² – kompensieren würden. Und selbst wenn es geringfügige Effizienzeinbußen gebe, müsse man dies trotzdem in Relation zum emanzipatorischen Wert der Enthierarchisierung von Arbeitsteilung und der damit einhergehenden Ermöglichung genuiner Selbstverwaltung setzen.³⁶³ Heruntergebrochen steht hinter dieser Argumentation die anthropologische Annahme, dass Talent nicht, oder nur in geringfügigem Maße, eine angeborene (*natürliche*) Eigenschaft darstelle, sondern menschliches Potenzial insbesondere durch gesellschaftliche Rahmenbedingungen (*sozial*) geformt beziehungsweise gehemmt werde und damit im Umkehrschluss auch gezielt, in signifikantem Maße, befördert werden könne.³⁶⁴

Weitaus mehr Probleme werfe die Frage auf, wie Arbeitsplätze über die Betriebsgrenzen hinweg ausgeglichen werden könnten. Genauso wie es *Job-Balancing-Committees* auf innerbetrieblicher Ebene gebe, müssten solche daher auch für die gesamte Wirtschaft existieren. In diesem Fall wären die Ausgleichs-Komitees durch Delegierte aus der höheren Föderationsstruktur der Arbeiter*innenräte zusammengesetzt.

„The economywide committee will assign workers in less desirable and less empowering primary workplaces offsetting time in more desirable and empowering environments, and, vice versa, it will also assign workers in more desirable and empowering primary workplaces offsetting time in less desirable and empowering environments.“³⁶⁵

Neben qualitativer Recherche und sich mit der Zeit herausbildender Erfahrung der Komitees in derlei Angelegenheiten könnten vor allem auch die Arbeitsplatzfluktuation/-Wechselanträge und Opportunitätskosten der Arbeit (siehe Kapitels 3.4) wichtige Indikatoren für die Kalibrierung der Tätigkeiten darstellen.³⁶⁶

362Vgl. Albert, Parecon, S. 229.

363„The 'scarce talent' argument against balancing jobs makes a valid point. However, proponents of a participatory economy believe the objection is often overstated. It is true not everyone has the talent to become a brain surgeon, and it is true there are social costs to training brain surgeons. Therefore, there is an efficiency loss whenever a skilled brain surgeon does something other than perform brain surgery. Roughly speaking, if brain surgeons spend X% of their time doing something other than brain surgery, there is an additional social cost of training X% more brain surgeons. And it is even possible that the average native talent of a pool of brain surgeons that is X% larger will be slightly less than it would have been had the pool been smaller. However, virtually every study confirms that participation not only increases worker satisfaction, it increases worker productivity as well. So if balanced jobs enhance effective participation, as they are intended to, the efficiency loss because they fail to economize fully on 'scarce talent' must be weighed against the productivity gain they bring from greater participation of all workers. Then, if there is still a net efficiency loss, this would have to be weighed against the importance of balancing jobs for empowerment in giving people equal opportunities to exercise self-management in work.“ (Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 107).

364Vgl. Albert, Utopie, S. 97-99; Vgl. Albert/Hahnel, Political Economy, S. 34.

365Ebd., S. 29.

366Vgl. Ebd., S. 29f.; Vgl. Albert, Parecon, S. 106f.; Vgl. Hahnel, Ökonomie, S. 109-111.

Jedoch könne trotz alledem nicht ausgeschlossen werden, dass es dennoch weiterhin Unterschiede in der Arbeitsbelastung geben werde, was auf die Frage nach der Kompensation von Mühe, Einsatz und Entbehrungen verweist.

3.3.4 Effort-Ratings und Sonderbedarfe

Gemäß der *Verteilungsmaxime 3* werde gesellschaftlich wertvolle Arbeit in einer Partizipatorischen Ökonomie nicht nach dem Eigentum an Produktionsmitteln (*Verteilungsmaxime 1*) oder nach dem individuellen Output (*Verteilungsmaxime 2*) entlohnt, sondern anhand von erbrachtem Einsatz und geleisteten Entbehrungen kompensiert (*Verteilungsmaxime 3*) – was gleichbedeutend mit der obigen Definition von *ökonomischer Gerechtigkeit* ist.³⁶⁷ Überdurchschnittliche Entbehrungen würden damit auch einen entsprechend proportional überdurchschnittlichen Konsum rechtfertigen, unterdurchschnittliche einen entsprechend verringerten. Da die Vergütung an *effort* und *sacrifices* gekoppelt sei, ginge damit auch einher, dass sich die gesellschaftlichen Wohlstandsdifferenzen im Vergleich zu kapitalistischen/marktsozialistischen Wirtschaften massiv verringern würden.³⁶⁸ Bleibt jedoch die zentrale Frage, wie und von wem der individuell geleistete Aufwand sowie die Entbehrungen konkret gemessen werden könnten.

Die wenig überraschende Antwort: Das übernehmen die Arbeiter*innen eines Betriebes in Eigenregie. Während Hahnel und Albert zwar die Empfehlung aussprechen, für diesen Zweck – wie schon im Fall der *Balanced-Job-Complexes* – ein *Effort-Rating-Komitee* durch den Arbeiter*innenrat einrichten zu lassen, obliege jedwede Ausgestaltung jedoch, dem Prinzip der Selbstverwaltung gemäß, alleinig den betreffenden Arbeiter*innen:

„Wir schlagen vor, dass jeder Produzentenrat seine eigenen Verfahren für die Einstufungen des Arbeitsaufwandes der Produzent*innen [*effort ratings*] entwickeln kann. Diese Ratings sind Grundlage für die Konsumrechte in den Verbraucherräten. Wie die Komitees, die die Aufwandseinstufungen vornehmen, zusammengesetzt werden und welche Verfahren sie anwenden, das bleibt den jeweiligen Produzentenräten selbst überlassen.“³⁶⁹

Wie detailliert also die Bewertungsskala ausdifferenziert sei – beispielsweise anhand grober Kategorien wie *überdurchschnittlich-durchschnittlich-unterdurchschnittlich*, anhand einer *Zehnpunkteskala* oder aber bis auf die *Dezimalstelle* genau – all dies werde kollektiv im Arbeiter*innenrat entschieden. Mit welchen Methoden dies ermittelt werden solle – durch ein ei-

³⁶⁷Vgl. Albert, Parecon, S. 111f.

³⁶⁸Vgl. Hahnel, *Democratic Economic Planning*, S. 110.

³⁶⁹Hahnel, *Plädoyer*, S. 15.

gens eingerichtetes *Effort-Rating*-Komitee, über bloße Stundenregistrierung oder durch die Evaluation der unmittelbaren Kolleg*innen –, all dies werde kollektiv im Arbeiter*innenrat entschieden. Welche Kriterien hierfür herangezogen werden – ob sich, falls die *Balanced-Job-Complexes* hinreichend ausgeglichen seien, auf Arbeitsstunden und/oder Intensität als relevante Faktoren fokussiert werde, oder, falls hingegen einige Arbeiten unangenehmer oder gefährlicher ausfallen, dies ebenso Berücksichtigung finde – all dies werde kollektiv im Arbeiter*innenrat entschieden. Denkbar wäre sogar, dass sich die Arbeiter*innen gemeinsam darauf verständigten, die *Durchschnitts-Vergütung* ihres Betriebes unter allen Mitgliedern vollkommen egalitär zu verteilen und damit die solidarische Komponente stärken, was die *Effort-Ratings* dem Betriebsdurchschnitt gemäß nivellieren würde. All dies sei möglich und lasse den Schluss zu, dass verschiedene Arbeiter*innenräte, ihren jeweiligen Präferenzen entsprechend, aller Voraussicht nach auch höchst unterschiedliche Optionen wählen würden – womit neben den Werten der *ökonomischen Gerechtigkeit* und *Selbstverwaltung* auch jener der *Vielfalt* adressiert wäre.³⁷⁰

Mit der soeben bereits erwähnten *Durchschnitts-Vergütung* des Gesamtbetriebes wäre sodann auch die einzige von außen auferlegte Beschränkung angesprochen:

„In a participatory economy, there is only one restriction placed on how a worker council can assign members effort ratings. In order to avoid the temptation for workers to award each other higher ratings than they truly believe each other deserve in exchange for like treatment by their workmates, the *average* effort rating councils award their members needs to be capped. One could set the same average cap for all worker councils. Or, alternatively, one could set each council's average effort rating equal to 100 times the ratio of the social benefits of its outputs to the social costs of its inputs. [Das *Social-Benefit-to-Social-Cost-Rating (SB/SC)* sowie die Vor- und Nachteile beider Methoden, werden in Kapitel 3.4.1.3 näher erläutert, A.D.] [...]. But [...] as long as average effort ratings of councils are capped, we need not fear 'effort rating inflation'.“³⁷¹

In der Vergangenheit seien immer wieder Bedenken geäußert worden, dass eine Vergütung nach Einsatz und Entbehrungen eventuell der motivationalen Effizienz und einem Anreiz für Fortbildungen abträglich sein könne. Dieses Argument sei jedoch recht schnell zu widerlegen, da

370Vgl. Albert, Parecon, S. 113f.; Vgl. Albert, Utopie, S. 92-94; Vgl. Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 109-114, S. 124.

Hierbei sollte noch einmal darauf hingewiesen werden, dass trotz aller Freiheiten neben der – ohnehin durch das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln ausgeschlossen – Verteilungsmaxime 1 auch die Verteilungsmaxime 2 – also Vergütung nach Leistung – unvereinbar mit einer Partizipatorischen Ökonomie ist. Zur auf Freiwilligkeit basierenden Durchsetzung, siehe: Hahnel, Ökonomie, S. 106-108.

Zur Frage, ob sich eine Partizipatorische Ökonomie mit der Zeit weiter in Richtung Verteilungsmaxime 4 – *based on need* – bewegen könne, siehe: Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 110f. 371Ebd., S. 91; Vgl. Sandström, Accounting, S. 15.

„the only factor over which people have any control is how much effort they exert. So not only is rewarding effort the fair thing to do, it is also the best way to motivate people to perform up to their abilities. In sum, rewarding effort as judged by workmates aligns individual interest with the social interest quite nicely, particularly when 'effort' includes any above average sacrifices incurred in education and training.“³⁷²

Eine weitere Befürchtung lautet, dass in Haushalten geleistete (*private*) Care- und Reproduktionstätigkeiten in einer Partizipatorischen Ökonomie – wie auch heutzutage – weiterhin unbezahlt blieben.³⁷³ Dies ist jedoch durchweg unzutreffend, wie Vertreter*innen einer Partizipatorischen Ökonomie bereits mehrfach klargestellt haben:³⁷⁴ Derlei Arbeiten würden prinzipiell gleichberechtigt als gesellschaftlich nützliche Tätigkeiten kompensiert. Jedoch stelle sich hier das Problem dar, dass viele der im *privaten* Bereich (*in-household*) abgeleisteten Care-Tätigkeiten entsprechend keine *Effort-Rating*-Evaluation durch Kolleg*innen erlaubten, da es – dem Charakter der Tätigkeit nach – von diesen schlicht und ergreifend keine im näheren Arbeitsumfeld gebe. Daher sei in solchen Fällen wohl die beste Option, auf ein standardisiertes – durch die Bildungs- und Gesundheitssysteme ermitteltes – Durchschnittseinkommen zurückzugreifen.³⁷⁵

Wie oben schon erwähnt, entstehe eine zusätzliche Herausforderung dadurch, dass nicht davon auszugehen sei, dass alle Tätigkeiten über Betriebe und Sektoren hinweg immer vollends ausbalanciert werden könnten, weshalb auch hier ein *Effort-Rating*-Komitee auf höherer Förderungsebene eingerichtet werden solle, um etwaige Differenzen entsprechend zu kompensieren.³⁷⁶

372Hahnel, *Democratic Economic Planning*, S. 119. Ausführlich zu den Kritiken und Entgegnungen in Bezug auf *Effort-Ratings*, siehe: Ebd., S. 109-115; Vgl. Albert, *Parecon*, S. 50f., S. 145, S. 222-227, S. 239f.; Vgl. Albert/Hahnel, *Political Economy*, S. 50-54.

373Vgl. Neumann, *Parecon*, S. 105-111. (Siehe Fn. 33).

374Vgl. Bohmer/Chowdhury/Hahnel, *Reproductive Labor*; Vgl. Chowdhury, *Reproductive Labor*.

375„We see no alternative but to establish a standard payment for household members who provide in-home childcare and elder care. And we see no better alternative to the kind of monitoring for at least minimal quality provided by social service agencies today. [...] We recommend standard income credits for stay-at-home care providers be determined by the education and healthcare systems. This includes standard rates that may vary according to the number of pre-K children or elders being cared for, and that might take into account that as the number being cared for increases, this does not generally mean that the efforts and sacrifices of the provider increase proportionately.“ (Hahnel, *Democratic Economic Planning*, S. 205) Ausführlich, siehe: Ebd., S. 204-207.

376„Some necessary tasks in a society will inevitably be less desirable and less pleasant to perform than others, and while workers in a participatory economy are expected to fairly distribute these tasks between themselves, it may, after best attempts, prove to be unfeasible to do so throughout the economy with any high degree of accuracy. If one worked hour is compensated with the same [...] [effort-rating, A.D.] regardless of the work task's level of desirability, the work places that perform unpleasant but necessary tasks will meet a constant shortage of labour supply. In order to increase the supply of labour that performs necessary but unpleasant and less desirable tasks that cannot be abolished by further investment in technology, the average compensation for such tasks may be adjusted upwards. Necessary adjustments for different labour categories can, therefore, be calculated by economy wide desirability rating committees and expressed as a percentage adjustment of the base compensation. The total sum of all adjustments for all work tasks in the economy should

Schlussendlich sei auch nicht zu erwarten, dass die *Effort-Ratings* immer vollends akkurat sein würden, jedoch sei dies auch nicht der springende Punkt:

„Ultimately, the question is not whether people’s efforts, or personal sacrifices in work, will be perfectly estimated because, of course, they will not be. Instead, the question is if most people will feel they are being treated fairly most of the time, and if not, whether people will feel they have reasonable opportunities for redress.“³⁷⁷

Wie bereits weiter oben erwähnt, sei die Vergütung nach Einsatz und Entbehrungen jedoch nicht der einzige relevante Faktor, wenn es darum gehe, den gesellschaftlichen Reichtum adäquat zu verteilen: Dem hinzukommend gebe es in gewissen Fällen auch noch *Sonderbedarfe*. Diese könnten in *special need requests* – als solidarische Gewährung von Mehrkonsum durch die Gemeinschaft, unabhängig von offiziellen Unterstützungsleistungen – sowie in offiziellen Unterstützungsprogrammen (*Allowances*) – in Fällen von Rentenalter, Kindheit wie gesundheitlicher Beeinträchtigung, möglicherweise auch ein Grundeinkommen für Menschen, die nicht arbeiten gehen wollen etc. – bestehen (*Verteilungsmaxime 4*). Darüber hinaus gebe es auch noch *freien Konsum*, der allen Menschen einer Partizipatorischen Ökonomie in Form eines gebührenfreien Bildungs- und Gesundheitssystems sowie weiterer öffentlich bereitgestellter Konsumgüter zuteilwerde.³⁷⁸

All dies zusammengenommen – *Effort-Ratings* zuzüglich Unterstützungsleistungen (später kommen auch noch Entschädigungen für *externe Effekte* hinzu) – bestimme also die Höhe des Konsumanspruchs von Individuen. Der entsprechende Betrag werde auf dem jeweiligen persönlichen Konto gutgeschrieben. Dieses könne mit einer Karte verknüpft werden, von welcher bei Einkäufen die entsprechende Summe abgebucht werde.³⁷⁹ Sparen wäre dadurch möglich, dass weniger konsumiert werde, als es das persönliche *Effort-Rating* zuzüglich Unterstützungsleistungen erlauben würde.³⁸⁰ Ein weiterer wichtiger Punkt besteht darin, dass das Einkommen nicht individuell auf andere Personen übertragbar sei.³⁸¹ Da damit eine Zirkulation ausgeschlossen wird, ist es auch äußerst fraglich, ob dies noch als Geld im eigentlichen Sinne bezeichnet werden könnte.

Doch wer legt nun die Sonderbedarfe fest – auf welchem Wege werden *special need requests* und *allowances* beschlossen? Ließen sich in einer Partizipatorischen Ökonomie auch

ideally come to zero, i.e. the average compensation per hour worked in the economy should not be affected, which means that tasks with on average higher desirability will be compensated with fewer [...] [income, A.D.] per hour worked.“ (Sandström, Accounting, S. 36).

377Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 112.

378Vgl. Ebd., S. 121f., S. 124, S. 197f.; Vgl. Sandström, Accounting, S. 51; Vgl. Albert, Parecon, S. 114f.

379Vgl. Sandström, Accounting, S. 42.

380Vgl. Ebd., S. 44.

381Vgl. Albert, Parecon, S. 260.

zusätzliche Konsumansprüche *leihen* respektive Kredite aufnehmen? Wie wird der öffentliche Konsum organisiert? Hier kommen die Konsument*innenräte ins Spiel.

3.3.5 Konsument*innenräte

„While not all of us are workers, we are all consumers, and not just consumers of personal items like shirts, video games, and vacations at the beach. We are also consumers of neighborhood public goods like sidewalks and playground equipment in our neighborhood park; city-wide public goods like libraries and mass transit; and state, regional, and national public goods like port facilities, bridges, national and state parks and forests“³⁸².

In einer Partizipatorischen Ökonomie gehöre jeder Haushalt einem Nachbarschafts-Konsument*innenrat (*neighborhood consumer council*) an, in welchem jedes Mitglied über eine gleichwertige Stimme verfüge. Engagement erfolge auf freiwilliger Basis.³⁸³ Wie schon im Fall der Arbeiter*innenräte föderierten sich die Nachbarschafts-Konsument*innenräte durch abberufbare Delegierte auf höheren Ebenen: the neighborhood, „ward, city, county, state, regional, and national“³⁸⁴ levels.“³⁸⁵ Partizipatorische Ökonomien „incorporate this nesting of different consumers’ councils to allow for the fact that different kinds of consumption affect different numbers of people.“³⁸⁶ Die föderative Struktur der Konsument*innenräte bildet damit, neben jener der Arbeiter*innenräte, die zweite Säule in dem Rätekonzept einer Partizipatorischen Ökonomie: „Consumers and their councils and federations, and worker councils [...] are the primary actors in a participatory economy, which plan and execute economic activities during the annual planning procedure and the year.“³⁸⁷

Die vornehmlichen Aufgaben der Verbraucher*innen-/Konsument*innenräte bestünden

382Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 90.

383„Admittedly, there is a fine line between doing what is necessary to ensure that all are able to participate fully and infringing on individuals’ rights to decide how often they want to attend meetings, serve on committees, and the like. In the final analysis, we would not propose granting consumers’ councils the power to force a member to participate beyond her or his wishes.“ (Albert/Hahnel, Political Economy, S. 42).

384Ein treffenderer Begriff wäre wohl *Bundesebene*.

385Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 90. „All neighborhood consumer councils will belong and send delegates to the federation of neighborhood councils in a city ward, the federation of neighborhood councils in a city or rural county, the federation of neighborhood councils in a state, and the national federation of neighborhood consumer councils as well. The purpose of these federations is to allow people to express demands for public goods – that is, goods that people consume jointly. Delegates to federations discuss and vote on what public goods their constituents want to ask for. While a neighborhood council might request new swing sets for its neighborhood park, it would be up to the city federation to request an extension to the city’s mass transit system, up to the state federation to request new campsites at state parks, and up to the national federation to request upgrades for the national railway system and new weapon systems for national defense. While participation is via direct democracy in neighborhood councils, participation is necessarily via representational democracy in federation.“ (Ebd., S. 90f.).

386Albert/Hahnel, Political Economy, S. 40.

387Sandström, Accounting, S. 74.

kurz gefasst in: (1) der Regelung von Sonderbedarfen; (2) der Aggregation von privaten Konsumanträgen der Haushalte – „i.e. their suggested list of goods and services they wish to consume during the following year“³⁸⁸ – für die partizipatorische Planungsprozedur; (3) der Bereitstellung öffentlicher Güter, was auch die demokratische Deliberation über kollektive (öffentliche) Güter und die daraus hervorgehende Sammlung von kollektiven Konsumanträgen für die partizipatorische Planungsprozedur umfasst; (4) der – in Zusammenarbeit mit den Arbeiter*innenräten erfolgenden – Investment- und Langzeitplanung.

Da die Punkte 2., 3. und 4. besser im Kontext der Planungsprozedur (Kapitel 3.4) erläutert werden können, wird sich hier lediglich auf die Sonderbedarfe und einige Aspekte des öffentlichen Konsums fokussiert.

Wer entscheidet nun über die Gewährung außerordentlicher Konsumptionsrechte beziehungsweise die Legitimität und die Höhe von Sonderbedarfen? Wenn es um *Allowances* – also Unterstützungsleistungen aufgrund gesellschaftlich festgelegter Kriterien wie Rentenalter, Kindheit, gesundheitliche Beeinträchtigungen etc. – geht, so würden diese auf der höchsten Ebene der Konsument*innenräte, der Bundeskonsument*innenföderation, welche alle Konsument*innen einer Partizipatorischen Ökonomie umfasst, in einem demokratischen Prozess – eventuell abschließend mit einem Referendum – entschieden und hätten damit auf dem gesamten Gebiet einer Partizipatorischen Ökonomie Geltung.³⁸⁹

Handelt es sich jedoch um *special need requests* – was nichts anderes bedeutet, als einen Antrag an die Gemeinschaft zu stellen, mehr verbrauchen zu dürfen, als es die eigenen Ersparnisse und das *Effort-Rating* zuzüglich offiziellen Unterstützungsprogrammen erlaubten – so werde dies innerhalb der einzelnen Räte-Ebenen völlig autonom entschieden. Die Details werden im Kapitel 3.4 noch näher erläutert, im Grunde handelt es sich jedoch um ein recht simples Verfahren: Man nehme an, ein Haushalt möchte mehr verbrauchen, als es ihm – wie oben beschrieben – zustehe. Dann könne er sich im Planungsverfahren an seinen Nachbarschafts-Konsument*innenrat mit der Bitte wenden, aufgrund spezieller Umstände mehr konsumieren zu dürfen. Nun obliege es den anderen Mitgliedern des Nachbarschafts-Konsument*innenrates zu entscheiden, ob sie dieser faktischen Umverteilung innerhalb ihres kollektiven Einkommens – also des Gesamteinkommens des jeweiligen Konsument*innenrates – aus Solidarität zustimmen wollen. Das gleiche Prinzip gelte auf den höheren Räte-Ebenen: Möchte ein Nachbarschafts-Konsument*innenrat im nächsten Jahr mehr verbrauchen, als es ihm anhand der aggregierten *Effort-Ratings* zuzüglich Unterstützungsleistungen seiner Mit-

388Ebd., S. 13.

389Vgl. Ebd., S. 15; Vgl. Hahnel, *Democratic Economic Planning*, S. 121f.

glieder zustehe, so müssten auf der übergeordneten Ebene der jeweiligen Bezirks- beziehungsweise Stadtteilkonsument*innenföderation die hierin vereinigten anderen Nachbarschafts-Konsument*innenräte diesem Begehren zustimmen. Im Fall einer Annahme würden also „die entsprechenden Kosten auf die Gesamtheit der durch diesen Rat Vertretenen umgelegt.“³⁹⁰ Damit werde das Verteilungsprinzip *nach Bedürfnissen (Verteilungsmaxime 4)* in diesem Fall nicht festgeschrieben, sondern von der tatsächlichen Solidarität der anderen Gesellschaftsmitglieder abhängig gemacht.³⁹¹

Eine andere Möglichkeit, mehr verbrauchen zu können, als es das Einkommen erlaubt, bestehe in der Option, einen Kredit aufzunehmen, beziehungsweise sich Extrakonsumrechte zu leihen. Hier sei ebenfalls der Nachbarschafts-Konsument*innenrat gefragt, welcher ein Kredit-Institut stelle, das für solche Anliegen zuständig sei.³⁹²

Öffentlichen Güter würden auf den unterschiedlichen Ebenen bereitgestellt. Die Kosten hierfür würden aus den kollektiven Konsumansprüchen/Einkommen des jeweiligen Rates – also aller hierin zusammengefassten Mitglieder – aufgewendet.³⁹³ Als Besonderheit des Modells einer Partizipatorischen Ökonomie ist herauszustellen, dass kollektive Konsumwünsche über das partizipatorische Planungsverfahren, im Gegensatz zur Marktwirtschaft, ebenso einfach artikuliert werden könnten wie private Konsumpräferenzen, womit die systematische Benachteiligung ersterer und die damit einhergehenden Effizienzeinbußen aufgehoben würden – doch dazu gleich mehr.³⁹⁴

390Albert, Parecon, S. 115.

391Vgl. Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 123f.

392Jedoch sei es auch nicht zwingend notwendig, dass der Nachbarschafts-Konsument*innenrat dies übernehmen müsse. Der Gedanke dahinter sei gewesen, starke lokale Bindungen herzustellen. Die Aufgabe der Kreditvergabe könne jedoch auch in die Hände höherer Föderationsebenen gelegt werden. (Vgl. Ebd., S. 170) Für weitere Details – wie es sich beispielsweise mit Zinsen und Kreditwürdigkeit in einer Partizipatorischen Ökonomie verhält –, siehe: Ebd., S. 122f.; Vgl. Sandström, Accounting, S. 44, S. 47f.

393Zur Frage von gleichmäßig verteilten oder gestaffelten Beiträgen, siehe: Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 129f., S. 136-138.

394Vgl. Sandström, Accounting, S. 22f., S. 51-54. Sandström geht auch näher auf die Frage von *Wohnen* in einer Partizipatorischen Ökonomie ein: „Residents in a participatory economy will not own their housing in the same way as many do today, but rather they will apply for the right to use a particular category of housing in a neighbourhood in exchange for paying a recurring housing fee. [...] More coveted housing categories will be more expensive and less coveted categories will be cheaper. Price differences between categories of housing are an important source of information for the planning of future housing construction and the decisions about which housing categories to prioritise. [...] In short, these costs are (1) their charged user rights fees for access to buildings, (2) their [...] charged user rights fees for the land on which the buildings sit, and (3) costs for management, maintenance, and repairs. [...] Once an individual has taken up residence, she has the right to stay as long as she pays the established current housing fee.“ (Ebd., S. 54-56).

Zwar seien Erbschaften von Wohneigentum in einer Partizipatorischen Ökonomie qua Vergesellschaftung ausgeschlossen, jedoch sei es nach Hahnel denkbar und wohl auch angemessen, den Nachkommen ein Vorzugsrecht bei der Übernahme der Miete einzuräumen. (Vgl. Hahnel, Robin, Robin Hahnel Interview on Participatory Economics – Part 1A – Housing & Land, in: <https://aftertheoligarchy.com/2022/01/25/robin-hahnel-interview-on-participatory-economics-part-1a/> (abgerufen am 08.06.2022).

3.3.6 Föderationen

Die Entstehung von Räten – oftmals spontan aus konkreten Kämpfen erwachsen – hat es in der Geschichte immer wieder gegeben, jedoch waren sie nur selten von Dauer. Diese Unbeständigkeit erklärt sich Hahnel dahingehend, dass keine vernünftige (ökonomische) Makroverknüpfung, keine gangbare Vision bestand und hierdurch die Kompetenzen wie Aufgaben der Räte oftmals unklar definiert waren, was unter anderem konterrevolutionären Kräften einen Vorteil verschafft habe, diese Projekte wieder zu zerschlagen, wenn sie nicht von ganz alleine wieder von der Bildfläche verschwanden. Damit Rätestrukturen von dauerhaftem Bestehen sein würden und nicht ihren historischen Vorgängern in die Bedeutungslosigkeit folgten, müssten diese daher von vornherein so konstruiert sein, dass sie einen integralen, kohärenten Bestandteil des Fundaments eines neuen Systems bildeten:³⁹⁵

„Our proposal can be thought of as creating a planning process that will empower and sustain these councils and federations as permanent building blocks of a new, more desirable economy – because history demonstrates all too clearly that absent a coherent plan for what councils and federations of councils can and should do, they will continue to disappear whenever a revolutionary surge subsides.“³⁹⁶

Wie schon angesprochen, organisierten sich die Arbeiter*innenräte einer Partizipatorischen Ökonomie in sektorenspezifischen Räten: von Betriebsräten (Arbeiter*innenräten), über Sektorenföderationen, Industrieföderationen und schließlich bis zur bundesweiten – und eines ferneren Tages eventuell sogar internationalen – Arbeiter*innenföderation. Dem hinzukommend könne es in manchen Fällen auch notwendig werden, geographische Arbeiter*innenrätestrukturen zu implementieren. Die Konsument*innenräte hingegen föderierten sich ausschließlich nach geographischen Gesichtspunkten. Die Räte-Föderationen spielen eine zentrale Rolle in der jährlichen Partizipatorischen Planung, wenn es darum gehe, Produktions- (im Fall der Arbeiter*innenföderationen) oder Konsumtions-Vorschläge (im Fall der Konsum-Föderationen) der horizontalen Räte-Mitglieder anzunehmen oder abzulehnen. Darüber hinaus seien sie die zentralen Akteure der Investment- und Langzeitplanung.³⁹⁷

All dem liegt die Idee zugrunde, hierdurch Entscheidungen erleichtern und koordinieren zu können, welche nicht lediglich einzelne Arbeiter*innen- wie Konsument*innenräte betreffen, sondern größere Gruppen von Räten umfassten – alles unter der Prämisse, dass sich die beschlussfassenden Räte aus jenen Mitgliedern zusammensetzten, die in ähnlicher Weise von

³⁹⁵Vgl. Hahnel, *Democratic, Economic Planning*, S. 127.

³⁹⁶Ebd.

³⁹⁷Vgl. Sandström, *Accounting*, S. 13f., S. 78.

den jeweiligen Entscheidungen betroffen seien.³⁹⁸ Das Selbstverwaltungsprinzip ähnelt dahingehend dem Subsidiaritätsprinzip: Nämlich, dass Entscheidungen, soweit gangbar, präferiert von der untersten sozialen Einheit getroffen werden.

Jedoch sieht Hahnel durchaus auch das Problem der Repräsentation und der damit einhergehenden Einschränkung von Partizipation gegeben, welches gestaffelte Rätestrukturen mit sich bringen. Um dem Abhilfe zu schaffen, sei es – neben Bestimmungen, was die Rechenschaftspflicht der Delegierten anbelangt – unter anderem möglich, Räte-Entscheidungen auf höheren Ebenen erst durch Referenden der Basis-Mitglieder zu legitimieren und damit wieder demokratisch an die Basis rückzukoppeln.³⁹⁹

3.3.7 Weitere Institutionen – Unterstützungsbüro und R&D-Units

Neben den bereits genannten – primären – Institutionen, finden sich im Konzept der Partizipatorischen Ökonomie noch einige weitere – sekundäre – Institutionen, welche meist einen eng definierten Aufgabenkreis haben. Hier seien exemplarisch das *Unterstützungsbüro* und *Research-and-Development-Units (R&D-Units)* genannt.

Die *R&D-Units* würden von Industrie- sowie Konsumföderationen⁴⁰⁰ eingerichtet und fokussierten sich, wie der Name schon sagt, auf die Erforschung und Entwicklung von Innovationen und neuen Produkten. Im Fall der Arbeiter*innenräte würden diese Innovationen dann entsprechend allen interessierten Betrieben in der Gesellschaft zuteilwerden. Um neben statischer Effizienz für weitere dynamische Effizienz/Innovationsanreize zu sorgen, könnten auch materielle Vergütung für diejenigen Arbeiter*innenräte beschlossen werden, welche mit neuen

398Hier ein Beispiel, wie eine solche Struktur nach Sandström aufgebaut sein könnte: „The classification and organisation of industries is obviously something that a future participatory economy will decide on but to illustrate the task, we will here sketch a possible industry classification of worker councils. At the most general level, an economy’s worker councils could be divided into a few main federations according to the general function they perform in the economy, such as (1) agriculture, forestry, and fishing; (2) extraction of minerals; (3) manufacturing; (4) construction; (5) freight and transport; and (6) services. Each of these main federations may then be divided into sub-federations in one or more levels based on a more detailed breakdown of the groups of goods and services that the worker councils produce.

This federation structure can be supplemented by a geographical structure, e.g. by regions, when it simplifies administration and comparisons, or if it increases the degree of justice, for example, by better reflecting regional differences in circumstances. This may be significant for federations that organise worker councils providing services since their markets are often geographically defined in a different way than worker councils that produce goods.“ (Ebd., S. 79).

399Vgl. Hahnel, *Democratic Economic Planning*, S. 128, S. 291f. Zum Problem von monopol-ähnlichen, exkludierenden Strukturen, Einstiegshürden und wie dem begegnet werden könne, siehe: Sandström, *Accounting*, S. 79f.

400„Consumer federations may establish and collectively fund associated R&D units, which conduct research on new products, consumer preferences, and changes in quality of products, and provide technical product information, based on instructions from the federation or some subset of delegates of the federation. Hence, these units would not be independent worker councils but under the direction of the federation.“ (Ebd., S. 54).

Innovationen aufwarteten.⁴⁰¹

Das *Unterstützungsbüro* – *Iteration Facilitation Board (IFB)* – habe die Aufgabe, die notwendigen Informationen für den Planungsprozess bereitzustellen und dabei vor allem die Richtpreise zu veröffentlichen und anzupassen. Was darunter zu verstehen ist, wird im nächsten Kapitel deutlich werden. Es besitze über keinerlei exekutive Funktionen und Kompetenzen, sondern sei alleinig auf seine Rolle als unterstützende, informationsvermittelnde Agentur beschränkt. Sowohl das *Unterstützungsbüro*, als auch die *R&D-Units* stellten reguläre Arbeiter*innenräte dar, was entsprechend auch *Balanced-Job-Complexes* beinhalte.⁴⁰²

3.4 Demokratisch-partizipatorische Wirtschaftsplanung

„NO CENTRAL AUTHORITY REQUIRED!“⁴⁰³

Solange Menschen in einer Welt mit knappen Ressourcen lebten, brauche eine ernstzunehmende post-kapitalistische Vision, die sich Werte wie Selbstverwaltung, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Effizienz und Solidarität auf die Fahnen geschrieben habe, auch ein entsprechendes Vermittlungs- und Allokationssystem, welches die notwendigen Informationen generiere, die es den Akteuren überhaupt erst ermöglichen, ihre komplexen transpersonalen Beziehungen⁴⁰⁴, ihre „interrelated activities“⁴⁰⁵ nach solidarischen, effizienten, nachhaltigen, gerechten und dem Grad der Betroffenheit angemessenen Gesichtspunkten zu koordinieren.⁴⁰⁶ Wenn sich für diese anspruchsvolle Aufgabe jedoch – wie oben ausgeführt – Märkte wie auch Zentralplanung von vornherein disqualifizierten, wie müsste dann anstelle dessen ein solcher Vermittlungs- und Allokationsmechanismus konkret gestaltet sein? Oder anders gefasst:

„How can we give workers and consumers in their councils the autonomy necessary to stimulate them to become and remain active participants in economic decision-making, while ensur-

401 Vgl. Hahnel, *Democratic Economic Planning*, S. 120, S. 223f., S. 226f., S. 246f. Dennoch würden die R&D-Units schon einiges zur dynamischen Effizienz beitragen: „When innovations are produced as 'outputs' in industry and consumer federation research and development units, where workers are rewarded for their efforts toward developing innovations, there is no conflict between static and dynamic efficiency.“ (Ebd).

402 „The IFB is an actor with no decision-making power. Its main task is to update the indicative prices for all categories of capital, resources, labour, goods, and services, and for emissions of different categories of pollutants before each new iteration during the annual planning procedure and also during the year in cases when the annual plan must be updated. The updates of the indicative prices are based on the excess supply or demand that emerges through the actors' proposals for production and consumption and can, for the most part, be performed by mathematical algorithms. By analysing historical data and statistics, the IFB can estimate how actors will respond to price changes for different products, i.e. different products price elasticity.“ (Sandström, *Accounting*, S. 24) Hierzu ausführlicher, siehe: Albert, *Parecon*, S. 215-217.

403 Hahnel, *Democratic Economic Planning*, S. 297.

404 Vgl. Sutterlütti/Meretz, *Kapitalismus*, S. 24.

405 Hahnel, *Democratic Economic Planning*, S. 92.

406 Vgl. Albert/Hahnel, *Political Economy*, S. 35; Vgl. Sandström, *Accounting*, S. 5.

ing that worker and consumer councils do not make choices that are socially irresponsible? How is it possible to grant small groups of workers and consumers enough autonomy to encourage them to put time and effort into participating, without disenfranchising others who are affected by the decisions they make, even though it be to a lesser extent? How can we grant groups of workers the right to use some of society's productive resources as they would like without allowing them to benefit unfairly from doing so? How can we convince ordinary workers and consumers who have been discouraged in every conceivable way from trying to participate in economic decision-making that things will now be different and their participation will finally be worthwhile?⁴⁰⁷

Der innovative Vorschlag Partizipatorischer Ökonomik: Mittels eines *dezentralen, demokratisch-partizipatorischen Planungsverfahrens*.

Dieses Planungskonzept – welches gewissermaßen als das koordinierende Herzstück einer Partizipatorischen Ökonomie angesehen werden könnte – lässt sich grob in drei Verfahren aufteilen: (1) Die jährliche (*iterative*) Planungsprozedur, in deren Verlauf die Konsument*innen(-Räte) mit den Produktionsvorschlägen der Arbeiter*innenräte in Einklang gebracht werden, bis ein solider Jahresplan erreicht sei; (2) Die Investmentplanung – Planung von Arbeitsmitteln/*Kapitalgütern* –; und schließlich (3) die Langzeit-Entwicklungsplanung, wozu auch Erziehungs-, Gesundheits-, Umweltplanung sowie die strategische Planung internationaler Beziehungen gehören.

3.4.1 Der jährliche (*iterative*) Planungsprozess

Das Ziel des Planungsverfahrens bestehe darin, die wahren *sozialen Kosten* sowie *Opportunitätskosten*⁴⁰⁸ von Ressourcen wie produzierten Gütern zu ermitteln und auf Grundlage dieser Informationen eine effiziente und gerechte Ressourcenallokation zu bewerkstelligen.⁴⁰⁹ Preise

407Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 93.

408„Opportunitätskosten quantifizieren entgangene Alternativen zur Nutzung vorhandener Ressourcen.“ (Lahde, Maurice, in: Hahnel, Plädoyer, S. 27 Fn. 6).

409Zur Notwendigkeit der korrekten Ermittlung von *sozialen Kosten* und *Opportunitätskosten*: „Without accurate estimates of opportunity costs, social costs, and social rates of return on investments, it is impossible to know how to allocate scarce productive resources efficiently – which most economists readily acknowledge. But what may be even more important is without them, it is impossible for worker councils, consumer councils, and federations to participate sensibly and without undue imposition on their time in economic decision-making. Unless they are provided with reasonably accurate estimates of opportunity and social costs and social rates of return, workers cannot know if their own proposals are socially responsible, consumers cannot know if their proposals are socially responsible, and nobody can know whether or not to approve or disapprove the self-activity proposals of others. However, with reasonably accurate estimates of opportunity and social costs and social rates of return, worker and consumer councils and federations can engage in socially responsible self-management without a central authority, without resort to markets, and without excessive burdens on their time“ (Ebd., S. 298).

„For producers to be able to assess whether their own and others' production proposals are efficient and socially responsible, costs and benefits for various economic activities have to reflect *social* costs and benefits of activities, and not as today the individual buyers and sellers' costs and benefits. The cost of using society's

stellten demnach – wie gleich noch zu zeigen sein wird – einen wichtigen und einfach verständlichen Informationsträger, komplexitätsreduzierenden Indikator und Kommunikator dar.⁴¹⁰ Da jedoch *die Zahlen auch nicht immer die ganze Wahrheit erzählten*, würden diese Daten mit qualitativen Informationen – beispielsweise zu Fertigungsbedingungen, Lieferketten und Umweltauswirkungen etc. – substituiert, sodass den jeweiligen Akteuren ein größtmögliches Maß an Transparenz im Entscheidungsfindungsprozess bereitet werde.⁴¹¹

3.4.1.1 Die einzelnen Schritte⁴¹²

Bevor das hier beschriebene jährliche Planungsverfahren beginnt, seien einige Prämissen gegeben: So stehe an dieser Stelle bereits fest, welche Ressourcen durch die zuvor erfolgten Investment- und Langzeitplanungen (siehe Kapitel 3.4.2 und 3.4.3) schon verplant respektive gebunden seien. Außerdem seien die für das Jahr zur Verfügung stehenden Produktionsfaktoren (Arbeit, Ressourcen, Maschinen etc.) bekannt.⁴¹³

Durch das *iterative*⁴¹⁴ partizipatorische Planungsverfahren

„wird nun ein umfassender jährlicher Produktions- und Konsumplan entworfen: Welche Produzentenräte nutzen welche Ressourcen, um welche Halbfabrikate herzustellen? Wie werden diese Zwischenprodukte an andere Produzentenräte verteilt, und welche Verbrauchsgüter werden schließlich an die Konsumentenräte geliefert?“⁴¹⁵

Die teilnehmenden Akteure bestehen aus den Arbeiter*innenräten und ihren Föderationen, den Konsument*innenräten (inklusive Haushalten) und ihren Föderationen und dem IFB (Unterstützungsbüro) als reine Unterstützungsinstanz. Das Verfahren lässt sich auf drei aufeinander-

productive resources must reflect true opportunity costs, which is the alternative social benefit 'sacrificed' or foregone when a productive resource is used in a particular production. Consumers must have access to information that enables them to assess whether their own and others' consumption is fair, i.e. if their efforts justify the proposed and actual consumption.“ (Sandström, Accounting, S. 112) Vgl. Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 213f.

410Albert/Hahnel, Political Economy, S. 59f. Zu *Preisen im Sozialismus*, siehe: Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 341f.

411Zur Einspeisung qualitativer Daten in den Planungsprozess, siehe: Albert, Parecon, S. 124. So würden „alle quantitativen Daten durch qualitative Beschreibungen besonderer Konsum- oder Produktionsumstände ergänzt. Alle Räte haben jederzeit Zugriff auf die Datenbanken der übrigen Räte und der Unterstützungsbüros. Der ganze Ablauf ist offen für alle.“ (Ebd., S. 127) „Die Datenbank enthält neben Durchschnittswerten, Richtpreisen etc. auch qualitative Produktbeschreibungen (die übrigens auch an den Lieferzentren ausliegen) sowie Angaben über die in jedes Produkt eingegangene Arbeitsleistung.“ (Ebd., S. 208). Vgl. Albert/Hahnel, Political Economy, S. 61f., S. 76.

412Ein guter Überblick hierzu findet sich bei: Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 93-97; sowie bei: Sandström, Accounting, S. 19-29. Eine Kurzfassung liefert: Hahnel, Plädoyer, S. 19-23.

413Vgl. Ebd., S. 19f.

414„Iteration heißt ein Prozess mehrfachen Wiederholens ähnlicher Handlungen zur Annäherung an ein bestimmtes Ziel.“ (Lahde, Maurice, in: Ebd., S. 27 Fn. 5).

415Ebd., S. 20.

folgende Schritte herunterbrechen, die sich in mehreren Durchgängen wiederholten:

Erster Schritt:

Zu Beginn der ersten Runde verkünde das IFB die gegenwärtigen Schätzungen – der *Opportunitätskosten* und *sozialen Kosten* aller natürlichen Ressourcen, aller Kategorien von Arbeit⁴¹⁶, aller Produktionsmittel/*Kapitalgüter*⁴¹⁷, Zwischenprodukte, Konsumgüter und Dienstleistungen – in Form von Richtpreisen (*indicative prices*)⁴¹⁸. Diese orientierten sich an den realen Preisen aus dem letzten Jahr. Theoretisch sei es aber auch möglich, die Richtpreise vollkommen beliebig zu wählen, jedoch würden dadurch eventuell mehr Verfahrensdurchgänge (*Iterationen*) notwendig.⁴¹⁹

Zweiter Schritt:

Nun reagierten die einzelnen Haushalte hierauf, indem sie in Anbetracht der Richtpreise anhand grober Kategorien⁴²⁰ – wie *Schuhe, Hemden* etc. – abschätzten, was sie im nächsten Jahr insgesamt zu verbrauchen gedenken und hieraus Konsumvorschläge (*consumption proposals*) formulierten. Hierbei könnten sie die Liste ihrer Einkäufe/Ausgaben des letzten Jahres als Orientierungshilfe zurate ziehen und diese bei Bedarf entsprechend anpassen. Dabei gelte es, die Konsumrestriktion durch das persönliche *Effort-Rating* (zuzüglich Unterstützungsleistungen und Entschädigungen) einzuhalten – eine positive Bilanz werde automatisch angenommen –, oder aber zu hoffen, dass ein Überschreiten als *special need request* durch die anderen Mitglieder abgesegnet werde. Falls ein Haushalt – aus welchen Gründen auch immer – nicht teilnehmen würde, so wäre es die Aufgabe des jeweiligen Nachbarschaftsrates, seinen letztjährigen Konsum als Vorschlag zu übernehmen und ihn bei Überschreitung des *Effort-Rating* (zuzüglich Unterstützungsleistungen und Entschädigungen) entsprechend anzupassen.⁴²¹ Die

416Um Missverständnissen vorzubeugen, sei hier festgehalten, dass die *Opportunitätskosten des Produktionsfaktors Arbeit* nichts mit der *Entlohnung der Arbeiter*innen* zu tun habe, welche allein durch das *Effort-Rating* bestimmt werde. Wenn also eine Kategorie von Arbeit einen Nachfrageüberschuss aufweist, womit dann auch ihre *Opportunitätskosten* und damit ihr Richtpreis steigen würden, hätte dies keinen unmittelbaren Einfluss auf das *Effort-Rating* – außer es würde festgestellt, dass besagte Arbeit deshalb knapper wurde, da sie, warum auch immer, im Schnitt unangenehmer geworden ist, also mehr Entbehrungen erfordere und die Arbeitskraft damit auch ein höheres *Effort-Rating* verdienen würde. (Vgl. Hahnel, *Democratic Economic Planning*, S. 300).

417*Kapitalgüter* hier verstanden als Arbeitsmittel (Maschinen, etc.).

418„These estimates can be thought of as 'indicative prices' since they provide useful 'indications' of what it costs society when we use different primary inputs, and what it costs society to produce different goods and services. In other words, the phrase 'indicative prices' refers to estimates of opportunity costs and social costs.“ (Hahnel, *Democratic Economic Planning*, S. 94).

419Vgl. Ebd., S. 177-182; Vgl. Albert/Hahnel, *Political Economy*, S. 89f.

420Ausführlich zur Kategorisierung von Produkten in einer Partizipatorischen Ökonomie, siehe: Sandström, *Accounting*, S. 46f., S. 67-72; Vgl. Sandström, Anders, *Product Categorisation and Costing in a Participatory Economy*, in: <https://participatoryeconomy.org/product-categorisation-and-costing-in-a-participatory-economy/> (abgerufen am 08.06.2022).

421Vgl. Sandström, *Accounting*, S. 42; Vgl. Hahnel, *Democratic Economic Planning*, S. 168.

Nachbarschafts-Konsument*innenräte aggregierten nun die Vorschläge ihrer Haushalte und reichten daraufhin ihrerseits dieses Vorschlagsbündel bei der nächst höheren Räte-Stufe ein, welches wiederum in gleicher Weise verfare, usw.

Hierbei ist wichtig zu beachten, dass die *Vorschläge zum Konsum öffentlicher Güter* dem gerade genannten Prozedere aus mehreren Gründen⁴²² zeitlich vorangestellt seien, also ein Teil des aggregierten Konsument*inneneinkommens schon verplant sei und damit für den individuellen Konsum nicht mehr zu Verfügung stehen würde. Die Abfolge dessen gestalte sich also in jedem Durchgang folgendermaßen: Bekanntgabe der Richtpreise durch das IFB; Vorschläge zum öffentlichen Konsum auf höchster Räte-Ebene; Vorschläge zum öffentlichen Konsum auf den jeweils absteigenden Räte-Ebenen; private Konsumvorschläge der Haushalte.⁴²³

Die Arbeiter*innenräte formulierten zur selben Zeit ihre Produktionsvorschläge (*production proposals*) für das kommende Jahr. Das bedeutet, sie schlugen vor, welche *Outputs* sie im kommenden Jahr zu produzieren gedenken und welche *Inputs* sie zu diesem Zweck von der Gesellschaft zur Nutzung beantragen möchten. Dies beinhalte nicht nur Zwischenprodukte von anderen Arbeiter*innenräten und die Arbeitsmittel (*capital goods*), die sie verwenden möchten, sondern auch alle natürliche Ressourcen und alle verschiedenen Arten von Arbeit, die sie bräuchten. „Eigentlich lautet der Antrag an die anderen Räte, mit denen sie durch kooperative Arbeitsteilung verbunden sind: 'Wenn ihr uns gestattet, einen bestimmten Teil der Ressourcen, die uns allen gehören, als Input zu verwenden, dann versprechen wir, als Output die folgenden Produkte und Dienstleistungen für andere zu liefern.'“⁴²⁴ Hierbei müssten die Arbeiter*innenräte beachten, gesellschaftlich verantwortungsvolle Vorschläge (*positive Social-Benefit-to-Social-Cost-Bilanz*) einzureichen, da ihre Anträge ansonsten von den anderen,

422„We recommend that requests for higher-level public goods be drawn up and announced in each round of the planning procedure before requests for lower-level public goods and private goods are drawn up and submitted for three reasons:

1. The inefficient bias favoring private over collective consumption in market economies has been affecting human attitudes, expectations, and behavior for centuries and will only be overcome by a major change in how people approach consumption decisions. To help facilitate this change in approach we want people to think about their collective consumption first and their private consumption second.

2. Before I can know how much of a lower-level public good I want, I need to know how much of all higher-level public goods will be available. For example, before making a decision about state highways, residents of a state need to know what the federal highway system will look like. And before I can know how much private goods I want, I need to know what bundle of public goods of all levels will be available to me. For example, before deciding if I want a swing set for my kids in my backyard, I need to know whether or not there will be swing sets in the neighborhood park only a block away.

3. Finally, there is a practical reason to proceed in this way: In any round of proposals, before a household can know if its private consumption request is socially responsible – that is, warranted by the effort ratings and allowances of household members – it needs to know how much of household income is left to cover private goods, which means it needs to know how much of household income has already been allocated to pay for the household’s fair share of all of the public goods that would be available to its members.“ (Ebd., S. 134f.).

423Vgl. Sandström, *Accounting*, S. 52f.

424Hahnel, *Plädoyer*, S. 25.

gleichrangigen, Rätemitgliedern abgelehnt werden könnten – doch dazu im nächsten Kapitel mehr.

Dritter Schritt:

Das Unterstützungsbüro würde nun die Nachfrage für jedes finale Konsumgut, Zwischenprodukt, Arbeitsmittel/*Kapitalgut*, jede natürliche Ressource und Kategorie von Arbeit zusammenfassen und die Einschätzung der Opportunitätskosten beziehungsweise sozialen Kosten des jeweiligen Gutes – also dessen Richtpreis – gemäß des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage – genauer: „in proportion to the degree of its excess demand or supply“⁴²⁵ – nach oben oder nach unten korrigieren.

Daraufhin würde ein neuer Durchgang beginnen und die Konsument*innenräte sowie Produzent*innenräte würden im Hinblick auf die neuen Preise ihre Vorschläge entsprechend überarbeiten. Diese drei Schritte würden in aufeinanderfolgenden *Iterationen* solange wiederholt, „until there is no longer any excess demand for any final or intermediate good, capital stock, natural resource, or category of labor“⁴²⁶, also kurzgefasst: bis es ein Gleichgewicht gebe und damit ein solider, gangbarer Jahresplan stehe.

Dabei sei realistischer Weise nicht davon auszugehen, dass es schon in den ersten Iterationen zu einem gangbaren Plan kommen werde, jedoch würden die Schätzungen der wahren Opportunitätskosten und sozialen Kosten mit jeder neuen Iteration immer akkurater werden:

„Under assumptions about technologies and preferences that are standard in the literature, each round in this social, iterative procedure will begin with new, more accurate estimates of opportunity and social costs, followed by revised proposals from all councils and federations in light of new information the changed 'indicative prices' signal about how their desires affect others. Each council must revise and resubmit its own proposal until it meets with approval from other councils and federations. This planning procedure repeats until a feasible, comprehensive plan for the year is reached – that is, a plan where everything someone is counting on will actually be available.“⁴²⁷

3.4.1.2 Zur Annahme und Ablehnung von Eigentätigkeitsvorschlägen

Wie soeben dargelegt, zielt das Modell der jährlichen partizipatorischen Planung darauf ab, all die Informationen zu generieren und bereitzustellen, welche notwendig dafür seien, es den unterschiedlichen Einheiten zu ermöglichen, aufgeklärte Entscheidungen auf allen Ebenen tref-

425Hahnel, *Democratic Economic Planning*, S. 94.

426Ebd.

427Ebd.

fen zu können. Hierzu gehöre vor allem auch die Beurteilung, ob ein Produktions- oder Konsumtionsvorschlag sozial verantwortlich sei oder nicht. Dies betreffe zum einen die *Eigentätigkeitsvorschläge*⁴²⁸ (*self-activity proposals*) einbringenden Akteure selbst, welche anhand der Kriterien, die gleich noch näher erläutert werden, abschätzen könnten, ob ihr Vorschlag sozial angemessen sei oder nicht, aber eben auch die anderen – im selben Rat (horizontal) vereinten – Parteien, welche hierdurch einen sozial unverantwortlichen Antrag unkompliziert erkennen und ablehnen könnten. Damit wird eine übergeordnete Kontrollinstanz – wie beispielsweise ein zentrales Planungsbüro⁴²⁹ – als Vollzugsorgan in derlei Angelegenheiten kategorisch ausgeschlossen.⁴³⁰

*Konsument*innenräte:*

Konsumwünsche würden evaluiert, indem die, in Gestalt der Richtpreise ausgedrückten, Gesamtkosten der angeforderten Güter – beziehungsweise Dienstleistungen – mit den Effort-Ratings (zuzüglich *Allowances* und Entschädigungen) abgeglichen würden. Wenn der Konsumvorschlag (SC) die – durch das Effort-Rating (zuzüglich *Allowances* und Entschädigungen) gewährten – Konsumansprüche eines Haushalts (K) nicht übersteige, oder auf höherer Räte-Ebene die aggregierten Konsumvorschläge eines Rates die gesamten Konsumansprüche desselben nicht überschritten, so weise dies darauf hin, dass der Vorschlag sozial akzeptabel sei und werde in diesem Fall automatisch angenommen ($SC/K \leq 1$). Übersteige jedoch der Konsumvorschlag die Konsumansprüche, so weise dies darauf hin, dass der Vorschlag sozial inadäquat sei ($SC/K > 1$). Hier müsse dann schon eine gute Erklärung vorgetragen werden, um die Ablehnung des Vorschlags durch die anderen Parteien – desselben Rates – zu verhindern (*special need requests*). Werde ein Vorschlag abgelehnt, so müsse dieser wieder überarbeitet werden, bis das Verhältnis stimme.⁴³¹

„The important point is that the estimates of opportunity and social costs generated during the planning procedure make it easy to calculate the social cost of consumption requests. This is important information for councils making consumption requests since otherwise they have no way of knowing the extent to which they are asking others to bear burdens on their behalf. It is

428Hahnel, Plädoyer, S. 20.

429„In central planning, this decision resides with the central planning authority. The justification given for this is that only a central planning authority can gather the necessary information and wield sufficient computational power to determine if proposals from production units would use scarce productive resources efficiently. In other words, it is presumed that a central planning authority, and only a central authority, can protect the social interest. But leaving aside the more general question of whether or not any authority can be trusted to protect any interest other than its own, it turns out upon careful examination that both parts of the traditional rationale for giving central planners power to approve or disapprove work proposals are false. (Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 130).

430Vgl. Hahnel, Plädoyer, S. 22-26; Vgl. Sandström, Accounting, S. 21.

431Vgl. Ebd.

also important for councils that must approve or disapprove consumption requests of others, since otherwise they have no way of knowing if a request is fair (consistent with sacrifices those making the request have made) or unfair (in excess of sacrifices made).⁴³²

*Produzent*innenräte:*

Aufseiten der Produzent*innenräte würde ein Produktionsvorschlag evaluiert, indem der gesellschaftliche Nutzen (*social benefit*) des versprochenen Outputs – welcher sich in den summierten Richtpreisen aller versprochenen Güter und Dienstleistungen ausdrücke – mit den dafür aufzuwendenden sozialen Kosten (*social cost*) in Form der hierin einfließenden Inputs – welche sich in den Richtpreisen der gesamten, summierten Inputfaktoren ausdrücke – verglichen werde. Dies bedeute, wenn die sich hieraus ergebende *Social-Cost-to-Social-Benefit-Ratio* (SB/SC) „is greater than one [$SB/SC \geq 1$], then the proposed use of resources – that belong to everyone in society – is 'socially responsible', and all would benefit from approving the proposal. If the ratio is less than one [$SB/SC < 1$], then the proposed use of resources is not efficient because there are other workers who would use the resources more efficiently.“⁴³³ Bezüglich Letzterem müsse dann jeweils fallspezifisch entschieden werden, ob der Vorschlag abzulehnen sei, oder ob es besondere Umstände gebe, die es rechtfertigen würden, den Vorschlag trotzdem anzunehmen.⁴³⁴ Werde der Vorschlag jedoch abgelehnt, so müsse der betreffende – den Vorschlag einbringende – Rat diesen entsprechend überarbeiten. Als *ultima ratio*, falls es der Rat – ohne ersichtlichen guten Grund – nicht schaffe, trotz wiederholter Zurückweisungen – und zu diesem Zeitpunkt potenziell auch Supervision durch andere Räte – einen gangbaren Vorschlag zu formulieren, könnten ihm die zur Produktion notwendigen gesellschaftlichen Ressourcen verweigert werden, was letztendlich auf seine Auflösung herauslaufen würde. Hahnel zufolge sei dies von einem Bankrott im kapitalistischen System jedoch in mehrfacher Hinsicht zu unterscheiden.⁴³⁵

432Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 95.

433Sandström, Accounting, S. 22.

434„Most proposals can easily be approved or rejected, more or less automatically, but in some cases, a closer monitoring is justified because it is not always possible to rely on the numbers alone. Worker councils who do not reach an SB/SC ratio larger than one might want to get their proposals examined in more detail and have an opportunity to argue for their proposals and explain why they do not show better numbers. Therefore, industry federations may establish special audit committees that review some proposals, in the later iterations, more carefully and make recommendations for approval or rejection.“ (Ebd.).

435„Enterprises die, and their members must search for work elsewhere, when a worker council fails to make a proposal approved by others during the participatory planning procedure. This may seem harsh at first, but this 'discipline' is necessary to ensure that scarce productive resources are not misused. If a worker council cannot come up with a proposal whose social benefit-to-cost ratio is at least one, this means that others can use the productive resources they are asking for, which belong to everyone, more efficiently than they can. Since we don't want resources used less efficiently than they could be, we should disband worker councils who cannot use them as efficiently as others.

However, there may be situations where 'the numbers lie', and a worker council whose proposal has a social benefit-to-cost ratio less than 1 is actually not using resources inefficiently. This is why we need appeal

In Übereinstimmung mit dem Prinzip der Selbstverwaltung liege die Berechtigung zur Überarbeitung der Pläne damit einzig und allein in den Händen des Antrag stellenden Rates. „Dieser Aspekt unterscheidet das partizipatorische Planungsverfahren von allen anderen Planungsmodellen und ist unseres Erachtens für die Selbstverwaltung von Produzent*innen und Konsument*innen von entscheidender Bedeutung.“⁴³⁶

Mittlerweile sollte deutlich geworden sein, dass es in der jährlichen partizipatorischen Planung keine Verhandlungen *zwischen* Räten gebe, sondern lediglich Beratungen *innerhalb* von Räten.⁴³⁷ Damit wird auch ersichtlich, dass es sich bei der Partizipatorischen Ökonomie *dezi*diert *nicht* um *One-Big-Meeting* respektive die Planung durch gewählte Repräsentant*innen handle – was sich unter deliberativer demokratischer Planung jedoch oftmals, problematischer Weise, vorgestellt werde.⁴³⁸

„We have not proposed that delegates from worker and consumer councils meet together to hammer out a plan to coordinate their various activities. In fact [...] we believe this would prove to be a disaster. Delegates attending such a meeting would lack the necessary information to evaluate different plans because they would have no estimates of opportunity and social costs. The plan they came up with would not only not be efficient, it would suffer from the same political problem that plagues central planning. Namely, because all would presumably have an equal say at the 'one big meeting', those more affected by different decisions would have no more say than those less affected by those decisions. And finally, all economic decisions would be made by a small number of delegates, as ordinary workers and consumers are disenfranchised. During participatory planning, consumer and worker councils do not send delegates to meetings to discuss a plan. Meetings take place only within consumer councils, within worker councils, and within federations [...] to discuss and revise self-activity proposals. And the only delegates are delegates councils send to federations to discuss and decide on federation self-activity proposals.“⁴³⁹

procedures, which should ordinarily be conducted by the industry federation a worker council belongs to. Moreover, any council in danger of being disbanded should be provided help by their industry federation. After all, there must be some reason a particular group of workers are not coming up with proposals to use resources as effectively as other groups of workers in their industry. Before disbanding the council and sending their members to work elsewhere permanently, some workers from the council in danger of being disbanded should be sent as guest workers in more successful worker councils in the industry to see how they are doing things, and the industry federation should send members from successful councils to consult and work as guest workers in the council in trouble. Sometimes this will prevent the need to disband a worker council.

But what happens when all efforts to correct what is wrong fail and a worker council must be disbanded? Does this mean its members must suffer personally? Since the annual production plan provides for full employment, there will be jobs for them in more successful worker councils, if not in their own industry, then in others. Moreover, their expected income working elsewhere should be as high, or higher than it was in the council that was disbanded, which apparently was struggling to come up with a proposal with a SB/SC ratio as high as one. And finally, a participatory economy can and should provide the kind of generous stipends for retraining and relocation provided by labor market boards to laid-off workers in Sweden and Norway during the heyday of social democracy in Scandinavia during the 1970s.“ (Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 104) Zur Entstehung von Arbeiter*innenräten, siehe: Ebd., S. 105.

436Hahnel, Plädoyer, S. 26.

437Vgl. Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 132.

438Ausführlich hierzu, siehe: Ebd., S. 211-214.

439Ebd., S. 158.

3.4.1.3 Anreize

Mit Blick auf die alloкатive Effizienz sei es im Eigeninteresse eines Arbeiter*innenrates, die Produktion durch höherwertige Inputs zu optimieren, da er ansonsten – falls das SB/SC-Verhältnis nicht über eins liege – keine Produktionsmittel bewilligt bekommen würde. Die am effizientesten produzierenden Arbeitsstätten bekämen demnach auch am ehesten Mittel bewilligt. Währenddessen sei es im gesellschaftlichen Interesse, die Nutzungsrechte für die Produktionsfaktoren an jene Arbeiter*innenräte zu vergeben, welche diese am effizientesten verwenden würden. „So in order to obtain the resources they want to work with – that is, in order to serve their own interests, worker councils are required to serve the social interest as well.“⁴⁴⁰

Während Arbeiter*innenräte also keinen Anreiz hätten, ihre tatsächlichen Produktionskapazitäten – wie in der Zentralplanung – zu untertreiben, da dies bedeuten würde, dass ihre Anträge abgelehnt würden, so bleibt dennoch die Frage, ob sie nicht den umgekehrten Anreiz hätten, nämlich ihre Produktionskapazitäten gezielt zu übertreiben, um mehr Ressourcen zu erhalten, als ihnen – dem realen SB/SC-Verhältnis gemäß – wohl sonst gewährt worden wären.

Hier ist es wieder von Interesse, sich dem *capping* des Durchschnitt-Effort-Ratings eines Arbeiter*innenrates zuzuwenden (siehe Kapitel 3.3.4). Dabei gebe es zwei Methoden – welche im Übrigen unter Vertreter*innen einer Partizipatorischen Ökonomie kontrovers diskutiert werden: Die erste bestehe darin, das Durchschnitts-Effort-Rating eines Betriebes, welches unter den Arbeiter*innen aufgeteilt werde, an das tatsächliche SB/SC-Verhältnis am Ende des Planungsjahres zu koppeln. Dies würde also einen Anreiz erzeugen, möglichst effizient zu produzieren, um das Durchschnittseinkommen des Arbeiter*innenrates und damit auch das eigene Einkommen zu erhöhen. Dabei müsse man sich jedoch darauf verlassen können, dass die Planungsprozedur die Opportunitätskosten und sozialen Kosten auch tatsächlich (weitgehend) korrekt abbilde, da ansonsten unfaire Produktivitätsvorteile respektive -nachteile entstünden, die die Entlohnung nach Anstrengung und Entbehrungen unterminierten.⁴⁴¹

⁴⁴⁰Ebd., S. 119; Vgl. Sandström, Anders, Innovation, in: <https://participatoryeconomy.org/innovation/> (abgerufen am 08.06.2022).

⁴⁴¹Dies gestaltet sich als eine etwas kompliziertere Angelegenheit: „The first possibility is to base the interrelation between workplace average compensations on their social benefit/social cost ratio (SB/SC). For example, if a workplace’s SB/SC ratio is 105% while the average for the industry (or some other possible reference group) is 100%, this means that the workplace average compensation should be 105% (calculated as 105/100) of the industry average. This rule is based on the assumption that a higher SB/SC ratio actually indicates a larger effort by the worker council’s members compared to the other workplaces, and that a better outcome cannot be attributed to other factors, such as more efficient machines. The annual planning procedure is designed to achieve this by pricing access to more efficient equipment and resources higher than access to less efficient equipment and resources. Thus, the denominator of the SB/SC ratio will be higher if more efficient resources are used, leading to a lower SB/SC ratio at unchanged production quantity. If the annual planning procedure, to a sufficient extent, succeeds in this regard, the capping of the average compensation based on worker councils’ SB/SC ratio will be fair. If there is a risk that the pricing of user rights fees for

Die andere – deutlich einfachere – Option bestünde darin, allen Arbeiter*innenräten pauschal das gleiche Durchschnitts-Effort-Rating zu geben. „This rule could be combined with a requirement for worker councils to demonstrate a certain minimum level of SB/SC ratio in order to be assigned the economy’s average compensation. If they fail to reach the required minimum SB/SC ratio, their average compensation could retroactively be adjusted downwards by a certain percentage.“⁴⁴²

Einmal abgesehen von diesen sanfteren Anreizen, könne demjenigen Arbeiter*innenrat, welcher Jahr für Jahr seine Produktionsvorschläge nicht erfülle – also faktisch gesellschaftliche Ressourcen verschwende –, als *ultima ratio* auch die Mitgliedschaft in der Industrieföderation und damit die Lizenz zur Teilnahme am Planungsprozedere entzogen werden. „The worker council would then not be allowed to submit production proposals in the next year’s planning procedure.“⁴⁴³

3.4.1.4 Flexible Anpassung während des laufenden Jahres

Da der Konsum in einer Partizipatorischen Ökonomie (weitgehend) nach Belieben erfolge, also nicht an die Planungsvorschläge gebunden, sondern lediglich durch die aus den *Effort-Ratings* (zuzüglich Unterstützungsleistungen, Entschädigungen, Krediten und *special need requests*) resultierenden Konsumrechte beschränkt sei, wäre es auch möglich, dass sich die tatsächlichen Konsumpräferenzen und -handlungen während des Jahres anders gestalten, als es der Plan suggeriere.⁴⁴⁴ In diesem Fall – eines Mehrkonsums einiger Güter und/oder verminderten Konsums anderer Güter – sei zu beachten, dass sich diese Abweichungen häufig schon auf den etwaigen Räte-Ebenen gegeneinander ausgleichen würden:

„During an ongoing year, consumer federations also function as clearing houses where differences between members’ planned and actual consumption can be offset against each other. Most differences between planned and actual consumption at the individual level can most likely be handled through internal redistribution within the consumer federations“⁴⁴⁵, „which

capital, resources, and labour in the participatory planning procedure not quickly or accurately enough reflects differences in efficiency and quality, it can be argued that relating worker councils’ total average compensations based on SB/SC ratios is unfair. Worker councils using relatively inefficient machines and resources would then be unfairly disadvantaged.“ (Sandström, Accounting, S. 37) Vgl. Ebd., S. 98, S. 101; Vgl. Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 107.

442Sandström, Accounting, S. 38.

443Ebd., S. 24.

444Zur automatischen Feststellung von Abweichungen: „The easiest way to think about this is to imagine each consumer with a debit swipe card that records what they consume during the year as they pick it up and compares their rate of consumption for items against the amount they had asked and been approved for.“ (Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 125f.).

445Sandström, Accounting, S. 28.

makes it possible to handle such changes within the framework of the production plan as it was approved.⁴⁴⁶

Falls dies jedoch nicht ausreichen würde und folglich auch danach noch Differenzen zwischen der totalen geplanten Produktion und des tatsächlichen Gesamtkonsums bestünden, so würde die Bundes-Konsument*innenföderation mit den betreffenden Industrieföderationen in Verhandlungen treten, um den gegenwärtigen Plan entsprechend anzupassen. Hier würde also das oben genannte Prinzip ausgesetzt, dass Räte ihre Angelegenheiten nur *intern* aushandelten, jedoch nicht mit anderen Räten in Verhandlung treten würden:

„In cases where this [– die gegenseitige Verrechnung der Deviation auf den Räte-Ebenen –, A.D.] is not possible and when big unforeseen events occur that demand adjustments in production, necessary adjustments need to be negotiated by representatives from affected consumer and worker federations. Some adjustments in the plan may need only small changes in the capacity utilisation in the production units in one industry, while other adjustments could be more far reaching and affect more workplaces and require a redistribution of resources between industries.⁴⁴⁷

Auch könne es in manchen Fällen eine gangbare Option darstellen, betroffene Produkte zu rationieren – eventuell mit Vorkaufsrecht für diejenigen, welche diese Produkte in ihrem Jahresplan gelistet hätten. Eine andere Möglichkeit wäre, die Preise entsprechend anzupassen.

„The important point at this moment is to note that it is quite possible to adjust a plan in the light of changing circumstances, and that such adjustments in a participatory economy are made in democratic negotiations between representatives from both consumers and producers, possibly with the help of the IFB.⁴⁴⁸

3.4.1.5 Exkurs: *Pollution Demand Revealing Mechanism*

Beim *Pollution Demand Revealing Mechanism* (PDRM) handelt es sich um den zentralen Mechanismus einer Partizipatorischen Ökonomie, um externe Effekte in der Preisstruktur umfassend abzubilden und die Geschädigten adäquat zu kompensieren. Da das Modell recht ausführlich ist – zumindest zu ausführlich, um es an dieser Stelle erschöpfend behandeln zu können –, werden hier lediglich einige Grundzüge skizziert.

In einer Partizipatorischen Ökonomie würden die Emissionen ausstoßenden Umweltsünder-

446Ebd., S. 24.

447Ebd.

448Ebd., S. 25. Ausführlicher zu *post-plan adjustments*, siehe: Hahnel, *Democratic Economic Planning*, S. 125f., S. 167f.

Betriebe für die aus ihrer Verschmutzung resultierenden Kosten entsprechend belastet und die Leidtragenden entschädigt. Da die von Umweltverschmutzung geschädigten Parteien nicht notwendigerweise mit den geographischen Arealen der Konsument*innenräte und -föderationen übereinstimmen müssten, würden *communities of affected parties (CAPs)* eingerichtet, welche all die von unterschiedlichen Schadstoffen betroffenen Personen in – potenziell eben auch räte-übergreifenden – Gruppen zusammenfassten. Hierdurch werde das Problem der Verhandlungsmacht und Transaktionskosten für den Zusammenschluss betroffener dritter Parteien, im Gegensatz zur Marktwirtschaft, massiv verringert. Das Verfahren finde innerhalb des jährlichen Planungsprozesses statt. Die beteiligten Betriebe würden hierbei angeben, wie viele Einheiten an Emissionen sie ausstoßen möchten, wohl wissend, dass alle Emissionen als *Inputs* ihren Eingang in die sozialen Kosten/Richtpreise der Produkte finden würden. Die belasteten Parteien gäben nun an, welchen Ausstoß an Emissionen sie gegen eine gewisse Kompensation bereit seien hinzunehmen. Falls jene mit der Kompensation nicht zufrieden seien, würde diese – sowie der Preis der Emissionen – in der nächsten Runde entsprechend ansteigen.

„In other words, the CAP has a right not to be polluted at all if it so chooses. On the other hand, if the CAP chooses to authorize a given quantity of emissions, members of the CAP will receive 'credit' for damages suffered. This 'sacrifice' from exposure to pollution is added to whatever 'sacrifices' CAP members made as workers when calculating how much consumption it is fair for them to enjoy.“⁴⁴⁹

Der Schutz künftiger Generationen sei hiermit jedoch noch nicht abgedeckt. Diesem Anliegen werde mit der langfristigen Umweltplanung – als ein Bestandteil der Langzeit-Entwicklungsplanung – nachgegangen (siehe Kapitel 3.4.2).⁴⁵⁰

3.4.1.6 Evaluation des jährlichen Planungsverfahrens

Die Partizipatorische Ökonomie nimmt für sich in Anspruch, mit ihrem Modell eines jährlichen, dezentral-partizipatorischen Planungsprozesses ein weit gerechteres, solidarischeres, demokratischeres sowie effizienteres Wirtschaften zu ermöglichen, als es Marktwirtschaft und Zentralplanungsökonomie auch unter den besten Bedingungen jemals könnten.

Während der stark spekulative Charakter einer Marktwirtschaft – für einen anonymen Markt zu produzieren und hierfür nur indirekte Indikatoren zur Verfügung zu haben – dazu

449Ebd., S. 140.

450Ausführlich zum PDRM, siehe: Ebd., S. 139-149.

beiträge, regelmäßig Ungleichgewichte und – daraus resultierende – Ineffizienzen zu erzeugen, erlaube der kleine Mehraufwand in einer partizipatorischen Ökonomie, die Konsumwünsche der Verbraucher*innen für alle Parteien transparent⁴⁵¹ zu machen und jährlich mit den Produktionskapazitäten abzustimmen, ein deutlich höheres Maß an Planungssicherheit, Stimmigkeit und – damit einhergehend – Allokationseffizienz.⁴⁵²

Darüber hinaus gewährleiste der spezifische Aufbau der partizipatorischen Planungsprozedur, dass die langanhaltende, systematische Benachteiligung öffentlicher Güter gegenüber privaten Konsums der Vergangenheit angehören würde, was ebenfalls eine Steigerung der allgemeinen Effizienz bedeute.⁴⁵³

Da es in einer Partizipatorischen Ökonomie keine marktwirtschaftliche Konkurrenz, keine privaten Profite und damit auch keine Kapitalakkumulation mehr gebe, würde auch der immamente Wachstumszwang des gegenwärtigen System überwunden und wohl zugleich die allgemeine Freizeit ausgeweitet, da die Produktivitätsgewinne nun direkt in eine Reduktion der Arbeitszeit umgesetzt werden könnten:

„[...] Since there is no intrinsic growth imperative in a participatory economy (that is inherent in a market economy), it is reasonable to assume that citizens in a participatory economy would choose shorter working hours, resulting in less production/consumption and a reduction of the impact from economic activity on the environment.“⁴⁵⁴

Darüber hinaus gebe es keine zyklische und strukturelle Arbeitslosigkeit mehr, da der Plan für alle Arbeitswilligen auch eine ihrer Qualifikation entsprechende Beschäftigung bereithalte.⁴⁵⁵

Als Vorteil im Hinblick auf Effizienz und Nachhaltigkeit stelle sich auch die Möglichkeit dar, mit Hilfe des – in die jährliche Planungsprozedur implementierten – *Pollution Demand Revealing Mechanism* externe Kosten/externe Effekte effektiv zu minimieren.⁴⁵⁶

Ein bemerkenswerter Aspekt bestehe ferner darin, dass eine Partizipatorische Ökonomie durch ihr Verfahren nicht abhängig von Supercomputern oder sonstigen avancierten Technologien sei – wie Planungskonzepte des Cyber-/Computersozialismus –, sondern das spezifische

451 Zu Fragen der Anonymisierung von Konsumvorschlägen, siehe: Kapitel 3.5.2.

452 Vgl. Ebd., S. 125.

453 Ebd., S. 299.

454 Sandström, Accounting, S. 41.

455 „One advantage of planned economies compared to market economies is they can more easily provide full employment. The participatory planning procedure generates an annual plan that contains jobs for everyone in the labor force who wants to do socially useful work they are trained and qualified for. There is no 'cyclical unemployment' due to too little demand for goods and services to warrant hiring everyone. And there is no 'structural unemployment' because people's skills do not match job qualifications. These reasons that labor is often unemployed or underemployed in market economies are ironed out during the participatory planning process, rather than left to chance to be sorted out imperfectly in 'real time'.“ (Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 117f.).

456 Vgl. Ebd., S. 299f.

institutionelle Arrangement die notwendigen Informationen generiere:

„Über die angebliche Notwendigkeit von Supercomputern und modernen Informationstechnologien für eine partizipatorische Ökonomie ist viel geschrieben worden – das meiste davon ist schlichtweg falsch. Das IFB etwa benötigt nicht mal einen leistungsfähigen Computer. Es addiert und vergleicht lediglich Angebot und Nachfrage für die natürlichen Ressourcen, die einzelnen Kategorien der Arbeit, die verschiedenen Kapitalformen, Waren und Dienstleistungen und Umweltbelastungen. Dazu braucht es keinen Supercomputer, dafür reicht ein Rechen-schieber! Auch die Akteure im Planungsverfahren machen kaum mehr, als Richtpreise zu multiplizieren und zusammenzurechnen, um die sozialen Kosten von Konsumansprüchen und den sozialen Nutzen von Produktionsvorschlägen berechnen zu können. Auch das erfordert keine fantastischen Computerkapazitäten. Moderne Technologien sind allerdings hilfreich, um im Rahmen der partizipatorischen Ökonomie schnell auf Veränderungen zu reagieren, die sich im Laufe des Jahres bei den Planungsdaten ergeben können. EDV-basierte Warenwirtschaftssysteme und Echtzeit-Daten in den Lieferketten – in der globalen Ökonomie von heute schon Realität – erleichtern Anpassungen an veränderte Zahlen.“⁴⁵⁷

„Comprehensive socialist planning never did require a conductor. The procedures we propose do not require advanced mathematical methods for solving a large constrained optimization problem. Those mathematical tools are required to make central planning efficient, but they are not used to implement either the annual participatory planning procedure nor the participatory investment and development planning procedures we have proposed [...].“⁴⁵⁸

Mit Stafford Beer könnte man hier sogar genau genommen von einem *kybernetischen* – rückgekoppelten und sich selbst regulierenden – System sprechen.⁴⁵⁹

Effizienz stelle sich also dadurch ein, dass Konsument*innen und Arbeiter*innen versuchen würden, ihre Vorschläge in Anbetracht der aktualisierten Informationen über Opportunitätskosten und soziale Kosten zu überarbeiten, um „reductions in consumption or increases in work effort“⁴⁶⁰ zu vermeiden. Dass diese Vorschläge gleichzeitig einzig und allein von den sie einbringenden Akteuren überarbeitet werden könnten, sei eine *sine qua non* von „meaningful self-management.“⁴⁶¹ *Ökonomische Gerechtigkeit* werde schließlich dadurch erzeugt, dass „further shifting is insufficient to win approval from fellow consumers and workers that can only be achieved through consumption reduction or greater work effort.“⁴⁶² Mit jeder neuen Iteration, „consumption and production proposals move closer to mutual feasibility, and estimates more closely approximate true opportunity and social costs as the procedure generates equity and efficiency simultaneously.“⁴⁶³ Dem ließe sich noch hinzufügen, dass

457Hahnel, Plädoyer, S. 27f. Fn. 7.

458Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 295.

459„Kybernetik ist die Wissenschaft von Kommunikation und Regelung.“ (Beer, Stafford, Kybernetik und Management, Frankfurt am Main 1967, S. 21).

460Ebd., S. 95.

461Ebd., S. 96.

462Ebd., S. 95f.

463Ebd., S. 96.

Konsument*innen und Produzent*innen durch das Planungsverfahren überhaupt erst an die relevanten Informationen herankämen, um sich bewusst gesellschaftlich *solidarisch* verhalten zu können.⁴⁶⁴ Doch gibt es auch irgendwelche empirischen Belege für diese Annahmen?

Mit einer ökonomischen Modellierung des partizipatorischen Planungsverfahrens ist es Hahnel gelungen, zu beweisen, dass das jährliche partizipatorische Planungsverfahren unter deutlich weniger restriktiven Annahmen zu pareto-effizienten Ergebnissen führe, als notwendig seien, um das „fundamental theorem of welfare economics“⁴⁶⁵ für eine privatwirtschaftliche Marktökonomie nachzuweisen.⁴⁶⁶

Darüber hinaus wurden jüngst erstmals Computersimulationen durchgeführt, um die Anzahl der notwendigen Iterationen zu ermitteln. Obwohl die anfänglichen Richtpreise in diesem experimentellen Szenario willkürlich gesetzt wurden, habe es im Schnitt lediglich zwölf Iterationen gebraucht, um bei einem adäquaten Plan anzukommen. Unter realen Bedingungen – wenn sich also schon an den Opportunitätskosten und sozialen Kosten des vorherigen Jahres orientiert werden könne – würde es daher wohl noch deutlich weniger Iterationen benötigen, um einen gangbaren, soliden Jahresplan zu erreichen.⁴⁶⁷ Bezüglich des durch das Planungsverfahren entstehenden Aufwandes für die Haushalte ist Hahnel daher auch zuversichtlich, dass dieser Prozess wohl weniger Zeit in Anspruch nehmen werde „than it takes the average person to prepare his or her tax return every year“⁴⁶⁸, welche dann ja auch wegfallen würde.

3.4.2 Investmentplanung und langfristige Entwicklungsplanungen

Die Planungen über einen längeren Zeitraum in einer Partizipatorischen Ökonomie lassen sich in die Kategorien *Investmentplanung* sowie *langfristige Entwicklungsplanungen* einteilen. Letztere ließe sich wiederum in Bildungs-, Umwelt- und strategische internationale Planung untergliedern.

Investmentplanung:

Wie bereits angesprochen, sei die Investmentplanung dem jährlichen Planungsverfahren vorgelagert. Die Investmentplanung von Produktionsmitteln und Konsumgütern umfasse dabei mindestens einen Fünf-Jahres-Horizont und werde jedes Jahr in Anbetracht neuer Daten aktualisiert. Die zentralen Akteure der Investmentplanung stellten die *National Federation of*

464Vgl. Ebd., S. 95. Albert, Parecon, S. 150f., S. 178f.

465Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 119.

466Für die gesamte Analyse, siehe: Ebd., S. 149-157.

467Zur Computersimulation, siehe: Ebd., S. 173-192.

468Ebd., S. 125.

Workers Councils (NFWC) sowie die *National Federation of Consumers Councils* (NFCC) dar. Erstere sei vor allem damit befasst, die zukünftigen Entwicklungen von Technologien adäquat einzuschätzen, während letztere mit der Einschätzung des Wandels von Präferenzen beauftragt wäre. Dies bedeutet, dass hier deutlich stärker auf Delegation gesetzt werde, womit eine Einschränkung von Partizipation einhergehe. Jedoch wird dies dahingehend relativiert, dass es nach wie vor mehrere Kanäle der partizipatorischen Einflussnahme gebe und bisweilen noch keine bessere Alternative zur Verfügung stehe:

„Under our proposal aggregate investment planning relies heavily on *delegates* to national federations. Again, while we believe this is unavoidable, we hasten to point out that worker councils are directly involved in decisions about how to distribute user rights over capital goods once they are available, and worker councils are directly involved in decisions about how much of every capital good should be produced every year.“⁴⁶⁹

Nichtsdestotrotz sei „the absence of more direct participation by ordinary people in the formulation of various long-term development plans“ als „problematic“⁴⁷⁰ anzusehen.

Langfristige Entwicklungsplanung:

Die langfristigen Entwicklungsplanungen würden sich hingegen über Zeiträume von bis zu einem halben Jahrhundert erstrecken. Da die langfristige *Bildungsplanung*⁴⁷¹ und *Umweltplanung*⁴⁷² keine sonderlich neuen Aspekte aufweisen, außer dass nun weitere fachspezifische Einheiten, wie ein Bildungs- und Umweltministerium in die jeweiligen Planungen involviert seien und ein „generational equity constraint“⁴⁷³ – als verfassungsmäßige Schranke gegen die Überausbeutung natürlicher Ressourcen auf Kosten künftiger Generationen – etabliert werde, werden diese hier übersprungen und sich gleich der *internationalen strategischen Planung* zugewendet.

Die internationale Planung einer Partizipatorischen Ökonomie ist ein äußerst interessanter Punkt, da hier die zentrale Maxime *keine Märkte* – mit Einschränkungen – über Bord geworfen wird. Hingegen könne sich eine Partizipatorische Ökonomie, so dies ihre Bürger*innen wünschten, durchaus im Welthandelssystem bewegen. Jedoch sei dabei wichtig zu beachten, dass die Partizipatorische Ökonomie auch hier keine Ausnahmen von ihren Werten und Prinzipien machen dürfe. Dies bedeute, dass jegliche direkte Auslandsinvestitionen – auch in

469Ebd., S. 248. Ausführlich zur Investmentplanung, siehe: Ebd., S. 217-248.

470Ebd., S. 292. Zu näheren Überlegungen hierzu, siehe: Ebd., S. 290-292.

471Ausführlich zur Bildungsplanung, siehe: Ebd., S. 253-260.

472Ausführlich zur Umweltplanung, siehe: Ebd., S. 261-267.

473Ebd., S. 264.

Form von Aktienanteilen – mit der Selbstverwaltung der dortigen Arbeiter*innen unvereinbar und damit strikt untersagt seien, die Partizipatorische Ökonomie also nicht nach außen hin als Kapitalistin auftreten dürfe (einzelne Arbeiter*innen-Räte spielten im internationalen Austausch ohnehin keine unmittelbare, autonome Rolle). Das gleiche Verbot gelte selbstredend auch für den umgekehrten Weg, also Direktinvestitionen aus dem Ausland in einer Partizipatorische Ökonomie.⁴⁷⁴ Auf die internationale Arbeitsteilung, also mögliche *komparative Kostenvorteile*, vollkommen zu verzichten, sei jedoch, Hahnel zufolge, vermutlich keine sonderlich gangbare Option, da die daraus resultierenden Effizienzeinbußen wohl zu hoch seien, um demokratisch akzeptiert zu werden. Ähnlich verhalte es sich mit internationalen Finanzinvestitionen, also der Leihgabe von Krediten an andere Länder. Beide hätten jedoch drei wichtige Prämissen beziehungsweise Regeln zu erfüllen, um mit den Werten einer Partizipatorischen Ökonomie kompatibel zu sein.

Um im internationalen Handel und durch internationale Finanzinvestitionen dennoch ein erforderliches Mindestmaß an ökonomischer Gerechtigkeit und Solidarität zu gewährleisten, gelte:

„Rule Nr. 1 – Efficiency Gains: A participatory economy should engage in international trade when, but only when, doing so produces global efficiency gains. [...]

Rule Nr. 2 – The More Than 50% Rule: When a participatory economy negotiates terms of trade, more than 50% of any efficiency gain should go to whichever country is less developed [...].

Rule Nr. 3 – Climbing the Ladder of Comparative Advantage: When considering strategic trade policies to change comparative advantages over time, a participatory economy should take relative levels of economic development among trading partners into account.“⁴⁷⁵

3.5 Kritik und Erwiderungen

In diesem Kapitel soll ein Überblick über einige der zentralen Kritiken, Debatten und Kontroversen zum Modell der Partizipatorischen Ökonomie gegeben werden, welche bisher noch nicht direkt adressiert wurden.

3.5.1 Das *Unterstützungsbüro* – Eine verkappte Zentralplanungsagentur?

Vor allem von anarchistischer Seite sei oftmals die Befürchtung geäußert worden, dass das Unterstützungsbüro in Wahrheit eine zentralistische Institution mit euphemistischer Fassade

474Vgl. Ebd., S. 269.

475Ebd., S. 272-274.

sei, die eine technokratische Koordinator*innenklasse beherberge. Dem entgegen versichern Hahnel und Albert, dass es sich bei den Arbeitsplätzen im Unterstützungsbüro um reguläre, ausbalancierte Arbeitsbündel handle, darüber hinaus keinerlei nachvollziehbaren Anreize bestünden, die Planung zu manipulieren und des Weiteren das Unterstützungsbüro über „keinerlei Ermessensspielraum“⁴⁷⁶ verfüge, um politische Macht auszuüben. Bei zu großen Bedenken sei es jedoch auch möglich, das Unterstützungsbüro insgesamt durch einen Algorithmus zu ersetzen – wie in der Computersimulation geschehen –, wobei fraglich sei, ob dieser auch effizientere Ergebnisse liefern könne.⁴⁷⁷

3.5.2 The Kinky Underwear Problem

In der anregenden Debatte zwischen Hahnel und Wright⁴⁷⁸ wirft letzterer folgende Frage auf: „Warum aber soll mein persönlicher Verbrauch eine Angelegenheit auch des Nachbarschaftsrats sein?“⁴⁷⁹ Dies ließe sich auch noch weiter zuspitzen: Stellt es nicht ein eklatantes Privatsphäre-Problem dar, dass der Nachbarschaftsratsrat als *Big-Brother* meine (intimen) Konsumwünsche inspiziert? Da diese Befürchtung schon öfter aufgekommen sei, wurde ihr mittlerweile der eingängige Name *Kinky Underwear Problem* verliehen. Obwohl die Konsumtionsvorschläge der Haushalte von den Nachbarschaftsräten angenommen werden müssten, damit diese selbst wiederum ihre Vorschläge auf höherer Ebene stellen könnten, gebe es mehrere einfache Optionen, um dem Privatsphäre-Problem durch Anonymisierungsmaßnahmen Abhilfe zu verschaffen:

„In any case, there are a number of ways to protect privacy. (1) Eliminate review and make approval or disapproval of individual consumption requests automatic based on effort rating and allowances – which seemed to be Erik’s preference. (2) There is no reason to attach names to personal consumption proposals. Review only requires an effort rating, any allowance, and a personal consumption request form that is filled out. Submissions can be by number, not name. (3) Personal requests – with or without names attached – could be reviewed by consumption councils that are not geographically based. So any information about one’s consumption request would be available only to strangers. In this case the decision to approve or disapprove would have to be passed on from the non-geographical council to one’s neighborhood consumption council, so it could be added to other individual requests and requests for

476Hahnel, Bruch, S. 200.

477Vgl. Albert, Parecon, S. 262-265; Vgl. Sandström, Accounting, S. 20, S. 24, S. 29; Vgl. Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 157f., S. 187f. Für weitere Kritik aus dem anarcho-kommunistischen Spektrum – hier vor allem zu Effort-Ratings –, siehe die Debatte zwischen Albert und Steven Johns: Albert, Michael u. Johns, Steven, Debatte zwischen Michael Albert und Steven Johns, in: <https://files.libcom.org/files/Steven-Johns-Michael-Albert-debate.pdf> (abgerufen am 08.06.2022).

478Siehe hierzu: Hahnel/Wright, Alternativen.

479Wright, Ökonomie, S. 47f.

neighborhood public goods.

Similar issues arise regarding who approves special needs requests and requests for loans. To enhance building strong, local, neighborhood communities we suggested that special need requests, and loan applications be handled by one's neighborhood consumption councils through credit units managed by neighborhood consumption councils. But that is not the only option. These functions could be de-localized; credit unions could be managed by federations of consumer councils, if people felt that was better.⁴⁸⁰

3.5.3 The size 6 purple woman's high-heeled shoe with a yellow toe problem

In seinem Pamphlet *Nonsense on Stilts* – eine polemische Rezension auf Michael Alberts *Parecon* – stellt Schweickart die Behauptung auf, bei der Erstellung eines Konsumvorschlages für das kommende Jahr müsse sich die/der Konsument*in mit einer vollkommen erschlagenden Menge an Kategorien konfrontiert sehen, um für die Produktion gehaltvolle Informationen bereitstellen zu können.⁴⁸¹ Da eine Partizipatorische Ökonomie – diese absurde, dysfunktionale Idee zurecht verwerfend – jedoch lediglich *grobe Kategorien* aufliste, meint Schweickart erkannt zu haben: „We have a problem here [...], how are the producers going to know what to produce?“⁴⁸² In Anbetracht des Umstandes, dass sich die Arbeiter*innenräte in einer Partizipatorischen Ökonomie nicht im marktwirtschaftlichen, profitorientierten Wettbewerb miteinander befänden,⁴⁸³ hätten sie Schweickart zufolge keinerlei Motivation, dieses fehlende Wissen um Konsument*innenpräferenzen in Erfahrung zu bringen: „Unless requests are made in excruciating detail, producers won't know what to produce. In any event, they have little motivation to find out what people really want, so production will not come close to optimizing consumer satisfaction.“⁴⁸⁴

In dasselbe Horn bläst auch Wright, wenn er konstatiert:

„Das Problem ist, dass die groben Kategorien im Grunde keine nützlichen Informationen für die Produzent*innen liefern. Es hilft den Hersteller*innen von Hemden nicht sonderlich, wenn sie – auf Grundlage der Aggregation individueller Konsumwünsche – wissen, dass die Ver-

480Vgl. Hahnel, *Democratic Economic Planning*, S. 170.

481Vgl. Schweickart, David, *Nonsense on Stilts: Michael Albert's Parecon*, in: <http://dschwei.sites.luc.edu/parecon.pdf> (abgerufen am 08.06.2022), S. 15-17. Zur gesamten Kontroverse zwischen Albert und Schweickart, siehe: Albert, Michael u. Schweickart, David, *Debating Parecon. Die Kontroverse zwischen Michael Albert und David Schweickart*, in: <https://zcomm.org/debates-parecon/> (abgerufen am 08.06.2022).

482Schweickart, *Nonsense*, S. 19.

483„In a market economy, all of these questions are answered with one word: competition.“ (Schweickart, David, *There is An Alternative: Economic Democracy & Participatory Economics – A Debate*. David Schweickart's Presentation, in: Allard Jenna, Davidson Carl u. Matthaei Julie (Hg.), *Solidarity Economy: Building Alternatives for People and Planet. Papers and Reports from the U.S. Social Form 2007*, Chicago 2008, S. 56.

484Schweickart, David, 'I Still Think It's Nonsense'. Schweickarts Erwiderung in der Debatte mit Michael Albert, in: <https://zcomm.org/znetarticle/i-still-think-its-nonsense-by-david-schweickart/> (abgerufen am 08.06.2022).

braucher*innen planen, einen bestimmten Prozentsatz ihres Budgets für Kleidung auszugeben. Sie müssen wissen, wie viele Hemden welchen Stils und welcher Qualität sie produzieren sollen, da diese sehr unterschiedliche Richtpreise haben (und somit unterschiedliche Opportunitätskosten und positive und negative externe Effekte spiegeln).“⁴⁸⁵

Da es sich hierbei um einen immer wiederkehrenden Kritikpunkt am Modell der Partizipatorischen Ökonomie handle, habe dieser den Namen *The size 6 purple woman's high-heeled shoe with a yellow toe problem* erhalten.⁴⁸⁶ Die Frage, die sich also stellt, lautet folgendermaßen: Wie soll ein Schuhe produzierender Arbeiter*innenrat wissen, dass er nicht nur Schuhe, sondern lilafarbene High-Heels, Größe 6, mit gelber Spitze herstellen soll? Schließlich sei es „unreasonable to expect the consumer who will eventually discover she wants a size 6 purple women's high-heeled shoe with a yellow toe to specify this at the beginning of the year as part of her annual consumption request.“⁴⁸⁷ Die Antwort: Ähnlich wie in der Marktwirtschaft auch – durch Schätzung. Zwar wären ihm – wie allen anderen Produzent*innen ebenfalls – anders als in einer privaten Marktwirtschaft die volkswirtschaftlichen Umsatzzahlen und Konsumtendenzen über das zentrale Datenbanksystem einer Partizipatorischen Ökonomie in vollem Umfang frei zugänglich (wobei Plattformgiganten wie Amazon mittlerweile schon eine vergleichbare Stellung innehaben⁴⁸⁸), jedoch wäre der Mechanismus im Grunde derselbe:

„It is important to distinguish between what we need to accomplish and what we do not need to accomplish in the annual participatory planning process. Just as we do not have to eliminate every last bit of excess demand for every good and service in order to start the year, when the year starts, any shoemaking worker council with an approved proposal knows it should start making shoes. It also knows how much cloth, leather, rubber, and so on it has been pre-authorized for during the year and how many shoes it has said it can make. It also knows that X% of the shoes it made last year were women's shoes, and Y% of the women's shoes it made last year were size 6. How does it know whether to start making size 6 purple women's high-heeled shoes with a yellow toe, or size 6 purple women's high-heeled shoe with a red toe? It does just what a shoemaking company in a market economy does: *It makes an educated guess*. Then, as soon as actual consumption begins, new information becomes available. Suppose purchases of size 6 purple women's high-heeled shoes with a yellow toe are lower than producers expected while the red toed shoes are disappearing like hot cakes. This kind of new information is what helps worker councils answer the question: Exactly what kind of shoe should I be producing, just as it does in market economies. So much for the claim that a

485Wright, *Ökonomie*, S. 44.

486Hahnel stellt in einem Interview mit AftertheOligarchy klar, dass es hierbei nicht darum ginge, irgendwelche hegemonialen geschlechtsspezifischen Zuschreibungen zu reproduzieren, oder Konsument*innenpräferenzen lächerlich zu machen, sondern lediglich das Ziel war, zu veranschaulichen, wie die Nachfrage nach Produkten mit vielen verschiedenen Details befriedigt werden könne. (Vgl. Hahnel, Robin, Robin Hahnel Interview on Participatory Economics – Part 5 – Optimal Plan, Enterprise Incentives, Worker Control, Consumer Satisfaction, in: <https://aftertheoligarchy.com/2022/04/20/robin-hahnel-interview-on-participatory-economics-part-5-optimal-plan-enterprise-incentives-worker-control-consumer-satisfaction/> (abgerufen am 08.06.2022)).

487Hahnel, *Democratic Economic Planning*, S. 164.

488Vgl. Phillips/Rozworski, *Republic*, 76-99.

planned economy has no answer to the size 6 purple women's high-heeled shoe with a yellow toe problem. It has the same answer a market system does with regard to moving from a 'coarse' decision about shoe production to a 'detailed' decision about size 6 purple women's high-heeled shoes with a yellow toe production as the year progresses.⁴⁸⁹

Doch wie steht es nun mit Schweickarts Behauptung, dass Arbeiter*innenräte keine Motivation hätten, herauszufinden, was die Konsument*innen wirklich wollen würden und eine Partizipatorische Ökonomie daher an den gleichen Problemen kranken müsse wie die zentral geplanten Wirtschaften sowjetischer Provenienz?

„Hier ist es wichtig zu unterscheiden: Zwischen dem Produktionsplan, der als 'sozial verantwortlich' gebilligt wurde, bevor das Jahr begann, und dem tatsächlichen Produktionsergebnis, das dem Produzentenrat am Ende des Jahres angerechnet wird. Die Bewilligung des Plans basiert auf dem hochgerechneten sozialen Nutzen in Relation zu den Kosten. Allerdings werden zum Ende des Jahres zur Bestimmung des Nutzen-Kosten-Verhältnisses die tatsächlich gelieferten und nachgefragten Produkte und die tatsächlich verwendeten Vorleistungen zugrunde gelegt. Es ist dieses tatsächliche Nutzen-Kosten-Verhältnis, das ein Produzentenrat als *effort rating* seinen Mitgliedern vergüten kann.

Wenn also zum Beispiel der genehmigte Produktionsplan ein Nutzen-Kosten-Verhältnis von 1,09 hatte, sich am Jahresende aber ein Wert von 1,03 ergibt, basiert [das] *effort rating* für das nächste Jahr nur noch auf dem Wert 1,03. Daher hätte ein Produzentenrat, der es versäumt, die Produktion von Schuhen mit gelben Spitzen zugunsten von Schuhen mit roten Spitzen zu reduzieren, der also nicht auf die Wünsche der Konsument*innen reagiert, am Ende des Jahres ein niedrigeres Nutzen-Kosten-Verhältnis und damit eine niedrigere *effort rating* für das folgende Jahr.⁴⁹⁰

Damit würde – wie schon im oben geschilderten Fall bezüglich Optimierung der Inputs – ein ausreichender Anreiz bestehen, die groben Kategorien im Laufe des Jahres im Einklang mit den Konsument*innenpräferenzen in feine Kategorien, das heißt in nachgefragte Produkte, zu verwandeln.⁴⁹¹

Doch wäre damit das ganze Planungsprozedere nicht vollkommen überflüssig, wenn nach Wright „die groben Kategorien im Grunde keine nützlichen Informationen für die Produzent*innen liefern“⁴⁹²? Hahnel weist dies mit der Erklärung zurück, dass „die Jahrespläne, in die sowohl die sich ändernden Lebensverhältnisse und Vorlieben der Konsument*innen als auch die neuen Technologien und Arbeitspräferenzen der Produzent*innen eingehen, [...] eine Ausgangslage [schaffen], die Anzahl und Umfang der Anpassungen, die [im Laufe des

489Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 165f.

490Hahnel, Ökonomie, S. 90.

491Zur detaillierten Beschreibung des Kategorisierungssystems, siehe: Sandström, Accounting, S. 46f., S. 67-72.

492Wright, Ökonomie, S. 44; Vgl. Sandström, Product Categorisation.

Jahres, A.D.] notwendig werden, reduziert.“⁴⁹³ Dabei werde das für eine Marktwirtschaft typisch hohe Maß an *false trading*⁴⁹⁴ vermieden. Somit sei es nicht nachvollziehbar

„why Erik dismisses household pre-orders as 'uninformative'. They certainly provide industry federations more useful information at the start of the year than the limited information market systems provide producers about changes in consumer intentions.

In sum: From year to year consumers' incomes change, and consumers' desires change. Signaling producers about how these changes are likely to affect their demands for different goods and services is what pre-ordering is for, and why it is quite useful for producers. Necessary details can be filled in from consumer profiles and actual purchases during the year, and adjustments can be negotiated with the aid of instantaneous inventory supply line prompts at the disposal of worker councils and federations. *But just because pre-ordering lacks detail and people change their minds does not mean the planning process is pointless.* If we want consumers to influence what is produced in the economy, and if we are going to decide what is produced in large part through a planning procedure, then we need consumers to provide their best guesses about what they will want. We don't need them to agonize over their proposals, and we certainly can accommodate them when they change their minds.“⁴⁹⁵

3.5.4 (K)eine Preise Marktwirtschaft?

Doch, so Wright, hieße das nicht, dass eine Partizipatorische Ökonomie in Wahrheit eine durch Planung substituierte Marktwirtschaft sei, oder dem zumindest sehr nahekomme?⁴⁹⁶ Und selbst wenn dem nicht so wäre, wo liege das Problem, nicht in begrenztem Umfang einige kleine Märkte, wie beispielsweise Gebrauchsgüterhandel oder Crowdfunding, zuzulassen?

Wrights Behauptung, wenn die „tatsächlichen Verbraucherpreise durch Angebot und Nachfrage beeinflusst werden“ handle es sich automatisch um einen „Marktprozess“⁴⁹⁷, sei

493Hahnel, Ökonomie, S. 91f.

494„There is often a great deal of inefficiency that results from this guessing game that is an intrinsic feature of market economies. Unlike planned economies, in market economies, there is no attempt to coordinate all the production and consumption decisions actors make before those decisions are translated into actions. As a result a great deal of what economists call 'false trading' occurs. False trades are trades individual parties make at prices that fail to equate supply and demand – which actually occurs more often than not! While seldom emphasized, competent economic theorists know that all false trading generates inefficiency to some extent, and dis-equilibrating forces operate in market systems alongside equilibrating forces when quantities adjust as well as prices. The notion that in market economies the convenience consumers enjoy of not having to pre-plan their consumption with producers comes at no price is based on the grossly unrealistic assumption that market economies are always in general equilibrium. For all their faults, 20th-century planned economies did not experience major depressions, or even significant recessions, caused by mutually reinforcing dis-equilibrating forces in markets that all too often go unchecked by appropriate countervailing fiscal and monetary policies in market economies.“ (Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 165).

495Ebd., S. 169.

496Vgl. Wright, Ökonomie, S. 33f., S. 48-52.

497Ebd., S. 52.

Albert und Hahnel zufolge grundfalsch. Jede Wirtschaft habe die Aufgabe – wahlweise mittels Preisen –, Angebot und Nachfrage in Einklang miteinander zu bringen, ganz gleich, ob es sich nun um eine Marktwirtschaft, eine Zentralplanwirtschaft, oder eine demokratisch-dezentrale Planwirtschaft im obigen Sinne handle.⁴⁹⁸ Damit sei auch die Unterstellung, eine Partizipatorische Ökonomie wäre gleichbedeutend mit oder zumindest ähnlich einer Marktwirtschaft dezidiert zurückzuweisen:

„The answer is an emphatic 'no!' for three reasons:

(1) In market economies there is no plan that has been agreed to at the beginning of the year. There is no plan where people had an opportunity to affect production and consumption decisions at least roughly in proportion to the degree they are affected. There is no plan that incorporates effects on 'external parties' that are ignored by buyers and sellers who make the decisions in market economies. There is no plan that would be efficient, fair, and environmentally sustainable if carried out. Instead, in a market economy all decisions about how to organize a division of labor and distribute the benefits from having done so are settled by agreements between buyer-seller pairs – which predictably leads to outcomes that are inequitable, inefficient, and environmentally unsustainable [...].

(2) Even when adjustments are made during the year in a participatory economy, individual buyers and sellers do not negotiate adjustments between themselves however they see fit, including any adjustment in prices. Instead, adjustments are negotiated socially. Industry and consumer federations negotiate adjustments in production. And whether or not to adjust indicative prices is also a social decision, so that fairness as well as efficiency can be taken into account.

(3) Markets are the aggregate sum of haggling between many self-selected pairs of buyer-sellers. Neither participatory planning nor the adjustment procedures [...] permit self-selected buyer-seller pairs to make whatever deals they want because the consequences of allowing this are unacceptable.“⁴⁹⁹

Ebenso rigide lehnt Hahnel Wrights Vorstellung von einer angeblichen *Nicht-Binarität*⁵⁰⁰ von Märkten und der dadurch legitimierten Implementierung von Marktprozessen in eine sozialistische Wirtschaft ab. Hahnel hegt dabei die Befürchtung, dass das Einlassen privatwirtschaftlicher Parallelstrukturen, so klein sie auch sein mögen, eine künftige

498Vgl. Albert, Parecon, S. 257f.

499Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 170f.

500„Ich verstehe die 'Märkte' nicht als binäre Konzeption, nach der jede Transaktion entweder eine Markttransaktion ist oder nicht. Ein nicht-binärer Begriff des Marktes geht davon aus, dass der Austausch stark reguliert und durch kollektive Prioritäten beeinflusst sein kann, aber immer noch Kauf- und Verkaufshandlungen beinhaltet; die Preise sind dann ebenso durch Angebot und Nachfrage wie durch regulatorische Rahmenbedingungen bestimmt. Ein solcher Austausch verbindet markt- und nichtmarktförmige Mechanismen.“ (Wright, Ökonomie, S. 34).

„Verständlicherweise empfiehlt Erik kein System, in dem die Wirtschaftstätigkeit allein über Märkte organisiert wird. Allerdings ist es in der Tat eine 'binäre' Wahl, ob es in einem System Märkte gibt oder nicht – in diesem Punkt sind wir uns uneinig.“ (Hahnel, Ökonomie, S. 79).

sozialistische Wirtschaft schleichend unterminieren und schließlich zerstören würde.⁵⁰¹

Auf die kritische Nachfrage des Autors dieser Arbeit, ob die – im Hinblick auf Außenwirtschaftsbeziehungen – dennoch vorgesehene Einbindung in einen Weltmarkt nicht diesem selbstproklamierten Marktabsolutionismus zuwiderlaufe und dadurch gerade jenen befürchteten negativen Effekten von Märkten potenziell Tür und Tor geöffnet werde, gab Hahnel die folgende Antwort:

„My short answer is that until such time as we can replace international markets with participatory, democratic planning on a world-wide basis... which I don't think will happen soon... we are stuck with international markets where countries sell exports and buy imports. In other words, while we can rid ourselves of markets inside a PE [Participatory Economy]... which as you note I argue we should do in the dialogue with E.O. Wright, we can't do that for international markets in the foreseeable future.

That leaves a country with a PE with two options: 1. Opt out, i.e. complete 'autarky', do not participate in international trade. 2. Participate, but use Rule #2 when doing so. If the benefits of specialization and trade were small, option 1 might be best. But particularly for small countries, I don't think that is true. In other words, I think that would be a very large self-imposed penalty. So that's why I propose a way for a PE to benefit from international specialization and trade in a way that does not undermine its core principles: Follow Rule #1 and Rule #2.“⁵⁰²

3.6 Die sozialistische Kalkulationsdebatte *revisited*

Vor allem in den letzten Jahren ist ein Wiederaufleben der sozialistischen Kalkulationsdebatte zu verzeichnen. So existieren neben der Partizipatorischen Ökonomie diverse weitere – mehr oder minder systematisch ausgearbeitete – Planungskonzepte, welche die Markthegeemonie anfechten und sich demgegenüber für eine demokratische Planwirtschaft als gangbare Option starkmachen. Zu nennen wären da beispielsweise Phillips und Rozworski, welche in ihrem Werk *The People's Republic of Walmart* den Nachweis zu erbringen suchen, dass eine demokratisch-sozialistische Planwirtschaft mittlerweile theoretisch problemlos umsetzbar sei, da heutzutage auch in kapitalistischen Ökonomien innerhalb von Unternehmen in erheblichem Maßstab und Umfang geplant werde. Nicht nur seien damit die in der sozialistischen Kalkulationsdebatte aufgeworfenen zentralen Argumente der Planungsgegner*innen – Hayek und Co. – durch die kapitalistische Entwicklung selbst widerlegt. Dies stelle auch in Aussicht, jene *noch* unter kapitalistischen Vorzeichen stattfindenden Unternehmensplanungen, in eine demo-

501 Vgl. Ebd., S. 102-106, S. 180-189; Vgl. Hahnel, *Democratic Economic Planning*, S. 31-33; Vgl. Albert, *Parecon*, S. 258-261, S. 266-269.

502 Das Gespräch fand innerhalb einer vom Autor initiierten Forumsdebatte statt, siehe: Hahnel, Robin, *Forumsdebatte zu 'International Financial Investment'*, in: <https://forum.participatoryeconomy.org/t/international-financial-investment/166> (abgerufen am 08.06.2022).

kratisch-sozialistische Planwirtschaft übersetzen zu können.⁵⁰³ Einen ähnlichen Weg gehen auch Cockshott und Cottrell, wenn sie – mitunter inspiriert vom *Cybersyn*-Experiment in Chile⁵⁰⁴ – in Anbetracht der massiv gestiegenen Rechenkapazitäten, avancierten Algorithmen und Supercomputern in ihrem Werk *Towards a New Socialism* die Umriss einer computergestützten sozialistischen Planwirtschaft skizzieren.⁵⁰⁵

Dieser Tenor in der heutigen sozialistischen Kalkulationsdebatte habe laut Hahnel jedoch eine fatale Schwachstelle, wie er am Beispiel von eben jenem *scottish model* (Cockshott/Cottrell) deutlich macht. Trotz aller demokratischen Ambitionen handle es sich dabei nämlich letzten Endes um nichts anders als Zentralplanung, welche folglich auch mit den gleichen – oben dargelegten – Mängeln behaftet wäre wie schon ihre historischen Vorläufer:

„It means that Cockshott and Cottrell’s proposal is simply a highly democratic version of central planning and suffers from central planning’s fatal flaw – namely, it does not allow workers to engage in meaningful self-management. And because Cockshott and Cottrell’s proposal would fail to give workers sufficient autonomy over their work lives, we believe it would predictably lead to the kind of worker apathy that plagued centrally planned economies in the 20th century“⁵⁰⁶ „and therefore is not at all what socialists should be proposing in the 21st century.“⁵⁰⁷

Besonders bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass Hayek selbst niemals geleugnet hatte, dass Unternehmen in einer Marktwirtschaft ebenfalls *planen* würden. Die Planung in einer komplexen Ökonomie müsse ihm zufolge jedoch über „irgend eine Form der Dezentralisation gelöst werden“⁵⁰⁸, welche er jedoch einzig und allein in Gestalt des Marktmechanismus für möglich hielt:

„Der Streitpunkt ist nicht, ob geplant werden soll oder nicht; sondern ob die Planung zentral von einer Behörde für das ganze Wirtschaftssystem geschehen soll oder ob sie unter viele Individuen aufgeteilt werden soll. Planen in dem speziellen Sinn, in dem es in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen gebraucht wird, bedeutet notwendigerweise zentrale Planung – Leitung des ganzen Wirtschaftssystems nach einem einheitlichen Plan. Konkurrenzwirtschaft andererseits bedeutet dezentralisiertes Planen durch viele getrennte Personen.“⁵⁰⁹

503Vgl. Phillips/Rozworski, Republic.

504Vgl. Cockshott/Cottrell, Alternativen, S. 128-130.

505Vgl. Cockshott/Cottrell, Alternativen.

506Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 314.

507Ebd., S. 313f. Zur Kritik Hahnels an den demokratischen Planungsmodellen von David Laibman, Pat Devine und Dan Saros, siehe: Ebd., S. 305-342.

508Hayek, Friedrich August von, Die Verwertung des Wissens in der Gesellschaft, in: Friedrich August von Hayek, Gesammelte Schriften in deutscher Sprache. Band 1. Wirtschaftstheorie und Wissen. Aufsätze zur Erkenntnis- und Wissenschaftslehre, Tübingen 2007, S. 63.

509Hayek, Verwertung, S. 59.

Wo es Hayek noch an Phantasie – und mutmaßlich auch politischer Überzeugung – mangelte, haben Hahnel und Albert mit dem Modell einer Partizipatorischen Ökonomie indes ein transparentes, offen wie breit diskutiertes und gangbares Konzept vorgelegt, welches Planung, Dezentralisation, ökonomische Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Solidarität, Effizienz, Selbstverwaltung und Wirtschaftsdemokratie vereint,⁵¹⁰ damit der ur-sozialistischen Vision einer *freien Assoziation der Produzent*innen*⁵¹¹ (und Konsument*innen) Kontur verleiht und sie hierdurch wieder mit neuem Leben erfüllt. Oder um es in Hahnels Worten auszudrücken:

„Once things have become apparent, it is sometimes difficult to understand why they remained a mystery for so long. With the benefit of hindsight, we can now see that when early thinking about democratic planning by 'associated producers' was fleshed out in the 20th century – both in theory by participants in the socialist calculation debate and in practice in the Soviet Union – there was a fateful leap in thinking. It was assumed that a comprehensive economic plan in which the activities of large numbers of workplaces are coordinated with each other and with consumers *ex ante* requires a central planning authority of some kind.“⁵¹²

„The irony is that comprehensive economic planning has always been possible if done *without* a central authority. [...] Even before advances in mathematical theory, even before advances in computer computational capacities, even before advances in clever procedures a central authority might use to gather information from production units, it was possible to do comprehensive socialist planning *because* it was always possible for groups of workers and consumers to plan their interrelated economic activities together themselves, efficiently and equitably [...]. While all these intellectual and technological advances were necessary before comprehensive central planning could even make a claim to be efficient, none of them were necessary to do the kind of economic planning early socialists envisioned and we have explained how to do.“⁵¹³

„It is true, and helpful, that recent advances in computer capacities and modern information technology make communicating proposals, sharing information, and adjusting plans in light of new developments far easier than it would have been in the past. Without access to 'virtual meetings' and instantaneous communication of proposals and decisions that computers and the

510, „We believe our most important contribution is to have explained concretely how to reconcile comprehensive democratic planning with autonomy, which in our view has so far proved to be the Achilles heel of socialism. [...] We explained how annual participatory planning can be conducted without a central authority and allow worker and consumer councils to manage themselves as long as they do so in socially responsible ways. [And, A.D.] we explained how a social iterative procedure combining autonomy with social responsibility can achieve outcomes that are efficient, fair, and environmentally sustainable.“ „[...] Hopefully it will help overcome some intellectual and ideological obstacles, so when historical and political forces evolve to the point where it is possible to launch efforts to build a more participatory, equitable, and sustainable economy, those involved will have better ideas for how to go about it.“ (Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 297).

511, „But this is the key point: While early socialists championed conscious decision-making over impersonal coordination by markets, they did not propose a decider. Instead they proposed that the *associated producers decide for, and among themselves*. And these are not the same thing at all.

But the socialist calculation debate was always about whether it was reasonable to expect *a decider* would be capable of calculating an efficient comprehensive plan for the economy. It was not about whether associated producers – that is, worker and consumer councils and federations – could decide for and among themselves what to produce and how to produce it.“ (Ebd., S. 295) Vgl. Ebd., S. 293f.

512Ebd., S. 295.

513Ebd.

internet now make possible, the kind of planning we have proposed would be more time consuming, adjustments fewer and slower, and outcomes therefore less efficient and less desirable. Nonetheless, while it no longer matters, everything we have proposed could have been implemented in Venezuela in 1999, in Vietnam in 1975, in Cuba in 1961, in China in 1949, in Spain in 1936, in Russia in 1917, and even by communards in the Paris Commune in 1871.

Whatever has prevented something like a 'participatory economy' from already being tried, it is *not* because it required some advance in mathematical theory or computational capacities yet to come. Instead, we must search among a host of historical, political, ideological, and intellectual obstacles to understand why libertarian socialism has yet to have an opportunity to prove its merits.⁵¹⁴

Sofern man mit Albert und Hahnel die Wünschbarkeit und Gangbarkeit einer Partizipatorischen Ökonomie als Zukunftsperspektive teilt, wirft dies also unweigerlich eine zentrale Frage auf: Wie und auf welchem Wege könnte einer solchen Vision zum Durchbruch verholfen werden – „to prove its merits“⁵¹⁵? Die genannten Autoren geben hierauf bewusst – und auch legitimer Weise – keine Antwort.⁵¹⁶ Dennoch ist zur vollständigen Evaluation des Konzeptes die Untersuchung der *Erreichbarkeit* einer Partizipatorischen Ökonomie – als drittem Utopiekriterium – unentbehrlich. Wie also müsste eine adäquate Transformationsstrategie aussehen, um eine Partizipatorische Ökonomie oder eine ähnlich gestaltete libertär-sozialistische Vision zu verwirklichen? Dieser Frage wird sich im Folgenden angenommen.

514Ebd., S. 297.

515Ebd.

516„Das 'Modell' einer partizipatorischen Ökonomie [...] ist *keine* Antwort auf andere wichtige Fragen wie etwa: Was können wir kurzfristig im Hier und Jetzt tun, um den genannten Zielen näherzukommen? Oder, auf lange Sicht: Welche Strategie benötigen wir für einen erfolgreichen Übergang von der Ökonomie der Konkurrenz und der Profitgier zu einer Ökonomie der fairen Kooperation? Das sind wichtige, aber ganz andere Probleme. Die partizipatorische Ökonomie ist eine kohärente Beschreibung eines voll entwickelten Systems der fairen Kooperation. Es ist weder eine Transformationsstrategie noch ein politisches Programm.“ (Hahnel, Plädoyer, S. 12f.).

4 Der Weg von hier nach dort: Anarcho-Syndikalismus und libertärer Munizipalismus – Keimformstrategien libertär-sozialistischer Transformation?

Wie in Kapitel 2.2 bereits näher dargelegt, muss eine angemessene emanzipatorische Transformationsstrategie einige zentrale Kriterien erfüllen: Sie muss eine Kohärenz von Mittel und Zweck (Weg und Ziel) aufweisen, also eine Identität mit den grundlegenden Werten und Prinzipien der jeweiligen Zielbestimmung wahren (*Präfiguration*). Daraus ergibt sich, dass sie die Strukturen und Institutionen der erwünschten Alternativgesellschaft schon im Bestehenden mittels *Keimformpraxen* antizipieren und darauf abzielen muss, diese Keimformen entlang gesellschaftlicher Widersprüche und Kämpfe sukzessive zu verallgemeinern, was schließlich den Bruch mit der überkommenen Hülle der alten Gesellschaft erlaubt. Dies verweist wiederum darauf, jene Keimformen systematisch zu einer organischen Gegenmacht zusammenzuführen, welche notwendigerweise auf der Verknüpfung von *Mikro-, Meso- und Makropolitik* beruht.

Anhand dieser Kriterien werden im Folgenden die beiden Konzepte des *Anarcho-Syndikalismus* und des *Libertären Munizipalismus* auf ihre strategischen Potenziale für eine libertär-sozialistische Transformation hin eruiert. Dem wird das Modell einer Partizipatorische Ökonomie als Orientierungsrahmen (Zielbestimmung) zugrunde gelegt.

4.1 Anarcho-Syndikalismus

4.1.1 Kurzer Abriss der Geschichte

Im Dezember 1922 fanden sich in Berlin Delegierte aus einem Dutzend europäischer wie amerikanischer Länder ein. Ihr Anliegen: Die Gründung einer internationalen anarchistischen Gewerkschaftsorganisation – der *Internationalen Arbeiter-Assoziation*.⁵¹⁷ Diese verstand sich als legitime Nachfolgerin der gleichnamigen ersten *Internationalen Arbeiter-Assoziation* (auch *Erste Internationale* genannt) und umfasste zu Hochzeiten weit über zwei Millionen Mitglieder.⁵¹⁸ Bis zum heutigen Tage stellt sie damit den historisch größten und mitgliederstärksten internationalen Zusammenschluss anarcho-syndikalistischer Organisationen dar. Um zu verstehen, wie es dazu kam, ist ein weiter zurückreichender Blick in die Vergangenheit vonnöten.

⁵¹⁷Vgl. Stowasser, Anarchie, S. 367f.

⁵¹⁸Vgl. Döhring, Helge, Anarcho-Syndikalismus. Einführung in die Theorie und Geschichte einer internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung, Lich 2017, S. 11, S. 37f.

Die Entwicklung des Syndikalismus fand in verschiedenen Ländern zu verschiedenen Zeitpunkten statt. Historische Vorläufer lassen sich bis auf die Anfänge der Industrialisierung in England zurückverfolgen. Robert Owens Vorstellung eines „Gildensozialismus mit der Gründung von Produktivgenossenschaften unter gewerkschaftlicher Kontrolle“⁵¹⁹ beinhaltet bereits wichtige Versatzstücke dessen, was sich später zum Syndikalismus beziehungsweise Anarcho-Syndikalismus zusammenfügen sollte.

Eine zentrale historische Zäsur stellte die Gründung (1964) und spätere Spaltung (1972) der (ersten) *Internationalen Arbeiter-Assoziation* dar. Bei dieser handelte es sich um die erste Massenorganisation, in welcher syndikalistische Elemente äußerst starke Resonanz fanden und bisweilen sogar eine tonangebende Rolle spielten. Entgegen der etatistisch-parteilpolitischen Linie um Marx waren weite Kreise innerhalb dieser entschiedene Verfechter des föderalistischen und radikal-gewerkschaftlichen⁵²⁰ Gedankens, welcher auf dem 4. Kongress der Internationale in Basel (1869) breiten Anklang fand und sich schließlich in der Proklamation einer „Föderation der freien Produzenten“⁵²¹ manifestierte. Dem lag, so Rudolf Rocker⁵²², die Idee zugrunde,

„daß die gegenwärtigen ökonomischen Organisationen nicht nur eine Notwendigkeit innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaft seien. Darüber hinaus werden sie als der soziale Kern einer kommenden sozialistischen Wirtschaft angesehen. Aus diesem Grund sei es die Pflicht der Internationale, die Arbeiter für diese Aufgabe zu erziehen. [...] Diese neue Vorstellung entsprang der Erkenntnis, dass jede neue ökonomische Gesellschaftsform von einer neuen politischen Form des sozialen Organismus begleitet sein muß und nur in ihr seinen praktischen Ausdruck finden kann.“⁵²³

Hier zeichnete sich also schon recht deutlich die syndikalistische Essenz ab, „wirtschaftliche Zellenstrukturen als Grundgerüst einer künftigen sozialistischen Gesellschaftsordnung herauszubilden, die die zentralistischen politischen Systeme, also auch die Staatsformen, durch Wirt-

519Döhning, *Anarcho-Syndikalismus*, S. 29.

520Dies ist im Gegensatz zu einem vornehmlich instrumentellen Verhältnis zu Gewerkschaften zu verstehen. Rocker meint hierzu: „Die französischen Blanquisten sahen in diesen Organisationen lediglich eine Reformbewegung, mit einer sozialistischen Diktatur als unmittelbarem Ziel. [...] Marx und seine Anhänger erkannten die Notwendigkeit der Gewerkschaften für die Erreichung bestimmter Verbesserungen innerhalb des kapitalistischen Systems. Sie aber glaubten, daß die Rolle der Gewerkschaften sich damit erschöpfen würde, und daß sie zusammen mit dem Kapitalismus verschwänden, da der Übergang zum Sozialismus nur durch die 'Diktatur des Proletariats' erreicht werden könne.“ (Rocker, Rudolf, *Anarchismus und Anarchosyndikalismus*, in: <https://anarchistischebibliothek.org/library/rudolf-rocker-anarchismus-und-anarcho-syndikalismus.pdf> (abgerufen am 08.06.2022), S. 14).

521Kongressbeschluss des Basler Kongresses 1869, zit. n.: Rocker, *Anarchismus*, S. 15.

522Rudolf Rocker (1873-1958) war ein international anerkannter syndikalistischer Theoretiker, Verfasser der *Prinzipienerklärung des Syndikalismus*, einer der Architekten der deutschen anarcho-syndikalistischen Organisation *Freie Arbeiter-Union Deutschlands* (FAUD) sowie Mitbegründer und Sekretär der syndikalistischen *Internationalen Arbeiter-Assoziation*.

523Ebd., S. 14f.

schaftsräte ablösen sollte.“⁵²⁴ Nach Marcks könne dieser Kongress daher gar als „Geburtsstunde des Gewerkschaftssozialismus (Syndikalismus) gelten“⁵²⁵.

Die sich schon drei Jahre später ereignende folgenreiche Spaltung der Ersten Internationale, Ausdruck der fortschreitenden politisch-strategischen Polarisierung im sozialistischen Lager, läutete schließlich das *große sozialistische Schisma* ein. Fortan gingen Anarchismus und Marxismus, libertär-antiautoritärer und parteipolitisch-etatistischer Sozialismus, „[relative] Möglichkeiten“⁵²⁶ und „geschichtliche Notwendigkeit“⁵²⁷, die *freie Assoziation der Produzentengruppen*⁵²⁸ und die *Diktatur des Proletariats*⁵²⁹ getrennte Wege.⁵³⁰

524Döhring, Anarcho-Syndikalismus, S. 31.

525Marcks, Skizze II. „Hatte der Genfer Kongress 1866 bereits festgestellt, dass die Gewerkschaften über den Alltagskonflikt hinaus wichtig sind 'als organisierte Kraft zur Beseitigung des [kapitalistischen] Systems', fand in Basel die Position Anklang, dass sie im Zuge ihrer Entfaltung föderale Räte bilden sollten, welche jenes System ersetzen. Die Internationale sollte daher nicht den Weg über den Staat gehen, sondern selbst ein transnationaler 'Staat in den Staaten' sein, der die neue Ordnung präfiguriert. Diese Position war zunächst ideologisch nicht klar zuordenbar, weil sie in der Internationale, die vor allem ein Zusammenschluss von Gewerkschaften darstellte, für viele recht naheliegend war. Sie begann sich aber zunehmend als anarchistisch zu verstehen, nachdem die MarxistInnen sich von ihr abgrenzten und so deren AnhängerInnen zur Differenzbestimmung zwangen.“ (Ebd.).

526Ebd.

527Engels, Entwicklung, S. 224.

528„Ausdrücklich wurde auch – bereits 1872 – Stellung genommen gegen 'jede sogenannte Diktatur des Proletariats'. Die Arbeit mit den gemeinsamen Produktionsmitteln müsse durch freie Vereinigungen organisiert werden, anstelle des Staates eine 'freie Föderation aller Produzentengruppen' treten. In diesen Ideen liegen bereits die Grundgedanken des Syndikalismus angedeutet, der sich später in Spanien und Frankreich herausbildete und von da aus über andere Länder verbreitete.“ (Rüdiger, Helmut, Anarchosyndikalismus, in: Franz Barwich et al., Arbeiterselbstverwaltung – Räte – Syndikalismus, Berlin 1973, S. 84).

529Vgl. Marx, Karl, Brief an Joseph Weydemeyer. 5. März 1852, in: MEW 28, Berlin 1963, S. 508; Vgl. Marx, Kritik des Gothaer Programms, S. 28.

530„Die Geschichte beginnt bei der Ersten Internationale (1864-1877), in deren Schoß der Anarchismus als Massenbewegung entstand. Die frühen AnarchistInnen verteidigten dort die Organisationsform föderaler Arbeiterassoziationen (Gewerkschaften) gegen das von Karl Marx lancierte Modell zentralistischer Parteien. Diese Organisationsfrage war zugleich eine der revolutionären Strategien. Während die MarxistInnen auf die Eroberung der staatlichen Macht abzielten, wollten die AnarchistInnen den Staat aufgehoben sehen, durch einen 'universellen Zusammenschluss freier landwirtschaftlicher und industrielle[r] Vereinigungen'. Dieses Konzept setzte also auf revolutionäre Gewerkschaften und wurde später bekannt als Syndikalismus. Nicht nur führte der Konflikt zu Spaltung und Niedergang der Internationale, er begründete auch unterschiedliche nationale Traditionen in der Arbeiterbewegung. In den romanischsprachigen Ländern etwa prägte der Syndikalismus die Bewegung maßgeblich.“ (Marcks, Transnational).

„Im Widerspruch zu ihrem materialistischen Weltbild, setzte die marxistische Strömung ihr Hauptaugenmerk jedoch nicht auf den ökonomischen Bereich als Basis des gesellschaftlichen Seins und gesellschaftlicher Veränderung. Ausgerechnet auf den von ihnen daraus abgeleiteten, dem 'Überbau' zugehörigen politischen Bereich sahen sie ihr revolutionäres Kampfterrain. Sie wollten am Staat partizipieren und diesen schließlich übernehmen, was ihrer zentralistischen Ausrichtung entsprach. Im Gegensatz dazu hielt der anarchistisch orientierte Flügel der 'Internationalen' an der Prämisse fest, durch ökonomische Kämpfe die Basis der Gesellschaft umzuwälzen; Zwischenziel war die direkte Arbeiterselbstverwaltung, ohne dabei die Strukturen des Staates zu übernehmen. Dies war nur möglich auf föderalistischer Grundlage, da der Staat als Ausdruck des politischen und militärischen Zentralismus angesehen wurde.“ (Döhring, Anarcho-Syndikalismus S. 20).

Die Spaltung der ersten Internationale an der Organisations- und Strategiefolge wurde oftmals personifiziert anhand des Konflikts zwischen den Symbolfiguren Marx und Bakunin dargestellt. Näheres hierzu, siehe: Brupbacher, Fritz, Marx und Bakunin. Ein Beitrag zur Geschichte der Internationalen Arbeiterassoziation, Potsdam 2013; Vgl. Eckart, Wolfgang (Hg.), Michael Bakunin. Konflikt mit Marx. Teil 1: Texte und Briefe bis 1870, in: Wolfgang Eckart (Hg.), Michael Bakunin. Ausgewählte Schriften. Band 5, 4. Aufl., Berlin 2013; Vgl. Eckart, Wolfgang (Hg.), Michael Bakunin. Konflikt mit Marx. Teil 2: Texte und Briefe ab 1871. Erster Halbband, in: Wolfgang Eckart (Hg.), Michael Bakunin. Ausgewählte Schriften. Band 6.1, Berlin 2011; Vgl.

Obwohl der Fokus syndikalistischer Entwicklung vor allem auf den romanischen Ländersektionen lag,⁵³¹ bildeten sich auch in Deutschland Ende des 19. Jahrhunderts – als Gegenreaktion auf politische Repressionen und die zunehmenden Zentralisierungstendenzen innerhalb der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung – lokal verwurzelte sowie föderal miteinander vernetzte Gewerkschaftsstrukturen heraus. Hierbei „spielten Einflüsse aus der französischen Arbeiterbewegung eine große Rolle, die den föderalistischen und konsequent klassenkämpferischen Bestrebungen und Entwicklungen der 'Lokalisten' entgegenkamen.“⁵³²

Denn mit Ausnahme Spaniens, wo seit den Tagen der Ersten Internationale der anarchistische Kommunismus einen starken Stand in der sozialistischen Bewegung hatte, wurde – nach zwischenzeitlicher Marginalisierung der syndikalistischen Tendenzen in den 1870er und 1880er Jahren – zuerst wieder in Frankreich konsequent an das gewerkschaftlich-föderalistische Erbe der Internationale angeknüpft, wobei in diesem Kontext auch das erste Mal der Begriff des *Syndikalismus* gezielt zur Beschreibung einer eigenständigen revolutionär-gewerkschaftssozialistischen Tradition verwendet wurde.⁵³³

„In Frankreich entstand mit dem revolutionären Syndikalismus eine Gegenbewegung zur Dominanz des [partei-, A.D.]politischen Sozialismus. Seit den 1880er Jahren äußerte er sich in der Gründung der Arbeiterbörsen. 1895 wurde in Limoges die Gewerkschaft 'Confederation generale du travail' (CGT) ins Leben gerufen, um die Gewerkschaftsverbände des gleichen Berufszweiges in ganz Frankreich, sowie die Arbeiterbörsen zu einigen.“⁵³⁴

Dieser Funke sprang bald ebenfalls auf andere Länder über, da auch hier große Teile der anarchistischen/libertär-sozialistischen Bewegung – die sich zwischenzeitlich vermehrt insurrektionalistischen Strategien und autonomen Organisationsformen hingegeben hatte – erkannten, dass es einer (mesopolitischen) Organisation bedürfe, um an die Erfolge der Vergangenheit anknüpfen zu können.⁵³⁵

Eckart, Wolfgang (Hg.), Michael Bakunin. Konflikt mit Marx. Teil 2: Texte und Briefe ab 1871. Zweiter Halbband, in: Wolfgang Eckart (Hg.), Michael Bakunin. Ausgewählte Schriften. Band 6.2, Berlin 2011.

531 Vgl. Döhring, Anarcho-Syndikalismus, S. 31.

532 Ebd., S. 17.

533 Vgl. Rocker, Rudolf, Anarcho-Syndikalismus, Moers 2021, S. 111-114; Vgl. Rocker, Anarchismus, S. 16f.; Vgl. Döhring, Anarcho-Syndikalismus, S. 32-34.

534 Ebd., S. 32.

535 Vgl. Pelloutier, Fernand, Der Anarchismus und die Gewerkschaften, in: https://www.fau.org/materialien/historisches/art_040126-204754 (abgerufen am 08.06.2022); Vgl. Marcks, Skizze II. „Der Syndikalismus ist mehr als nur eine Spielart des Anarchismus. Ohne ihn wären anarchistische Ideen längst vergessen. Es waren die (proto-)syndikalistischen Ansätze in der Ersten Internationale, die den Anarchismus zu einer bedeutenden Bewegung machten, und es waren die verschiedenen syndikalistischen Wellen, auf denen er ritt, als er Massen bewegte oder gar Revolutionen machte. Als wichtigste Tradition des 'Massenanarchismus' [...] war er es, mit dem antiautoritäre Kräfte überhaupt Zugriff auf soziale Kämpfe erhielten. Nach dem Zerfall der Ersten Internationale in den 1870er Jahren ging der Anarchismus erst einmal weg vom gewerkschaftlichen Ansatz und praktizierte mit der 'Propaganda der Tat' eine militante Strategie und lose Organisationsweisen – sich gesellschaftlich damit isolierend. Erst mit der Rückbesinnung auf die Erste Internationale und dem dann expli-

In der Zwischenkriegszeit erlebte der Anarcho-Syndikalismus einen starken Aufschwung. Auf die von Rudolf Rocker ausgearbeitete *Prinzipienerklärung des Syndikalismus*⁵³⁶ (1919) folgte schließlich im Jahre 1922 die Etablierung der *Internationalen Arbeiter-Assoziation*, als internationaler Zusammenschluss syndikalistischer Landesverbände.⁵³⁷ Den wohl größten historischen Erfolg erlebte der Anarcho-Syndikalismus mit der Spanischen Revolution (1936-1939) und den sich hierin zutragenden großangelegten – maßgeblich durch die anarcho-syndikalistische *Confederación Nacional del Trabajo* (CNT) durchgeführten – radikalen Kollektivierungsprozessen, worauf später noch eingegangen wird.

Die Zerstörung der Spanischen Revolution durch die Faschisten unter Franco (1939) leitete, als voraus geworfener Schatten künftiger Ereignisse, schließlich auch den Niedergang des internationalen Syndikalismus ein. Nach der weitgehenden Zerschlagung der europäischen Arbeiter*innenbewegung durch den Faschismus, konnte der ebenfalls stark geschwächte Syndikalismus post-1945 seither nicht mehr zu alter Stärke zurückfinden. Einige Organisationen, wie die schwedische *SAC (Sveriges Arbetares Centralorganisation)*, schlugen zwar mit Erfolg einen reformistischen Kurs ein, wurden durch die Integration in den wohlfahrtsstaatlichen Klassenkompromiss jedoch zunehmend assimiliert. Andere Sektionen hielten an einer revolutionären Stoßrichtung und den orthodoxen Doktrinen fest, drifteten jedoch fortschreitend in Marginalisierung und Bedeutungslosigkeit ab.⁵³⁸

4.1.2 Begriff, Prinzipien und Zielsetzung

„Der Sozialismus wird frei sein oder er wird nicht sein.“⁵³⁹

Rudolf Rocker

Der Begriff des Anarcho-Syndikalismus stellt eine Verknüpfung der Termini *Anarchismus* und *Syndikalismus* dar. Trotz weitreichender Überschneidungen sind diese – gerade auch in Anbetracht ihrer historischen Genese – nicht vollkommen deckungsgleich.⁵⁴⁰ Unter dem Überbegriff Anarchismus werden außerdem etliche, höchst unterschiedliche anarchistische Strömun-

zeit gewordenen Syndikalismus gelang es, angefangen im Frankreich der 1890er Jahre, wieder zu einer treibenden Kraft zu werden. Syndikalistische Massenorganisationen gab es von da an bis in die 1930er Jahre. Und wenn es heute überhaupt noch nennenswerte anarchistische Organisationen gibt, dann sind sie in der Regel syndikalistisch.“ (Marcks, Transnational).

536Vgl. Rocker, Rudolf, *Prinzipienerklärung des Syndikalismus* (1919), in: Franz Barwich et al., *Arbeiterselbstverwaltung – Räte – Syndikalismus*, Berlin 1973, S. 8-42.

537Vgl. Rocker, *Anarcho-Syndikalismus*, S. 117f.; Vgl. Stowasser, *Anarchie*, S. 367; Vgl. Döhring, *Anarcho-Syndikalismus*, S. 36-63.

538Vgl. Ebd., S. 43-49, S. 51, S. 133-137; Vgl. Marcks, *Transnational*.

539Rocker, *Anarcho-Syndikalismus*, S. 39.

540Vgl. Döhring, *Anarcho-Syndikalismus*, S. 15f., S. 147-150.

gen subsumiert, womit konstatiert werden muss, dass es *den* Anarchismus nicht gibt und man deshalb korrekter Weise nur von Anarchismen im Plural sprechen kann. Wenn also im Folgenden von Anarchismus die Rede sein wird, dann ist damit in erster Linie der kollektivistische beziehungsweise kommunistische Anarchismus-Ansatz gemeint.

Anarchismus lässt sich mit Bakunin verstehen als emanzipatorische Synthese aus Liberalismus und Sozialismus: „Wir sind überzeugt, daß Freiheit ohne Sozialismus Privilegienwirtschaft und Ungerechtigkeit, und Sozialismus ohne Freiheit Sklaverei und Brutalität bedeutet.“⁵⁴¹ Dem lässt sich mit Rocker hinzufügen: „Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und die Herrschaft des Menschen über den Menschen sind unzertrennlich und bedingen sich gegenseitig.“⁵⁴²

Im Einklang mit dem anarchistischen Anliegen „die Gesellschaft von allen politischen und sozialen Zwangsinstitutionen zu befreien, die der Entwicklung einer freien Menschheit im Wege stehen“⁵⁴³, ist dieses Ideengebäude daher bewusst nicht als geschlossenes System konzipiert, sondern betont den entwicklungs-offenen, dynamischen, kontingenten, pluralistischen, lern- und anpassungsfähigen Prozess menschlicher Emanzipation:

„Der Anarchismus ist keine Patentlösung für alle menschlichen Probleme, keine Utopie einer absolut perfekten Gesellschaftsordnung, als die er so oft bezeichnet wird, da er alle absoluten Begriffe und Vorstellungen grundsätzlich verwirft. Er glaubt an keine absolute Wahrheit, noch an bestimmte Endziele der menschlichen Entwicklung, sondern an eine unbegrenzte Vervollkommnungsfähigkeit gesellschaftlicher Erscheinungen und menschlicher Lebensbedingungen, die nach immer höheren Ausdrucksformen ringen, und denen man aus diesem Grunde keinen bestimmten Abschluss geben noch ein festes Ziel setzen kann. [...] Der Anarchismus anerkennt nur die relative Bedeutung von Ideen, Einrichtungen und sozialen Formen. Deshalb ist

541 Bakunin, Michail, Sozialismus und Freiheit, in: Achim von Borries u. Ingeborg Weber-Brandies (Hg.), Anarchismus. Theorie – Kritik – Utopie, Heidelberg 2013, S. 79. „Im modernen Anarchismus treffen zwei große Strömungen zusammen, die vor und nach der französischen Revolution einen sehr großen Ausdruck im geistigen Leben Europas gefunden haben: Sozialismus und Liberalismus.“ (Rocker, Anarchismus, S. 4).

„Gemeinsam mit den Vätern des Sozialismus fordern die Anarchisten die Abschaffung des wirtschaftlichen Monopols in jeder Form und unterstützen den Gemeinschaftsbesitz an Grund und Boden und den Produktionsmitteln, deren Gebrauch jedem ohne Unterschied zugänglich sein muß; denn persönliche und soziale Freiheit ist nur auf der Basis von gleichen ökonomischen Bedingungen für jedermann denkbar. Innerhalb der sozialistischen Bewegung vertreten die Anarchisten den Standpunkt, daß der Kampf gegen den Kapitalismus gleichzeitig ein Kampf gegen die Zwangsinstitutionen der politischen Macht sein muß, da in der Geschichte die ökonomische Ausbeutung Hand in Hand mit politischer und sozialer Unterdrückung gegangen ist. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und die Herrschaft des Menschen über den Menschen sind untrennbar und bedingen einander.“ (Ebd., S. 5).

542 Rocker, Anarcho-Syndikalismus, S. 36. Nach Rocker lässt sich Anarchismus daher definieren als „geistige Strömung [...], deren Anhänger die Abschaffung aller wirtschaftlichen Monopole und aller politischen und sozialen Zwangseinrichtungen innerhalb der Gesellschaft befürworten. Auf den Platz der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die auf der Ausbeutung der breiten Massen begründet ist, erstreben die Anarchisten eine freie Vereinigung aller produzierenden Kräfte auf der Basis kooperativer Arbeit, die lediglich dem Zwecke dient, die notwendigen Bedürfnisse aller Gesellschaftsmitglieder zu befriedigen, und die nicht länger das Sonderinteresse privilegierter Minderheiten innerhalb des gesellschaftlichen Verbands im Auge hat.“ (Ebd., S. 25).

543 Rocker, Anarchismus, S. 13.

er kein festes, in sich abgeschlossenes Gesellschaftssystem, sondern vielmehr eine bestimmte Tendenz in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit, die [...] nach der freien, unbehinderten Entfaltung aller individuellen und gesellschaftlichen Lebenskräfte hinstrebt.“⁵⁴⁴

„Wir müssen uns hüten, im Anarchismus ein abgeschlossenes System zu erblicken, für das alle Fragen bereits gelöst sind. Diese Ansicht führt stets zu einem unfruchtbaren Doktrinarismus, dem jede schöpferische Kraft versagt ist. Gerade in der steten Entwicklungsfähigkeit und Unfertigkeit liegt die eigentliche Bedeutung des anarchistischen Gedankens.“⁵⁴⁵

Damit wird sich kategorisch gegen jedwede Form von Fatalismus, teleologischem Determinismus und angeblich festgeschriebenen *geschichtlichen Notwendigkeiten* menschlicher Entwicklung gewandt: „In der Geschichte gibt es eben kein absolutes *Muß*, sondern bloß *Möglichkeiten*, die wieder durch andere Möglichkeiten verdrängt werden können.“⁵⁴⁶

Doch wie steht es nun um den Syndikalismus? Dessen theoretisches Grundgerüst bildete sich unmittelbar aus der Praxis, im tagtäglichen Arbeitskampf unter den Bedingungen kapitalistischer Produktion, heraus.⁵⁴⁷ Wie schon beim Anarchismus kann sich jedoch auch beim Syndikalismusbegriff der Bedeutungsgehalt signifikant unterscheiden. In manchen Ländern ist Syndikalismus, in einem sehr allgemeinen Sinne, lediglich gleichbedeutend mit Gewerkschaftstätigkeit, in anderen Zusammenhängen ist Syndikalismus hingegen als spezifische, libertär-sozialistische Form von Gewerkschaftsorganisation zu verstehen, was mit dem Bestimmungswort *Anarcho* (Anarcho-Syndikalismus) bisweilen unterstrichen wird.⁵⁴⁸ Wenn also im

544Rocker, Anarcho-Syndikalismus, S. 40. „Wer seiner Zeit wirklich dienen und der menschlichen Entwicklung neue Wege ihres Tuns und Denkens erschließen will, muß sich zunächst mit dem Gedanken vertraut machen, daß alle unsre Vorstellungen, Begriffe und Auffassungen nur relativen Wert besitzen und nicht für alle Ewigkeit bestehen können. Es gibt keine *absolute Wahrheit*, sondern nur *Probleme der Wahrheit*, die mit der Veränderung der geistigen und sozialen Lebensverhältnisse neue Formen annehmen und an keine bestimmten Grenzen gebunden sind. [...] Jede neue Erkenntnis ist nur eine Stufe zu anderen Erkenntnissen, nur ein Mittel, aber kein Abschluß. Wenn es überhaupt eine bestimmte Vorstellung über die Gestaltung des historischen Geschehens gäbe, dann könnte es nur dieser ewige Wechsel der Erscheinungen sein, der niemals aussetzt und stets neue Formen unseres gesellschaftlichen Daseins erzeugt. Aber gerade diese einfache Wahrheit liegt den meisten Menschen am fernsten. Das ist die Ursache, weshalb so häufig frühere Revolutionäre bewußt oder unbewußt ins Lager der Reaktion abschwanken. Sie haben vergessen oder vielleicht auch nie erkannt, daß es in der Geschichte zwar gewisse Richtungen und Tendenzen gibt, aber keine für alle Zeiten festgelegten Formen des gesellschaftlichen Lebens.

Da unser Denken nie einen bestimmten Abschluß findet und von Natur aus stets unvollkommen bleiben muß, so wird es uns auch nie gelingen, eine endgültige Lösung für alle Fragen zu finden, weil das Leben selbst fortgesetzt neue Probleme erzeugt, denen wir nur durch neue Methoden unseres Handelns begegnen können. Wir befinden uns daher stets auf dem Wege nach neuen Erkenntnissen, ohne jedoch das Ende dieses Weges erreichen zu können. Gerade darin besteht der eigentliche Sinn unseres Lebens.“ (Rocker, Rudolf, Gefahren der Revolution, in: Rudolf Rocker, Aufsatzsammlung Band 2. 1949-1953, Frankfurt am Main 1980, S. 109f.).

545Rocker, Rudolf, Organisation und Freiheit, in: Rudolf Rocker, Aufsatzsammlung Band 1. 1919-1933, Frankfurt am Main 1980, S. 107.

546Rocker, Gefahren, S. 110f. Dies knüpft im Übrigen nahtlos an Landauers Utopieverständnis an. (Siehe Fn. 53).

547Vgl. Döhring, Anarcho-Syndikalismus, S. 10; Vgl. Marcks, Langweiligste.

548Näheres zum (*Anarcho*-)Syndikalismusbegriff, siehe: Döhring, Anarcho-Syndikalismus, S. 15f.

Folgenden von *Syndikalismus* und *Anarcho-Syndikalismus* die Rede sein wird, so ist immer letztere Form gemeint.

Rüdiger zufolge lässt sich die Differenz zwischen Anarchismus und Syndikalismus wie folgt bestimmen: „Grundsätzlich sei gesagt, daß der Anarchismus eine Lehre von der Befreiung des Menschen ist, die sich an Angehörige aller sozialen Klassen wendet, während der Syndikalismus die Erscheinungsform des Anarchismus im Rahmen der modernen Arbeiterbewegung darstellt.“⁵⁴⁹ Somit lässt sich der Anarcho-Syndikalismus als Fusion der *politischen Philosophie des Anarchismus* und der *radikal-gewerkschaftlichen Organisationsweise des Syndikalismus* begreifen. Was die wirtschaftliche Analyse der bestehenden Verhältnisse anbelangt, wurde sich hierbei – selbstredend jedwede teleologisch-deterministischen Versatzstücke verwerfend – primär auf Marx’ ökonomische Theorie gestützt.⁵⁵⁰ Als programmatische Grundlage (*Zielperspektive*) wurde vor allem an Kropotkins Vorstellungen eines anarchistischen Kommunismus angeknüpft.⁵⁵¹

Wie es in der von Rocker verfassten *Prinzipienerklärung des Syndikalismus* (1919) heißt, seien radikale Syndikalist*innen entsprechend

„prinzipielle Gegner jeder Monopolwirtschaft. Sie erstreben die Vergesellschaftlichung des Bodens, der Arbeitsinstrumente, der Rohstoffe und aller sozialen Reichtümer; die Reorganisation des gesamten Wirtschaftslebens auf der Basis des freien, d.h. des staatenlosen Kommunismus, der in der Devise: 'Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!' seinen Ausdruck findet. [...]

Die Syndikalisten sind der Überzeugung, daß die Organisation einer sozialistischen Wirtschaftsordnung nicht durch Regierungsbeschlüsse und Dekrete geregelt werden kann, sondern nur durch den Zusammenschluß aller Kopf- und Handarbeiter in jedem besonderen Produktionszweige: durch die Übernahme der Verwaltung jedes einzelnen Betriebes durch die Produzenten selbst und zwar in der Form, daß die einzelnen Gruppen, Betriebe und Produktionszweige selbständige Glieder des allgemeinen Wirtschaftsorganismus sind, die auf Grund gegenseitiger und freier Vereinbarungen die Gesamtproduktion und die allgemeine Verteilung planmäßig gestalten im Interesse der Allgemeinheit.“⁵⁵²

549Rüdiger, *Anarchosyndikalismus*, S. 81. „Ideengeschichtlich lässt sich der Syndikalismus deutlich den Zielvorstellungen des Kommunistischen Anarchismus zuordnen, soziologisch betrachtet ist der Syndikalismus ein Teil der weltweiten sozialistischen Arbeiterbewegung.“ (Döhring, *Anarcho-Syndikalismus*, S. 18) Näheres zur Etymologie, siehe: Ebd., S. 15f.

550Vgl. Ebd., S. 70f., S. 139.

551„Die programmatische Grundlage der Syndikalisten für die angestrebte sozialistische Gesellschaft schließlich bildet der 'Kommunistische Anarchismus'. Im Wesentlichen wurde dieses Konzept vom russischen anarchistischen Theoretiker Peter Kropotkin (1842-1921) entwickelt. Sie bezeichnet den Zustand einer Gesellschaft, in der die Menschen sozial gleichgestellt sind und möglichst hohe individuelle Freiheiten genießen. Sie verwalten ihre Geschicke gemeinsam, ohne dass sich Herrschaftsstrukturen und Hierarchien herausbilden sollen. Die Wirtschaft funktioniert nach den Grundsätzen der Solidarität. Der gesellschaftliche Reichtum wird erreicht und verteilt nach dem Prinzip: 'Jedem nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen'. Das Privateigentum an Produktionsmitteln wird aufgehoben, Industrie und Landwirtschaft werden kollektiviert.“ (Ebd., S. 69).

552Rocker, *Prinzipienerklärung*, S. 10f.

Nach Rüdiger gelte es „den kapitalistischen 'freien' Weltmarkt zu beseitigen [...] [und] sämtliche Unwirtschaftlichkeiten und Sinnlosigkeiten des trotz aller Betriebsrationalisierung bedarfsdeckungsmäßig unrationellen Kapitalismus durch eine planmäßige Bedarfsdeckungswirtschaft zu ersetzen“⁵⁵³. Zwar werde als Endziel des kommunistischen Anarchismus – mit der Terminologie der Partizipatorischen Ökonomie gesprochen – die *Verteilungsmaxime 4* (*Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen*) anvisiert, jedoch sei, zumindest Rüdiger zufolge, realistischerweise gegenwärtig auch hier eine den individuellen Konsumptionsspielraum – nach Kriterien ökonomischer Gerechtigkeit – einschränkende Lösung gefragt.⁵⁵⁴

Rocker stellt des Weiteren heraus, dass die Organisation des Anarcho-Syndikalismus „auf den Prinzipien des Föderalismus, auf der freien Vereinigung von unten“ basiere und somit „das Recht auf Selbstbestimmung jeder Gruppe“⁵⁵⁵ anerkenne. Oder wie es Veith für den heutigen Anarcho-Syndikalismus konstatiert:

„Um Produktion und Verteilung zu organisieren, setzen wir auf ein Rätssystem, das die Entscheidung an der jeweiligen Basis – also im Betrieb, dem Stadtteil, der Schule, der Universität – trifft. Diese jeweiligen Interessensgruppen entsenden Delegierte an einen Koordinationsrat, wo die jeweiligen Vorstellungen besprochen und Informationen ausgetauscht werden, diese Informationen gehen zurück an die Basis wo die eventuellen Entscheidungen dann getroffen werden. So ist ein Höchstmaß an direkter Demokratie, Sachkenntnis und Mitbestimmung gewährleistet. Entscheidungen werden nicht über die Köpfe anderer getroffen. [...] Die Räte sind ihrerseits wieder mit anderen Räten in anderen Städten, auf regionaler, überregionaler und schließlich internationaler Ebene verbunden.“⁵⁵⁶

Darüber hinaus sei der Anarcho-Syndikalismus prinzipiell anti-nationalistisch – respektive in-

553Rüdiger, Helmut, Konstruktive Gegenwartsaufgaben des Syndikalismus, in: <https://www.anarchismus.at/texte-anarchosyndikalismus/anarchosyndikalistische-theorie/7698-helmut-ruediger-konstruktive-gegenwartsaufgaben-des-syndikalismus> (abgerufen am 08.06.2022).

554„Wir bekennen uns zum anarchistischen Kommunismus, der auf dem Gebiete der Konsumtion in der Devise 'Jedem nach seinen Bedürfnissen' Ausdruck finden soll. Bei diesen Worten denkt man sich meistens nichts oder nur sehr wenig. [...] Ich glaube tatsächlich, daß es sich hier um eine Wahnidee handelt. Wir haben alles Recht, anzunehmen, daß gerade in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung die Produktivität unserer Arbeit noch unerhört gesteigert werden kann, wir müssen uns aber genau so bewußt sein, daß für die allgemeine Produktivität jeder Zeit auch eine bestimmte Grenze nach oben vorhanden ist und somit auch für den Konsumfonds jedes einzelnen Verbrauchers. [...] Wir müssen uns doch darüber klar werden, daß wir auf absehbare Zeit auch im Sozialismus einen Bemessungsmodus für den Einzelverbrauch benötigen, dessen Formen möglichst klar herausgearbeitet werden müssen. [...] Wir brauchen keinerlei kapitalistisches Umlaufgeld, wir brauchen aber doch für jeden Menschen, der nachweist, daß er arbeitet, irgendeine sachliche, gesellschaftlich-objektive Garantie und zugleich Beschränkung seines Verbrauchsanspruches. Unbeschränkte Verbrauchsansprüche kann es in keiner Gesellschaftsordnung geben, wohl aber gleichen Konsumanspruch aller.“ (Rüdiger, Helmut, Konstruktive Zukunftsaufgaben des Sozialismus, in: <https://www.anarchismus.at/texte-anarchosyndikalismus/anarchosyndikalistische-theorie/7697-helmut-ruediger-konstruktive-zukunftsaufgaben-des-syndikalismus> (abgerufen am 08.06.2022)).

555Rocker, Anarchismus, S. 20.

556Veith, Martin, Die anarcho-syndikalistische Gewerkschaft, Moers o.J., S. 28.

ternational – eingestellt und befürworte demgemäß auch auf geographischer Ebene die freien Zusammenschlüsse (Assoziationen) von Individuen und Kollektiven.⁵⁵⁷

Anders als es dem Anarchismus oftmals vorgeworfen werde, ziele der Anarcho-Syndikalismus, so Chomsky, gerade nicht auf eine rurale, hauptsächlich agrarisch geprägte Zukunftsgesellschaft ab, sondern sei vielmehr als emanzipatorische Vision für eine moderne, komplexe Industriegesellschaft zu verstehen.⁵⁵⁸ Überdies seien auch die oftmals beim Begriff Anarchismus aufkommenden Assoziationen von *Unordnung* und *Organisationslosigkeit* – die vor allem dem individualistischen Anarchismusstrang nach Stirner zu verdanken seien (von dem sich strikt abgegrenzt wird) – zurückzuweisen. Der Anarcho-Syndikalismus sei sich sehr wohl der großen Relevanz von Organisationen und Institutionen bewusst, strebe jedoch an, diese nach herrschaftsfreien Prinzipien aufzubauen.⁵⁵⁹

Wenn auch nicht ganz so elaboriert, ähnelt diese Vision doch in den Grundzügen frappant dem, was vorhin als Modell einer Partizipatorischen Ökonomie vorgestellt wurde: Von der demokratischen Vergesellschaftung – nicht Verstaatlichung!⁵⁶⁰ – der Produktionsmittel, über die selbstverwalteten, sich förderierenden Produzent*innenräte (Wirtschaftsdemokratie), bis hin zur planmäßigen, demokratischen Gestaltung der Wirtschaftstätigkeit (Planwirtschaft).⁵⁶¹ All dies wird später, wenn es um die spezifischen Institutionen geht, noch deutlicher hervortreten.

Doch wie sollte die „Vereinigung freier Menschengruppen auf der Basis kooperativer Arbeit und einer planmäßigen Verwaltung der Dinge im Interesse der Gemeinschaft [angebahnt]“⁵⁶² werden? Bleibt im Folgenden also zu klären, welche Transformationsstrategie der Anarcho-Syndikalismus zur Verwirklichung dieser Ziele vorsieht.

557„Die Syndikalisten verwerfen alle willkürlich gezogenen politischen und nationalen Grenzen; sie erblicken im Nationalismus lediglich die Religion des modernen Staates und verwerfen prinzipiell alle Bestrebungen zur Erzielung einer sogenannten nationalen Einheit, hinter der sich doch nur die Herrschaft der besitzenden Klassen verbirgt. Sie anerkennen nur Unterschiede regionaler Natur und fordern für jede Volksgruppe das Recht, ihre Angelegenheiten und ihre besonderen Kulturbedürfnisse gemäß ihrer eigenen Art und Veranlagung erledigen zu können im solidarischen Einverständnis mit allen anderen Gruppen und Volksverbänden.“ (Rocker, Prinzipienklärung, S. 13).

„An die Stelle der heutigen Staatsorganisationen mit ihrem toten Räderwerk politischer und bürokratischer Institutionen treten die Anarchisten für eine Föderation freier Gemeinden ein, die durch dieselben wirtschaftlichen und sozialen Interessen miteinander verbunden sind und ihre Angelegenheiten durch gegenseitiges Übereinkommen und freie Verträge regeln.“ (Rocker, Anarcho-Syndikalismus, S. 25) Vgl. Ebd., S. 92f.; Vgl. Döhring, Anarcho-Syndikalismus, S. 125f., S. 137f.

558Vgl. Chomsky, Noam u. Jay, Peter, The Relevance of Anarcho-Syndicalism. Interview mit Noam Chomsky, in: Barry Pateman (Hg.), Chomsky on Anarchism, Oakland/Edinburgh 2005, S. 136f.

559Vgl. Rocker, Rudolf, Anarchismus und Organisation, Berlin 1981, S. 4-6, S. 9f., S. 29-31, S. 39.

560Vgl. Rüdiger, Anarchosyndikalismus, S. 91.

561So verwundert es auch nicht, dass Hahnel in der Spanischen Revolution 1936 die „largest and most successful revolution against capitalism to ever take place in any industrial economy“ (Hahnel, Economic Justice, S. 138) sieht. Zur Frage, ob es sich bei der Partizipatorischen Ökonomie nicht um ein anarchistisches beziehungsweise anarcho-syndikalistisches Modell handelt, siehe: Albert/Tedrow, Vorschlag, S. 12f.

562Rocker, Anarcho-Syndikalismus, S. 94.

4.1.3 Das Transformationskonzept des Anarcho-Syndikalismus: Vermittlung von Präfiguration und alltäglichem Klassenkampf

Der Staat stelle nach Rocker eine Institution der Klassenherrschaft, eine zentralistische, oppressive Machtstruktur zur Bewahrung von – politischen wie ökonomischen – Privilegien und Monopolen auf Kosten der subalternen, unterdrückten Gesellschaftsmitglieder dar.⁵⁶³ Folglich werden vom Anarcho-Syndikalismus jedwede Versuche, durch die *Eroberung der Staatsmacht* – auch als vorgeblichem *Übergangsstadium* – eine emanzipatorische Transformation herbeizuführen, kategorisch abgelehnt:

„Die Befürworter des revolutionären Syndikalismus verwerfen daher prinzipiell den Standpunkt der verschiedenen sozialistischen Parteien, dass man in Zeiten gesellschaftlicher Umwälzungen den gesamten Staatsapparat mit allen seinen verhängnisvollen und geistlosen Funktionen zur Verteidigung der Revolution beibehalten müsse. Sie erblicken vielmehr in jedem Versuch dieser Art die größte Gefahr für den endgültigen Sieg und Erfolg der Revolution und die unvermeidliche Basis für das Emporkommen eines neuen Unterdrückungssystems. Die revolutionären Syndikalisten sind der Ansicht, dass zusammen mit dem Monopol des Besitzes auch das Monopol der Macht verschwinden muß. [...] Der revolutionäre Syndikalismus ist daher seinem ganzen Wesen nach [...] ausgesprochener Gegner jeder Herrschaftseinrichtung, unter welcher neuer Maske sie sich immer verbergen möge.“⁵⁶⁴

„Die politische Macht, die sie erobern wollten, hatte allmählich ihren Sozialismus erobert, bis kaum mehr übrigblieb als der Name.“⁵⁶⁵

Damit wird sich nicht nur gegen „den trügerischen Wahn der sogenannten 'Diktatur des Proletariats'“⁵⁶⁶ gewendet, sondern auch der parlamentarischen Betätigung eine Absage erteilt.⁵⁶⁷

⁵⁶³Vgl. Ebd., S. 39f.; Vgl. Rocker, Prinzipienklärung, S. 9-12.

⁵⁶⁴Rocker, Syndikalismus. Zur *Diktatur des Proletariats*: „Aus diesem Grunde bekämpfen die revolutionären Syndikalisten auch den trügerischen Wahn der sogenannten 'Diktatur des Proletariats', der heute weite Kreise der Arbeiterschaft in seinen Bann geschlagen hat. Sie erblicken in diesen Bestrebungen nur eine neue Gefahr für die Befreiung der Arbeiterklasse, die letzten Endes, wie uns das russische Beispiel gezeigt hat, zu einer Diktatur bestimmter Parteien über das Proletariat führen muß. [...] Das konnten wir am besten in Russland beobachten, wo die Diktatur der bolschewistischen Partei die Revolution in keiner Weise gefördert, sondern sie buchstäblich paralyisiert und getötet hat. Aus diesem Grunde ist die Diktatur bisher das Ideal aller Reaktionen gewesen und wird auch in den Händen sogenannter Revolutionäre stets ein Mittel bleiben, einer neuen Reaktion die Wege zu ebnen.“ (Ebd.).

⁵⁶⁵Rocker, Anarchismus, S. 17.

⁵⁶⁶Rocker, Syndikalismus. Die Haltung des Anarcho-Syndikalismus zum Bolschewismus: „Wenn die Welt durch Dekrete befreit werden könnte, würde es in Rußland schon lange keine Probleme mehr geben. In seinem fanatischen Machteifer zerstörte der Bolschewismus die wertvollsten Organe einer sozialistischen Ordnung: er unterdrückte die kooperativen Gemeinschaften, die Gewerkschaften brachte er unter staatliche Kontrolle, und die Sowjets (Räte) wurden von Anfang an ihrer Unabhängigkeit beraubt. So bahnte die 'Diktatur des Proletariats' nicht den Weg in eine sozialistische Gesellschaft, sondern für den primitivsten Typus eines bürokratischen Staatskapitalismus. Er brachte einen Rückfall in politischen Absolutismus, der in den meisten Ländern schon durch die bürgerliche Revolution abgeschafft worden war.“ (Rocker, Anarchismus, S. 20).

⁵⁶⁷Zur Korruption des Sozialismus durch Parteipolitik und Parlamentarismus: „In bürgerliche Existenzbedingungen versetzt und ganz von der politischen Ideenwelt des Bürgertums umgeben, werden die Arbeiterabgeordneten aufhören, Arbeiter zu sein, und sich in Staatsmänner verwandeln, in Bourgeois, ja vielleicht sogar

Deutlich ambivalenter gestaltet sich hingegen das Verhältnis des Anarcho-Syndikalismus zu Betriebsräten, Tarifpolitik und anderen Aspekten des Klassenkompromisses. Vor allem an die Zentralgewerkschaften erging von syndikalistischer Seite durchgehend der Vorwurf, in ihrer korporatistischen Allianz mit dem Unternehmertum, dem „sozialpartnerschaftliche[n] Sabotagesystem“⁵⁶⁸, die Gefügigkeit der Arbeiter*innenklasse maßgeblich mitzuverschulden.⁵⁶⁹ Zwar wurde die anfängliche syndikalistische Position einer apodiktischen Ablehnung von Tarifkämpfen und der Beteiligung an Betriebsratswahlen mit der Zeit aufgeweicht, jedoch bleibt dieses Spannungsverhältnis bis heute ein äußerst kontroverser Punkt in der anarcho-syndikalistischen Bewegung.⁵⁷⁰

Am Genossenschaftswesen wird von syndikalistischer Stelle moniert, dass dieses ebenfalls nicht die notwendigen Voraussetzungen mitbringe, den Kapitalismus tatsächlich zu bekämpfen, zu unterminieren und schließlich die Arbeiter*innen zu ermächtigen, die gesellschaftliche Produktion zu demokratisieren. Dies sei dem Umstand geschuldet, dass sich die Genossenschaften dem Druck der Verhältnisse nur unzureichend widersetzen könnten und somit gezwungen wären, ein integraler Bestandteil der kapitalistischen Verwertungsmaschinerie zu werden, womit ihnen die *gesellschaftsumformende Potenz* abhanden komme.⁵⁷¹ „Generell jedoch räumten die Syndikalisten einem eigenen Genossenschaftswesen neben der Milderung

in noch schlimmere Bourgeois als die Bürgerlichen selbst. Denn nicht die Menschen machen die Ämter, vielmehr sind es die Ämter, die die Menschen machen.“ (Bakunin, Michail, Die Politik der Internationale, Münster 2015, S. 62f.).

„Im Sinne der Führer der modernen Arbeiterparteien wurden die vermeintlichen Ziele der Bewegung mehr und mehr mit den Interessen der Nationalstaaten vermischt, bis sie zum Schluß unfähig wurden, bestimmte Grenzen wahrzunehmen, die zwischen ihnen bestehen. Es würde ein Fehler sein, hierin einen beabsichtigten Verrat der Führer zu sehen, wie es so oft behauptet wird. Die Wahrheit ist, daß wir es hier mit einer allmählichen Angleichung an die Gedankengänge und die Normen der gegenwärtigen Gesellschaft zu tun haben, die notwendigerweise die geistige Haltung der Führer der verschiedenen Arbeiterparteien in jedem Land in Mitleidenschaft ziehen müssen. Diese Parteien, die sich einst aufgemacht hatten, die politische Macht unter der Flagge des Sozialismus zu erobern, sahen sich durch die eiserne Logik der Bedingungen gezwungen, ihre sozialistischen Überzeugungen der Politik der Nationalstaaten zu opfern.“ (Ebd., S. 17) Vgl. Rocker, Prinzipienklärung, S. 12f.; Vgl. Rocker, Anarcho-Syndikalismus, S. 77-79, S. 98f.; Vgl. Döhring, Anarcho-Syndikalismus, S. 126-128.

Dennoch müsse „das Bestreben der Arbeiter innerhalb der bestehenden staatlichen Ordnung stets darauf gerichtet sein [...], errungene politische und soziale Rechte gegen jeden Angriff der Reaktion zu verteidigen und die Summe dieser Rechte fortgesetzt zu erweitern, wo immer die Gelegenheit dazu geboten ist.“ (Rocker, Anarcho-Syndikalismus, S. 96).

„Bei aller Kritik am bürgerlich-demokratischen Staatsapparat und am Parlamentarismus machten die Syndikalisten [dennoch, A.D.] einen gewichtigen Unterschied zu politisch-diktatorischen Staaten aus. Die ersten zogen sie als kleineres Übel vor, 'weil sie wenigstens in gewisser Hinsicht die Freiheiten und Rechte ermöglicht, die für die organisatorische Tätigkeit der Arbeiter notwendig sind.'“ (Döhring, Anarcho-Syndikalismus, S. 128).

568Ebd., S. 143.

569Vgl. Ebd., S. 72f.

570Zum syndikalistischen Verhältnis zu *Betriebsräten*, *Tarifpolitik* und *Schlichtungsordnung*, siehe: Ebd., S. 94-115; Vgl. Stowasser, Anarchie, S. 368f.

571In diesem Zusammenhang ist das *Oppenheimersche Transformationsgesetz* erwähnenswert, welches besagt, dass Genossenschaften früher oder später entweder untergehen oder sich in gewöhnliche kapitalistische Unternehmen verwandeln würden. (Vgl. Notz, Theorien, S. 63-66).

von Arbeitslosigkeit und übertariflicher Bezahlung unter den Genossen gewisse Unterstützungsfunktionen in ihren Klassenkämpfen ein.“⁵⁷²

Anstelle einer solchen Fragmentierung von politischem und ökonomischem Kampf sollen hingegen „mit ökonomischen Mitteln [radikale, A.D.] gesellschaftspolitische Ziele erreicht werden. Die revolutionäre Gewerkschaft wird dabei als die passende Organisationsform, als [mesopolitischer, A.D.] Dreh- und Angelpunkt gesellschaftlicher Veränderung, angesehen“⁵⁷³, da es ihr möglich sei „aus den alltäglichen Widersprüchen heraus [zu] agieren“, gewissermaßen als Intermediär gesellschaftliche Kämpfe zusammenzuführen, womit sie sich nicht nur als äußerst massenmobilisierungstauglich erweise, sondern, da sie radikal an der materiellen, sozio-ökonomischen Basis ansetze, zugleich auch das Potenzial in sich berge, „die berüchtigte Bäckerei vielleicht doch übernehmen zu können.“⁵⁷⁴ Eine der Grundannahmen des Syndikalismus lautet also,

„dass Menschen am meisten Gegenmacht in ihrer Rolle als Produzenten von Gütern und Dienstleistungen und nicht als Bürger entfalten können. Denn 'in dieser Eigenschaft sind sie nicht nur in der Lage, ihre Arbeitskraft zurückzuhalten, sondern auch die Produktionsmittel und die Verteilung demokratisch zu übernehmen.' In ihrer Rolle als Bürger, in der sie vermeintlich gleich und frei wären, sind sie überwiegend auf indirekte politische Betätigung zurückgeworfen, die den Hebel nicht an der gesellschaftlichen Basis ansetzt. Eine nachhaltige Veränderung der Gesellschaft ist jedoch im Wesentlichen eine materiell-ökonomische Angelegenheit.“⁵⁷⁵

Wie die anarcho-syndikalistische Transformationsstrategie dies konkret umzusetzen gedenkt, ist Gegenstand der folgenden Ausführungen.

572Döhring, Anarcho-Syndikalismus, S. 188.

573Marcks, Langweiligste.

574Marcks, Skizze II. „Die Transformation der Gesellschaft soll somit *radikal* sein, also an ihren Wurzeln, an der *sozioökonomischen Basis* erfolgen. Orientiert man sich an Marx' Basis-Überbau-Schema, wonach die ökonomische Basis den Überbau einer Gesellschaft bestimme, so lässt sich getrost behaupten, die Syndikalisten haben die Revolutionstheorie des politischen Marxismus – wonach der Staat erobert werden müsse, um die ökonomische Basis umzugestalten – vom Kopf auf die Füße gestellt.“ (Marcks, Langweiligste).

575Ebd. „Die Syndikalisten sind der Meinung, daß politische Parteien, welchem Ideenkreise sie auch angehören, niemals imstand sind, den sozialistischen Aufbau durchführen zu können, sondern daß diese Arbeit nur von den wirtschaftlichen Kampforganisationen der Arbeiter geleistet werden kann. Aus diesem Grunde erblicken sie in der Gewerkschaft keineswegs ein vorübergehendes Produkt der kapitalistischen Gesellschaft, sondern die Keimzelle der zünftigen sozialistischen Wirtschaftsorganisation.“ (Rocker, Prinzipienklärung, S. 11).

„Das Schwergewicht der Arbeiterbewegung ist also nicht die politische Partei, sondern die im täglichen Kampfe gestählte und von einem sozialistischen Geiste durchdrungene Gewerkschaft. Nur auf dem Gebiete der Wirtschaft sind die Arbeiter imstande, ihre eigentliche gesellschaftliche Stärke zu entfalten, denn es ist ihre Tätigkeit als Produzenten, welche das ganze soziale Gebäude zusammenhält, ja die Existenz der Gesellschaft überhaupt verbürgt. Auf jedem anderen Gebiete kämpfen sie auf fremder Erde und reiben ihre Kräfte in hoffnungslosem Ringen auf, das sie dem Ziel ihrer Wünsche um kein Jota näher bringt.“ (Rocker, Anarcho-Syndikalismus, S. 81).

4.1.3.1 Strategie

Der Anarcho-Syndikalismus ging nie davon aus, dass ein emanzipatorischer Wandel abrupt, ohne langwierige und zielgerichtete – im Einklang mit den Prinzipien der angestrebten Gesellschaftsvision stehende – Vor- und Aufbauarbeit (*Konstruktiver Sozialismus*) herbeigeführt werden könnte, womit er den heutigen Diskurs um Transformationstheorien – *Präfiguration* und *Keimformen* – schon vor über 100 Jahren maßgeblich antizipierte: „Die libertären Syndikate verstanden sich als Keimzelle der neuen Gesellschaft, als ihr verkleinertes Abbild, in dem sich schon in der Gegenwart ansatzweise die Lebensformen der Zukunft entwickeln sollten.“⁵⁷⁶

Den Syndikaten komme dabei eine doppelte Funktion zu: (1) Die Führung von alltäglichen Kämpfen zur konkreten Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen.⁵⁷⁷ (2) Als „Schule der Revolution“⁵⁷⁸ die Arbeiterschaft mit der technischen Verwaltung der Produktion und dem Wissen um wirtschaftliche Zusammenhänge vertraut zu machen, um „sie darauf vorzubereiten, den sozio-ökonomischen Organismus in ihre Hände zu nehmen und nach sozialistischen Prinzipien zu gestalten“⁵⁷⁹. Und zugleich „als Embryo der kommenden Gesellschaft“ sukzessive die Strukturen der Zukunft aufzubauen, indem sie Produktion und

⁵⁷⁶Stowasser, Anarchie, S. 370. „Wir müssen schon heute, im Schoße der alten Gesellschaft, die Elemente zu entwickeln suchen, die für Aufbau und Erneuerung der Gesellschaft notwendig sind.“ (Rocker, Rudolf, Nachbarn der Anarchisten, in: Rudolf Rocker, Aufsatzsammlung Band 1. 1919-1933, Frankfurt am Main 1980, S. 107 S. 99).

„In der Zukunft wird nichts sein, was wir nicht in der Gegenwart mindestens schon erfaßt und keimhaft verwirklicht haben. Von jeder mechanischen Denkweise müssen wir uns gründlich frei machen. [...] Man hatte – ob sozialdemokratisch oder bolschewistisch, das lief im Endeffekt auf dasselbe hinaus – nur an die Eroberung der Macht gedacht und stand, nachdem man sie gewonnen oder in den Schoß geworfen bekommen hatte, den Verhältnissen und Ereignissen praktisch vollkommen planlos und infolgedessen trotz aller politischen Macht doch machtlos gegenüber.“ (Rüdiger, Zukunftsaufgaben).

„Das Andeuten oder Aussprechen von Prinzipien der sozialistischen Wirtschaft bedeutet [jedoch, A.D.] noch keineswegs, daß man eine solche auch wirklich zu organisieren weiß. Möglichst klare Vorstellungen aber vom erstrebten wirtschaftlichen Ziel braucht unsere Agitation. Unsere ganze Gegenwartsarbeit muß im Sinne unserer Ziele geleistet werden. Eine große Zukunftsklarheit der Arbeiterbewegung kann ungeheuer befruchtend wirken. [...] Die Massen wollen ohne Zweifel, wenn sie sich einer sozialen Bewegung anschließen, gesagt oder gezeigt bekommen, was diese Bewegung im Endresultat will. Je klarer sie das sagen kann, um so besser ist es.“ (Ebd.).

„Wir müssen aufhören die Geschichte der Menschheit so zu betrachten, als ob wirtschaftliche Abschnitte und Systeme bis zu einem bestimmten Tage dauern und dann plötzlich durch neue, womöglich ganz entgegengesetzte Wirtschaftsformen abgelöst werden könnten. So liegen die Dinge nicht; Revolutionen spielen im Leben der Gesellschaft, so notwendig sie sind, nur dieselbe Rolle, die die Geburt bei den Säugetieren ausfüllt. Geburten sind blutige und gewissermaßen gewaltsame Ereignisse; ohne sie gäbe es kein neues Leben; aber Geburten könnten nicht stattfinden, wenn nicht ein neues Lebewesen, ein ganz neuer Organismus sich bis zu einem gewissen Grade schon im Mutterleibe entwickelt hätte. Dieser neue Organismus muß alle Merkmale und Entwicklungslinien des reifen Lebewesens schon in sich und an sich tragen; nur daß alles im keimhaften Zustande und in primitiver Form vorhanden ist. Eine Revolution hat nur dann Sinn, wenn sie einen neuen sozialen Zustand gebären kann. Der aber muß vorbereitet sein.“ (Ebd.).

⁵⁷⁷Vgl. Ebd., S. 369; Vgl. Rocker, Anarcho-Syndikalismus, S. 80.

⁵⁷⁸Marcks, Langweiligste.

⁵⁷⁹Rocker, Anarchismus, S. 18.

Konsumption „nach den Prinzipien des Föderalismus und der Partizipation“ reorganisierten und zu diesem Zweck „bereits in der Gegenwart eigene alternative Wirtschaftsstrukturen integrieren.“⁵⁸⁰

In der Dialektik von alltäglichem Klassenkampf und zielgerichteter, langfristig orientierter Transformationspraxis werde damit der Widerspruch von Reform und Revolution aufgehoben.⁵⁸¹ Demnach sei die Gewerkschaft also

„keineswegs eine vorübergehende Erscheinungsform, die an den Bestand der kapitalistischen Gesellschaft gebunden ist, sondern die Keimzelle der sozialistischen Wirtschaft der Zukunft, die elementare Schule des Sozialismus überhaupt. Jedes neue soziale Gebilde schafft sich seine Organe im Schoße des alten Organismus. Ohne diese Voraussetzung ist jede gesellschaftliche Entwicklung undenkbar. Auch Revolutionen können bloß die Keime entwickeln und zur Reife bringen, die bereits vorhanden [...] sind; aber sie können diese Keime nicht selber schaffen und aus dem Nichts neue Welten gebären. Deshalb gilt es, diese Keime schon jetzt zu pflanzen und möglichst stark zur Entfaltung zu bringen, um das Werk der kommenden sozialen Umgestaltung leichter zu gestalten und seinen Bestand zu sichern.“⁵⁸²

Damit erscheint auch das – oftmals oberflächlich kritisierte⁵⁸³ – anarchistische Credo der *Spontaneität* in einem anderen Licht. Es handelt sich hierbei also keineswegs um den unbedarften, rein idealistischen Glauben an die losgelöste Schöpfungskraft der Spontaneität in der Revolution, sondern es geht vielmehr darum, einem spontanen Handeln erst durch vorausgehende, langwierige Konstruktionsarbeit – durch die interdependente Transformation des Bewusstseins und der materiellen Strukturen⁵⁸⁴ – den Boden zu bereiten.⁵⁸⁵

580Marcks, Langweiligste.

581„Zwischen Reformen selbst und einer Revolution besteht aber kein Widerspruch. Im Gegenteil. Wohl kein Syndikalist ist der Meinung, mit alltäglichen Kämpfen um konkrete Verbesserungen ließen sich schrittweise der Kapitalismus ablösen und der Sozialismus einführen. Das Konzept, an den konkreten Interessen anzusetzen, dient vielmehr der Aktivierung. Es bindet die Menschen an eine revolutionäre Organisation; in ihren alltäglichen Kämpfen werden kollektive Erfahrungen gemacht und spitzt sich das Alltagsbewusstsein zum Klassenbewusstsein zu. In solch einer Bewegung entsteht eine Parallelität von Kämpfen, die sich gegenseitig befruchten und sich letztendlich zu einer revolutionären Entwicklung verdichten können. Fast jede revolutionäre Situation in der Geschichte war die Kulmination einer Reihe von ganz konkreten Kämpfen. Diese Tatsache darf man nicht vergessen. Darin besteht die Dialektik von Tageskampf und Revolution.“ (Ebd.).

582Rocker, Anarcho-Syndikalismus, S. 82.

583Vgl. Sutterlütti/Meretz, Kapitalismus, S. 77f.; Vgl. Wright, Utopien, S. 216.

584„Zwischen dem Menschen und seiner sozialen Umgebung besteht ein wechselseitiger Aktionsbezug. Die Menschen machen die Gesellschaft zu dem, was sie ist, und die Gesellschaft macht die Menschen zu dem, was sie sind, und das Ergebnis ist folglich ein Teufelskreis. Um die Gesellschaft zu verändern, müssen die Menschen geändert werden, und um die Menschen zu ändern, muß die Gesellschaft geändert werden. [...] Der Fortschritt der Menschen und ihrer Umgebung muß gleichzeitig und parallel zueinander verlaufen.“ (Malatesta, Errico, Ein anarchistisches Programm, in: Achim von Borries u. Ingeborg Weber-Brandies (Hg.), Anarchismus. Theorie – Kritik – Utopie, Heidelberg 2013, S. 235f.).

585„The phrase 'spontaneous revolutionary action' can be misleading. The anarchosyndicalists, at least, took very seriously Bakunin's remark that the workers' organizations must create 'not only the ideas but also the facts of the future itself' in the prerevolutionary period.“ (Chomsky, Noam, On Anarchism, London 2014, S. 16).

4.1.3.2 Institutionen und Strukturen des Syndikalismus

„Nichts, was die Arbeiter nicht auch organisieren könnten!“⁵⁸⁶

Im präfigurativen Einklang mit der libertär-sozialistischen, emanzipatorischen Zielperspektive könne eine syndikalistische Struktur „nur von 'unten nach oben'“⁵⁸⁷, auf föderalistischer Grundlage, organisiert sein. Das bedeutet, dass die Basiseinheiten über ein größtmögliches Maß an Selbstbestimmung verfügen: „Ein Grundprinzip des Anarcho-Syndikalismus ist die Autonomie der lokalen Gruppen und Syndikate. Es gibt keine Zentrale, die darüber entscheidet, was die jeweiligen Syndikate zu tun haben. [...] Sämtliche die Arbeit und Funktion der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft vor Ort betreffenden Dinge regelt diese selbst.“⁵⁸⁸ Neben dem anti-hierarchischen Aspekt – Vorbeugung einer Koordinator*innenklasse – und der Ermöglichung eines schnelleren und flexibleren Agierens vor Ort,⁵⁸⁹ bezwecke dies zugleich auch eine größere Resilienz gegenüber Repressionen und Korruption, da hierdurch das produktive Fortbestehen der Organisation nicht von einer angreifbaren Zentrale abhängig sei.⁵⁹⁰

Zur Koordination auf übergreifender Ebene schließen sich die selbstverwalteten Einheiten zu Föderationen zusammen: „Eine 'Regierung' kann nie revolutionär sein, sondern muß immer reaktionär wirken. Der wahre, freie Sozialismus ist nur durch die lebendige Mitarbeit aller möglich, und zwar nur auf föderativer Basis. Nur der Föderalismus garantiert Freiheit und Fortschritt.“⁵⁹¹ Seinen adäquaten institutionellen Ausdruck finde dies in einem demokratischen Rätssystem,⁵⁹² in welchem die Delegierten durch imperatives Mandat⁵⁹³ an die Be-

586Kropotkin, Peter, Syndikalismus und Anarchismus, in: https://www.fau.org/materialien/historisches/art_080531-175638 (abgerufen am 08.06.2022).

587Degen/Knoblauch, Anarchismus, S. 198.

588Veith, Gewerkschaft, S. 27.

589„Einer Bewegung aber, deren ganze Existenz auf rasches Handeln in jedem günstigen Moment und auf das selbständige Tun und Denken ihrer Anhänger angewiesen ist, muß der Zentralismus direkt zum Fluch werden, indem er ihre Entschlusskraft lähmt und jedes unmittelbare Handeln systematisch unterbindet. Wenn zum Beispiel, wie dies in Deutschland der Fall war, jeder lokale Streik zuerst von der Zentrale genehmigt werden muß, die oft hunderte von Meilen vom Orte entfernt und meistens gar nicht in der Lage ist, die lokalen Bedingungen richtig beurteilen zu können, so darf man sich nicht wundern, wenn durch die Schwerfälligkeit des Apparates ein rasches Eingreifen fast unmöglich ist“ (Rocker, Anarcho-Syndikalismus, S. 84).

590Vgl. Ebd.

591Barwich, Franz, Der kommunistische Aufbau des Syndikalismus, in: Franz Barwich et al. (Hg.), Arbeiter-selbstverwaltung - Räte - Syndikalismus, Berlin 1973, S. 48; Vgl. Rocker, Anarcho-Syndikalismus, S. 82f.

592„Eine sozialistische Wirtschaftsordnung, in welcher die gesamte Verwaltung der gesellschaftlichen Produktion und Verteilung in den Händen des werktätigen Volkes liegt, kann sich niemals innerhalb der starren Grenzen eines politischen Zwangsapparates durchsetzen, sie muß ihre natürliche politische Ergänzung vielmehr direkt in den Betrieben, in den verschiedenen Zweigen der industriellen und landwirtschaftlichen Berufe haben und findet im Rätssystem ihren vollendeten Ausdruck.“ (Rocker, Syndikalismus).

593„Statt hierarchischem Aufbau soll die Entscheidungsgewalt auf unterer, lokaler Ebene bleiben, so dass die Mitglieder nicht ihre Freiheit an die Organisation veräußern, sondern sie miteinander teilen. Als entscheidendes Instrument gilt das Prinzip des imperativen Mandates, wonach die Entscheidungen ausschließlich von der

schlüsse der Basis gebunden seien. Jenes untergliedert sich wiederum in *Arbeitskartelle* – beziehungsweise *Arbeiter*innenbörsen*⁵⁹⁴ – und *Industrieföderationen*:

Nach Rocker schließen sich demnach die Arbeiter*innen jedes Ortes dem jeweiligen Syndikat ihres spezifischen Berufes an. Die Syndikate sämtlicher Berufsgruppen einer Stadt oder eines ländlichen Distrikts bildeten zusammen wiederum ein *Arbeitskartell* respektive eine *Arbeiter*innenbörse*. Diese stellten „den Mittelpunkt der lokalen Propaganda und Erziehungsarbeit [dar, A.D.]; sie schweißen die Arbeiter als Klasse zusammen und verhindern das Aufkommen jedes engherzigen Fachgeistes“⁵⁹⁵ und sollen damit in Zeiten lokaler Arbeitskämpfe das solidarische Zusammenwirken der gesamten Arbeiterschaft eines entsprechenden Gebietes gewährleisten. Darüber hinaus spielten diese auch eine wichtige kulturelle Rolle.⁵⁹⁶ Die nach Distrikten und Regionen föderierten Arbeitskartelle bildeten in ihrer Gesamtheit wiederum die *Landesföderation der Arbeitskartelle/Arbeiter*innenbörsen*. Ihr komme die Aufgabe zu, die Verbindung zwischen den (geographischen) Räte-Ebenen aufrechtzuerhalten, „die Arbeitsbeschaffung der Mitglieder der verschiedenen Organisationen nach gemeinschaftlichen Richtlinien“⁵⁹⁷ zu koordinieren und den unteren Ebenen bei Bedarf zu Hilfe zu kommen.

Darüber hinaus föderierten sich alle Syndikate derselben Berufsgruppe auf übergeordneter Ebene zu Berufsverbänden, wobei sich diese wiederum auf nächst höherer Ebene mit den jeweils verwandten Berufsverbänden vereinigten. Gemeinsam bildeten sie die allgemeinen *Industrieverbände*. Deren primäre Aufgabe sei es, „Forderungen des täglichen Kampfes zwischen Kapital und Arbeit aufzustellen und alle Kräfte für die gemeinsame Aktion zu vereinheitlichen.“⁵⁹⁸ Dazu gehöre beispielsweise auch, Solidaritätsstreiks verschiedener Berufszweige zu koordinieren.

„Auf diese Weise bilden die *Föderation der Arbeitskartelle* und die *Föderation der Industrieverbände* die beiden Pole, um die sich das ganze Leben der Gewerkschaften dreht. Eine solche Form der Organisation gibt den Arbeitern nicht nur jede Möglichkeit zum direkten Handeln in ihren unmittelbaren Kämpfen ums tägliche Brot, sie bietet ihnen auch die nötigen Voraussetzungen, im Falle einer revolutionären Krise aus eigener Kraft und ohne fremde Vermittlung eine Reorganisation des sozialen Lebens im Sinne des Sozialismus vorzunehmen [Hervorhebungen, A.D.].“⁵⁹⁹

Basis nach oben zu delegieren und gewählte Funktionäre jederzeit absetzbar sind.“ (Marcks, Langweiligste) Vgl. Veith, Gewerkschaft, S. 20; Vgl. Chomsky, Relevance, S. 137.

594„Im Frankreich des ausgehenden 19. Jahrhunderts entwickelten sich die 'Bourses du travail' ('Arbeitsbörsen'). Dies waren kommunal und regional gesponserte Gewerkschaftshäuser auf lokaler Ebene, in denen sich Arbeitsvermittlung, Bibliothek, Versammlungsräume und andere Selbstverwaltungsstrukturen befanden. Sie entwickelten sich schließlich als Föderation zu organisatorischen Kernelementen einer autonomen Arbeiterbewegung.“ (Döhring, Anarcho-Syndikalismus, S. 21).

595Rocker, Anarcho-Syndikalismus, S. 84.

596Vgl. Döhring, Anarcho-Syndikalismus, S. 22.

597Rocker, Anarcho-Syndikalismus, S. 85.

598Rocker, Anarchismus, S. 19.

599Rocker, Anarcho-Syndikalismus, S. 85.

Wäre nun der Bruch mit dem Bestehenden vollzogen und

„die Arbeiter vor das Problem des sozialistischen Aufbaues gestellt, so würde sich jede *Arbeiterbörse* in eine Art lokales statistisches Büro verwandeln, und sämtliche Häuser, Lebensmittel, Kleider usw. unter ihre Verwaltung nehmen. Die Arbeiterbörse hätte die Aufgabe, den Konsum zu organisieren [...].

Die *Industrieverbände* ihrerseits hätten die Aufgabe, durch ihre lokalen Organe und mit Hilfe der Betriebsräte⁶⁰⁰ sämtliche vorhandenen Produktionsmittel, Rohstoffe usw. unter ihre Verwaltung zu nehmen und die einzelnen Produktionsgruppen und Betriebe mit allem Notwendigen zu versorgen. Mit einem Worte: *Organisation der Betriebe und Werkstätten durch die Betriebsräte; Organisation der allgemeinen Produktion durch die industriellen und landwirtschaftlichen Verbände; Organisation des Konsums durch die Arbeiterbörsen* [Hervorhebungen, A.D.].⁶⁰¹

Hier wird überdeutlich, wie stark die anarcho-syndikalistische Vision einer sozialistischen Wirtschaftsdemokratie mit dem Modell einer Partizipatorischen Ökonomie korrespondiert – auch wenn letztere als Alternativkonzeption durchweg mehr Tiefenschärfe zu bieten hat: In beiden Modellen verwalten die Arbeiter*innen ihre Betriebe selbstständig, beziehen vergesellschaftete Produktionsmittel und föderieren sich in einem Rätssystem auf höheren Ebenen. Die föderierten *Industrieverbände* des Syndikalismus entsprechen – sowohl in ihrer Gestalt, als auch in ihren grundlegenden Aufgaben – weitgehend den *Industrieföderationen* einer Partizipatorischen Ökonomie, während die *Arbeitskartelle/Arbeiter*innenbörsen* des Syndikalismus in ihrer finalen Funktion eklatante Ähnlichkeiten zu den *Nachbarschafts-/Konsument*innenräten* einer Partizipatorischen Ökonomie aufweisen. Ebenso sehen beide Konzepte eine demokratische Planwirtschaft vor.⁶⁰² Diese eklatanten Parallelen manifestieren sich auch und vor al-

600 Gemeint sind hier *Arbeiter*innenräte*.

601 Rocker, Prinzipienklärung, S. 11.

602 Wobei hier angemerkt werden muss, dass die anarcho-syndikalistische Vorstellung von Wirtschaftsplanung nicht systematisch ausgearbeitet wurde und sich manche Äußerungen hierzu als überaus defizitär erweisen.

Rocker bleibt hier noch sehr unspezifisch, wenn er lediglich davon spricht, die „Vereinigung freier Menschengruppen auf der Basis kooperativer Arbeit und einer planmäßigen Verwaltung der Dinge im Interesse der Gemeinschaft anzubahnen.“ (Rocker, Anarcho-Syndikalismus, S. 94) Auch an anderer Stelle ist bei ihm bloß die Rede von der „Übernahme der Verwaltung aller Betriebe durch die Produzenten selbst und zwar in der Form, dass die einzelnen Gruppen, Betriebe und Produktionszweige selbständige Glieder des allgemeinen Wirtschaftsorganismus sind, die auf Grund gegenseitiger und freier Vereinbarungen die Gesamtproduktion und die Verteilung der Produkte im Interesse der Allgemeinheit planmäßig führen und gestalten.“ (Ebd., S. 85) Vgl. Rocker, Prinzipienklärung, S. 11.

Bei Gerlach trägt dies schon deutlich problematischere Züge, wenn er recht unbedarft eine zentralisierte Planung andeutet: „Mit zunehmender wirtschaftlicher Verflechtung gewinnt [...] der Gedanke gesamtwirtschaftlicher Planung durch zentrale gewerkschaftliche Organe an Boden. Exakte Untersuchungen über Wirtschaftsrechnungen und Planung gibt es kaum. Die Lenkung der Wirtschaft erscheint den Syndikalisten als eine mittels der Statistik relativ leicht zu bewältigende Aufgabe. Sie legen das Schwergewicht auf die [...] Probleme der Arbeiterverwaltung der Produktion.“ (Gerlach, Erich, Syndikalismus, in: Franz Barwich et al. (Hg.), Arbeiterselbstverwaltung - Räte - Syndikalismus, Berlin 1973, S. 65).

Hahnel hat mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass eine schlecht konstruierte deliberativ-demokratische Planung der Partizipation/Selbstverwaltung in ähnlicher Weise abträglich sein könne wie die autoritäre Zentralplanung: „Authoritarian planning discourages worker and consumer participation because it disenfran-

lem in den zeitgenössische Weiterentwicklungen des klassischen syndikalistischen Grundkonzepts.⁶⁰³

4.1.3.3 Direkte Aktion

„Freiheiten und Rechte sind den Völkern nie geschenkt worden; sie mussten sie sich immer nehmen!“⁶⁰⁴

„Die Lebensbedingungen der Arbeiter [erfahren keine wesentlichen Veränderungen], wenn sie diese nicht selbst den besitzenden Klassen durch direkte Aktionen abzwängen.“⁶⁰⁵

Das Mittel der Wahl – oder besser gesagt: der Methodenkasten – des Syndikalismus zur Durchsetzung seiner Ziele stellt die sogenannte *Direkte Aktion* dar. Hierdurch sollen nicht nur tagespolitische Etappenforderungen wie eine Verkürzung der Arbeitszeit⁶⁰⁶, die Durchsetzung eines Einheitslohns⁶⁰⁷ sowie generell bessere Arbeitsbedingungen⁶⁰⁸ erkämpft werden. Mit dieser Methode solle – nach ausreichendem präfigurativem Aufbau – schließlich auch der finale Bruch eingeleitet werden können.⁶⁰⁹ *Direkte Aktion* bedeutet dabei soviel wie „die eigenen Interessen selber zu verhandeln und ohne externe Vermittlungsinstanzen zügig durchzusetzen.“ Zu letzteren „zählen beispielsweise gesetzliche Betriebsräte, Schlichtungskommissionen und zentralistisch-sozialpartnerschaftlich ausgerichtete Gewerkschaften samt deren Führungsgremien. Stattdessen werden die Kämpfe und Verhandlungen von den in den syndikalistischen Industrieverbänden organisierten Mitgliedern selber geführt und kontrolliert.“⁶¹⁰ Die „Wahl zwischen direkter Aktion und indirekter Aktion ist [damit, A.D.] immer auch die Wahl zwischen Selbstvertretung und Stellvertretung, zwischen selbst handeln und handeln lassen.“⁶¹¹

chises them. But poorly designed systems of democratic planning might continue to discourage worker and consumer participation in a different way. There is a serious danger that some forms of democratic planning can discourage participation on the part of ordinary workers and consumers by requiring them to engage in too much negotiation with others, especially if most of these negotiations are conducted by representatives and information necessary to make informed decisions quickly is lacking.“ (Hahnel, *Democratic Economic Planning*, S. 211). Ausführlich hierzu, siehe: Ebd., S. 211-214.

603 Ein zeitgemäßes syndikalistisches Transformationsmodell liefert beispielsweise Marcks, indem er die klassischen syndikalistischen Strukturen um den angeschlossenen Aufbau genossenschaftlicher/selbstverwalteter Betriebe ergänzt, welche sich gemeinsam in einer umfassenden *Wirtschaftsföderation* zusammenschließen würden. (Vgl. Marcks, Holger, *Hand in Hand. Das Konzept der Wirtschaftsföderation als Baustein einer syndikalistischen Transformationsstrategie*, in: *Direkte Aktion* 193, 2009, S. 13).

604 Rucker, *Anarcho-Syndikalismus*, S. 98.

605 Kropotkin, *Syndikalismus*.

606 Vgl. Döhring, *Anarcho-Syndikalismus*, S. 76, S. 81.

607 Vgl. Ebd., S. 81f.

608 Vgl. Ebd., S. 82.

609 Vgl. Ebd., S. 83; Vgl. Stowasser, *Anarchie*, S. 369f.

610 Döhring, *Anarcho-Syndikalismus*, S. 84.

611 Stowasser, *Anarchie*, S. 375.

Demnach stellen die Kampfformen der Direkte Aktion also ein

„direktes Eingreifen in die ökonomischen und sozialen Zusammenhänge ohne den Umweg über eine Partei und den Staat (indirekte Methodik) [dar, A.D.]. Verstanden als Gegenkonzept zu einer Politik der Stellvertretung, sollen Menschen unmittelbar zur Durchsetzung ihrer Interessen tätig werden, z.B. in Form von Streiks (auch politischen). Durch diese real-ökonomische 'Repräsentation der Arbeit' behält die Arbeiterklasse ihre Autonomie und macht sich nicht von Parteiapparaten abhängig, so dass sie den revolutionären Prozess jederzeit selbst bestimmt. [...] Dieser an den unmittelbaren Interessen orientierte Ansatz markiert denn auch den wesentlichen Unterschied von einer revolutionären Organisation *auf sozialer Basis* zur politisch-ideologischen Organisationsform. Der Syndikalismus sieht darin die Möglichkeit, breite Massen in ein revolutionäres Projekt zu integrieren, sie zu aktivieren und emanzipatorische Potentiale freizusetzen. [...] Nicht zuletzt ist das Konzept direkter Aktion auch als effizientere Methode anzusehen, im Vergleich z.B. zur langwierigen parlamentarischen Tätigkeit, die Verbesserungen – wenn überhaupt – meist erst nach einem Erlangen von Mehrheiten zulässt. [...] Oder anders ausgedrückt: Was sind schon eintausend Demonstranten gegen eintausend Streikende? Die 'syndikalistische Artikulation' ist dabei durchaus ein Mittel, das nicht nur in rein ökonomischen Belangen, sondern auch auf anderen sozialen Kampffeldern (Ökologie, Anti-Militarismus usw.), zum Einsatz kommen kann.“⁶¹²

Das Repertoire an Kampfformen reicht dabei von *lokalen Streiks* – wie beispielsweise Mietstreiks⁶¹³ –, *passiver Resistenz*⁶¹⁴, über *Sabotage*⁶¹⁵ und *Boykott*⁶¹⁶, *Sympathie- und Solidaritätsstreiks*⁶¹⁷ bis hin zum schlagkräftigsten Mittel im Arsenal: dem berüchtigten *Generalstreik*⁶¹⁸, welcher schlussendlich als Initialzündung auch die, sich der alten Verhältnisse entle-

612Marcks, Langweiligste.

613„Diese konnten die Einstellung sowohl der Mietzahlungen als auch der Abgaben für Strom- und Wasserversorgung beinhalten. In Barcelona war die syndikalistische Bewegung so stark, dass sie sich den Zwangsraumungen auch militant und über mehrere Monate hinweg widersetzen konnte. Wurde den Bewohnern die Stromversorgung entzogen, stellten die Kollegen der CNT in den Versorgungsbetrieben sie wieder an. Dieses System funktionierte 1932 in größerem Rahmen: 'Die CNT hatte in Barcelona eine lokale Kommission für ökonomischen Kampf gegründet, um die angespannte Situation zu nutzen und einen Generalstreik der Mieter, einen Zahlungsboykott der Strom- und Gasrechnungen, sowie eine Senkung der Lebenshaltungskosten, d.h. der Preise, vorzubereiten.'“ (Döhring, Anarcho-Syndikalismus, S. 85).

614*Passive Resistenz* werde vornehmlich dort angewendet, wo sich die Arbeiter*innen noch nicht dazu in der Lage sehen würden, einen Streik durchzuführen. Trotz formaler Betretung des Arbeitsplatzes umfasse diese Methode das absichtliche Langsamarbeiten oder das Vortäuschen einer Arbeitsleistung, um die Kapitalist*innen zu Zugeständnissen zu bewegen. (Vgl. Ebd., S. 86).

615„Ein Motto der *Sabotage* lautete: 'Schlechte Arbeit für schlechten Lohn!' [...] Sabotage konnte sich sowohl auf das Arbeitsprodukt beschränken und darauf, dass die Arbeitsgeräte vorübergehend unbrauchbar gemacht werden, um Streikbruch zu behindern (kleine Sabotage). Größere Sabotageakte, beispielsweise das Zerstören von Maschinen, hatten derweil längerfristigen Schaden im Betrieb zur Folge. Dieses Mittel wurde bei der Zuspitzung von Klassenkämpfen oder für Krisenzeiten in der Rüstungsproduktion nahe gelegt, um bei Kriegsgefahr Menschenleben zu retten [Hervorhebungen, A.D.]“ (Ebd., S. 86f.).

616Mittels *Boykott-Kampagnen* soll in betrieblichen Auseinandersetzungen öffentlicher Druck auf die Unternehmenseite ausgeübt werden, um sie hiermit zu Konzessionen zu zwingen. Dabei spielten die gewerkschaftlich angeschlossenen Konsument*innenorganisationen eine entscheidende Rolle. (Vgl. Ebd., S. 87f.).

617Zur Notwendigkeit des *Sympathiestreik* respektive *Solidaritätsstreiks* – gerade auch in Anbetracht eines globalisierten Kapitalismus – siehe: Rocker, Anarcho-Syndikalismus, S. 102.

618„Ihren stärksten Ausdruck findet die direkte Aktion der Arbeiterschaft im *Generalstreik*, das heißt, in der Arbeitseinstellung aller Produktionszweige durch den organisierten Widerstand des Proletariats, mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen. Er ist die mächtigste Waffe, welche den Arbeitern überhaupt zur Verfü-

digende, soziale Revolution einzuleiten vermöge, „an deren Ende die Menschen als Produzenten und als Konsumenten in einer klassenlosen, nach föderalistischen Grundsätzen aufgebauten Gesellschaft leben sollen.“⁶¹⁹

Eben diese Kampfmethoden wurden „im Vorfeld der Spanischen Revolution von 1936“ dazu eingesetzt, „die staatliche Verwaltung und Kontrolle weiter Landesteile aus[zu]hohlen und überflüssig [zu] machen“⁶²⁰, um daraufhin eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nach libertär-sozialistischen Maßstäben zu verwirklichen – eine Revolution, welche bis heute als Sternstunde des Anarcho-Syndikalismus angesehen wird.

4.1.4 Praxisbeispiel: Spanische Revolution

Die spanischen Verhältnisse des beginnenden zwanzigsten Jahrhunderts waren von brodelnden Klassengegensätzen geprägt. Schon seit Jahrzehnten gab es in regelmäßigen Abständen immer wieder Ausschreitungen, Streikwellen und deren blutige Niederschlagung durch die Staatsgewalt. Ein am 17. Juli 1936 lancierter Putschversuch faschistischer Offiziere zum Sturz der noch jungen Zweiten Spanischen Republik (1931-1939) brachte schließlich das Fass zum Überlaufen und den revolutionären Stein ins Rollen.⁶²¹

In kürzester Zeit überzog ein Generalstreik das Land. Bewaffnete Arbeiter*innenmilizen richteten vielerorts Barrikaden und stellten sich den Putschisten kämpfend entgegen. „Eine Hauptrolle spielten dabei anarcho-syndikalistische und sozialistische Gewerkschaften,“⁶²² die, ohne die Weisungen des handlungsunfähigen bürokratischen Staatsapparates abzuwarten, unverzüglich alle zur Verfügung stehenden Kräfte gegen den Militäraufstand mobilisierten. Mit diesem beherzten, spontanen Aufbegehren der werktätigen Bevölkerung – vor allem im industrialisiertesten Landesteil Katalonien – wurde der Putschversuch in weiten Teilen Spaniens er-

gung steht und ihre Stärke als gesellschaftlicher Faktor am umfassendsten zum Ausdruck bringt. [...] Die große Bedeutung des Generalstreiks liegt darin, dass er mit einem Schlage das gesamte wirtschaftliche System zum Stillstand bringt und bis in seine tiefsten Fundamente erschüttert. Dabei ist eine solche Aktion keineswegs von der praktischen Bereitschaft aller Arbeiter abhängig, wie ja auch nie bei einer politischen Umwälzung alle Bürger eines Landes beteiligt waren. Es genügt, dass die organisierte Arbeiterschaft die wichtigsten Industrien abstellt, um den ganzen wirtschaftlichen Mechanismus lahmzulegen, der ohne die tägliche Heranschaffung von Kohlen, elektrischer Kraft und Rohstoffen jeglicher Art nicht funktionieren kann [Hervorhebungen, A.D.]“ (Ebd., S. 102-104).

619Döhring, Anarcho-Syndikalismus, S. 90.

620Ebd., S. 93.

621Vgl. Collado Seidel, Carlos, Der Spanische Bürgerkrieg. Geschichte eines europäischen Konflikts, 3. Aufl., München 2016, S. 15-79; Vgl. Beevor, Antony, Der Spanische Bürgerkrieg, München 2006, S. 17-97; Vgl. Bernecker Walther L., Der Spanische Bürgerkrieg. Materialien und Quellen, 2. Aufl., Frankfurt am Main 1986, S. 13-16, S. 49-60; Vgl. Bernecker, Walther L., Kampf der Erinnerungen. Der Spanische Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft 1936-2008, 4. Aufl., Nettersheim 2008, S. 24.

622Koechlin, Heiner, Die Tragödie der Freiheit. Spanien 1936-1937. Die Spanische Revolution. Ideen und Ereignisse, Berlin 1984, S. 33.

folgreich zurückgeschlagen und zwei Drittel des spanischen Territoriums unter republikanischer Kontrolle gehalten.⁶²³

„Nach dem Sieg über den aufständischen General Godeu fiel den Anarchisten, die den entscheidenden militärischen Einsatz geleistet hatten, die effektive Macht in Barcelona und einem guten Teil Kataloniens zu.“⁶²⁴ Anstatt es jedoch hiermit bewenden zu lassen, machten sie sich das Machtvakuum und revolutionäre Momentum zunutze: In den befreiten Gebieten übernahmen vielerorts syndikalistische Revolutionskomitees jene militärischen und wirtschaftlichen Funktionen, die sich zuvor in Händen des nunmehr brachliegenden Staatsapparates befunden hatten. Dort wo dies geschah, wurde eine grundlegende Reorganisation der alten Strukturen vollzogen. „Die Revolution war [...] in vollem Gange.“⁶²⁵ Es ging um nicht weniger als die „[...] vollständige Abschaffung der bestehenden kapitalistischen Ordnung“⁶²⁶ auf libertär-sozialistischem Wege. Die Losung lautete: „Basisdemokratie, Arbeiterselbstverwaltung, Föderalismus, soziale Gleichheit, Vergesellschaftung der Ökonomie und Abschaffung jeglicher Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“⁶²⁷.

Großgrundbesitz wurde enteignet und kollektiviert. Arbeiter*innenräte bemächtigten sich der Fabriken und führten die Produktion in Selbstverwaltung fort.⁶²⁸ Ebenso wurde in kurzer Zeit eine – zuvor so gut wie inexistenten – Kriegsindustrie aus dem Boden gestampft.⁶²⁹ Als Zeitzeuge und – an den antifaschistischen Kämpfen aktiv teilnehmender – Milizionär, liefert der Literat Georg Orwell ein eindrückliches Portrait der Geschehnisse und revolutionären Atmosphäre jener Tage:

„Die Güter der großen profaschistischen Landbesitzer wurden vielerorts von den Bauern erobert. Zusammen mit der Kollektivierung der Industrie und des Transportwesens machte man den Versuch, die ersten Anfänge einer Arbeiterregierung zu bilden. Es wurden örtliche Ausschüsse eingesetzt, Arbeiterpatrouillen sollten die alte prokapitalistische Polizeimacht ersetzen, die Arbeitermiliz baute auf Gewerkschaften auf und so weiter. Natürlich war dieser Prozeß nicht einheitlich und machte in Katalonien größere Fortschritte als anderswo. [...] In Katalonien lag die tatsächliche Gewalt während der ersten Monate in den Händen der anarchistischen Syndikalisten, die die meisten Schlüsselindustrien kontrollierten. Was sich in Spanien ereignet hatte, war tatsächlich nicht nur ein Bürgerkrieg, sondern der Beginn einer Revolution.“⁶³⁰

623Vgl. Saña, Heleno, Die libertäre Revolution. Die Anarchisten im spanischen Bürgerkrieg, Hamburg 2001, S. 39-60.

624Koechlin, Tragödie, S. 34; Vgl. Richards, Vernon, Lessons of the Spanish Revolution (1936-1939), 4. Aufl., London 1995, S. 11f.

625Orwell, George, Mein Katalonien. Bericht über den Spanischen Bürgerkrieg, Zürich 1975, S. 8.

626Bernecker, Der Spanische Bürgerkrieg, S. 20.

627Saña, Revolution, S. 284.

628Vgl. Souchy, Augustin, Nacht über Spanien. Bürgerkrieg und Revolution in Spanien 1936-39, 10. Aufl., Frankfurt am Main 2007, S. 86-93.

629Vgl. Saña, Revolution, S. 128f.

630Orwell, Katalonien, S. 64. Diese Beobachtungen werden auch durch die Aussagen eines weiteren Augenzeu-

Dem Anblick Barcelonas wohnte derweil

„[...] etwas Überraschendes und Überwältigendes [inne, A.D.]. [...] Die Arbeiter hatten sich praktisch jedes größeren Gebäudes bemächtigt und es mit roten Fahnen oder der rot und schwarzen Fahne der Anarchisten behängt. [...] Jeder Laden und jedes Café trugen eine Inschrift, daß sie kollektiviert worden seien. Man hatte sogar die Schuhputzer kollektiviert und ihre Kästen rot und schwarz gestrichen. [...] Man hatte das Gefühl, plötzlich in einer Ära der Gleichheit und Freiheit aufgetaucht zu sein. Menschliche Wesen versuchten, sich wie menschliche Wesen zu benehmen und nicht wie ein Rädchen in der kapitalistischen Maschine.“⁶³¹

Tragende Akteurin dieses Transformationsprozesses war die anarcho-syndikalistische Gewerkschaft *Confederación Nacional del Trabajo* (CNT).⁶³² Der Anarcho-Syndikalismus in Spanien blickte auf eine jahrhundertealte fruchtbare Tradition kommunalistischer und kollektivistischer Praktiken zurück.⁶³³ Mutmaßlich fiel es dem kommunistischen Anarchismus auch gerade deshalb so leicht, seit den Tagen der Ersten Internationale dermaßen schnell in Spanien Fuß zu fassen und sich binnen weniger Jahre zum dominanten Machtfaktor in der spanischen Arbeiter*innenbewegung zu entwickeln. Die 1910 in Barcelona gegründete CNT bündelte schließlich diese Energien und avancierte in der Folgezeit zur weltweit größten syndikalistischen Landesektion.⁶³⁴ Während des Bürgerkrieges hatte sie zwischen zwei und drei Millionen Mitglieder.⁶³⁵

gen, Franz Borkenau, gestützt. (Vgl. Borkenau, Franz, Kampfplatz Spanien. Politische und soziale Konflikte im Spanischen Bürgerkrieg. Ein Augenzeugenbericht, Stuttgart 1986, S. 95ff.).

631Orwell, Katalonien, S. 8ff.

632„Es waren hauptsächlich die in der anarchosyndikalistischen CNT und in der anarchistischen FAI, zu einem geringeren Teil auch die in der sozialistischen UGT und dem marxistischen POUM organisierten Arbeiter, die nach dem Zusammenbruch der republikanischen Staatsgewalt die Enteignung und kollektive Bearbeitung größerer landwirtschaftlicher Güter betrieben, die Übernahme vieler Industriebetriebe und der Dienstleistungsunternehmen vollzogen, lokale Machträger entmachteten und die Verwaltung in die eigenen Hände nahmen, das gesamte öffentliche Leben wieder in Gang brachten und kontrollierten.“ (Bernecker, Walther L., Krieg in Spanien. 1936-1939, 2. Aufl., Darmstadt 2005, S. 130).

„Im allgemeinen [...] lag die Hauptverantwortung für die Kollektivierung der Landwirtschaft und das, was man die 'Vergesellschaftung' der Industriebetriebe nannte, bei den aktiven Elementen der CNT-Mitgliedschaft.“ (Broué, Pierre u. Témime, Émile, Revolution und Krieg in Spanien. Geschichte des spanischen Bürgerkrieges. Erster Teil, Frankfurt am Main 1975, S. 197).

633Vgl. Hahnel, Economic Justice, S. 143-146. „Die Idee des Kommunalismus, d.h. der kommunalen Selbstständigkeit und des Kollektivismus, einer auf Gleichheit beruhenden Wirtschaftsgemeinschaft, hat sich durch die Jahrhunderte in Spanien am Leben erhalten. Die Lehre vom politischen Föderalismus und vom freiheitlichen Kommunismus ist nicht von außen ins Land gekommen; sie ist in Spanien selbst entstanden und hat in den Traditionen der Freiheitskämpfe des spanischen Volkes ihre Wurzeln.“ (Souchy, Nacht, S. 19) Vgl. Dolgoff, Sam, The Anarchist Collectives. Workers' Self-Management in the Spanish Revolution 1936-1939, Montréal/New York 1990, S. 20f.; Vgl. Saña, Revolution, S. 94.

634Vgl. Souchy, Nacht, S. 21-28; Vgl. Bernecker, Walther L., Kollektivismus und Freiheit. Quellen zur Geschichte der Sozialen Revolution in Spanien 1936-1939, München 1980, S. 10; Vgl. Andrés-Gallego, José, Zur Arbeiterbewegung in der Geschichte Spaniens. Gedanken zu einem Neuentwurf, in: Historisches Jahrbuch 99, 1979, S. 309; Vgl. Bernecker, Walther L., Anarchismus und Bürgerkrieg. Zur Geschichte der Sozialen Revolution in Spanien 1936-1939, Hamburg 1978, S. 21.

635Damit war sie entsprechend einer der bedeutendsten Akteur*innen der Revolution. (Vgl. Bernecker, Kollektivismus und Freiheit, S. 10) Zum Vergleich: Stand 2021 kamen die DGB Gewerkschaften *IG Metall* und *GEW*

Ein Auszug aus dem Gründungsprogramm der CNT macht ihre anti-autoritäre Agenda deutlich:

„Die Emanzipation der Arbeiter ist nicht möglich, solange sie einen *Emanzipator*, einen [Vormund, A.D.] haben, denn selbst wenn die Arbeiter die Machthaber des jetzigen Systems besiegen können, würden sie lediglich ein anderes Privilegiensystem instaurieren, in dem die *Emanzipatoren* und Leiter privilegiert sein würden. Es ist nicht möglich, Privilegien mit Organen zu beseitigen, in denen Privilegien weiterbestehen; die Emanzipation ist also nur als Maßnahme der Arbeiter selbst zu erreichen. *Die Emanzipation der Arbeiter muß das Werk der Arbeiter selbst sein!*“⁶³⁶

Als die Chance zur Revolution schließlich an der Tür klopfte, waren bereits Jahrzehnte vorausgehender konstruktiv-sozialistischer Aufbauarbeit geleistet worden:⁶³⁷ „Bevor die soziale Revolution einsetzte, trugen die Syndikalisten bereits weitgehende gesellschaftliche Verantwortung in elementaren Bereichen und waren auf entsprechend hohem Niveau konstituiert. Eine solche in der Praxis geschulte Struktur bot auf föderalistischer Grundlage ohne zentrale Machteliten die besten Voraussetzungen für die Errichtung einer freien Gesellschaft.“⁶³⁸

Augustin Souchy, welcher zu jener Zeit – in seiner Rolle als CNT- Funktionär – die revolutionären Umbrüche unmittelbar vor Ort begleitet und nach eigenen Angaben zahlreiche Betriebe persönlich in Augenschein genommen hatte,⁶³⁹ schätzt die damalige Situation wie folgt ein:

„Der Wechsel in den Betriebsverhältnissen vollzog sich ohne Betriebsstockungen. Nach kurzer Zeit stellten sich die Schwierigkeiten bei der Rohstoffversorgung ein. Die Peseta war gefallen, wodurch eine Verteuerung der Rohstoffe aus dem Ausland eintrat. Die Waren wurden jedoch nicht verteuert, trotz einer allgemeinen Lohnerhöhung um 15 Prozent. Dagegen wurden die hohen Direktorengehälter und unproduktiven Ausgaben für Zwischenhändler abgeschafft. Diese Maßnahmen bedeuteten eine gerechtere Verteilung des Arbeitsprodukts. Die Kollektivierung der Betriebe war der erste Schritt zur Sozialisierung der Wirtschaft. Der zweite Schritt bestand in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sämtlicher Betriebe innerhalb der Industriege-

zusammengenommen auf beinahe 2.760.000 Mitglieder. (Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund, Mitgliederzahlen 2021, in: <https://www.dgb.de/uber-uns/dgb-heute/mitgliederzahlen/2020-2029> (abgerufen am 08.06.2022)).

636Gründung und Programm der CNT (30. Oktober - 1. November 1910), in: Walter L. Bernecker (Hg.), Kollektivismus und Freiheit. Quellen zur Geschichte der Sozialen Revolution in Spanien 1936-1939, München 1980, S. 90.

637Vgl. Die Gründung der Federación Anarquista Ibérica (FAI) in Valencia (24./25. Juli 1927), in: Walter L. Bernecker (Hg.), Kollektivismus und Freiheit. Quellen zur Geschichte der Sozialen Revolution in Spanien 1936-1939, München 1980, S. 102; Vgl. Dolgoff, Collectives, S. 7; Vgl. Rocker, Anarcho-Syndikalismus, S. 87; Vgl. Rocker, Anarchismus, S. 20f.; Vgl. Chomsky, On Anarchism, S. 16f. „Auch wenn alle stets die Spanische Revolution mit Blick auf die Jahre 1936-39 betrachten, das eigentlich Interessante ist die jahrzehntelange Arbeit, welche die CNT und ihre Vorgängerinnen davor leisteten. Hier wurden die Weichen für die revolutionäre Möglichkeit gestellt.“ (Marcks, Skizze II).

638Döhring, Anarcho-Syndikalismus, S. 25.

639Vgl. Souchy, Nacht, Anmerkung S. 83.

werkschaft. Die Gewerkschaften verwandelten sich in sozialisierte Industriekartelle. [...] Unrentable Unternehmungen wurden niedergelegt oder mit anderen zusammengeschlossen. Es vollzog sich eine Rationalisierung der Wirtschaft nach sozialistischen Gesichtspunkten.“⁶⁴⁰

Nach kurzer Zeit war über die Hälfte der Ländereien auf republikanischem Territorium kollektiviert worden. Die Vergesellschaftung erfasste in Katalonien rund 70 Prozent der Industrie, Bereiche der Landwirtschaft und des Kleingewerbes sowie die Mehrheit der Dienstleistungsunternehmen. Im Mittelpunkt stand von Beginn an Barcelona, neben Bilbao der bedeutendste Industriestandort des gesamten Landes⁶⁴¹ und mit etwa 350.000 CNT-Anhängern die Bastion des revolutionären Syndikalismus in Spanien. Als besonders prominentes Beispiel ist hierbei die Kollektivierung der Verkehrsinfrastruktur Barcelonas zu nennen, welche sich in einer deutlichen Erhöhung der Gehälter und einer Herabsetzung der Arbeitszeit niederschlagen habe sowie von einer gleichzeitigen Qualitätssteigerung und signifikanten Minderung der Fahrpreise begleitet gewesen sei.⁶⁴² Zusätzlich zu den Kollektivierungen sei die *Sozialisierung*⁶⁴³ durch einen Ausbau von Kulturangeboten, Gesundheits- und Bildungsinfrastuktur begleitet worden.⁶⁴⁴

Gaston Leval schätzte, dass insgesamt drei Millionen Menschen aktiv an den kollektivwirtschaftlichen Experimenten teilgenommen hätten.⁶⁴⁵ Die Anzahl derer mit eingeschlossen, welche auch indirekt davon profitierten, habe bei bis zu acht Millionen Personen gelegen.⁶⁴⁶

640Ebd., S. 87. Auch Saña zufolge seien durch die syndikalistische Re/Produktion – die koordinierte Verflechtung der unterschiedlichen Kollektive, Industriezweige und Landwirtschaftssektoren – „[...] bemerkenswerte Fortschritte im Bereich der Rationalisierung, der Produktivität und der Verbesserung der Arbeitsbedingungen erzielt [worden, A.D.]. Veraltete oder unrentable Betriebe wurden geschlossen und ihre Belegschaften in modernere, effizientere Produktionseinheiten integriert.“ (Saña, *Revolution*, S. 97f.).

641Über 40 Prozent der spanischen Industrie waren hier konzentriert, die Hälfte des gesamten spanischen Imports und ein Drittel des Exports gingen über Barcelona. (Vgl. Bernecker, *Krieg*, S. 171).

642Vgl. Souchy, *Nacht*, S. 90-98; Vgl. Saña, *Revolution*, S. 129.

643„Dabei bedeutete Kollektivierung für die CNT und FAI die Abschaffung des Privateigentums und die Übernahme der Betriebe durch die Arbeiter; diese wurden aber nicht zu kollektiven Eigentümern 'ihrer' Betriebe [...], sondern die kollektivierten Unternehmen gingen in gesamtgesellschaftliches Eigentum über. [...] Im Gegensatz zur Kollektivierung verstanden CNT und FAI unter Sozialisierung einen 'höheren Grad', eine 'Verallgemeinerung der Kollektivierung'; zumeist bezog sich Sozialisierung auf die Kollektivierung ganzer Industriebranchen durch Industriegewerkschaften oder regionale bzw. nationale Industrieföderationen.“ (Bernecker, *Erinnerungen*, 58).

644Neben der Errichtung eigener Kliniken, Kulturstätten und Schulen (Vgl. Saña, *Revolution*, S. 106) übernahm die Gewerkschaftsföderation in vielen Fällen auch eine unentgeltliche Bereitstellung grundlegender Güter – von Miete, Elektrizität und Wasser, über kostenfreie ärztliche Betreuung, bis hin zur Krankheits-, Arbeitslosigkeits-, Alten- und Unfallabsicherung. (Vgl. Bernecker, *Erinnerungen*, S. 66; Vgl. Bernecker, *Krieg*, S. 168f.; Vgl. Koechlin, *Tragödie*, S. 49; Vgl. Leval, Gaston, *Kollektive in Spanien*, in: Achim von Borries, Ingeborg Weber-Brandies (Hg.), *Anarchismus. Theorie, Kritik, Utopie*, Heidelberg 2013, S. 299f.) Progressive Veränderungen gab es nicht zuletzt auch in Bezug auf die Gleichstellung von Frauen, welche sich nun ein Scheidungs- sowie Abtreibungsrecht erkämpfen konnten und zudem gemäß der Arbeitsverhältnisse und Gehälter den Männern gleichgesetzt wurden. (Vgl. Moltó, Salomé, *Arbeiterkollektive im Spanischen Bürgerkrieg*, in: *Kurswechsel* 1, 2005, S. 45).

645Vgl. Richards, *Lessons*, S. 99.

646Vgl. Dolgoff, *Collectives*, S. 6, S. 71.

Doch der revolutionäre Höhenflug währte nicht lange. Neben dem weiterhin andauernden Abnutzungskampf gegen die faschistischen Verbände unter Franco – welcher großzügig durch Nazideutschland und das faschistische Italien unterstützt wurde, während die Republik vergeblich auf die Hilfe der liberalen Demokratien hoffte⁶⁴⁷ – bröckelte zunehmend auch die innerrepublikanische Front. Um die antifaschistische Allianz nicht zu gefährden, hatten sich die CNT-Funktionäre, trotz der großen Machtfülle der CNT, zu weitreichenden Konzessionen bewegen lassen. Dies umfasste unter anderem ihren widerwilligen Eintritt in die parteisozialistisch geführte Regierung sowie die nachträgliche, staatlich dekretierte Legalisierung und zunehmend zentralistische Regulierung der Kollektive⁶⁴⁸ – beides eklatante Verstöße gegen die eigenen Prinzipien.⁶⁴⁹ Darüber hinaus kam es im republikanischen Lager zu einem sektiererischen Machtkampf: Die vor dem Krieg noch unbedeutenden stalintreuen Kommunisten – welchen die Kollektivierungen von Beginn an ein Dorn im Auge waren, da sie dem teleologischen Entwicklungsstufenmodell gemäß erst einmal die *richtige* bürgerliche Revolution verwirklicht sehen wollten⁶⁵⁰ – nutzten die Abhängigkeit der Republik von den sowjetischen Devisen und Waffenlieferungen als Hebel, um ihre Funktionäre in zentrale Machtpositionen zu hieven, Behörden zu infiltrieren und von hier aus die syndikalistischen Maßnahmen wie Kollektivierungen systematisch zu torpedieren.⁶⁵¹

Im Rahmen der *Maiereignisse* (1937) geschah schließlich das, was sich schon lange angebahnt hatte: Die sich hinter der stalinistischen Partei PCE formierenden konterrevolutionären Kräfte attackierten zentrale Stellungen der CNT in Barcelona. Drei Tage dauerten die Barrikadenkämpfe an. Obwohl es keinen eindeutigen Sieger gab, hatte spätestens hiermit der Niedergang eingesetzt. Fortan war die CNT in der Defensive. Den libertär-sozialistischen Kräften war ein zermürbender Zweifrontenkrieg aufgezwungen worden, der letztendlich nur einen Sieger kennen konnte – die faschistische Reaktion.⁶⁵² Am 26.01.1939 fiel Barcelona, am 28.03.1939 marschierten Francos Truppen schließlich triumphierend in Madrid ein.⁶⁵³

Ganz gleich, wie man die Erfolge und Versäumnisse der Anarchosyndikalist*innen im Spa-

647Vgl. Saña, *Revolution*, S. 79-91.

648„Nach dem Erlaß des Kollektivierungsdekrets kann nicht mehr von Arbeiterselbstverwaltung gesprochen werden; damals begann vielmehr für die Industriearbeiter die Phase der gemeinsamen Verwaltung in enger Verbindung mit dem Staat, der seine Oberaufsicht und Interventionsbefugnis immer deutlicher hervorkehrte.“ (Bernecker, *Krieg*, S. 180).

649Zur Chronologie der Konzessionen, siehe: Döhring, *Anarcho-Syndikalismus*, S. 130-133.

650Vgl. Broué/Témime, *Revolution*, S. 284-293; Vgl. Koechlin, *Tragödie*, S. 31; Vgl. Bernecker, *Soziale Revolution*, S. 19f.

651Vgl. Gorkin, Julián, *Stalins langer Arm. Die Vernichtung der freiheitlichen Linken im spanischen Bürgerkrieg*, Köln 1980, S. 69; Vgl. Koechlin, *Tragödie*, S. 31.

652Vgl. Bolloten, Burnett, *The Grand Camouflage. The Communist Conspiracy in the Spanish Civil War*, New York 1961, S. 307-316.; Vgl. Saña, *Revolution*, S. 189-240; Vgl. Gerlach, *Syndikalismus*, S. 70f.; Vgl. Broué/Témime, *Revolution*, S. 348-361; Vgl. Beevor, *Der Spanische Bürgerkrieg*, S. 329-348.

653Vgl. Bernecker, *Der Spanische Bürgerkrieg*, S. 17f.; Vgl. Gorkin, *Stalins langer Arm*, S. 267-283.

nischen Bürgerkrieg nun im Einzelnen bewerten möge,⁶⁵⁴ so sei Souchy zufolge die große historische Relevanz – das ausstrahlende Beispiel – des anarcho-syndikalistischen Experiments in Spanien, für die Zukunft des Sozialismus nicht zu leugnen.⁶⁵⁵

„Von allen sozialen Umwälzungen des 20. Jahrhunderts war die soziale Revolution in Spanien nach dem 19. Juli am meisten vom sozialistischen Geiste erfüllt. Sie ging nicht den Weg der Diktatur des Proletariats wie in Russland, sondern den Weg der Freiheit. Das ist ihr großer Verdienst.“⁶⁵⁶ Entsprechend sei es „[...] nicht übertrieben, den Prozess der Kollektivierung des Wirtschaftslebens in Spanien als das bedeutendste soziale Experiment des 20. Jahrhunderts zu betrachten.“ Es war „keine Revolution von oben. Alles wurde von unten, an der Peripherie, vom Volke selbst unternommen. Eine neue Wirtschaftsordnung wurde organisiert, das Privateigentum an Land und Produktionsmitteln wurde abgeschafft. An Stelle des Privateigen-

654Bernecker zufolge sei es in Anbetracht der grassierenden Kriegssituation äußerst schwierig, auf ökonomischem Gebiet ein abschließendes Fazit zu ziehen: „Bei der Frage nach 'Erfolg' oder 'Mißerfolg' der katalanischen Industriekollektivierung zwischen 1936 und 1939 wird zunächst auf die restriktiven Realisierungsbedingungen, die strukturellen Vorbelastungen und die konkreten Situationszwänge dieses Experiments hingewiesen werden müssen. Bürgerkrieg, ausländische Intervention, internationaler Boykott auf der einen Seite, die relativ kurze Spanne des Kollektivierungsexperiments [...] und die innerrepublikanischen Gegensätze auf der anderen Seite zwingen zur Zurückhaltung bei der rein ökonomischen Bewertung der Kollektivierungen. [...] Die Beschränkung der Betrachtung auf eine ökonomische Problemstellung [würde] eine perspektivische Einengung bedeuten, die angesichts der außergewöhnlichen kriegsbedingten Umstände zu nur unzureichenden Ergebnissen führen kann.“ (Bernecker, Krieg, S. 180).

„Da die Bewegung von der Makroperspektive her gesehen [demnach, A.D.] kein einheitliches Urteil zuläßt, auf der Mikroebene sich jedoch hoffnungsvolle Ansätze zeigten, liegt es nahe, die Gründe für die zahlreichen Schwierigkeiten primär in dem partiellen Umfang, in dem die Maßnahmen durchgeführt wurden, der geringen Zeitdauer und den exogenen Hindernissen zu suchen, die dafür verantwortlich zu sein scheinen. Nur wenige Kollektive können als ein voller Mißerfolg bezeichnet werden, wenn auch der Entfaltung der Agrarkollektive große Hindernisse im Wege lagen. Zu den exogenen Hauptschwierigkeiten zählten vor allem der Kriegsverlauf, sodann der Mangel an Devisen zum Kauf erforderlicher Düngemittel und Maschinen, der Verlust des größten Teils des spanischen und außerspanischen Absatzmarktes, die von der Regierung geförderte Unsicherheit über den Rechtsstatus und die Legalisierung der Agrarwirtschaften sowie der zunächst verdeckte, später offene Kampf nahezu aller politisch einflußreichen Gruppierungen gegen die Realisierung der CNT-Mitglieder; die Uneinigkeit der Industrie- und Landarbeiter verhinderte außerdem ein gemeinsames Vorgehen aller Kollektivierungsbefürworter. Zu den exogenen kamen die endogenen Schwierigkeiten, deren Grund häufig in der mangelhaften Vorbereitung, dem nichtvorhandenen technisch-ökonomischen [Detailwissen, A.D.] und der fehlenden Erfahrung der Kollektivisten lag.“ (Ebd., S. 169f.) Zu ganz ähnlichen Ergebnissen kommen Broué und Témime (Vgl. Broué/Témime, Revolution, S. 206f.).

Sowohl Saña, als auch Broué/Témime sind sich dementsprechend einig: „Nicht eine gescheiterte, sondern eine verratene Revolution war die Kollektivierung.“ (Saña, Revolution, S. 137).

Chomsky kommt zur Einschätzung: „The anarchist communes in Spain were destroyed by fascist and communist armies. And it might be argued that more dictatorial structures would have defended the revolution against such forces. But I doubt this very much. At least in the case of Spain, it seems to me that a more consistent libertarian policy might have provided the only possible defense of the revolution.“ (Chomsky, Noam, Chomsky on Democracy and Education, New York 2003, S. 134).

655Vgl. Souchy, Nacht, S. 82.

656Vgl. Ebd., S. 82f. „Indem sie das Land und die industriellen Betriebe unter ihre eigene Verwaltung nahmen, haben sie den ersten und wichtigsten Schritt auf dem Wege zum Sozialismus getan. Sie haben vor allem bewiesen, daß die Arbeiter auch ohne die Kapitalisten wohl imstande sind, die Produktion zu führen und besser zu führen als ein profithungriges Unternehmertum. Ungeachtet des letztendlichen Ausgangs des blutigen Krieges in Spanien, bleibt das unbestreitbare Verdienst der spanischen Anarcho-Syndikalisten, diesen großen Beweis erbracht zu haben; ihr heroisches Beispiel hat der sozialistischen Bewegung ganz neue Ausblicke für die Zukunft eröffnet.“ (Rocker, Anarcho-Syndikalismus, S. 92).

tums trat das Kollektiveigentum.“⁶⁵⁷ Die sozialisierten Kollektive seien „der erste Versuch [gewesen, A.D.], den freiheitlichen Sozialismus einzuführen. Und Spanien das erste Land, das diesen Versuch wagte.“⁶⁵⁸

4.1.5 Kritik am Anarcho-Syndikalismus

Mit dem Beispiel Spaniens ist sogleich auch eines der großen historischen Probleme libertär-sozialistischer Transformationen angesprochen: die (Un-)Fähigkeit, die revolutionären Errungenschaften auch gegen konterrevolutionäre Bestrebungen und die autoritäre Konkurrenz verteidigen zu können, also ein ausreichendes Maß an Wehrhaftigkeit aufzubieten. Denn gerade „infolge von Aufständen wird 'Ordnungssicherheit' derart destabilisiert, dass eine allgemeine Verunsicherung mobilisierend für die Reaktion wirkt, Konflikte also wahrscheinlich sind, in denen es horizontale Akteure schwer und autoritäre (Revolutions-)Akteure einen Vorteil haben.“⁶⁵⁹ Sowohl Rocker⁶⁶⁰ als auch Alexander Schapiro (*reflexive Praxistheorie*) haben dies kritisch verarbeitet und der Revolutionsromantik eine nüchternere Herangehensweise entgegengestellt, welche die objektiven Möglichkeiten realistischer einzuschätzen vermag und auf einen noch profunderen – dem Bruch vorangehenden – Aufbau abzielt.⁶⁶¹

Der Anarchist Errico Malatesta (1853-1932) stößt sich wiederum am Begriff des Anarcho-Syndikalismus, da dieser suggeriere, es könne so etwas wie eine anarchistische Gewerkschaft geben, was ihm zufolge jedoch einen Widerspruch in sich darstelle. Seine Befürchtung lautet, dass hierbei der absolute, kompromisslose, *reine* Gedanke der Anarchie unweigerlich in Mitleidenschaft gezogen würde, da Gewerkschaften von Relevanz ihrem Wesen nach notwendigerweise reformistisch seien: Wenn sie also ihrer eigentlichen Aufgabe gemäß Menschenmassen bewegen wollten, müssten Syndikate zwangsläufig deren alltägliche, gegenwärtige Interessen befriedigen und zu diesem Zweck realpolitisch agieren, Kompromisse schließen, pragmatisch sein. Dies gelte nicht nur in Bezug auf die Verhandlungen mit Kapitalist*innen, sondern auch mit Blick auf die eigene Mitgliederbasis. Wenn sich letztere nur aus überzeugten Anarchist*innen zusammensetzen würde, dann wäre entweder der gewerkschaftliche Zweck

657Souchy, Nacht, S. 83.

658Ebd., S. 102.

659Marcks, Skizze II.

660Vgl. Rocker, Gefahren, S. 106-116; Vgl. Rocker, Rudolf, Revolutionsmythologie und revolutionäre Wirklichkeit, in: Rudolf Rocker, Aufsatzsammlung Band 2. 1949-1953, Frankfurt am Main 1980, S. 93-100.

661Vgl. Marcks, Holger u. Zimmermann, Felix, Zurück nach vorn. Ein sozialrepublikanisches Panorama. Kapitel V. Der Weg des konstruktiven Sozialismus. Demokratisierung als Sozialisierung, in: <https://soziale-republik.org/der-weg-des-konstruktiven-sozialismus-demokratisierung-als-sozialisierung> (abgerufen am 08.06.2022).

verfehlt, der darin bestehe, die große Masse der Arbeiter*innen zu mobilisieren, oder aber, die gesamte Arbeiter*innenschaft sei bereits anarchistisch, dann bräuchte es auch keine gewerkschaftlichen Widerstandsvereinigungen mehr, da die „Masse“ dann ganz alleine „im Stande wäre, die Revolution zu machen“⁶⁶². Wenn die Gewerkschaft hingegen als Sammelbecken des Klassenkampfes fungiere – wie es ihrer genuinen Aufgabe entspräche –, dann könne sie sich nicht anarchistisch nennen, ohne in Widerspruch mit den sich selbst gesetzten, sakrosankten anarchistischen Prinzipien zu geraten und damit die Radikalität des anarchistischen Gedankens zu unterminieren. Hielte sie hingegen streng an ihren anarchistischen Idealen fest, würde sie sich unweigerlich marginalisieren und damit ihren Status als Gewerkschaft gegen den eines Propaganda-Clubs eintauschen: „Jede Fusion oder Konfusion von anarchistischer und gewerkschaftlicher Bewegung endet entweder damit, die letztere unfähig zu machen, ihre spezifische Funktion zu erfüllen, oder aber den anarchistischen Geist zu schwächen, zu verdrehen oder gar auszulöschen.“⁶⁶³ Malatesta bestreitet dabei überhaupt nicht die Notwendigkeit von Gewerkschaften als Kampforganisationen zur Vorbereitung der Durchsetzung einer anarchistischen Gesellschaft und die ebenso große Wichtigkeit, dass anarchistisch eingestellte Individuen und Gruppen sich an jenen beteiligten und auf sie einwirkten, sodass jene „sich der anarchistischen Taktik so weit wie möglich nähern.“⁶⁶⁴ Jedoch stelle die Gewerkschaft ihrem Charakter nach keine anarchistische Vereinigung dar und dürfe dies entsprechend auch nicht prä-tendieren.⁶⁶⁵

Was Malatesta – in seiner recht undifferenzierten Verwendung des Syndikalismusbegriffes⁶⁶⁶ – zu übergehen scheint, ist der Umstand, dass es durchaus einen qualitativen Unterschied macht, ob (1) die Gewerkschaft ein dezidiert libertär-sozialistisches Ziel vor Augen hat und – dieses anstrebend – entsprechende strategische Optionen wählt sowie vor allem passende Keimformen aufbaut, welche das Fundament der neuen Gesellschaft bilden sollen, oder ob (2) sich die Gewerkschaft hingegen lediglich auf die tagespolitische Verbesserung des Bestehenden und revolutionäre Agitation beschränkt. Ohnehin scheint sein dichotomes Bild von

662 Malatesta, Errico, Syndikalismus und Anarchismus, in: <https://www.anarchismus.at/texte-anarchosyndikalismus/anarchosyndikalistische-theorie/685-errico-malatesta-syndikalismus-und-anarchismus?t%E2%80%A6%203/3> (abgerufen am 08.06.2022).

663 Malatesta, Errico, Anarchismus und Gewerkschaften, in: Achim von Borries u. Ingeborg Weber-Brandies (Hg.), Anarchismus. Theorie – Kritik – Utopie, Heidelberg 2013, S. 250.

664 Malatesta, Syndikalismus.

665 Vgl. Ebd.; Vgl. Malatesta, Anarchismus, S. 247-253.

666 „Der Begriff Syndikalismus umfaßt alle Arbeiterorganisationen, alle Gewerkschaften, deren Zweck es ist, der Unterdrückung durch die Unternehmer Widerstand entgegenzusetzen und die Ausbeutung der menschlichen Arbeit durch die Eigentümer der Rohstoffe und Arbeitswerkzeuge zu verringern oder abzuschaffen. [...] Die Gewerkschaft hat den Zweck, heute die gegenwärtigen Interessen der Arbeiter zu schützen und ihre Arbeitsbedingungen so weit wie möglich zu verbessern, solange man nicht in der Lage ist, die Revolution und mit ihr die jetzigen Lohnabhängigen zu freien Arbeitern zu machen, die sich frei zum Vorteil aller assoziieren.“ (Malatesta, Syndikalismus).

(gegenwartsbezogener) Reform und (zukunftsbezogener) Revolution die Notwendigkeit eines präfigurativ-konstruktiven (materiellen) Aufbaus im Transformationsprozess nicht oder nur unzureichend zu berücksichtigen.⁶⁶⁷

Ganz gleich, ob Malatestas Ansichten nun zuzustimmen ist oder nicht, scheint hierin doch recht gut die dialektische Problemstellung, das unauflösbare Spannungsverhältnis auf, in welchem sich der libertär-sozialistische Syndikalismus in der Transformationsphase bewegen muss: Das Lavieren zwischen Radikalität und Pragmatismus; hochgesteckten Idealen und widersprüchlichen objektiven Bedingungen; Prinzipientreue und Massentauglichkeit; Überwindung und Verbesserung des Bestehenden; sowie die Bewahrung der emanzipatorischen, freiheitlichen Agenda im Angesicht des assimilierenden bis autoritären Drucks der Verhältnisse. Die etlichen historischen Beispiele von – einen reformerischen Weg einschlagenden – assimilierten bis hin zu – prinzipientreu an den revolutionären Grundsätzen festhaltenden, doch infolgedessen – marginalisierten Syndikaten legen Zeugnis von diesem schwierigen Balanceakt ab.⁶⁶⁸

Eine scharfe Kritik am Syndikalismus aus dem libertär-sozialistischen Lager wurde von Murray Bookchin formuliert – dessen eigener Konzeption eines *Libertären Kommunalismus* sich gleich noch näher angenommen wird. Seines Dafürhaltens haben „von Gewerkschaften gesteuerte und 'von Arbeiter_innen kontrollierte' Unternehmen im syndikalistischen Sinne [...] ausgedient.“⁶⁶⁹ Dafür bemüht er grob vier Hauptargumente: (1) Mit dem historischen Niedergang des Proletariats sei auch der Syndikalismus hinfällig geworden, da ihm das revolutionäre Subjekt abhandengekommen sei.⁶⁷⁰ (2) Jedem komplexen Rätmodell sei die Gefahr von Zentralisierung und Bürokratisierung immanent.⁶⁷¹ (3) Arbeiter*innenkontrolle der Betriebe sei im Endeffekt nichts anderes als *collectivistic capitalism*.⁶⁷² (4) Der Syndikalismus

667Malatesta zufolge habe die Gewerkschaft neben ihrer Aufgabe, die alltäglichen Bedingungen der Arbeiter*innen zu verbessern noch eine zweite Funktion, welche darin bestehe „Mittel der Aufklärung und Agitationsfeld für eine zukünftige radikale Umgestaltung der Gesellschaft“ (Ebd.) zu sein. Damit wird jedoch die Notwendigkeit einer zielgerichteten konstruktiven (materiellen) Aufbauarbeit ausgelassen, was den Schluss nahelegt, dass diese hier entweder nicht als notwendig empfunden wird, sich irgendwie von selbst einstellen soll, oder auf der Mikro-Ebene – ohne mesopolitische Vermittlung – stattfinden soll.

668Vgl. Döhring, Anarcho-Syndikalismus, S. 11f., S. 47-50.

669Bookchin, Murray, Libertärer Munizipalismus. Eine Politik der direkten Demokratie, in: Debbie Bookchin u. Blair Taylor (Hg.), Murray Bookchin. Die nächste Revolution. Libertärer Kommunalismus und die Zukunft der Linken, 2. Aufl., Münster 2020, S. 112.

670Vgl. Bookchin, Murray, Eine Politik des 21. Jahrhunderts, in: Debbie Bookchin u. Blair Taylor (Hg.), Murray Bookchin. Die nächste Revolution. Libertärer Kommunalismus und die Zukunft der Linken, 2. Aufl., Münster 2020, S. 77f.; Vgl. Bookchin, Murray, The Ghost of Anarcho-Syndicalism, in: <https://theanarchistlibrary.org/library/murray-bookchin-the-ghost-of-anarcho-syndicalism.pdf> (abgerufen am 08.06.2022), S. 14f., S. 18.

671Vgl. Bookchin, Murray, The Forms of Freedom, in: Murray Bookchin, Post-Scarcity Anarchism, 2. Aufl., Montréal/New York 1986, S. 167-177; Vgl. Bookchin, Ökologie, S. 361-363.

672„Minimally, a libertarian municipalist economics calls for the municipalization of the economy, not its centralization into state-owned 'nationalized' enterprises on the one hand or its reduction to 'worker-controlled'

zeichne sich durch einen „ökonomischen Determinismus“⁶⁷³ aus, welcher andere Herrschaftsverhältnisse wie Emanzipationskämpfe ignoriert – oder diesen zumindest nicht die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt – habe und dementsprechend gerade der Pluralität heutiger Problemlagen nicht gerecht werden könne.⁶⁷⁴

(1) Bookchins Darstellung des Syndikalismus als überholtes Relikt der Vergangenheit⁶⁷⁵ fußt maßgeblich auf seiner Gleichsetzung der Arbeiter*innenbewegung mit dem klassischen Industrieproletariat. Diese orthodoxe Engführung des Klassenbegriffes stellt jedoch eine in analytischer Hinsicht äußerst prekäre Angelegenheit dar,⁶⁷⁶ welche auch von syndikalistischer Seite nicht geteilt wird: „Auch der häufig als ausschließend empfundene Begriff der 'Arbeiterklasse' oder 'Arbeiterbewegung' ist durchaus nicht hermetisch gemeint, sondern dynamisch zu verstehen. Er ist keine Kategorie, die empirisch genau zu bestimmen ist und in die sich Menschen definitiv rein- oder rausrechnen lassen.“⁶⁷⁷ Sobald also konstatiert wird, dass es heute noch eine nennenswerte Arbeiter*innenklasse gibt – gleich wie heterogen, ausdifferenziert, fragmentiert und (*für sich*) zu Bewusstsein gelangt sie auch sein möge –, deren (materielles) Eigeninteresse darin besteht, sich gegen die Macht des Kapitals kollektiv zu organisieren, so ist automatisch auch Bookchins diesbezügliche Behauptung, der Syndikalismus sei nicht mehr zeitgemäß, für nichtig zu erklären.

(2) Obwohl Bookchin in seinem eigenen Konzept des *Libertären Kommunalismus* ebenfalls auf Rätestrukturen zurückgreift, unterstreicht er dennoch die Gefahr, dass sich Räte Modelle mit zunehmender Schichtung allzu leicht von der demokratischen Basis entkoppeln und damit zu zentralistischen, bürokratischen Apparaten verkommen könnten. Diese Kritik hat durchaus

forms of collectivistic capitalism on the other. Trade-union control of 'worker controlled' enterprises (that is, syndicalism) has had its day.“ (Bookchin, Murray, *Libertarian Municipalism. An Overview*, in: <https://theanarchistlibrary.org/library/murray-bookchin-libertarian-municipalism-an-overview.pdf> (abgerufen am 08.06.2022), S. 7) Vgl. Bookchin, Murray, *The New Municipal Agenda*, in: Janet Biehl (Hg.), *The Murray Bookchin Reader*, Montréal/New York/London 1999, S. 185; Vgl. Bookchin, Murray, *Municipalization. Community Ownership of the Economy*, in: <https://theanarchistlibrary.org/library/murray-bookchin-municipalization.pdf> (abgerufen am 08.06.2022), S. 3f.

673 Bookchin, Murray, *Das Kommunalistische Projekt*, in: Debbie Bookchin u. Blair Taylor (Hg.), *Murray Bookchin. Die nächste Revolution. Libertärer Kommunalismus und die Zukunft der Linken*, 2. Aufl., Münster 2020, S. 33.

674 Vgl. Bookchin, *Politik*, S. 78f.; Vgl. Bookchin, *Kommunalistische Projekt*, S. 43; Vgl. Bookchin, Murray, *Free Cities. Communalism and the Left*, in: <https://theanarchistlibrary.org/library/murray-bookchin-eirik-eiglad-free-cities.pdf> (abgerufen am 08.06.2022), S. 113; Vgl. Bookchin, *Ghost*, S. 9, S. 18f.

675 „Anarchosyndicalism is simply archaic, both as a movement and as a body of ideas.“ (Bookchin, Murray, *Deep Ecology, Anarchosyndicalism, and the Future of Anarchist Thought*, in: V. A., *Deep Ecology & Anarchism. A Polemic*, in: <https://theanarchistlibrary.org/library/various-authors-deep-ecology-anarchism.pdf> (abgerufen am 08.06.2022), S. 39).

676 Vgl. Weyand, Jan, *Klasse, Klassenkampf, Geschichte*, in: Ingrid Artus et al., *Marx für SozialwissenschaftlerInnen. Eine Einführung*, Wiesbaden 2014, S. 51-81.

677 Marcks, Langweiligste. Zur Definition der Arbeiter*innenklasse hebt Marcks hier vor allem auf den alltäglichen Klassenkampf gegen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse als bestimmendem Faktor ab. (Vgl. Ebd.).

ihre Berechtigung und lässt sich neben dem Anarcho-Syndikalismus ebenso auf eine Partizipatorische Ökonomie anwenden. Es stellt sich also die Frage, welche demokratischen (Rückkopplungs-)Mechanismen etabliert werden müssten, um bestmögliche Partizipation auf der Basisebene zu gewährleisten und damit einhergehend die Verselbständigung von Räte-Ebenen und die Ausbildung von Herrschaftsverhältnissen zu unterbinden.⁶⁷⁸

(3) Dem dritten Kritikpunkt liegt die unzulässige Gleichsetzung von Syndikalismus mit Genossenschaftswesen und *Marktsozialismus* zugrunde: Schließlich besteht im Gegensatz zu letzteren die grundlegende Idee einer syndikalistischen Sozialisierung der Ökonomie gerade darin, eine planmäßige Vermittlung der Produzent*innen-Kollektive durch das syndikalistische Netzwerk herzustellen, damit die Marktkonkurrenz zu überwinden und anstelle dessen eine gesellschaftlich koordinierte Kooperation der selbstverwalteten Einheiten zu etablieren.⁶⁷⁹

(4) Die Unterstellung Bookchins, der Syndikalismus habe einen ökonomischen Determinismus gepflegt und derweil andere Kämpfe und Herrschaftsverhältnisse geflissentlich ignoriert, erweist sich bei näherem Hinsehen ebenfalls als haltlos. Zwar gab es historisch durchaus einen starken Fokus auf die Arbeiter*innenbewegung und Produktionsebene – Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital –, jedoch wurden von Anfang an immer auch andere Aspekte libertär-sozialistischer Emanzipation mitbedacht, die sich jenem Schema nicht ohne Weiteres unterordnen lassen:

„Dabei wäre es falsch, den Syndikalismus nur auf die Arbeitersphäre zu reduzieren. Entgegen des Vorurteils, er sei unzulänglich, weil er nur auf Betriebe fokussiere, schloss er in seiner Hochphase durchaus kommunalistische Strukturen ein, etwa Mieter- und Erwerbslosenhilfe, Konsumgenossenschaften sowie Bildungs- und Kulturvereine. Insofern deutete er ein umfassendes Modell sozialer Reorganisation an. Eine solche aufbauende Sozialtechnik sucht in den Verhältnissen Momente, die sich neu verknüpfen und zu einer Alternative transzendieren lassen. Es wäre Aufgabe, dieses Modell nun deutlicher auszuprägen. Dabei könnte gerade eine Kombination verschiedener Interessen- und Selbstverwaltungsstrukturen den Unterbau für eine Gegengesellschaft bieten, deren sozialen [sic!] Beziehungen die staatlichen und kapitalistischen Strukturen überschreiben.“⁶⁸⁰

678Vgl. Bookchin, *Ökologie*, S. 362f.; Vgl. Bookchin, *Forms*, 175-177; Vgl. Bookchin, *Ghost*, S. 12f.

679Vgl. Rucker, *Prinzipienerklärung*, S. 10-12.

680Marcks, *Skizze I*. „In besonderem Maße legten die [syndikalistischen, A.D.] Gewerkschaften darauf Wert, außergewerkschaftliche Organisationsformen (für Erwerbslose, Frauen, Jugendliche und Kinder), also das gesamte soziale Umfeld als solches, einzubeziehen, denn, wie es beispielsweise der Kongress der portugiesischen CGT 1922 ausdrückte: 'Der Syndikalismus, [...] das gesamtgesellschaftliche Organisationsmodell der Zukunft, kann und darf sich nicht auf den ökonomisch-materiellen Bereich beschränken und noch viel weniger auf den ‚Kampf um Lohnerhöhungen‘; er muß in allen Bereichen menschlicher Aktivitäten gleichermaßen Propaganda entfachen und verstärken, in allen Tätigkeitsbereichen, die gesellschaftlich nützlich sind oder nutzbar gemacht werden können...“ Entsprechend sei festzuhalten, „dass der Syndikalismus in der Tat keine reine Gewerkschaftsbewegung Mitgliedsbeiträge zahlender Arbeiter darstellte, sondern sich an den Kämpfen auch weitere Personengruppen beteiligten, da beinahe die gesamte Bevölkerung als Zielgruppe und als Leid-

4.2 Libertärer Munizipalismus

4.2.1 Harveys *Rebellische Städte*

Das konventionelle marxistische Denken habe „dem Urbanen nie viel Bedeutung innerhalb der revolutionären Strategie beigemessen [...], obgleich es die Pariser Kommune als zentrales Ereignis in der Geschichte dieser Bewegung betrachtete.“ Und „noch immer tut sich ein großer Teil der traditionellen Linken schwer, was die Auseinandersetzung mit dem revolutionären Potenzial urbaner sozialer Bewegungen angeht.“⁶⁸¹

David Harvey⁶⁸² zufolge stelle eine solche, meist auf die unmittelbare Produktionssphäre verengte,⁶⁸³ Perspektive von Klassenkampf jedoch ein erhebliches Problem für umfassende Emanzipationsbestrebungen dar, da sie die zentrale Rolle der Urbanisierung im Prozess der Kapitalakkumulation verkenne. Seit Beginn des Kapitalismus habe die Urbanisierung nämlich immense Mengen an Mehrwert absorbiert „und zwar in einem immer größeren geografischen Maßstab“⁶⁸⁴:

„Die Urbanisierung, so behaupte ich schon seit Langem, war durch die gesamte Geschichte des Kapitalismus ein entscheidendes Mittel für die Absorption von Kapital- und Arbeitskräfteüberschüssen. Aufgrund der langen Arbeitsperioden und Umschlagszeiten sowie der langen Laufzeiten der meisten Investitionen in Bauprojekte hat sie eine ganz spezielle Funktion in der Dynamik der Kapitalakkumulation.“⁶⁸⁵

Dies mache die urbane Sphäre zu einem elementaren antikapitalistischen Kampffeld und die Vereinigung von urbanen Kämpfen um das „Recht auf Stadt“⁶⁸⁶ sowie deren Inklusion in eine

tragende des kapitalistischen Systems erfasst wurde. Nicht zuletzt galt es für die Suche nach neuen Wegen, auch außerhalb der Betriebe für die syndikalistische Bewegung zu werben.“ (Döhning, Anarcho-Syndikalismus, S. 154).

681Harvey, David, *Rebellische Städte. Vom Recht auf Stadt zur urbanen Revolution*, 5. Aufl., Berlin 2021, S. 16.

682Seines Zeichens Humangeograph und einer der bekanntesten marxistischen Theoretiker der Gegenwart.

683„Große Teile der traditionellen Linken (womit ich hauptsächlich sozialistische und kommunistische Parteien sowie die meisten Gewerkschaften meine) interpretierten die historische Geografie urbaner politischer Bewegungen mithilfe von politischen und taktischen A-priori-Annahmen, wodurch sie die Fähigkeit urbaner Bewegungen, einen nicht nur radikalen, sondern auch revolutionären Wandel herbeizuführen, unterschätzten und missdeuteten. Per definitionem werden urbane soziale Bewegungen häufig als etwas betrachtet, das mit den Klassen- und antikapitalistischen Kämpfen, die aufgrund der Ausbeutung und Entfremdung der lebendigen Arbeit in der Produktion entstehen, nicht verknüpft oder ihnen untergeordnet ist. Wenn urbane soziale Bewegungen überhaupt wahrgenommen werden, werden sie typischerweise entweder als reine Nebenzweige oder als Verlagerungen dieser fundamentaleren Kämpfe ausgelegt. Innerhalb der marxistischen Tradition neigt man etwa dazu, urbane Kämpfe entweder zu ignorieren oder sie als völlig frei von revolutionärem Potenzial oder revolutionärer Bedeutung abzutun. Nach diesem Verständnis drehen sich solche Kämpfe entweder um Probleme der Reproduktion statt der Produktion oder um Rechte, Souveränität und Bürgerschaft, also nicht um Klassenunterschiede.“ (Harvey, *Städte*, S. 211).

684Ebd., S. 58.

685Ebd., S. 88.

686Ebd., S. 27.

übergreifende Transformationsbewegung zur zentralen Aufgabe emanzipatorischer Bestrebungen.⁶⁸⁷

Anstatt also die Kategorien *Klasse* und *Bürgerschaft* gegeneinander auszuspielen, wie so oft geschehen, müsse man diese gemeinsam denken: „Urbane soziale Bewegungen“ seien schließlich häufig auch als Reaktion auf die „Akkumulation durch Enteignung“⁶⁸⁸ im städtischen Raum zu verstehen. „Bei urbanen sozialen Bewegungen geht es daher immer auch um Klasse, selbst wenn sie ihre Forderungen hauptsächlich in Bezug auf Rechte, Bürgerschaft (*citizenship*) und die Mühen der sozialen Reproduktion artikulieren.“⁶⁸⁹

Es gelte also, durch eine Verknüpfung von urbanen Kämpfen und Arbeitskämpfen emanzipatorische Synergien freizusetzen:

„Erstens haben Arbeitskämpfe, von Streiks bis hin zu Fabrikübernahmen, wesentlich größere Erfolgsaussichten, wenn sie eine starke und lebhaftere Unterstützung durch populäre Kräfte aus dem Volk erfahren, die sich in der umgebenden Nachbarschaft oder Gemeinde versammeln.

Zweitens muss sich der Begriff der Arbeit verändern: weg von einer engen Definition, die nur Formen industrieller Arbeit umfasst, hin zu einer sehr viel weiteren Auffassung von Arbeit, die die Produktion und Reproduktion eines zunehmend urbanisierten Alltagslebens einschließt. Die Unterscheidung zwischen Kämpfen, die in erster Linie in den Arbeitsstätten und um sie herum ausgefochten werden, und Kämpfen, die auf Gemeindeebene stattfinden, beginnt zu verschwimmen. Das gilt auch für die Vorstellung, Klasse und Arbeit würden am Ort der Produktion definiert, isoliert von der sozialen Reproduktion im Haushalt. [...] Vor allen Dingen müssen die Begriffe 'Arbeit' und 'Klasse' grundlegend neu definiert werden. Der Kampf um kollektive Bürgerrechte (wie die der eingewanderten Arbeitskräfte) muss als fester Bestandteil des antikapitalistischen Klassenkampfes verstanden werden. [...]

Schließlich muss es zwar weiterhin für jede antikapitalistische Bewegung von zentraler Bedeutung sein, die Ausbeutung lebendiger Arbeit in der Produktion [...] zu beseitigen. Doch die Kämpfe dagegen, dass der Wohnraum der Arbeiter der Rückgewinnung und Realisierung von Mehrwert dient, müssen denselben Stellenwert einnehmen wie die Kämpfe an den verschiedenen Orten der Produktion der Stadt.“⁶⁹⁰

Im städtischen Raum müssten hierzu auch „Alternative demokratische Instrumente [...], wie etwa Volksversammlungen, [...] eingerichtet werden, wenn das urbane Leben wiederbelebt und außerhalb der herrschenden Klassenverhältnisse neu gestaltet werden soll.“⁶⁹¹ Vom „*commoning* auf lokaler Nachbarschaftsebene“⁶⁹² ausgehend solle der urbane Widerstand organisiert, dem Staat zunehmend politische Gestaltungskompetenzen abgerungen und sich hier-

687Vgl. Ebd., S. 59, S. 63, S. 199, S. 207.

688Ebd., S. 225.

689Ebd.

690Ebd., S. 240-243.

691Ebd., S. 238.

692Ebd., S. 147.

durch sukzessive „einer kollektiven Macht über die Urbanisierungsprozesse“⁶⁹³ angeeignet werden.⁶⁹⁴

Harvey zufolge sei die konkrete Ausgestaltung einer solchen Alternativ-Konzeption vor allem mit einem Namen verbunden: „Bookchins Entwurf ist der bei Weitem durchdachtste radikale Vorschlag dafür, wie Gemeingüter in verschiedenen Maßstäben geschaffen und kollektiv genutzt werden können. Er sollte als Teil der radikalen antikapitalistischen Agenda weiter ausgeführt werden.“⁶⁹⁵ Ein guter Grund also, diesen Entwurf näher zu beleuchten.

4.2.2 Libertärer Kommunalismus nach Bookchin

Der libertär-sozialistische Theoretiker Murray Bookchin (1921-2006) gilt als einer der Wegbereiter der Sozialökologie und des Ökosozialismus. Bookchin hatte schon ab den 1960er Jahren auf die existenzielle Bedrohung durch die zunehmende Naturzerstörung hingewiesen und unter anderem auch diesbezüglich die Notwendigkeit einer radikalen Gesellschaftstransformation begründet:

„It cannot be emphasized too strongly that the anarchist concepts of a balanced community, a face-to-face democracy, a humanistic technology and a decentralized society – these rich libertarian concepts – are not only desirable, they are also necessary. They belong not only to the great visions of man’s future, they now constitute the preconditions for human survival.“⁶⁹⁶

In Bookchins wohl bekanntestem Werk *The Ecology of Freedom* (1982) wird seine philosophische Theorie der *Social Ecology* ausgebreitet: Im Kern behauptet diese einen kausalen Zusammenhang zwischen der Herrschaft des Menschen über den Menschen und dessen Unterwerfung und Zerstörung der (*äußeren*) Natur. Um also Natur und Menschheit zu versöhnen, um sie in ein ökologisches Gleichgewicht bringen zu können, müsse sich entsprechend auch jeglicher menschlicher Herrschaftsverhältnisse entledigt werden.⁶⁹⁷

693Ebd., S. 28.

694Vgl. Ebd., S. 159-161.

695Ebd., S. 157.

696Bookchin, Murray, *Ecology and Revolutionary Thought*, in: Murray Bookchin, *Post-Scarcity Anarchism*, 2. Aufl., Montréal/New York 1986, S. 91.

697Vgl. Bookchin, *Ökologie*, S. 13-15, S. 67, S. 101f. „The notion that man must dominate nature emerges directly from the domination of man by man.“ (Bookchin, *Ecology*, S. 85).

„The Province of social ecology: to replace the hierarchical and domineering sensibility and social relations that link the domination of nature with the domination of human by human.“ (Bookchin, *Introduction to the Second Edition*, in: Murray Bookchin, *Post-Scarcity Anarchism*, 2. Aufl., Montréal/New York 1986, (S. 42).

„Die soziale Ökologie liefert jedoch nicht nur eine Kritik der Trennung von Mensch und Natur, sondern sie artikuliert auch die Notwendigkeit ihrer Versöhnung, die Notwendigkeit der radikalen Transzendenz dieser Trennung.“ (Bookchin, *Ökologie*, S. 35).

„Eine Welt, die von Hierarchie, Befehl und Gehorsam so vollständig durchdrungen ist, artikuliert ihr Auto-

Eine durch heutige Technologien möglich gewordene Dezentralisierung eröffne nicht nur die Chance auf ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Mensch und Natur, sondern schaffe auch die Aussicht auf eine kommunalistische, basisdemokratische, libertär-sozialistische Gesellschaftsform.⁶⁹⁸

Letztere, „die politische Komponente des Gesamtkomplexes 'Sozialökologie'“⁶⁹⁹, findet ihren Ausdruck im Konzept des *Libertären Kommunalismus/Munizipalismus*.⁷⁰⁰

4.2.2.1 Begriff und Zielsetzung

Den Begriff des Libertären Kommunalismus – an anderer Stelle spricht er auch synonym vom Libertären Munizipalismus – hat Bookchin der Pariser Kommune von 1871 entlehnt, welche darauf abgezielt habe „eine landesweite Konföderation von Städten und Gemeinden zu bilden, mit denen der republikanische Nationalstaat ersetzt werden sollte.“⁷⁰¹ Der Libertäre Kommunalismus führe diesen Gedanken fort im Bestreben „ultimately to achieve the 'Commune of communes'“⁷⁰²:

„In seinem libertär-munizipalistischen Projekt will der Kommunalismus staatliche Gemeindefunktionen entschlossen beseitigen und sie durch Einrichtungen einer libertären politischen Ordnung ersetzen. Er möchte die Regierungsinstitutionen einer Stadt von Grund auf zu demokratischen Volksversammlungen umgestalten, die von Nachbarschaften, Dörfern und Städten ausgehen. In diesen Volksversammlungen regeln Bürger_innen [...] die Angelegenheiten des Gemeinwesens von Angesicht zu Angesicht, treffen politische

ritätsgefühl in derselben Weise, in der wir gelehrt worden sind, uns selbst wahrzunehmen: als Objekte, die es zu manipulieren, und als Dinge, die es zu gebrauchen gilt. Von diesem Selbstbild aus haben wir unsere Wahrnehmungswiese von Realität auf unser Bild der 'äußeren Natur' erweitert.“ (Ebd., S. 380).

698Vgl. Bookchin, Murray, *Towards a Liberatory Technology*, in: Murray Bookchin, *Post-Scarcity Anarchism*, 2. Aufl., Montréal/New York 1986, S. 105-161; Vgl. Bookchin, *The New Municipal Agenda*, S. 187f.; Vgl. Bookchin, Murray, *Post-Scarcity Anarchism*, in: Murray Bookchin, *Post-Scarcity Anarchism*, 2. Aufl., Montréal/New York 1986, S. 64; Vgl. Biehl, Janet, *Der libertäre Kommunalismus. Die politische Praxis der Sozialökologie*, Grafenau-Döffingen 1998, S. 92f.

699Biehl, *Kommunalismus*, S. 5.

700„Historically, libertarian theory has always focused on the free municipality that was to provide the cellular tissue for a new society [...]: a commune of communes. For in these municipal institutions and the changes that we can make in their structure – turning them more and more into a new public sphere – lies the abiding institutional basis for a grassroots dual power, a grassroots concept of citizenship, and municipalized economic systems that can be counterposed to the growing power of the centralized nation-state and centralized economic corporations.“ (Bookchin, Murray, *Radical Politics in an Era of Advanced Capitalism*, in: Murray Bookchin, *Social Ecology and Communalism*, Oakland/Edinburgh 2006, S. 67).

701Bookchin, *Kommunistische Projekt*, S. 36.

702Bookchin, Murray, *Communalism. The Democratic Dimension of Anarchism*, in: <https://theanarchistlibrary.org/library/murray-bookchin-communalism-the-democratic-dimension-of-anarchism.pdf> (abgerufen am 08.06.2022), S. 9.

„Eigentlich gleicht der konföderal-libertäre Munizipalismus exakt der 'Kommune von Kommunen', für die Anarchist_innen in den vergangenen beiden Jahrhunderten gekämpft haben. Diese ist der 'rote Hebel', der umgelegt werden muss, wenn eine revolutionäre Bewegung die Tür zum Leben der Bevölkerung öffnen will.“ (Bookchin, *Libertärer Munizipalismus*, S. 118).

Entscheidungen in einem direkten demokratischen Verfahren und verleihen dem Ideal einer humanistischen und rationalen Gesellschaft praktische Realität. [...] Zur Lösung von Problemen und Fragen, die die Grenzen einzelner Gemeinden überschreiten, sollten demokratisierte Kommunen ihrerseits zu größeren Konföderationen verbunden werden. Diese Versammlungen und Konföderationen können dann allein durch ihre bloße Existenz die Legitimität des Staates und staatlicher Machtformen infrage stellen. Sie können ausdrücklich zum Ziel haben staatliche Macht und Staatsführung durch eine öffentliche Macht zu ersetzen, und zudem durch eine rationale Politik gesellschaftlichen Wandels. Die Kommunen würden Orte werden, wo Klassenkonflikte ausgetragen werden, und wo schließlich die Klassen beseitigt werden könnten.⁷⁰³

Sich in einer Traditionslinie von der antiken Polis (*zoon politikon*), den mittelalterlichen Gemeinden und autonomen Städten, den Town-Hall-Meetings in Neuengland bis zu den Pariser Sektionen verortend,⁷⁰⁴ steht bei Bookchin der Bürger*innen-Ethos (*citoyen*) – die „Bürgertugend“⁷⁰⁵ – im Zentrum seiner Überlegungen. So misst er der Stadt und Gemeinde als politischer Arena auf „face-to-face basis“⁷⁰⁶ – welche die *öffentliche Sphäre* begründe – eine zivilisierende, die Ausbildung von Bewusstsein und Rationalität bedingende, Rolle in der menschlichen Entwicklung bei.⁷⁰⁷

Hierbei sei eine „sharp distinction between politics and statecraft“⁷⁰⁸ zu ziehen. Die freie Munizipalität – von Bookchin mit der *öffentlichen Sphäre*, dem genuinen Reich der Politik, identifiziert – stehe damit in einem grundsätzlichen Antagonismus zum (National-)Staat, welcher die *öffentliche Sphäre* durch Bürokratisierung und Zentralisierung, Parlamentarismus und Parteipolitik in weiten Teilen ausgeschaltet habe.⁷⁰⁹ Dieser Widerspruch habe sich in der Geschichte immer wieder revolutionär entladen, was darauf hinweise, dass Klassenkämpfe nicht die einzige revolutionäre Kraft seien.⁷¹⁰ Anders als im Fall von Harveys materialistischer Betrachtung des Gegenstandes – Städte als wichtiges Kampffeld *qua* ihrer zentralen Rolle in der Kapitalakkumulation –, verfüge nach Bookchin die Munizipalität also allein schon in ihrer Eigenschaft als *öffentlicher Raum*, der sich im grundsätzlichen Widerspruch zur Staatlichkeit

703Bookchin, Kommunalistische Projekt, S. 37f.

704Vgl. Ebd., S. 41f.; Vgl. Biehl, Kommunalismus, S. 28-44; Vgl. Bookchin, Politik, S. 66f.; Vgl. Bookchin, Municipalization, S. 2.

705Biehl, Kommunalismus, S. 6.

706Bookchin, Radical Politics, S. 62.

707Vgl. Bookchin, Murray, Städte. Die Entfaltung der Vernunft in der Geschichte, in: Debbie Bookchin u. Blair Taylor (Hg.), Murray Bookchin. Die nächste Revolution. Libertärer Kommunalismus und die Zukunft der Linken, 2. Aufl., Münster 2020, S. 119f., S. 127; Vgl. Bookchin, Politik, S. 65f.; Vgl. Bookchin, Murray, Re-making Society. Pathways to a Green Future, in: <https://theanarchistlibrary.org/library/murray-bookchin-re-making-society.pdf> (abgerufen am 08.06.2022), S. 111f.; Vgl. Bookchin, Free Cities, S. 69f.; Vgl. Bookchin, New Municipal Agenda, S. 181f.; Vgl. Bookchin, Kommunalistische Projekt, S. 36f.

708Bookchin, Introduction, S. 43.

709Vgl. Bookchin, Radical Politics, S. 60-63; Vgl. Bookchin, Libertarian Municipalism, S. 3.

710Vgl. Bookchin, Free Cities, S. 115; Vgl. Bookchin, Introduction, S. 43; Vgl. Bookchin, Kommunalistische Projekt, S. 43; Vgl. Bookchin, Radical Politics, S. 65.

befinde, über das subversive, revolutionäre Potenzial (*gesellschaftsumformende Potenz*). Somit sei die Transformation durch einen Machtgewinn der kommunalen Ebene einzuleiten.⁷¹¹

Dabei dringt bei Bookchin immer wieder eine essentialistische und bisweilen überaus moralistische Note durch.⁷¹² In diesem Zusammenhang propagiert er auch die Überwindung *partikularistischer* Interessen im Lichte des übergeordneten Bürger*innenbewusstseins:

„Am wichtigsten aber ist, dass im politischen Leben des Kommunalismus die Arbeiter_innen verschiedener Berufe ihre Sitze bei Volksversammlungen nicht in ihrer Arbeiterrolle – als Drucker_innen, Klempner_innen, Metallgießer_innen und andere, die schon im Voraus bestimmte Berufsinteressen haben – einnehmen, sondern als Bürger_innen, deren vorrangiges Anliegen die Bedürfnisse ihrer Gesellschaft sein sollten. Die Bürger_innen sollten von ihrer festgelegten Identität befreit werden, die sie als Arbeiter_innen, Expert_innen und Individuen haben, und bei denen sie vorwiegend mit ihren eigenen, besonderen Interessen befasst sind.“⁷¹³

Kommune:

Die Kommune – auf unterster Ebene die Nachbarschaft⁷¹⁴ – stellt in diesem Konzept also den Nukleus, den Dreh- und Angelpunkt, die „Keimzelle des Reichs der Politik“⁷¹⁵ einer künftigen

711, „Libertarian municipalism is revolutionary to the core, in the very important sense that it seeks to exacerbate the latent and often very real tension between the municipality and the state, and to enlarge the democratic institutions of the commune that still remain, at the expense of statist institutions. It counterposes the confederation to the nation-state, and libertarian communism to existing systems of private and nationalized property. Libertarian municipalism is an explicit attempt to update the traditional anarchist-communist ideal of the federation of communes or 'Commune of communes. More specifically, it aims for the confederal linking of libertarian communist municipalities, in the form of directly democratic popular assemblies as well as the collective control or 'ownership' of socially important property.“ (Bookchin, *Free Cities*, S. 69).

712, „Der libertäre Munizipalismus steht [...] für ein bedeutendes, geschichtlich grundlegendes Projekt, um die Politik in ihrem Wesen moralisch und in ihrer Organisation basispolitisch auszurichten. [...] Er will den öffentlichen Bereich zurückgewinnen, um echte Bürgerrechte zu praktizieren, wobei er sich von dem trostlosen Kreislauf des Parlamentarismus lossagt, genauso wie von dessen irreführendem 'Parteimechanismus' als Mittel zur Repräsentation der Bevölkerung. In dieser Hinsicht ist der libertäre Munizipalismus nicht nur eine 'politische Strategie', sondern der Versuch, von ruhenden oder im Ansatz vorhandenen demokratischen Möglichkeiten zu einer grundlegend neuen Gesellschaftsordnung überzugehen – zu einer kommunalen Gesellschaft, die auf die Erfüllung menschlicher Bedürfnisse gerichtet ist, auf ökologische Notwendigkeiten reagiert und eine neue Moral hervorbringt, die auf gegenseitigem Teilen und gemeinsamer Kooperation basiert. Dass er eine durchweg unabhängige Form der Politik beinhaltet, ist eine Selbstverständlichkeit. Noch wichtiger ist, dass zu ihm eine Neubestimmung der Politik gehört, eine Rückbesinnung auf die ursprünglich griechische Bedeutung des Wortes – die Verwaltung des Gemeinwesens – der *polis* – mittels Volksversammlungen von Angesicht zu Angesicht zur Schaffung einer Bürgerpolitik, die auf einer Moral der Gegenseitigkeit und Solidarität aufgebaut ist. [...]

Der Begriff 'Politik' bedeutet dann die direkte öffentliche Kontrolle der Gesellschaft durch ihre Bürger_innen, mittels dem Erreichen und Bewahren einer echten Demokratie in Gemeindeversammlungen – im Unterschied zum republikanischen Repräsentationssystem, welches das Recht der Bürger_innen, eine Kommunal- und Regionalpolitik zu formulieren, ausschließt. Eine solche Politik unterscheidet sich radikal von Staat und Staatsmacht – einem professionellen Organ aus Bürokrat_innen, Polizei, Militär, Gesetzgeber_innen und anderen, die als Zwangsapparat existieren, sich deutlich von der Bevölkerung unterscheiden und über ihr stehen. Der libertär-munizipalistische Ansatz unterscheidet die Staatsmacht – die wir heute gewöhnlich als 'Politik' bezeichnen – von der Politik, wie sie einst in vorkapitalistischen, demokratischen Gemeinschaften existierte.“ (Bookchin, *Libertärer Munizipalismus*, S. 106f.).

713 Bookchin, *Kommunistische Projekt*, S. 40.

714 Vgl. Bookchin, *Politik*, S. 67f., S. 75f.; Vgl. Bookchin, *Free Cities*, S. 71.

715 Biehl, *Kommunalismus*, S. 56.

libertär-kommunistischen Gesellschaft dar.⁷¹⁶ Die hierin angesiedelte kommunale Bürger*innenversammlung bilde damit die institutionelle Verkörperung des kollektiven Macht- und Entscheidungszentrums.⁷¹⁷ Im Widerspruch zum bewusst flexiblen Entschlussfassungsmodus einer Partizipatorischen Ökonomie, sieht Bookchin „Mehrheitsabstimmungen als einzig faire Möglichkeit für zahlreiche Menschen, Entscheidungen treffen zu können.“⁷¹⁸ Wie stark dies mit dem oben definierten Prinzip der *Selbstverwaltung/Wirtschaftsdemokratie* konfliktiert, wird sich im Kontext von Bookchins ökonomischem Konzept gleich noch deutlicher zeigen.

Konföderalismus:

Zum Zwecke über-kommunaler Vermittlung und Koordination föderierten sich die Kommunen mittels demokratischer Wahl und Entsendung von – rechenschaftspflichtigen und jederzeit abwählbaren – Delegierten in größeren geographischen Zusammenhängen. Diese Räte-Struktur bezeichnet Bookchin auch als dezentralisiertes, konföderales Netzwerk und wird seinerseits als „bedeutende Alternative zum Nationalstaat“⁷¹⁹ angesehen.⁷²⁰ Die Kompetenz dieser Konföderationsräte reduziere sich darauf,

„die von den Versammlungen formulierten Beschlüsse zu koordinieren und umzusetzen. Ihre Funktion ist daher rein verwaltend und praktisch; sie haben keinerlei politische Entscheidungsfunktion wie die Repräsentant_innen in republikanischen Regierungssystemen. [...] Das Recht, politische Entscheidungen zu treffen, kommt allein den öffentlichen Versammlungen zu, die auf dem Verfahren einer partizipatorischen Demokratie basieren.“⁷²¹

„Power thus would flow from the bottom up instead of from the top down“⁷²².

Wirtschaft:

Bookchins Credo lautet, dass „die kollektive Neugestaltung der Gesellschaft [...] nur im *Reich der Politik* erfolgen [Hervorhebungen, A.D.]“ könne, welches er scharf vom *Sozialbereich* abgrenzt, dem neben dem engeren Privatleben auch das „Wirtschaftsleben, also [...]“

716Vgl. Bookchin, Murray, Die Bedeutung des Konföderalismus, in: Debbie Bookchin u. Blair Taylor (Hg.), Murray Bookchin. Die nächste Revolution. Libertärer Kommunalismus und die Zukunft der Linken, 2. Aufl., Münster 2020, S. 101.

717Vgl. Biehl, Kommunalismus, S. 56-60.

718Bookchin, Kommunistische Projekt, S. 45.

719Bookchin, Libertärer Munizipalismus, S. 109.

720Vgl. Bookchin, Radical Politics, S. 64f.; Vgl. Bookchin, Libertärer Munizipalismus, S. 110f.; Vgl. Biehl, Kommunalismus, S. 95-102; Vgl. Bookchin, New Municipal Agenda, S. 178f.; Vgl. Bookchin, Bedeutung, S. 96-99.

721Ebd., S. 97.

722Bookchin, New Municipal Agenda, S. 178.

Produktion und Distribution“⁷²³, zuzurechnen sei.⁷²⁴ Gemäß dieses Primats des *Politischen/Öffentlichen* müsse auch die Wirtschaftstätigkeit diesem unterworfen werden. Hierbei wird sich von Märkten als Allokationsmechanismus losgesagt⁷²⁵ und hingegen die Aufgabe einer Koordination der Produktion den Gemeinden – genauer: den Bürger*innenversammlungen – überantwortet, welche demnach auch über die Produktionsmittel und Ressourcen auf ihrem Gebiet souverän verfügen würden:

„Ziel [des Kommunalismus, A.D.] ist daher weder, die Wirtschaft zu verstaatlichen, noch den Privatbesitz an Produktionsmitteln aufrechtzuerhalten, sondern die Wirtschaft in Gemeindebesitz zu überführen. Er will die Produktionsmittel in das eigentliche Gemeindeleben so eingliedern, dass bei jedem produktiven Unternehmen die örtliche Gemeindeversammlung entscheidet, wie es geführt werden soll, damit die Interessen der ganzen Gemeinschaft erfüllt werden.“⁷²⁶

Bookchins Libertärer Kommunalismus schließt damit die selbstverwaltete Kontrolle der Betriebe durch die Arbeiter*innen kategorisch aus – schließlich würden diese nur ihrem „particularistic interest“⁷²⁷ nachjagen, was mit einer *moralischen Wirtschaft* unvereinbar sei.⁷²⁸ Damit obläge die Kompetenz zur Kontrolle der Produktion und Distribution alleinig der Bürger*innenversammlung, in welcher das Mehrheitsprinzip zu gelten habe. In diesem Fall würden Arbeiter*innen jedoch lediglich den gleichen Einfluss auf die unmittelbaren Rahmenbedingungen ihrer Tätigkeit genießen, wie alle anderen Bürger*innen des jeweiligen Einzugsgebietes auch. Dies steht eklatant im Konflikt mit dem *Selbstverwaltungsprinzip* einer Partizipatorischen Ökonomie. Überdies würde hierbei das *One-Big-Meeting*-Konzept zum Tragen kommen – jede relevante Entscheidung verlangt eine Deliberation durch die Bürger*innenver-

723Vgl. Biehl, Kommunalismus, S. 121.

724Vgl. Bookchin, Libertarian Municipalism, S. 4.

725Vgl. Bookchin, Kommunalistische Projekt, S. 48.

726Ebd., S. 39.

727Bookchin, Remaking Society, S. 120.

728Anstatt also tatsächlich auf eine reziproke Vermittlung zwischen individuellen und kollektiven Interessen abzu zielen, würden sich Bookchin zufolge hierbei vielmehr die individuellen *Partikularinteressen* und Klassengegensätze harmonisch im Bürger*innen-Ethos (*volonté générale*) auflösen: „In einer solchen municipalistischen Wirtschaft – konföderal organisiert, im Bewusstsein gegenseitiger Abhängigkeit und nach ökologischen (nicht allein technologischen) Maßstäben rational –, würden wir erwarten, dass die einzelnen Interessen, die die Menschen gegenwärtig in Arbeiter_innen, Expert_innen, Manager_innen und dergleichen trennen, zu einem allgemeinen Interesse verschmelzen, und die Menschen sich als Bürger_innen sehen, die streng von den Bedürfnissen ihrer Gemeinschaft und Region geleitet werden statt von persönlichen Vorlieben und beruflichen Ambitionen. Dabei würde die Bürgerschaft zu ihrer vollen Geltung gelangen, und rationale wie ökologische Auffassungen des Allgemeinwohls würden an die Stelle von Klassen- und hierarchischen Herrschaftsinteressen treten.“

Dies ist die moralische Grundlage für eine moralische Wirtschaft in moralischen Gemeinschaften. Das allergrößte Gewicht liegt jedoch auf dem allgemeinen Interesse der Gesellschaft, das unter Umständen sämtlichen moralischen Gemeinschaften zugrunde liegen muss, und es muss letztlich über Klassen, Geschlechter, ethnische Zugehörigkeiten und Statusgrenzen hinweg gültig sein, wenn die Menschheit als Spezies überleben soll.“ (Vgl. Bookchin, Libertärer Munizipalismus, S. 113).

sammlung –, von welchem sich das Modell der Partizipatorischen Ökonomie ebenfalls mit Nachdruck abgrenzt⁷²⁹. Dies gilt umso mehr für Angelegenheiten auf höherer Konföderationsebene: Schließlich müssten hierbei etwaige Beschlüsse immer wieder auf der untersten Bürger*innenversammlungsebene beraten, gefasst und durch die Delegierten – als bloße Überbringer*innen – nach oben gereicht werden, welche bei nicht erfolgter Einigung dann die verschiedenen Positionen wieder nach ganz unten tragen müssten, usw.⁷³⁰

Die ökonomische Substanzlosigkeit dieses Modells lässt sich anhand der folgenden Auslassungen Bookchins exemplarisch veranschaulichen:

„Bei einem Leben im Kommunalismus würde die konventionelle Wirtschaft, mit ihrem Gewicht auf Preisen und knappen Ressourcen, durch Normen ersetzt werden, die auf menschliche Bedürfnisse und auf ein angenehmes Leben bedacht wären.“⁷³¹

„Wie die Arbeit geplant werden sollte, welche Technologien verwendet und wie die Waren verteilt werden sollten – all dies sind Fragen, die nur praktisch gelöst werden können.“⁷³²

4.2.2.2 Transformationskonzept

Stellt sich nun die Frage, wie Bookchin sein Konzept eines Libertären Kommunalismus/Munizipalismus zu verwirklichen gedenkt. Zur Beschreibung seiner Transformationsstrategie wählt er den Begriff der „*dual power*“⁷³³. Dieser bedeutet schlicht, dass sich schon im Bestehenden Parallelstrukturen in Form kommunalistischer Netzwerke herausbilden und sich diese wiederum zu Konföderationen zusammenschließen würden, welche hierdurch eine wachsende Gegenmacht (*dual power*) zum Nationalstaat aufbieten könnten und – da eine dauerhafte Koexistenz beider nicht möglich sei – jene diesen durch ihre Verallgemeinerung letztlich ablösen beziehungsweise in einer Revolution beseitigen müssten.⁷³⁴

Demnach gelte es also, auf schon bestehende kommunale Strukturen aufzubauen, diese sukzessive zu erweitern und bei Nichtvorhandensein neue Strukturen zu errichten.⁷³⁵ Ganz im Sinne des präfigurativen Prinzips bekundet Bookchin: „Libertäre Organisationsformen haben die ungeheure Verantwortung, der Gesellschaft zu gleichen, die sie zu verwirklichen suchen.“

729Vgl. Hahnel, *Democratic Economic Planning*, S. 158, S. 211-214.

730Vgl. Bookchin, *Municipalization*, S. 4f.; Vgl. Biehl, *Kommunalismus*, S. 109-111, S. 122-126.; Vgl. Bookchin, *Politik*, S. 80f.; Vgl. Bookchin, *Free Cities*, S. 118.

731Bookchin, *Kommunistische Projekt*, S. 40f.

732Bookchin, *Libertärer Munizipalismus*, S. 112.

733Bookchin, *Free Cities*, S. 122.

734Bookchin, Murray, *Thoughts on Libertarian Municipalism*, in: <https://theanarchistlibrary.org/library/murray-bookchin-thoughts-on-libertarian-municipalism.pdf> (abgerufen am 08.06.2022), S. 7; Vgl. Bookchin, *Kommunistische Projekt*, S. 38f.; Vgl. Bookchin, *Städte*, S. 119; Vgl. Bookchin, *New Municipal Agenda*, S. 195.

735Vgl. Biehl, *Kommunalismus*, S. 131.

Sie ertragen keine Trennung zwischen Mittel und Ziel.“⁷³⁶ Entsprechend würden die Bürger*innenversammlungen die „embryonic form“⁷³⁷, die „living nuclei of Utopia“⁷³⁸ bilden. Doch nützt all dies nur wenig, wenn nicht glaubhaft gemacht werden kann, wie sich die Bürger*innenversammlungen als Keimform konkret ausbilden und eine tatsächliche mesopolitische Wirkungsmacht entfalten sollen.

Anstatt die Keimform entlang der Bruchlinien gesellschaftlicher Widersprüche vorrangig mit materiellen Kämpfen zu verknüpfen, wie im Anarcho-Syndikalismus vorgesehen, schlägt Bookchin – gemäß seines Fokus auf das, was er unter *öffentlicher (politischer) Sphäre* versteht – für die Etablierung von Bürger*innenversammlungen in erster Linie vor, dass es eine – nicht näher ausgeführte – kommunalistische Bürger*innenbewegung geben müsse, welche den aus ihren Reihen gestellten Kandidat*innen in Kommunalwahlen zu politischen Ämtern verhelfen würde. „Unless we actually run candidates in city council elections, we are not dealing with power.“⁷³⁹ Diese Repräsentant*innen würden, so Bookchin, ihre Posten sogleich – auch gegen den zu erwartenden Widerstand der Staatsgewalt – dazu nutzen, die Spielräume kommunaler Demokratie auszuweiten sowie im Zuge dessen vor allem Bürger*innenversammlungen zu etablieren, um sich damit letzten Endes selbst überflüssig zu machen.⁷⁴⁰ Dabei hegt Bookchin keine großen Hoffnungen, dass bei dieser Taktik mit schnellen, handfesten Erfolgen zu rechnen wäre: „Depending upon the political climate at any given time or place, years may pass before it wins even the most modest success.“⁷⁴¹

Daher solle die kommunalistische Bewegung begleitend dazu eigenhändig Bürger*innenversammlungen auf die Beine stellen, ein eigenes Programm mit Forderungen ausarbeiten, Bildungs- und Aufklärungsarbeit leisten, als öffentliches Debattenforum fungieren und Appelle an die gesellschaftlichen Entscheidungsträger*innen richten, man möge doch bitte ihren Forderungen nachkommen. Diese Versammlungen würden dann zwar über keine öffentlichen Kompetenzen und nennenswerte politische Macht – geschweige denn über irgendwelche ökonomischen Hebel – verfügen, jedoch würde angeblich ihre bloße Existenz, „by virtue of their

736Bookchin, *Ökologie*, S. 375; Vgl. Bookchin, *Politik*, S. 87; Vgl. Bookchin, *Free Cities*, S. 69.

737Bookchin, *New Municipal Agenda*, S. 175.

738Bookchin, *Forms*, S. 190.

739Bookchin, *Thoughts*, S. 8.

740Vgl. Bookchin, *Politik*, S. 71-73. Von einer Wahlbeteiligung über der kommunalen Ebene wird jedoch weiterhin strikt Abstand genommen: „Für alle Ämter oberhalb der kommunalen Ebene gilt grundsätzlich: Sie dienen nur dem Staat als Vehikel, und ihr Besitz – ja schon der bloße Kampf darum – würde genau die Spannungen zum Staat lindern, die die Bewegung eigentlich anheizen müsste. Indem sich in solchen Wahlkampagnen der Unterschied zwischen Kommune und Staat scheinbar auflöst, würden die Ziele der Bewegung wieder verschimmen und so ihre Aufklärungsarbeit ad absurdum geführt.“ (Biehl, *Kommunalismus*, S. 116).

741Bookchin, *New Municipal Agenda*, S. 191. „Auf kürzere Sicht dienen die Wahlkämpfe der Libertären Kommunalisten vorwiegend dazu, die Öffentlichkeit über ihre Ziele aufzuklären und die Menschen zur Diskussion zu veranlassen.“ (Biehl, *Kommunalismus*, S. 73).

ideas⁷⁴², „exercising *moral* pressure⁷⁴³ on statist institutions, in the hope that people will, in time, regard them as authentic centers of public power with the expectation that they can thereby gain structural power.“⁷⁴⁴

Hierbei wird die grundsätzliche Differenz zwischen dem anarcho-syndikalistischen Transformationsansatz und demjenigen Bookchins überdeutlich: Letzterer legt seinen Fokus in erster Linie auf idealistische Bewusstseinsbildung, welche schließlich strukturelle Macht hervorbringen soll. Der Anarcho-Syndikalismus bedient sich wiederum struktureller Macht im ökonomischen Bereich, um durch deren koordinierte Anwendung im Tages-Kampf zu kollektivem Bewusstsein zu gelangen – beziehungsweise eine wechselseitige Vermittlung von Direkter Aktion und Bewusstseinsbildung anzustoßen.

4.2.3 Praxisbeispiel: Rojava

Elemente des Libertären Kommunalismus fanden ihren Eingang in eines der größten und radikalsten sozialen Experimente der Gegenwart – ein Hoffnungsschimmer vieler Linker: Die demokratische Selbstverwaltung im Norden Syriens, auch *Rojava* genannt.

Vormals noch marxistisch-leninistisch ausgerichtet und auf die Bildung eines eigenen Kurd*innenstaates fixiert, vollzog die kurdische Arbeiterpartei PKK ab den 1990er Jahren eine politische und strategische Kehrtwende. Mitunter vorangetrieben durch den PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan fand eine „intensive Auseinandersetzung mit internationalen Denkern und libertären Theoretikern“⁷⁴⁵ sowie der mesopotamischen Geschichte⁷⁴⁶ statt. Eine zentrale Inspirationsquelle stellten dabei die Ideen Murray Bookchins zum Libertären Kommunalismus/Munizipalismus dar, mit welchem Öcalan auch zeitweise im Austausch stand.⁷⁴⁷ Als

742Bookchin, *Free Cities*, S. 120.

743„Let me emphasize that assemblies that have no legal power can exercise enormous moral power. A popular assembly that sternly voices its views on many issues can cause considerable disquiet among local authorities and generate a widespread public reaction in its favor over a large region“ (Bookchin, *New Municipal Agenda*, S. 114).

744Bookchin, *Free Cities*, S. 121; Vgl. Biehl, *Kommunalismus*, S. 71-79.

745Flach, Anja u. Ayboğa, Ercan; Knapp, Michael, *Revolution in Rojava. Frauenbefreiung und Kommunalismus zwischen Krieg und Embargo*, 4. Aufl., Hamburg 2018, S. 76.

746In diesem Zusammenhang sei auch auf die aktuellen Forschungen von Graeber und Wengrow verwiesen: „Die partizipatorische Verwaltung in den antiken mesopotamischen Städten war auf mehreren Ebenen organisiert, von Bezirken – die manchmal nach ethnischen Gesichtspunkten oder beruflichen Zugehörigkeiten definiert waren – bis zu größeren Stadtbezirken und schließlich der Stadt als Ganzes. Die Interessen der einzelnen Bürger konnten auf jeder Ebene vertreten sein, doch die erhaltenen schriftlichen Zeugnisse enthalten enttäuschend wenige Details darüber, wie dieses System der Stadtverwaltung in der Praxis funktionierte.“ (Graeber/Wengrow, *Anfänge*, S. 330f.) „Weit davon entfernt, einen Herrscher zu benötigen, um das urbane Leben zu verwalten, lebten die meisten mesopotamischen Städter also offenbar in autonom organisierten, selbstverwalteten Einheiten“ (Ebd., S. 332).

747Zur Korrespondenz zwischen Bookchin und Öcalan, siehe: *Bookchin-Öcalan Correspondence*, in: <https://theanarchistlibrary.org/library/various-authors-bookchin-ocalan-correspondence> (abgerufen am

Resultat dieser Neuorientierung wurde sich schließlich vom Nationalstaatsgedanken – und damit auch vom Ziel der Gründung eines kurdischen Staates – abgegrenzt,⁷⁴⁸ fortan ein starker Fokus auf die Frauenemanzipation⁷⁴⁹ gelegt und der Aufbau von kommunalistischen Alternativstrukturen systematisch vorangetrieben. Diese neue Programmatik wurde von Öcalan im Jahre 2005 schließlich unter dem Namen *Demokratischer Konföderalismus* offiziell bekannt gegeben.⁷⁵⁰

Auf kurdischem Gebiet konnte das Konzept des Demokratischen Konföderalismus an eine jahrtausendealte Tradition kommunaler Selbstverwaltung⁷⁵¹ und anti-zentralistischer Tendenzen anschließen.⁷⁵² „Das Modell war als Alternative zum in Nordkurdistan herrschenden türkischen Besatzungsregime [bereits, A.D.] seit 2007 in der Praxis, wurde aber weltweit aufgrund einer Politik der Verfolgung und Unterdrückung kaum wahrgenommen.“⁷⁵³ In der Folgezeit bildeten sich auch in Nordsyrien „schon vor den Aufständen [...] erste Räte und Komitees.“⁷⁵⁴

Mit dem Beginn des syrischen Bürgerkrieges im Jahre 2011 wurde der Ausbau der Selbstverwaltungsstrukturen energisch ausgeweitet: „Die Rätestrukturen bildeten sich 2011 als eine Parallelstruktur zum Staat heraus, der diese zunächst gewähren ließ“, da er sich vornehmlich „auf die Bekämpfung des Aufstandes in den nicht-kurdischen Gebieten konzentrierte.“⁷⁵⁵ Da-

08.06.2022).

748„Der Nationalstaat hatte es ursprünglich auf die Monopolisierung aller gesellschaftlichen Prozesse abgesehen. Vielfalt und Pluralität mussten bekämpft werden, ein Ansatz, der zu Assimilation und Völkermord führte. [...] Er zielt ab auf die Schaffung einer einzigen nationalen Kultur, einer einzigen nationalen Identität und einer einzigen einheitlichen Religionsgemeinschaft. Dadurch wird eine homogene Bürgerschaft erzwungen. [...] Die homogene nationale Gesellschaft ist die künstlichste aller je geschaffenen Gesellschaften [...]. Diese Ziele werden in der Regel durch die Anwendung von Gewalt oder durch finanzielle Anreize erreicht und haben oft zur physischen Vernichtung von Minderheiten, Kulturen oder Sprachen oder zur Zwangsassimilation geführt. Die Geschichte der letzten zwei Jahrhunderte ist voller Beispiele, die die gewaltsamen Versuche zur Schaffung einer der Scheinrealität eines echten Nationalstaates genügenden Nation illustrieren.“ (Öcalan, *Abdullah, Demokratischer Konföderalismus*, Neuss 2012, S. 13f.).

„Über die letzten Jahrzehnte hinweg haben die Kurden nicht nur gegen die Unterdrückung durch die herrschenden Mächte und für die Anerkennung ihrer Existenz gekämpft, sondern auch für die Befreiung ihrer Gesellschaft von der Umklammerung des Feudalismus. Demzufolge macht es wenig Sinn, alte Fesseln durch neue zu ersetzen oder sogar die Unterdrückung zu verstärken. Denn das würde im Kontext der kapitalistischen Moderne die Gründung eines Nationalstaates bedeuten. [...] Aus diesem Grund ist für mich die Gründung eines kurdischen Nationalstaates keine Option. [...] Ein weiterer Staat würde lediglich zusätzliche Ungerechtigkeit schaffen und das Recht auf Freiheit noch weiter einschränken.“ (Öcalan, *Konföderalismus*, S. 19).

749Vgl. Flach/Ayboğa/Knapp, *Revolution*, S. 82f.

750Vgl. Ebd., S. 74-77. „Demokratischer Konföderalismus ist offen gegenüber anderen politischen Gruppen und Fraktionen. Er ist flexibel, multikulturell, antimonopolistisch und konsensorientiert. Ökologie und Feminismus sind zentrale Pfeiler. Im Rahmen dieser Art von Selbstverwaltung wird ein alternatives Wirtschaftssystem erforderlich, das die Ressourcen der Gesellschaft vermehrt, anstatt sie auszubeuten, und so den mannigfaltigen Bedürfnissen der Gesellschaft gerecht wird.“ (Öcalan, *Konföderalismus*, S. 21) Zu den Prinzipien des *Demokratischen Konföderalismus*, siehe: Ebd., S. 34f.

751Vgl. Graeber/Wengrow, *Anfänge*, S. 325-332.

752Vgl. Schmidinger, Thomas, *Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan. Analysen und Stimmen aus Rojava*, Wien 2014, S. 14.

753Flach/Ayboğa/Knapp, *Revolution*, S. 21.

754Ebd., S. 87.

755Ebd., S. 108. „So übernahmen die Komitees immer mehr Aufgaben in den Straßenzügen, Stadtteilen und

mit gelang es den syrischen Kurd*innen bereits ein Jahr darauf

„sich im Machtvakuum des syrischen Bürgerkriegs größtenteils von der Herrschaft der regierenden Baath-Partei unter Präsident Assad zu befreien. Umgehend wurde von der Bevölkerung mit der Umsetzung des Demokratischen Konföderalismus in den drei Regionen (Kantonen) Rojavas – Afrîn, Kobanî und Cizîre – begonnen. Unter Kriegsbedingungen nahmen die Kurd_innen in diesen Gebieten zusammen mit den verschiedensten ethnischen und religiösen Bevölkerungsgruppen die Selbstverwaltung in Angriff.“⁷⁵⁶

„Es wurde ein System von mehreren Ebenen, also Kommunen, Volksräten, Kommissionen und diversen Verbindungen untereinander geschaffen, was als eine Kombination von Basis- und Räte-demokratie betrachtet werden konnte.“⁷⁵⁷

Die Revolution war entfacht. Mit der Proklamation der *Demokratischen Föderation von Nordsyrien*⁷⁵⁸ im Januar 2014 wurde schließlich durch die drei Bezirke Afrîn, Kobanî und Cizîre offiziell die Autonomie ausgerufen und ein Gesellschaftsvertrag⁷⁵⁹ verabschiedet, welcher nicht nur den multiethnischen Verhältnissen Rechnung tragen sollte,⁷⁶⁰ sondern auch die Gleichstellung der Frau sowie die partizipatorischen Selbstverwaltungsstrukturen verfassungsrechtlich verankerte.⁷⁶¹

Das politische System setzt sich dabei aus fünf – von unten nach oben organisierten – Ebenen zusammen: (1) *Kommunen* (100 bis 500 Haushalte);⁷⁶² (2) *Stadtteilräte und Dörferge-*

Dörfern. Sie entwickelten sich langsam zur Alternative zum Staat und die Bevölkerung wandte sich zunehmend an die Räte zur Problem- und Konfliktlösung.“ (Ebd., S. 109).

756Ebd., S. 11.

757Ebd., S. 108.

758„Der [kurdische, A.D.] Begriff Rojava wurde für die neue politische Einheit nicht verwendet, auch weil inzwischen in den befreiten Gebieten Nordsyriens – einschließlich Rojava – mehr als 50% Araber_innen leben. Die zahlenmäßig geringeren Assyrer_innen (Suryoye), Armenier_innen, Turkmen_innen beteiligen sich immer stärker an dem neuen politischen System.“ (Ebd., S. 24).

759Hier der 2016 ratifizierte aktuelle Gesellschaftsvertrag: Der Gesellschaftsvertrag der Demokratischen Föderation Nordsyrien, in: https://civaka-azad.org/wp-content/uploads/2017/11/Gesellschaftsvertrag_p6.pdf (abgerufen am 08.06.2022). Für die ursprüngliche – 2014 verabschiedete – Fassung, siehe: Der Gesellschaftsvertrag von Rojava, in: <https://civaka-azad.org/wp-content/uploads/2014/03/info7.pdf> (abgerufen am 08.06.2022).

760„Auf den multikulturellen – ethnisch wie religiösen – Charakter der Gesellschaft von Rojava wird besonders viel Wert gelegt. [...] So sind Kurdisch, Arabisch und Aramäisch in Cizîrê gleichrangige Amtssprachen. [...] Die Rechte von kleineren ethnischen und religiösen Gruppen werden besonders geschützt. So ist das Ezidentum als Religion ausdrücklich gleichberechtigt anerkannt und es bestehen feste Mindestquoten für die Vertreter_innen der Suryoye, Ezid_innen und für Jugendliche.“ (Flach/Ayboğa/Knapp, *Revolution*, S. 137f.) Hier werde „deutlich, wie sehr Rojava und vor allem der Kanton Cizîrê ein großartiges Beispiel dafür sind, wie der multikulturelle und multireligiöse Mittlere Osten ein gleichberechtigtes Zusammenleben gestalten kann.“ (Ebd., S. 73).

761Vgl. Ebd., S. 137-139; Vgl. Brauns, Nikolaus, *Die Kurden in Syrien und die Selbstverwaltung in Rojava*, in: Fritz Edlinger (Hg.), *Der Nahe Osten brennt. Zwischen Bürgerkrieg und Weltkrieg*, Wien 2016, S. 95-97.

762„Die Kommune ist die Basis des gesamten Räte-systems. Jeden Monat wird das Plenum einberufen, zu dem die ganze Bevölkerung eingeladen wird. Konkret wird dazu aufgerufen, dass zumindest aus jedem Haushalt eine Person anwesend ist. Das Plenum trifft grundlegende Entscheidungen zur Kommune und bestimmt die Komitees. Die Ko-Vorsitzenden werden für zwei Jahre gewählt, wobei anzumerken ist, dass die weibliche Ko-Vorsitzende nur von den Frauen gewählt wird. Die beiden gewählten Personen haben ein imperatives Mandat und können jeden Monat vom Plenum mit vorheriger Ankündigung neu gewählt werden. In den Ko-

meinschaftsräte (20-70 Kommunen);⁷⁶³ (3) *Bezirksräte*;⁷⁶⁴ (4) der *Volksrat des Kantons*; und (5) die *Demokratische Volksversammlung*.⁷⁶⁵ Die jeweiligen Ebenen organisieren ihre Tätigkeiten in *Komitees* – Ausschüssen –, deren Mitglieder aus den Reihen der entsprechenden Ebene hervorgehen: Frauen, Verteidigung, ökologische Wirtschaft, Politik, Zivilgesellschaft, Freie Gesellschaft, Justiz, Bildung, und Gesundheit.⁷⁶⁶ Die basisdemokratische *Kommune* stellt in diesem System das „Zentrum der politischen Selbstverwaltung“⁷⁶⁷ dar. „Die Kommunen entsenden ihre Vertreter_innen in die jeweiligen Stadtteilräte und Stadträte. Diese Struktur setzt sich bis [...] [nach oben hin, A.D.] fort.“⁷⁶⁸ So ernennt jede Ebene zwei Ko-Vorsitzende – auch *Koordination* genannt –, welche die jeweilige Ebene in der nächst höheren Ebene vertreten. Die *Koordination* ist dabei strikt geschlechterparitätisch besetzt und unterliegt einem imperativen Mandat. Die Amtsdauer ist auf zwei Legislaturperioden beschränkt. Überdies hat jede öffentliche Institution einen verpflichtenden Frauenanteil von mindestens 40 Prozent einzuhalten.⁷⁶⁹ Um den Prinzipien von Diversität, Verständigung und Ausgleich der heterogenen Bevölkerungsgruppen gerecht zu werden, also die – ethnischen, religiösen etc. – Minderheiten nicht durch die (kurdische) Mehrheitsgesellschaft zu dominieren, werden an dieser Stelle ebenfalls spezielle Quotenregelungen angewendet.

Hier kommt die außergewöhnliche politische Doppelstruktur des Systems aus *Rätedemokratie* – von welcher soeben die Rede war – und (repräsentativer) *Direktwahl* ins Spiel. So gehen auf allen höheren Ebenen – meist ab der Bezirksebene⁷⁷⁰ – 60 Prozent der Mandate, im oben genannten Sinne, aus der rätedemokratischen Struktur hervor, während hingegen 40 Prozent der Mandate – auf Basis von Quoten – direkt-demokratisch aus den jeweiligen ethnischen, religiösen und kulturellen Gruppen sowie den zivilgesellschaftlichen Organisationen – beispielsweise *Jugend* – gewählt werden.⁷⁷¹

mitees kann jeder aus der entsprechenden Kommune mitmachen. Bei der konstituierenden Sitzung wählt jedes Komitee ihre/n weiblichen und männlichen Ko-Sprecher_in. Die Koordination einer Kommune besteht aus ihren beiden Ko-Vorsitzenden und den Ko-Vorsitzenden der Komitees (abgesehen vom Frauenrat, der von einer Frau delegiert wird). Aus bis zu 15 Personen kann eine Koordination einer Kommune bestehen. Die Koordination der Kommune trifft sich wöchentlich regelmäßig an einem bestimmten Tag zu einer bestimmten Uhrzeit. Versammlungsort ist in der Regel die Lokalität der Komîngeh, welches von fünf bis zehn Kommunen in einem zusammenhängenden Gebiet betrieben wird.“ (Flach/Ayboğa/Knapp, *Revolution*, S. 116).

763Vgl. Ebd., S. 117.

764Vgl. Ebd., S. 117f.

765Vgl. Gesellschaftsvertrag der Demokratischen Föderation Nordsyrien, S. 9-16.

766Vgl. Flach/Ayboğa/Knapp, *Revolution*, S. 112-114, S. 149f.

767Ebd., S. 84.

768Ebd., S. 88.

769Vgl. Ebd., S. 18.

770Vgl. Ebd., S. 117f.

771Vgl. Gesellschaftsvertrag der Demokratischen Föderation Nordsyrien, S. 9. „Dies ist besonders für die christlichen Suryoye und Armenier_innen wichtig, da ihre Zahl immer mehr abnimmt. Vor allem garantiert diese 40%-Quote die Beteiligung aller Gesellschaftsgruppen an Entscheidungsprozessen, was eine Konsensfindung notwendig macht.“ (Flach/Ayboğa/Knapp, *Revolution*, S. 144).

In wirtschaftlicher Hinsicht wird sich vornehmlich auf die Vergemeinschaftung von Betrieben und Ländereien sowie den Aufbau kommunal kontrollierter Kooperativen gestützt.⁷⁷² Um die Verwaltung durch die Bürger*innenversammlungen gewährleisten zu können, dürften jene „eine gewisse Größe nicht überschreiten“⁷⁷³ – was jedoch kritische Fragen bezüglich Skalenerträgen und Opportunitätskosten aufwirft (siehe Kapitel 4.2.4). Zudem sei die „Landfrage [...] ein sehr sensibles Thema, das noch einer Lösung harrt“⁷⁷⁴, da sich weiterhin Ländereien „in der Hand von Großgrundbesitzern“⁷⁷⁵ befänden, mit denen man anscheinend (noch) keinen Konflikt riskieren möchte. Eine sachgerechte Bewertung der ökonomischen Erfolge wie Misserfolge sei in Anbetracht der omnipräsenten Kriegssituation jedoch nur schwer möglich:

„Wenn wir die Umsetzung der ökonomischen Konzepte der Demokratischen Autonomie betrachten, dann müssen wir uns darüber bewusst sein, dass deren Entwicklung vor dem Hintergrund des Dramas des syrischen Krieges und die permanenten Angriffe auf die Region häufig Projekte verhindern oder – im Umland von Kobanî geschehen – auch unmöglich machen. Tausende wurden ermordet, die Hälfte der Bevölkerung ist wohnungslos. Etwa zwei Millionen Menschen verließen ihre Heimat und wurden zu Migrant_innen. Insbesondere die Ökonomie Syriens ist schwer vom Krieg betroffen.“⁷⁷⁶

Die äußerst widrigen Rahmenbedingungen, welchen sich das Projekt von Anfang an ausgesetzt sah, haben sich seitdem nicht gebessert – im Gegenteil. Zwar hatten die kurdischen Verteidigungseinheiten (SDF) beträchtliche Erfolge gegen den *Islamischen Staat* (IS) und weitere – unter anderem von der Türkei gesponsorte – islamistische Verbände zu verzeichnen. Jedoch sank mit dem erfolgreichen Zurückschlagen des IS auch rapide das Interesse der westlichen Unterstützer-Staaten an der nordsyrischen Selbstverwaltungszone, welche – nunmehr eingekesselt zwischen der wiedererstarkenden syrischen Zentralstaatsmacht sowie der von Beginn an auf Zerschlagung des Experiments sinnenden türkischen Regierung – von allen Seiten bedroht letztlich auf dem Sch(l)ach(t)brett geopolitischer Ränkespiele sich selbst überlassen wurde. Ohne auf nennenswerten Protest der *westlichen Wertegemeinschaft* zu stoßen, startete die Türkei – auch unter Einsatz deutscher Rüstungsgüter⁷⁷⁷ – im Januar 2018 ihre völker-

⁷⁷²Vgl. Ebd., S. 82, S. 266, S. 289. Näheres zur Kooperativen-Wirtschaft in Rojava – welche in vielerlei Hinsicht an Bookchins ökonomisches Konzept erinnert –, siehe: Ebd., S. 270-274.

⁷⁷³Ebd., S. 289.

⁷⁷⁴Abdullah, Asya, Die Philosophie des Systems der Demokratischen Autonomie, in: Anja Flach, Ercan Ayboğa u. Michael Knapp, Revolution in Rojava. Frauenbefreiung und Kommunalismus zwischen Krieg und Embargo, 4. Aufl., Hamburg 2018, S. 64.

⁷⁷⁵Vgl. Flach/Ayboğa/Knapp, Revolution, S. 275.

⁷⁷⁶Ebd., S. 274f. Dem kommt noch das türkische Embargo hinzu. (Vgl., Ebd., S. 130, S. 278-293).

⁷⁷⁷Vgl. Grässlin, Jürgen, Schwarzbuch Waffenhandel. Wie Deutschland am Krieg verdient, 2. Aufl., München 2013, S. 154f.; Vgl. Becker, Markus u. Gebauer, Matthias, Heikle Geschäfte, in: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-einsatz-deutscher-leopard-panzer-in-syrien-bringt-berlin-in-bedaengnis-a-1189401.html> (abgerufen am 08.06.2022).

rechtswidrige Invasion Afrins, mit dem Ziel, eine 30 Kilometer ins nordsyrische Territorium hineinreichende Besatzungszone – euphemistisch: *Sicherheitsstreifen* – zu errichten⁷⁷⁸ und sich dort – ebenfalls völkerrechtswidrig⁷⁷⁹ – der in der Türkei Schutz suchenden, geflüchteten Menschen durch Ansiedlung zu entledigen. Dem folgte ein weiterer völkerrechtswidriger⁷⁸⁰ Großangriff im Oktober 2019. Seitdem herrscht in diesen Gebieten ein repressives Besatzungsregime, dem neben etlichen Menschenleben auch die Selbstverwaltungsstrukturen zum Opfer gefallen sind. Zwar ist die Zukunft des Projekts noch nicht endgültig besiegelt – die Einheiten der SDF leisten nach Kräften Widerstand –, jedoch geben die fortwährenden türkischen Angriffe und die stete Drohung einer erneuten großangelegten Militäroffensive wenig Anlass zu Optimismus.

Hier sei noch einmal auf die frappanten Parallelen zur Spanischen Revolution hingewiesen: Beide Experimente gingen aus Bürgerkriegssituationen und der damit einhergehenden Schwächung der Staatsgewalt beziehungsweise des Zusammenbruchs staatlicher Strukturen hervor; beide konnten diese Chance zur Ausfüllung des Machtvakuum nur nutzen, da dem revolutionären Aufbegehren eine jahrzehntelange (präfigurative) Aufbauarbeit vorangegangen war, welche ohne eine Zielbestimmung nicht möglich gewesen wäre; und in beiden Fällen muss/musste sich gegen eine konterrevolutionäre Übermacht behauptet werden, ohne auf externe Unterstützung hoffen zu können.

778Vgl. Ebd., S. 23-25, S. 34. „Das geostrategische Interesse der Türkei zielt offenbar darauf ab, das kurdische Einflussgebiet in Syrien einzudämmen bzw. die Entstehung eines kurdischen *de facto*-Regimes zu verhindern und gleichzeitig die Chance zu nutzen, die der Zerfall Syriens und des 'Islamischen Staates' bietet, um den eigenen Einflussbereich auszuweiten. Aus türkischer Sicht erscheint die Einnahme bzw. Belagerung der syrischen Stadt Afrin ein geostrategisch notwendiger Schritt zur Erreichung dieser Ziele. Mit dem Gedanken der Selbstverteidigung prinzipiell unvereinbar erscheint indes ein militärisches Vorgehen, das Ziele verfolgt, welche im Ergebnis zu einer dauerhaften Veränderung von Strukturen und Einflusszonen auf fremdem Staatsterritorium führen können oder sogar besatzungsrechtliche Elemente enthalten. Die militärische Verfolgung der erklärten geostrategischen Ziele der Türkei geht daher bei Lichte betrachtet über ein strikt am Gedanken der Selbstverteidigung ausgerichtetes militärisches Handeln hinaus.“ (Wissenschaftliche Dienste des deutschen Bundestages, Völkerrechtliche Bewertung der 'Operation Olivenzweig' der Türkei gegen die kurdische YPG in Nordsyrien, in: <https://www.bundestag.de/resource/blob/546854/07106ad6d7fc869307c6c7495eda3923/wd-2-023-18-pdf-data.pdf> (abgerufen am 08.06.2022), S. 16f.) So bleibe die Türkei „im Ergebnis den konkreten Beweis für das Vorliegen eines das Selbstverteidigungsrecht auslösenden 'bewaffneten Angriffs' schuldig.“ (Wissenschaftliche Dienste, Bewertung, S. 17).

779Vgl. Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten (IV. Genfer Abkommen von 1949), Art. 49, in: https://www.drk.de/fileadmin/user_upload/PDFs/Das_DRK/Materialien/Allgemein/DRK_Genfer_Abkommen_04_Schutz_von_Zivilpersonen.pdf (abgerufen am 08.06.2022).

780„Mangels erkennbarer Rechtfertigung stellt die türkische Offensive im Ergebnis offensichtlich einen Verstoß gegen das Gewaltverbot aus Art. 2 Ziff. 4 VN-Charta dar.“ (Wissenschaftliche Dienste des deutschen Bundestages, Völkerrechtliche Aspekte der türkischen Militäroperation 'Friedensquelle' in Nordsyrien, in: <https://www.bundestag.de/resource/blob/663322/fd65511209aad5c6a6eae95eb779fcba/wd-2-116-19-pdf-data.pdf> (abgerufen am 08.06.2022), S. 12) „Mangels Vorliegen einer Selbstverteidigungslage lässt sich in der Errichtung einer türkischen 'Sicherheitszone' in Nordsyrien auch keine völkerrechtlich zulässige Selbstverteidigungshandlung sehen.“ (Wissenschaftliche Dienste, Aspekte, S. 11). „Kommt es zu einer syrischen Gegenwehr gegen das türkische Vorrücken in Nordsyrien, wäre dies aus syrischer Sicht eine völkerrechtskonforme Verteidigungshandlung gegen eine völkerrechtswidrige Aggression der Türkei.“ (Ebd., S. 14).

4.2.4 Kritik am Libertären Munizipalismus

Für eine kohärente Transformationstheorie ist es unabdingbar, dass Zielperspektive und Transformationsstrategie miteinander im Einklang stehen. Jedoch konfligiert bereits die Zielperspektive des Libertären Kommunalismus nach Bookchin in wichtigen Punkten mit derjenigen einer Partizipatorischen Ökonomie, was in dieser Hinsicht unweigerlich auch die Transformationsstrategie des Libertären Kommunalismus – so sie denn mit den Zielvorstellungen des selbigen harmoniert – fragwürdig erscheinen lässt.

Wie oben bereits angerissen, wird in Bookchins Modell Arbeiter*innenselbstverwaltung – im Sinne einer Partizipatorischen Ökonomie – eliminiert, da alle ökonomisch relevanten Entscheidungen von der gesamten Bürger*innenversammlung per Mehrheitsentscheid getroffen werden, was nichts anderes bedeutet, als dass gegen die (wirtschafts-)demokratische Maxime *Entscheidungseinfluss nach dem Grad eigener Betroffenheit* verstoßen wird: „A democratic vote of an entire community does not provide its citizens with decision-making power in proportion to the degree they are affected in the many cases where not all members of the community are equally affected by a particular economic choice.“⁷⁸¹

In seiner ausführlichen Kritik an Bookchins Modell⁷⁸² (*community-based economics*) findet Hahnel auch klare Worte zur ökonomischen (In-)Effizienz der internen Koordination nach dem – hier faktisch Anwendung findenden – *One-Big-Meeting*-Konzept: „Saying that the ultimate power over all economic decisions resides in the community assembly where all have voice and one vote is not a good enough answer, because 'one big meeting', even of only of a few thousand residents, just doesn't work.“⁷⁸³ Dieses Problem verschärfe sich noch maßgeblich in größeren, konföderalen, Zusammenhängen: „Whenever there are significant differences in opportunity costs of producing goods in different communities“ „[and, A.D.] whenever there are true economies of scale that surpass the customer base of a local community, it is inefficient to forego a division of labor between communities“⁷⁸⁴, was das Ansinnen in Rojava nach gemeindekontrollierten Kooperativen, die „eine gewisse Größe nicht überschreiten“⁷⁸⁵ dürfen, für komplexere Volkswirtschaften als hochgradig dysfunktional erscheinen lässt. Zwar bekundet Bookchin, dass eine vollkommene, lokale Selbstversorgung beziehungsweise Autarkie auch überhaupt nicht das Ziel sei, schließlich gebe es ja die konföde-

781Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 311.

782Vgl. Ebd., S. 306-311.

783Ebd., S. 311. Zur ausführlichen Kritik des *One-Big-Meeting*-Modells, siehe: Ebd., S. 158, S. 211-214.

784Ebd., S. 309.

785Flach/Ayboğa/Knapp, Revolution, S. 289.

ralen Strukturen, welche eine, die Kommune überschreitende, Vermittlung gewährleisten würden,⁷⁸⁶ jedoch

„unfortunately, when enthusiasts acknowledge that communities will only be semi-autonomous, they fail to explain precisely how they propose that the 'semi' part be handled. Instead we invariably find nothing more than what amounts to hand waving accompanied by declarations of faith that democratic communities can work this out between themselves satisfactorily. [...] No proposal we have seen in an extensive literature promoting community-based economics provides an answer to the question of how 'autonomous communities', which are nonetheless not completely self-sufficient, should go about arranging the division of labor between them – precisely because they are not truly economic models. [...]

In Bookchin's description of libertarian municipalism, no community must acquiesce to a greater division of labor than it prefers. For Bookchin, this is what it means for communities to be autonomous. But this rule empowers the community that wants the least division of labor among communities to impose its preference over the preferences of all other communities. And it is unclear why a community that is better endowed with natural, human, and/or physical capital would not be tempted – even if unconsciously – to take unfair advantage of this implicit veto right in Bookchin's proposal. [...]

In sum, all proposals for community-based economics we have seen fail to adequately address this fundamental issue: *In the end, the problem of devising desirable allocative mechanisms to coordinate the division of labor won't go away, and advocates of community-based economics provide no satisfactory answer for how they would coordinate cooperation between communities, which, under careful cross examination, always turns out to be only 'semi-autonomous'.*⁷⁸⁷

Im Lichte all dessen könne Bookchins Modell daher nicht als ökonomisch ernstzunehmende Konzeption bezeichnet werden, sondern sei „little more than a 'faith-based initiative'“.⁷⁸⁸ Doch wie steht es nun um die Transformationsstrategie?

Zwar ist sich Bookchin durchaus gewahr, dass es für einen radikalen Wandel einer präfigurativen Keimform bedürfe, deren sukzessive Verallgemeinerung zur Unterminierung und schließlich Überwindung des bestehenden Systems führen müsse.⁷⁸⁹ Wenn es jedoch um die konkrete Ausgestaltung dieses Prozesses und damit auch um mesopolitische und strategische Fragestellungen geht – wie konstituiert sich die Keimform und wie erreicht sie eine tatsächliche Gegenmacht? –, wird es inhaltlich überaus dürftig.

Durch Bookchins Glorifizierung eines *öffentlichen Raums (polis)* und dessen forcierte Abgrenzung zur *privat-gesellschaftlichen Sphäre (oikos)* – der auch die Produktion zuzurechnen sei – sowie der damit einhergehenden Huldigung des Bürger*innen-Ethos (*volonté générale*)

786Bookchin, *New Municipal Agenda*, S. 187.

787Hahnel, *Democratic Economic Planning*, S. 309f.

788Ebd., S. 311.

789Vgl. Bookchin, *Free Cities*, S. 69.

und der Verachtung von *Partikularinteressen*⁷⁹⁰ führt der transformationsstrategische Fokus Bookchins weg von den materiellen Widersprüchen kapitalistischer Vergesellschaftung, den unmittelbaren (Klassen-)Kämpfen und wird hingegen auf die Etablierung einer diffusen Bürger*innenbewegung, die Wahl von Repräsentant*innen in kommunale Ämter, Bewusstseinsbildung und „*moral pressure*“⁷⁹¹ gelegt.

An jedem einzelnen dieser Punkte könnte viel Kritik geübt werden – was auch die Erfahrungen durch den real-existierenden Munizipalismus widerspiegeln⁷⁹² –, hier wird sich jedoch vornehmlich auf einen Aspekt konzentriert: Gemäß Marcks' Begriff des *mesopolitischen Dreh- und Angelpunkts* biete „eine Bewegungskonzeption, die erst [einmal] an den Interessen und nicht ideologisch am Bewusstsein ansetzt, [...] die einzige Perspektive, breite gesellschaftliche Prozesse zu radikalieren.“⁷⁹³ Folgt man dieser Einschätzung, dann kann Bookchins Transformationsstrategie – selbst, wenn man die libertär-kommunistische Zielvorstellung teilen würde – getrost als unbrauchbar verworfen werden.

Zwar ließe sich nun einwenden, dass man dem ja Abhilfe schaffen könne, indem die eklatanten Defizite der libertär-kommunistischen Transformationsstrategie Bookchins mit den ergiebigeren Perspektiven Harveys und den reichhaltigen Erfahrungen aus Rojava kompensiert würden. Jedoch hat sich Bookchin ausdrücklich gegen jegliche Abänderung seines grundlegenden Gedankengebäudes – zumindest unter dem Namen des Libertären Kommunismus

790Vgl. Bookchin, *New Municipal Agenda*, S. 184f.

791Bookchin, *Free Cities*, S. 121.

792Für eine differenziert-kritische Bilanz des real-existierenden Munizipalismus, siehe: Zelik, Raul, *Rebellische Städte – Erfolg oder Frust? Im Treibsand der Institutionen*, in: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 2/2016, S. 98-103. Hier werden auch direkte Konfliktlinien zwischen Anarcho-Syndikalismus und Munizipalismus – hier am Beispiel Barcelonas – deutlich: „Zwei aktuelle Konflikte zeigen, wie problematisch es ist, wenn Linke als Stadtregierung die Interessen 'aller Bürger*innen' vertreten müssen und sich in sozialen Kämpfen nicht mehr eindeutig positionieren. Seit Monaten schwelt ein Tarifkonflikt mit den U-Bahn-Beschäftigten, die mehrheitlich in der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft Confederación General del Trabajo (CGT) organisiert sind. Die Stadtregierung hat sich in dem Konflikt jedoch auf die Einschätzung der Verwaltungsdirektoren der Verkehrsbetriebe verlassen und gegenüber den Streikenden erklärt, eine Steigerung der (relativ guten) Löhne habe für Barcelona En Comú keine Priorität. Das Argument ist relativ unverschämt, wenn man weiß, dass es bei den Verkehrsbetrieben zahlreiche hoch dotierte Beraterverträge für Manager gibt. Die Tatsache, dass eine aufrechte Linke wie Ada Colau Bürgermeisterin ist, hat in dieser Frage also nicht dazu beigetragen, die Macht der Subalternen zu erweitern. Im Gegenteil: Die Tatsache, dass ein glaubwürdiger Teil der Linken nicht mehr Partei für Streikende ergreift, sondern 'zwischen Interessen vermitteln will', schwächt die Verhandlungsmacht der Gewerkschaft.“ (Zelik, *Städte*, S. 102).

Eine konträre Position hierzu nehmen Bruchmann und Candeias ein, welche auch die exemplarische Auseinandersetzung der U-Bahn Beschäftigten als „in diesem Moment nicht die drängendste“ (Bruchmann, Hanno u. Candeias, Mario, *Rebellische Städte – Erfolg oder Frust? Widersprüche surfen – Institutionen aufbrechen*, in: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, 2/2016, S. 106) deklassieren. (Vgl. Bruchmann/Candeias, *Städte*, S. 104-107).

Ein positiver Bezug auf munizipalistische Präfiguration findet sich auch bei Sörensen, welcher den manifesten Widersprüchen und Limitierungen munizipalistischer Transformationsstrategien bedauerlicherweise nur wenig Aufmerksamkeit schenkt. (Vgl. Sörensen, Paul, *Widerstand findet Stadt. Präfigurative Praxis als transnationale Politik 'rebellischer Städte'*, in: *Zeitschrift für Politische Theorie*, 1/2019, S. 29-48).

793Marcks, *Langweiligste*.

lismus/Munizipalismus – verwahrt:

„I have no compunction about declaring that we stand on a higher ground than anything else of which I know that calls itself 'oppositional'.“⁷⁹⁴

„If you do not agree with me, so be it – but please, use a different label for your ideas, leave the name 'libertarian municipalism' alone [...]. I would ask my critics not to muddy up ideas that they don't really like, while at the same time claiming to support them.“⁷⁹⁵

Diesem dogmatischen Verschluss nachkommend, müsste sich im Interesse der Realisierung einer Partizipatorischen Ökonomie folgerichtig vom Libertären Kommunalismus/Munizipalismus nach Bookchin verabschiedet werden.

794Bookchin, Thoughts, S. 9.

795Ebd., S. 11.

5 Schlussfolgerungen zu Partizipatorischer Ökonomie, Anarcho-Syndikalismus und Libertärem Munizipalismus im Hinblick auf eine libertär-sozialistische Transformationstheorie

Im Folgenden sollen die Ergebnisse des vierten Kapitels gebündelt und in einen näheren Bezug zur Partizipatorischen Ökonomie gesetzt werden, um zu klären, ob sich eine Partizipatorische Ökonomie neben den bereits adressierten Kriterien der *Wünschbarkeit* und *Gangbarkeit* auch als *erreichbar* erweist – was gleichbedeutend damit wäre, auf dieser Grundlage eine adäquate libertär-sozialistische Transformationstheorie⁷⁹⁶ formulieren zu können. Hierbei stellen sich zwei Fragen:

(1) Wie steht es um die Konsistenz sowie Kohärenz der Transformationskonzepte des Anarcho-Syndikalismus und Libertären Munizipalismus – d.h. können sie zwischen ihrer eigenen Zielperspektive und Transformationsstrategie einen schlüssigen, widerspruchsfreien Zusammenhang herstellen? (2) Wie verhalten sich darüber hinaus die soeben vorgestellten Transformationskonzepte zu einer Partizipatorischen Ökonomie – befinden sich deren Zielperspektiven in ausreichender Übereinstimmung, sodass (wenn 1. gegeben) die Transformationsstrategie ersterer (Anarcho-Syndikalismus/Libertärer Munizipalismus) mit der Zielperspektive letzterer (Partizipatorische Ökonomie) potenziell harmonisieren und hiermit das Fundament einer kohärenten libertär-sozialistischen Transformationstheorie bilden könnten?

Wie sich im Laufe der Untersuchung herausgestellt hat, ist die Konzeption des Libertären Kommunalismus/Munizipalismus nach Bookchin nicht nur in wichtigen Punkten inkompatibel mit der Zielperspektive einer Partizipatorischen Ökonomie, sondern weist auch *intern* erhebliche Konstruktionsdefizite respektive Inkohärenzen zwischen der eigenen Zielbestimmung und der vorgeschlagenen Transformationsstrategie auf, womit sie sich für eine adäquate libertär-sozialistische Transformationstheorie disqualifiziert. Hier haben die Erfahrungen durch die Revolution in Rojava sowie Harveys Betrachtungen zu *rebellischen Städten* – obgleich weniger systematisch ausformuliert – deutlich mehr Substanz zu bieten. Doch obwohl die Demokratische Föderation Nordsyrien die praktische Umsetzbarkeit und Funktionalität einer auf Nachbarschaftsräten aufbauenden Föderationsstruktur unter Beweis gestellt hat und Harvey überzeugend für die Notwendigkeit einer Verschränkung von ökonomischen und urbanen Kämpfen plädiert,⁷⁹⁷ fehlt beiden ein differenziertes, ausgearbeitetes Gesamtkonzept, um eine Partizipatorische Ökonomie mittels Präfiguration und Keimformen zu verwirklichen. Anders verhält es sich mit dem Anarcho-Syndikalismus.

⁷⁹⁶Noch einmal zur Erinnerung: *Transformationstheorie* beschreibt hier die Einheit aus *Utopie* (Zielbestimmung) und *Transformationsstrategie* (Wegbestimmung).

⁷⁹⁷Vgl. Harvey, *Städte*, S. 259f.

Entgegen Bookchins Primat eines *richtigen* Bewusstseins,⁷⁹⁸ sieht sich der Anarcho-Syndikalismus gerade nicht darauf angewiesen, dass alle Mitglieder/Teilnehmer*innen schon im Vorhinein über ein ausgereiftes Bewusstsein verfügen müssen. Vielmehr bilde sich dieses Bewusstsein erst allmählich in den gemeinsamen Kämpfen aus.⁷⁹⁹ Auch wird sich nicht gegen individuelle (*partikulare*) Interessen verschlossen und diese dann gegen ein angebliches Kollektivinteresse ausgespielt, sondern es wird – ganz im Gegenteil – der Versuch unternommen, die langfristige Transformationsstrategie auf eben diesen alltäglichen (materiellen) Interessenlagen und profanen Konfliktlinien zu fundieren und damit kurz- bis mittelfristige (Klassen-)Kämpfe und langfristige Emanzipationsbestrebungen, Direkte Aktion und präfigurativen Aufbau miteinander zu synchronisieren.⁸⁰⁰ Hierbei erweist sich auch der Vorwurf, der

798,„Sinnvoll ist der Wahlsieg eines libertär-kommunistischen Kandidaten erst in einer Kommune, in der die Bewegung bereits für ein ausreichendes politisch-demokratisches Bewusstsein gesorgt hat.“ (Biehl, Kommunalismus, S. 76).

799,„Die fortgesetzten Kämpfe für die Eroberung des täglichen Brotes und die Verbesserung der allgemeinen Lebenslage [...] sind die beste Erziehungsschule für die Arbeiter, für die praktische Anwendung und Vertiefung ihrer sozialen Empfindungen und ihrer persönlichen Initiative im Rahmen der gegenseitigen Hilfe und des solidarischen Zusammenwirkens. So wird die Gewerkschaft Erziehungsstätte für die stete Entwicklung der geistigen und sittlichen Fähigkeiten des Proletariats und Betätigungsfeld für die Entfaltung seiner besten sozialen und individuellen Eigenschaften. Die wirtschaftliche Kampforganisation wird ihm auf diese Weise zum Hebel in seinem fortgesetzten Kampfe gegen die Mächte der Ausbeutung und Unterdrückung und in derselben Zeit zur Brücke, auf welcher die Arbeiter aus der Hölle des kapitalistischen Staatssystems in das Reich des Sozialismus und der Freiheit gelangen werden.“ (Rocker, Syndikalismus).

800,„Gerade, wenn es darum geht, den Kapitalismus von unten zu 'erodieren', wie es Wright nennt, dann sind sozio-ökonomische Interessen- und Selbstverwaltungsstrukturen noch immer die naheliegendsten Organisationsformen. [...] Gewerkschaften sind dafür die geeignete Entwicklungsstätte, denn sie stellen ein besonderes 'Zugangsvehikel' zur Realität dar. Weil sie an den konkreten Interessen von Menschen ansetzen, sind sie ideologisch nicht so voraussetzungsreich und damit über eine enge politische Affinität hinaus attraktiv. Und zugleich können sie Grundlage einer dauerhaften sozialen Mobilisierung sein, die nicht so verweht wie eine Politgruppe. [...] Wie wirksam das sein kann, zeigt sich daran, dass der Anarchismus immer dort Massen erreichen konnte, wo er auf die Gewerkschaftsform setzte. Und dieses Vehikel kann durchaus revolutionäre Fahrt aufnehmen. Grundgedanke des Syndikalismus war es schon immer, [...] die alltägliche Rebellion, die in sozialen Konflikten aufscheint, in einer Weise zu institutionalisieren, mit der sie ausgeweitet statt eingeehgt wird. Entscheidend sind demnach weniger die Kämpfe an sich, sondern die Beziehungsweisen, die in ihrem Kontext geformt werden. Voraussetzung dafür ist, wie Schapiro einst darlegte, die Wechselwirkung zwischen alltäglichen Interessenkämpfen und der Entwicklung von Strukturen sozialer Reorganisation in den Mittelpunkt des Denkens zu stellen.“ (Marcks, Skizze I).

„Horizontale und inklusive Strukturen zu promoten und zu hoffen, dass sie einen Funktions- und Dominanzwechsel bewirken, reicht eben nicht aus. Im besten Falle bleiben sie ohne Wirkungsmacht; im schlimmsten Falle tragen sie zur Destabilisierung [sic!] von Ordnung bei, ohne dass ihre Unterkomplexität den komplexen Dynamiken in Kämpfen um Neuordnung gewachsen wäre. Dabei handelt es sich um ein selbstreferentielles Problem: Wo Keimformen keine Aussicht auf Gegenmacht erkennen lassen, bleiben sie ohne Wirkungsmacht – und ohne Wirkungsmacht entwickeln sie keine Aussicht auf Gegenmacht. Um den Kreis zu durchbrechen, bedarf es eines ganzheitlichen Programms, das von einem reflexiven Verständnis zu entwickelnder Möglichkeiten zeugt. Es geht um die aktive Gestaltung eines kraftvollen Unterbaus für die Institutionierung von Gegengesellschaft, der Ordnungssicherheit und kein ungewisses Abenteuer vermittelt. Und das geht mit Gewerkschaften, die Menschen entlang alltäglicher Widersprüche interessieren. Durch eine solche Mesopolitik, welche die Organisation strategisch zu erweitern und taktisch auf Konflikte zu reagieren versucht, werden in der Praxis ständig mikro- und makropolitische Probleme offenbar, anhand derer sich die Keimform elaborieren lässt: Funktioniert die Organisation horizontal und inklusiv genug, um den normativen Ansprüchen der Neuordnung gerecht zu werden; und ist sie effektiv und funktional differenziert genug, um mit den empirischen Problemen einer Neuordnung umgehen zu können? Eine reflexive Praxistheorie arbeitet mit den Widersprüchen, auch wenn dies das Risiko beinhaltet, dass die Keimform in das Bestehende integriert wird. Man denke

Syndikalismus würde sich einzig um die Produktionssphäre drehen und andere Konfliktlinien ignorieren, in der historischen Dimension als haltlos:

„Entgegen des Vorurteils, der Syndikalismus sei unzulänglich, weil er nur auf Betriebe fokussiere und um kommunalistische Strukturen ergänzt werden müsse, schloss er in seiner Hochphase durchaus solche Strukturen ein, etwa Mieter- und Erwerbslosenhilfe, Konsumgenossenschaften sowie Bildungs- und Kulturvereine. Insofern deutete er tatsächlich ein umfassendes Modell gesellschaftlicher Reorganisation an. Es wäre Aufgabe eines modernen Syndikalismus, dieses Modell deutlicher auszuprägen.“⁸⁰¹

Der Anarcho-Syndikalismus verfügt dabei nicht nur über eine kohärente und in sich konsistente Keimformtheorie, er hat das – in der heutigen Transformationsforschung so beliebte – Konzept einer zielgerichteten *Entwicklung des Neuen in der Schale des Alten* historisch maßgeblich antizipiert: Von Beginn an strebte er die präfigurative beziehungsweise konstruktive Aufbaubauarbeit durch eine verschränkte Netzwerkstruktur von *Industrieföderationen* und *Arbeiter*innenbörsen* als Keimform an, welche nicht nur zentrale, sich gegenseitig ergänzende, Funktionen im Transformationsprozess erfüllen, sondern schließlich auch das organische institutionelle Fundament einer künftigen libertär-sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsform bilden sollten. Dieses überlieferte, klassische Grundkonzept wurde seither im Hinblick auf historische Erfahrungen systematisch weiterentwickelt und an zeitgenössische Bedingungen angepasst.⁸⁰² Anstatt sich also dogmatisch zu verschließen, sei „der Syndikalismus [...] niemals abgeschlossen, stets wandlungsfähig, darin liegt seine Chance, in Zukunft in anderen Ausprägungen gedeihen zu können.“⁸⁰³

In Anbetracht der heutigen weitgehenden Marginalisierung des internationalen Syndikalismus⁸⁰⁴ und juristisch-politischer Restriktionen⁸⁰⁵ ist eine solche Wandlungsfähigkeit auch drin-

nur an die etablierten Gewerkschaften, die den Dominanzwechsel verfehlten und sich als Korrektiv in die Realität einfügten. Dies war aber auch bedingt durch das marxistische Konzept der Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaft, das Letztere auf Ausgleichsprozedere reduzierte. Die syndikalistische Geschichte, die viele Aufstände und Revolutionen kennt, kann jedenfalls nicht bestätigen, dass Gewerkschaftsarbeit zu Integration führen muss. Zwar ließe sich systemtheoretisch sagen, dass Protest stets eine korrektive Funktion innewohnt und er durch seinen 'appellativen Charakter' nicht umhinkommt, 'die Einrichtungen, denen er widerspricht, indirekt anzuerkennen'. Dennoch ist die Arbeit mit der institutionellen Realität eine Voraussetzung für Weiteres. Denn das Vorgehen gegen konkrete Missstände ist [...] stets vermittelbarer als eine abstrakte Gesellschaftsvision – und damit ein Band, an dem sich eine neue Kollektivität überhaupt erst hochziehen kann.“ (Marcks, Skizze II).

801Marcks, Transnational.

802Ein aktualisiertes Modell liefert beispielsweise Marcks, indem er eine umfassende *Wirtschaftsföderation* skizziert, welche sowohl die klassischen syndikalistischen Strukturen, als auch den Aufbau genossenschaftlicher/selbstverwalteter Betriebe umfasst. (Vgl. Marcks, Hand in Hand, S. 13).

803Döhring, Anarcho-Syndikalismus, S. 12.

804Vgl. Ebd., S. 200-208; Vgl. Stowasser, Anarchie, S. 375f.

805Vor allem in Deutschland besteht ein vergleichsweise – siehe Frankreich oder Spanien – restriktives Gewerkschafts- und Streikrecht. So gibt es recht hohe Hürden, um als tariffähig und damit überhaupt erst als Gewerkschaft anerkannt zu werden. Außerdem sind *politische Streiks* und der Generalstreik illegalisiert. (Vgl.

gend gefordert. Der sukzessive Niedergang sozialpartnerschaftlicher Zentralgewerkschaften bietet hierfür neue Chancen und Ansatzmöglichkeiten.⁸⁰⁶

So wird in der aktuellen Debatte vor allem in einer Expansion der syndikalistischen Organisationsform auf bisher noch nicht gewerkschaftlich erschlossene Kämpfe eine langfristige Perspektive für den Syndikalismus gesehen. Neben einem Fokus auf diejenigen Gruppen des Produktionsprozesses, welche von den gewöhnlichen Zentralgewerkschaften in der Regel vernachlässigt werden – prekär Beschäftigte, Erwerbslose etc.⁸⁰⁷ – ließe sich insbesondere auch durch eine gezielte, inklusive Ausweitung der Gewerkschaftsstrukturen auf weitere zentrale gesellschaftliche Problem- und Konfliktfelder – wie beispielsweise in Form von Mieter*innensyndikaten,⁸⁰⁸ Konsument*innensyndikaten,⁸⁰⁹ syndikalistischen Nachbarschaftsorganisationen⁸¹⁰ und syndikalistisch eingebetteten Genossenschaften⁸¹¹ –, sowie durch deren (transna-

Döhring, Anarcho-Syndikalismus, S. 112-114; Vgl. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages. Fachbereich VI: Arbeit und Soziales, Generalstreik - Rechtliche Bedingungen und Streikkultur im Vergleich, in: <https://www.bundestag.de/resource/blob/411676/1d0739e54a2a47a77ccb8ac1500c271a/wf-vi-103-06-pdf-data.pdf> (abgerufen am 08.06.2022)) Jedoch gebe es Nowak zufolge auch hier Möglichkeiten, dieses zu unterlaufen. (Vgl. Nowak, Jörg, Ein bisschen verboten: Politischer Streik, in: <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/netzdebatte/219308/ein-bisschen-verboten-politischer-streik/#node-content-title-0> (abgerufen am 08.06.2022)).

806Der DGB hat bereits seit den 1990er Jahren einen chronischen Mitgliederrückgang zu verzeichnen: Vgl. Rudnicka, J., Anzahl der Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) von 1994 bis 2021, in: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/3266/umfrage/mitgliedszahlen-des-dgb-seit-dem-jahr-1994/> (abgerufen am 08.06.2022); Vgl. Schroeder, Wolfgang u. Greef, Samuel, Unternehmerverbände und Gewerkschaften. Mitgliederstand und verbandspolitische Reichweite, in: <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/309846/unternehmerverbaende-und-gewerkschaften-mitgliederstand-und-verbandspolitische-reichweite/?type=galerie&show=image&i=309858> (abgerufen am 08.06.2022).

807Vgl. Döhring, Anarcho-Syndikalismus, S. 206-209; Vgl. Döhring, Helge, Anarcho-Syndikalismus in Deutschland 2009, in: Syndikat-A (Hg.), Anarcho-Syndikalismus heute. Die zweite Broschüre, Moers 2009, S. 53f.

808„Besonders herausragend ist hier der Mieterbereich. [Insbesondere] die Organisierung rund um 'Kotti & Co.' und bei der Deutsche Wohnen AG sind beeindruckende Beispiele der Basisarbeit, die dennoch ohne eine Institutionalisierung ihrer Revolte keine nachhaltige Transformation ermöglichen. Ähnliches gilt für die Agenda der IL [*Interventionistische Linke*, A.D.] Berlin für die Abschaffung des privaten Wohnungsmarkts [...]. Sie promotet zwar Basiskämpfe, hat sonst aber nicht mehr zu bieten, als Proteste, Kampagnen, Volksentscheide und Ungehorsam vorzuschlagen. Ein Aufbauprogramm von unten für neue Formen der Vergesellschaftung enthält sie nicht. Damit bewegt sie sich in genau der alten Form, die laut Sutterlütti und Meretz das emanzipatorische Bestreben abstumpft.“ (Marcks, Skizze II).

„Mietergewerkschaften sind ohnehin eine historisch überfällige Struktur, die eine Arbeitergewerkschaft überhaupt erst komplettieren würde. Denn was nutzen höhere Löhne, wenn gleichzeitig die Miete steigt? Gleichzeitig würden sie helfen, jene ArbeiterInnen sozialräumlich anzubinden, die über betriebliches Organizing nicht zu erreichen sind (etwa Hausfrauen, Freelancer, Erwerbslose) – und so zur Erneuerung der Gewerkschaftsarbeit beitragen.“ (Marcks, Transnational) Vgl. Marcks, Holger u. Zimmermann, Felix, Zurück nach vorn. Ein sozialrepublikanisches Panorama. Kapitel VI. Abtragen und Aufbauen. Die Konstitutionalisierung der sozialen Sphären, in: <https://soziale-republik.org/abtragen-und-aufbauen-die-konstitutionalisierung-der-sozialen-sphaeren> (abgerufen am 08.06.2022).

Siehe in diesem Kontext auch das *Miethäusersyndikat* als selbstverwaltetes Projekt alternativen Wohnens: <https://www.syndikat.org/> (abgerufen am 08.06.2022).

809Vgl. Marcks/Zimmermann, Panorama VI, Fn. 28, Fn. 29.

810Vgl. Brenner, Steff, Perspektiven gewinnen. Organisierte Nachbarschaften und Föderationen Hand in Hand!, in: <https://direkteaktion.org/perspektiven-gewinnen-organisierte-nachbarschaften-und-foederationen-hand-in-hand/> (abgerufen am 08.06.2022). Vgl. Brenner, Steff, Warum Stadtteilarbeit syndikalistische Praxis ist, in: <https://direkteaktion.org/warum-stadtteilarbeit-syndikalistische-praxis-ist/> (abgerufen am 08.06.2022).

811Hier sei die – eng mit der deutschen anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft *Freie Arbeiterinnen- und Ar-*

tionale)⁸¹² Vernetzung und Bündelung, eine synergetische Gegenmacht entfalten und damit neue emanzipatorische Transformationspotenziale freisetzen.

Die Parallelen der anarcho-syndikalistischen Zielbestimmung zu derjenigen einer Partizipatorischen Ökonomie sind dabei frappant: Beide Konzepte beinhalten vergesellschaftete Produktionsmittel, selbstverwaltete Basiseinheiten, eine im Grunde deckungsgleiche duale Föderationsstruktur von Produktions- und Verbraucher*innenräten und darüber hinaus betonen beide die Notwendigkeit dezentraler gesellschaftlicher Planung für eine libertär-sozialistische Produktionsweise. Während all diese Aspekte im Modell einer Partizipatorischen Ökonomie – bisweilen deutlich – elaborierter ausgeführt sind, so lässt sich dennoch konstatieren, dass sich die grundlegenden Strukturelemente beider Modelle dermaßen stark überschneiden, sodass davon ausgegangen werden kann, dass die Transformationsstrategie des Anarcho-Syndikalismus höchst kompatibel mit der Zielperspektive einer Partizipatorischen Ökonomie ist. Falls also die Transformationsstrategie des Anarcho-Syndikalismus als gangbar erachtet werden kann, dann wäre damit auch gleichzeitig die praktische *Erreichbarkeit*⁸¹³ einer Partizipatorischen Ökonomie verifiziert. Partizipatorische Ökonomie (Utopie) und Anarcho-Syndikalismus (Transformationsstrategie) könnten damit die komplementären Elemente einer avancierten libertär-sozialistischen Transformationstheorie bilden.

beiter-Union (FAU) verzahnte – *Union-Coop* (Föderation gewerkschaftlicher Kollektivbetriebe) genannt, siehe: <https://www.union-coop.org/> (abgerufen am 08.06.2022). „Die FAU zertifiziert und fördert Union-Coop-Betriebe, da mindestens die Hälfte der dort Arbeitenden für sinnvolle Kontrolle Mitglied werden muss, wächst auch die Gewerkschaft mit den Betrieben. Die Union-Coop-Betriebe stehen mit ihren Konsument*innen in direkten [sic!] Austausch und berücksichtigen deren Wünsche bei der Produktion. Im Gegenzug ermöglicht deren organisierte Konsument*innenmacht Ansätze einer demokratischen Planwirtschaft von unten und einen kleinen Ausbruch aus dem prekären Wettbewerb.“ (Brenner, Perspektiven) Vgl. Marcks/Zimmermann, Panorama VI, Fn. 34, Fn. 36.

Zur Anbindung von selbstverwalteten Alternativbetrieben an syndikalistische Strukturen in Form einer übergreifenden Wirtschaftsföderation, siehe: Marcks, Hand in Hand, S. 13.

812,„Eine solche synergetische Perspektive, die an den Verhältnissen des Kapitalismus ansetzt und Alternativen aus ihnen heraus entwickelt [...], hat denn auch das Potential, die soziale Basis herzustellen, die für transnationale Kämpfe nötig ist. Denn auch und gerade transnationale Organisationsstrukturen brauchen eine Menge Mitglieder. Und die lassen sich nur lokal gewinnen.“ (Marcks, Transnational) Vgl. Döhring, Anarcho-Syndikalismus, S. 208f.

813,„Die Erreichbarkeit einer Alternative hängt [...] davon ab, inwiefern es gelingt, kohärente und überzeugende Strategien zu formulieren, die dazu beitragen, die Bedingungen für die zukünftige Umsetzung von Alternativen herzustellen, aber auch das Potenzial aufweisen, die erforderlichen gesellschaftlichen Kräfte für die Unterstützung der Alternative zu mobilisieren, sobald diese Bedingungen tatsächlich hergestellt worden sind.“ (Wright, Utopien, S. 67).

6 Resümee

Zu lange haben sich progressiv-motivierte Kräfte der Frage entzogen, welche nähere Gestalt eine künftige emanzipatorische Gesellschaft annehmen könnte, für die es sich zu kämpfen lohnt. Zu lange wurde einem abstrakten Bilderverbot gehuldigt, welches jedes konstruktive Nachdenken über konkrete Formen einer emanzipatorischen Gesellschaft und damit auch konkrete Vorstellungen über den systematischen Aufbau einer solchen im Bestehenden bereits im Ansatz unterband und hierdurch eine reflektierte Transformationstheorie verunmöglichte. Hingegen wurde – besonders von marxistischer Warte aus – ein Revolutionsverständnis propagiert, welches die Revolution mehr als Akt – vollzogen durch die omnipotente Macht der Staatsgewalt in trauerer Allianz mit der *geschichtlichen Notwendigkeit* – denn als langfristigen, kontingenten, bewussten, willentlich-schöpferischen und zielgerichteten Aufbauprozess verstand. Die Folgen sind bekannt: Auf der einen Seite die angeblich temporäre *Diktatur des Proletariats*, die bis auf propagandistische Rhetorik bald nichts mehr von ihrem vorgeblichen Übergangs-Charakter, ihrem Internationalismus und schon gar nichts mehr von ihrer angeblich emanzipatorischen Zielsetzung wissen wollte, sondern das autoritäre Interesse der Partei zur obersten, sakrosankten Maxime erhob. Auf der anderen Seite die sozialdemokratische Reformstrategie, welche sich infolge ihres *langen Marschs durch die Institutionen*⁸¹⁴ bald kaum mehr von ihren bürgerlichen Pendanten unterschied und sich folgerichtig wenig später auch offiziell ihrer ursprünglich noch post-kapitalistischen Programmatik entledigte.⁸¹⁵

In Anbetracht dieser eklatanten Fehlschläge und des scheinbaren Triumphs der Alternativlosigkeit kam im emanzipatorischen Lager – vor allem in den letzten Jahren – eine neue Transformationsdebatte in Gang, im Zuge derer auch die Disziplin einer kritischen Transformationsforschung instauriert wurde, welche sich zum Ziel gesetzt hat, die alten Dogmen hinter sich zu lassen und einen emanzipatorischen Transformationsprozess wissenschaftlich zu untermauern. Dabei wurde sich nicht nur faktisch vom restriktiven Bilderverbot losgesagt, sondern auch weitgehend von einem staats-, partei- und bruchfixierten Revolutionsverständnis verabschiedet und dementsprechend nunmehr eine prozessorientierte Transformationsstrategie propagiert. Die *neuen* Schlagworte lauten dabei: *Keimform* und *Präfiguration* – die Saat des Neuen muss schon im Bestehenden gepflanzt werden und sich kohärent zur explizierten Zielbestimmung verhalten.⁸¹⁶

814Vgl. Kraushaar, Wolfgang, 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur, Hamburg 2000, S. 81-88.

815Siehe das *Godesberger Programm* der SPD von 1959, welches die offizielle Abgrenzung vom Marxismus und das offene Bekenntnis zum Kapitalismus (*Soziale Marktwirtschaft*) markiert.

816Vgl. Wright, Utopien; Vgl. Wright, Realutopien, S. 113-162; Vgl. Sutterlütli/Meretz, Kapitalismus.

Doch obwohl hierbei gerne proklamiert wird, ein „*neues* Paradigma“⁸¹⁷ vorgelegt zu haben, lässt sich mit Blick auf die sozialistische Ideengeschichte daran im Kern nichts grundlegend Neues feststellen, sondern vielmehr die mit frischem Label versehene Neuauflage althergebrachter Theoriebestände erkennen: So begrüßenswert dieser Paradigmenwechsel in der Tendenz auch ist, so muss an der heutigen Transformationsforschung kritisiert werden, dass hierbei die libertär-sozialistische Praxis und Theoriebildung in Teilen fahrlässig unterschlagen beziehungsweise bis zur Unkenntlichkeit verzerrt wird. Schließlich praktiziert die libertär-sozialistische/anarchistische Traditionslinie die genannten Theoreme – von der emanzipatorischen Nutzung von *Utopien*, *Keimformpraxen* und *Präfiguration* – unter anderem Namen – *Embryo-Theorie* beziehungsweise *Das Neue in der Schale des Alten aufbauen* genannt –, vor allem in Gestalt des Syndikalismus bereits seit knapp 150 Jahren, ja hat diese überhaupt erst maßgeblich begründet, und seitdem gegen die zentralistische, staatlich-partefixierte (orthodox-marxistische) Linie verteidigt.⁸¹⁸

Mit dieser „Neuerfindung des Rades“⁸¹⁹, der „historische[n] Diskontinuität, die durch neue Transformationstheorien geschaffen wurde“⁸²⁰, wird daher gleichzeitig auch der ergiebige Fundus libertär-sozialistischer Geschichte, Praxiserfahrungen und Theoriebildung, weitgehend ignoriert, was

„zu Problemen in der Strategieentwicklung führt. Denn durch das Trugbild, es handle sich hierbei um einen neuen Ansatz oder gar ein marxistisches Update, wird der Blick auf die Erfahrungen jener Bewegung verstellt, die diesen Ansatz in verschiedenen Kontexten und Varianten bereits praktiziert hat. Praxiserfahrungen sind aber das Herzstück jeder guten Theoriebildung. [...] Wo findet man mehr Wissen über die Probleme transformatorischer Basisorganisation, wenn nicht in der Bewegung, die das seit 150 Jahren praktiziert und theoretisiert?“⁸²¹

„Dadurch tappen die Theorien nicht nur im Dunkeln bei Fragen, die eigentlich schon erhellt wurden, sondern laufen auch Gefahr“ dieselben „Fehler [...] zu wiederholen.“⁸²²

„Nur eingedenk der Vergangenheit ist die Gegenwart in der Lage, wirkungsvolle Bilder einer besseren Zukunft zu entwerfen, die nicht von der Gefahr bedroht ist, alte Fehler zu wiederholen.“⁸²³

817Ebd., S. 98.

818„Der Ansatz, die neue Gesellschaft in der Schale der alten aufzubauen, durch Organisationsformen, die Staat und Kapital von unten aushebeln können, ist genau das, was Anarchismus und Syndikalismus ursprünglich vom Marxismus abgrenzte – schon in der Ersten Internationale, die sich an der Organisationsfrage spaltete.“ (Marcks, Transnational).

819Marcks, Skizze I.

820Ebd.

821Ebd.

822Ebd.

823Maahs, Utopie, S. 80.

Ziel dieser Arbeit war es daher, „die Kontinuität der Ideen [...] [wieder, A.D.] [herzustellen]“⁸²⁴ und mit den Erkenntnissen heutiger Transformationsforschung an die libertär-sozialistische Tradition anzuknüpfen. Anhand zentraler Kriterien einer emanzipatorischen Sozialwissenschaft wurden daher die konkreten libertär-sozialistischen Ansätze der Partizipatorischen Ökonomie (Utopie/Zielperspektive), des Anarcho-Syndikalismus und des Libertären Munizipalismus (Transformationsstrategie/Weg) auf ihre Konsistenz sowie Kohärenz hinsichtlich einer libertär-sozialistischen Transformationstheorie untersucht.

Schon vor über 30 Jahren – also lange bevor sich die heutige Transformationsforschung anschickte, das Feld der Utopien für sich entdeckt zu haben – hatten Albert und Hahnel scharfen Auges das eklatante Defizit an brauchbaren, konkreten emanzipatorischen Alternativ-Visionen erkannt:

„We need a compelling response to TINA because without a vision of something worth fighting for, we cannot expect people to take the risks necessary to change things. We need a response to TINA because without a clear idea of where we want to go, we cannot forge a strategy for how to get from here to there. And finally, we need a response to TINA because *you can't beat something with nothing!*“⁸²⁵

Ihre Antwort: *Partizipatorische Ökonomie*. Ein libertär-sozialistisches Modell fundiert auf elementaren Werten und Prinzipien – von *Solidarität*, *Vielfalt* und *Effizienz* bis hin zu *Nachhaltigkeit*, *Klassenlosigkeit* und *Selbstverwaltung* –, hieraus entwickelten Institutionen – von *föderierten Arbeiter*innen- und Konsument*innenräten* über *ausbalancierte Arbeitsbündel* bis hin zu *Effort-Ratings* – und einer innovativen, dezentralen sowie *demokratisch-partizipatorischen Planungsprozedur*, welche – unter Ausschaltung von Märkten und Zentralplanung – all dies miteinander zu vermitteln verspricht: „There is a highly desirable alternative to capitalism that builds on the best rather than the worst of human potentials, and it is perfectly feasible.“⁸²⁶

Wie sich im Laufe der Untersuchung herausgestellt hat, werden hierbei zentrale Kriterien heutiger kritischer Utopietheorie und -forschung erfüllt: (1) Dies betrifft zum einen den deliberativen Charakter des Projekts, das Bemühen um einen offen geführten Diskurs, die stete Revision und Weiterentwicklung – man könnte hier auch von einer dauerhaften *Zukunftswerkstatt*⁸²⁷ sprechen –; all dies leistet einen wichtigen Beitrag zur *Demokratisierung der Utopie-*

824Marcks, Skizze I.

825Hahnel, Democratic Economic Planning, S. 87.

826Ebd.

827Vgl. Schwendter, Utopie, S. 63-67.

entwicklung.⁸²⁸ (2) Darüber hinaus macht die Explikation der fundamentalen Werte und Prinzipien den „kategorialen Rahmen“⁸²⁹ des Modells deutlich, erfüllt damit wichtige Transparenzkriterien und macht – in Wrights Terminologie – die Bewertung der *Wünschbarkeit* der Alternativ-Konzeption möglich. (3) Die wohldurchdachte, kohärente und in sich konsistente Abstimmung der Institutionen auf die zugrunde gelegten Werte und Prinzipien, die wissenschaftliche Fundierung und Evaluation des Konzepts sowie die überzeugende Begegnung zentraler Kritiken ergeben derweil zusammengenommen ein starkes Argument für die *Gangbarkeit* einer Partizipatorischen Ökonomie.

Jedoch ist hiermit immer noch die Frage nach der *Erreichbarkeit* ungeklärt. Wie auch von Hahnel und Albert erkannt, aber nicht systematisch beantwortet, würde dies eine passende – präfigurative – Transformationsstrategie erfordern:

„Organisatorisch folgt für uns daraus, dass wir die institutionellen Rollen in unserer Bewegung so gestalten müssen, dass sie durch ihre Verhaltensimplikationen Vielfalt, Solidarität, Gerechtigkeit, Fairness, Selbstverwaltung und Internationalismus fördern und die Basis für ein Programm bilden können, das dasselbe tut. Außerdem müssen die Verhaltensimplikationen dieser Rollen sowohl bei den Mitgliedern als auch den Nicht-Mitgliedern ein feministisches, interkommunalistisches, antiautoritäres, auf den Prinzipien der Selbstverwaltung und Klassenlosigkeit beruhendes Bewusstsein erzeugen.

Wir wollen also eine Organisation, die die Saat der Zukunft schon in der Gegenwart legt und diesen Visionen so verpflichtet ist, dass sie bestimmen kann, was eine solche Saat ist und was nicht, und eine Organisation, die immer, so gut es die Umstände erlauben, kollektiv auf ihre Zukunftsvision hinsteuert [...]. Eine solche Organisation würde externe Hierarchien bekämpfen und sie im Innern durch ihre Strukturen ausschließen. Sie würde Entscheidungen nach dem Prinzip der Selbstverwaltung treffen und über Mechanismen verfügen, die es ihr erlauben, eine Vielfalt von Meinungen und Aktionen zu integrieren und von ihnen zu profitieren. Sie würde im Innern genau die Strukturen entwickeln, die sie für die Gesellschaft insgesamt fordert und darum ihre Mitglieder in diesem Bereich intensiv und effektiv schulen.“⁸³⁰

Hierzu wurden in der vorliegenden Arbeit die Konzepte des *Anarcho-Syndikalismus* und des *Libertären Munizipalismus* näher beleuchtet und auf ihre interne Stimmigkeit sowie ihre Passgenauigkeit als Transformationsstrategie zur Erreichung einer Partizipatorischen Ökonomie geprüft.

Wie sich dabei herausgestellt hat, ist die Konzeption eines Libertären Munizipalismus/Kommunalismus nach Bookchin nicht nur in wichtigen Punkten inkompatibel mit der Zielbe-

828„Die Entwicklung der Utopie steht immer am Anfang des politischen Prozesses ihrer Nutzung, aber der Prozess ist zirkulär und verlangt für Aktualität ständige Revidierung und Innovation. Dafür bedarf es kritischer Beobachter und Zuhörer, die utopischen Ideen nach-denken, sie gegebenenfalls erproben und beurteilen“ (Vgl. Maahs, Utopie, S. 315).

829Sutterlütti/Meretz, Kapitalismus, S. 108; Vgl. Ebd., S. 19.

830Albert, Utopie, S. 236f.

stimmung einer Partizipatorischen Ökonomie, sondern weist auch erhebliche Defizite bezüglich der inneren Kohärenz von Transformationsstrategie und eigener Zielperspektive auf: Während der präfigurative Anspruch zwar hochgehalten wird, scheitert es bei der überzeugenden Darlegung einer (mesopolitischen) Organisation von Gegenmacht. Harveys Ausführungen zu *rebellischen Städten* sowie das Experiment in *Rojava* liefern derweil zwar interessante Anregungen, jedoch keine adäquate, systematisch ausformulierte Transformationsstrategie.

Die Zielperspektive des Anarcho-Syndikalismus weist hingegen in zentralen Punkten – von Werten wie Arbeiter*innenselbstverwaltung, den Institutionen einer dualen, föderierten Räte-Struktur bis hin zur angedachten demokratischen „dezentralen Planwirtschaft“⁸³¹ – eine weitgehende Übereinstimmung mit der Konzeption einer Partizipatorischen Ökonomie auf. Zur Erreichung dieses Ziel schlägt der Anarcho-Syndikalismus eine in sich konsistente und mit der Zielperspektive kohärente Transformationsstrategie vor, welche die Strukturen der gewünschten Alternative schon im Bestehenden präfigurieren und entlang zentraler gesellschaftlicher Widersprüche verallgemeinern soll.⁸³² Fernab davon, sich lediglich auf Betriebsarbeit zu beschränken, ist

„unter Gewerkschaft [...] im syndikalistischen Sinne vielmehr ein soziales Kartell zu verstehen, in dem sich Gruppen aufgrund ihrer Lage in einem Widerspruchsverhältnis zusammenschließen. Der Widerspruch zwischen arbeitender und unternehmender Klasse ist dabei nur einer von mehreren. Andere sind die zwischen mietender und vermietender Klasse, zwischen konsumierender und distributierender Klasse, zwischen verwalteter und verwaltender Klasse. Ein moderner Syndikalismus sollte der Multiplizität der Klassen durch multiple Gewerkschaften gerecht werden, also die Arbeiterorganisation durch 'gewerkschaftliche Sozialorganisationen' im Miet-, Konsum- und Ämterbereich ergänzen, die eine umfassende Transformationspolitik ermöglichen. Im Rahmen eines institutionellen Programms können sie die ersten Bausteine darstellen, auf denen Strukturen der Selbstverwaltung – wie Wirtschafts-, Wohn-, Konsum- und Verwaltungsföderationen – aufbauen.“⁸³³

Ein solcher „konstruktiver Sozialismus“⁸³⁴ beschreibt damit „eine aufbauende Sozialtechnik, die strategisch zwischen Realität und Utopie vermitteln kann“⁸³⁵ und dabei gleichzeitig eine

831Marcks, Skizze I.

832„In der syndikalistischen Theorie stellt die Aneignung der Produktionsmittel durch die Arbeiterklasse selbst die ultimative direkte Aktion dar. Den Gewerkschaften kommt dabei vor allem die Rolle zu, Produktion und Konsumtion neu zu organisieren, nach den Prinzipien des Föderalismus und der Partizipation. Der 'syndikalistische Organismus' soll den sozioökonomischen Organismus ablösen und ersetzen. Die syndikalistischen Organisationen sollen deshalb schon in der vorrevolutionären Phase der 'Embryo der kommenden Gesellschaft' sein. Zu diesem Zwecke kann er sogar bereits in der Gegenwart eigene alternative Wirtschaftsstrukturen integrieren. Die 'Rekonfiguration der Gesellschaft' muss dabei nicht auf das Ökonomische beschränkt bleiben; in Form von Sozialorganisationen können auch spezifische Gesellschaftsfelder wie die der Erziehung, des Wohnens, der Kultur usw. einbezogen werden.“ (Marcks, Langweiligste).

833Marcks, Skizze II.

834Rocker, Rudolf, Konstruktiver Sozialismus, in: Rudolf Rocker, Aufsatzsammlung Band 1. 1919-1933, Frankfurt am Main 1980, S. 66-93.

835Marcks, Skizze I.

radikale „Emanzipationslinie [verfolgt], 'ohne die Gegenwart der Zukunft oder die Zukunft der Gegenwart zu opfern' (Pouget).“⁸³⁶

Kommt man hinsichtlich dessen zu dem Ergebnis, dass der Anarcho-Syndikalismus eine überzeugende Transformationsstrategie bietet, wäre damit auch dem Kriterium der potenziellen *Erreichbarkeit* einer Partizipatorischen Ökonomie Genüge getan. Auf diesem Fundament ließe sich dann eine adäquate libertär-sozialistische Transformationstheorie formulieren, welche die Zielbestimmung einer Partizipatorischen Ökonomie mit der syndikalistischen Transformationsstrategie komplementiert. Jedoch müsste auch hierbei stets die Dynamik, die (selbst-)kritische Reflexion und lernfähige Offenheit der emanzipatorischen Theoriebildung beibehalten werden. Oder um mit Gustav Landauer zu sprechen:

*„Die Wirklichkeit ist in der Bewegung, und der wirkliche Sozialismus ist immer nur beginnender, ist immer nur ein solcher, der unterwegs ist.“*⁸³⁷

836Marcks, Langweiligste.

837Landauer, Gustav, Drei Flugblätter (1913), in: <https://www.anarchismus.at/anarchistische-klassiker/gustav-landauer/103-gustav-landauer-drei-flugblaetter> (abgerufen am 08.06.2022).

7 Literaturverzeichnis

- Abdullah, Asya, Die Philosophie des Systems der Demokratischen Autonomie, in: Anja Flach, Ercan Ayboğa u. Michael Knapp, Revolution in Rojava. Frauenbefreiung und Kommunismus zwischen Krieg und Embargo, 4. Aufl., Hamburg 2018, S. 14-20.
- Adamczak, Bini u. Neupert-Doppler, Alexander, 'Ich halte das anti-utopische Bilderverbot für erledigt' – Gespräch mit Bini Adamczak, in: Alexander Neupert-Doppler (Hg.), Konkrete Utopien. Unsere Alternativen zum Nationalismus, Stuttgart 2018, S. 23-38.
- Adorno, Theodor W., Negative Dialektik, in: Theodor W. Adorno. Gesammelte Schriften. Band 6. Negative Dialektik – Jargon der Eigentlichkeit, Frankfurt am Main 1973, S. 7-412.
- Adorno, Theodor W., Resignation, in: Theodor W. Adorno, Gesammelte Schriften. Bd 10.2. Kulturkritik und Gesellschaft, Frankfurt am Main 1977, S. 794-798.
- Adorno, Theodor W. u. Bloch, Ernst, Etwas fehlt... Über die Widersprüche der utopischen Sehnsucht, in: Ernst Bloch, Tendenz – Latenz – Utopie, Frankfurt am Main 1985, S. 350-368.
- Albert, Michael, Die machbare Utopie. Strategien für eine Gesellschaft der Zukunft, Münster 2018.
- Albert, Michael, No Bosses. A New Economy for A Better World, Winchester/Washington 2022.
- Albert, Michael, Parecon. Leben nach dem Kapitalismus, Grafenau/Frankfurt am Main 2006.
- Albert, Michael u. Hahnel, Robin, Looking Forward. Participatory Economics for the Twenty First Century, Cambridge 1991; Vgl. Albert/Hahnel, Political Economy; Vgl. Albert, Michael u. Hahnel, Robin, Participatory Planning, in: Science & Society 56/1, 1992, S. 39-59.
- Albert, Michael u. Hahnel, Robin, Participatory Planning, in: Science & Society 56/1, 1992, S. 39-59.
- Albert, Michael u. Hahnel, Robin, The Political Economy of Participatory Economics, New Jersey 1991.
- Albert, Michael u. Johns, Steven, Debatte zwischen Michael Albert und Steven Johns, in: <https://files.libcom.org/files/Steven-Johns-Michael-Albert-debate.pdf> (abgerufen am 08.06.2022).
- Albert, Michael u. Schweickart, David, Debating Parecon. Die Kontroverse zwischen Michael Albert und David Schweickart, in: <https://zcomm.org/debates-parecon/> (abgerufen am 08.06.2022).
- Albert, Michael u. Tedrow, D. C., Ein Vorschlag zur Güte. Interview mit Michael Albert, in: Direkte Aktion 188, 2008, S. 12f.

- Albert, Michael, Yanis Varoufakis in conversation with Michael Albert, in: <https://www.youtube.com/watch?v=Sn8Bdt1tQkQ> (abgerufen am 08.06.2022).
- Alvaredo, Facundo et al. (Hg.), Die weltweite Ungleichheit. Der World Inequality Report, München 2018.
- Andrés-Gallego, José, Zur Arbeiterbewegung in der Geschichte Spaniens. Gedanken zu einem Neuentwurf, in: Historisches Jahrbuch 99, 1979, S. 304-326.
- Bakunin, Michail, Die Politik der Internationale, Münster 2015.
- Bakunin, Michail, Sozialismus und Freiheit, in: Achim von Borries u. Ingeborg Weber-Brandies (Hg.), Anarchismus. Theorie – Kritik – Utopie, Heidelberg 2013, S. 79-85.
- Barwich, Franz, Der kommunistische Aufbau des Syndikalismus, in: Franz Barwich et al. (Hg.), Arbeiterselbstverwaltung - Räte - Syndikalismus, Berlin 1973, S. 43-62.
- Bastani, Aaron, Fully Automated Luxury Communism. A Manifesto, London/New York 2019.
- Becker, Markus u. Gebauer, Matthias, Heikle Geschäfte, in: <https://www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-einsatz-deutscher-leopard-panzer-in-syrien-bringt-berlin-in-bedraengnis-a-1189401.html> (abgerufen am 08.06.2020).
- Beer, Stafford, Kybernetik und Management, Frankfurt am Main 1967.
- Beevor, Antony, Der Spanische Bürgerkrieg, München 2006.
- Bendel, Oliver, Prototyp, in: <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/prototyp-122469> (abgerufen am 08.06.2022).
- Bernecker, Walther L., Anarchismus und Bürgerkrieg. Zur Geschichte der Sozialen Revolution in Spanien 1936-1939, Hamburg 1978.
- Bernecker Walther L., Der Spanische Bürgerkrieg. Materialien und Quellen, 2. Aufl., Frankfurt am Main 1986.
- Bernecker, Walther L., Kampf der Erinnerungen. Der Spanische Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft 1936-2008, 4. Aufl., Nettersheim 2008.
- Walter L. Bernecker (Hg.), Kollektivismus und Freiheit. Quellen zur Geschichte der Sozialen Revolution in Spanien 1936-1939, München 1980.
- Bernecker, Walther L., Krieg in Spanien. 1936-1939, 2. Aufl., Darmstadt 2005.
- Biehl, Janet, Der libertäre Kommunalismus. Die politische Praxis der Sozialökologie, Grafenau-Döffingen 1998.
- Bloch, Ernst, Abschied von der Utopie?, Frankfurt am Main 1980.

- Boggs, Carl, Marxism, Prefigurative Communism, and the Problem of Workers' Control, in: *Radical America* 11/6 u. 12/1, 1977, S. 99-122.
- Boggs, Carl, Revolutionary Process, Political Strategy, and the Dilemma of Power, in: *Theory and Society* 4/3, 1977, S. 359-393.
- Bohmer, Peter; Chowdhury, Savvina u. Hahnel, Robin, Reproductive Labor and Participatory Economics, in: <https://www.aeaweb.org/conference/2018/preliminary/paper/FnSZ58Gf> (abgerufen am 08.06.2022).
- Bolloten, Burnett, *The Grand Camouflage. The Communist Conspiracy in the Spanish Civil War*, New York 1961.
- Bontrup, Heinz-J., Wirtschaftsdemokratie – endlich umsetzen, in: *SPW – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft* 228/5, 2018, S. 52-46.
- Bookchin, Murray, Communalism. The Democratic Dimension of Anarchism, in: <https://theanarchistlibrary.org/library/murray-bookchin-communalism-the-democratic-dimension-of-anarchism.pdf> (abgerufen am 08.06.2022).
- Bookchin, Murray, Das Kommunalistische Projekt, in: Debbie Bookchin u. Blair Taylor (Hg.), Murray Bookchin. *Die nächste Revolution. Libertärer Kommunalismus und die Zukunft der Linken*, 2. Aufl., Münster 2020, S. 21-51.
- Bookchin, Murray, Deep Ecology, Anarchosyndicalism, and the Future of Anarchist Thought, in: V. A., *Deep Ecology & Anarchism. A Polemic*, in: <https://theanarchistlibrary.org/library/various-authors-deep-ecology-anarchism.pdf> (abgerufen am 08.06.2022), S. 31-39.
- Bookchin, Murray, Die Bedeutung des Konföderalismus, in: Debbie Bookchin u. Blair Taylor (Hg.), Murray Bookchin. *Die nächste Revolution. Libertärer Kommunalismus und die Zukunft der Linken*, 2. Aufl., Münster 2020, S. 89-104.
- Bookchin, Murray, *Die Ökologie der Freiheit. Wir brauchen keine Hierarchien*, Weinheim/Basel 1985.
- Bookchin, Murray, Ecology and Revolutionary Thought, in: Murray Bookchin, *Post-Scarcity Anarchism*, 2. Aufl., Montréal/New York 1986, S. 77-104.
- Bookchin, Murray, Eine Politik des 21. Jahrhunderts, in: Debbie Bookchin u. Blair Taylor (Hg.), Murray Bookchin. *Die nächste Revolution. Libertärer Kommunalismus und die Zukunft der Linken*, 2. Aufl., Münster 2020, S. 65-88.
- Bookchin, Murray, Free Cities. Communalism and the Left, in: <https://theanarchistlibrary.org/library/murray-bookchin-eirik-eiglad-free-cities.pdf> (abgerufen am 08.06.2022).
- Bookchin, Murray, Introduction to the Second Edition, in: Murray Bookchin, *Post-Scarcity Anarchism*, 2. Aufl., Montréal/New York 1986, S. 33-51.

- Bookchin, Murray, Libertarian Municipalism. An Overview, in: <https://theanarchistlibrary.org/library/murray-bookchin-libertarian-municipalism-an-overview.pdf> (abgerufen am 08.06.2022).
- Bookchin, Murray, Libertärer Munizipalismus. Eine Politik der direkten Demokratie, in: Debbie Bookchin u. Blair Taylor (Hg.), Murray Bookchin. Die nächste Revolution. Libertärer Kommunalismus und die Zukunft der Linken, 2. Aufl., Münster 2020, S. 105-118.
- Bookchin, Murray, Municipalization. Community Ownership of the Economy, in: <https://theanarchistlibrary.org/library/murray-bookchin-municipalization.pdf> (abgerufen am 08.06.2022).
- Bookchin, Murray, Post-Scarcity Anarchism, in: Murray Bookchin, Post-Scarcity Anarchism, 2. Aufl., Montréal/New York 1986, S. 53-76.
- Bookchin, Murray, Radical Politics in an Era of Advanced Capitalism, in: Murray Bookchin, Social Ecology and Communalism, Oakland/Edinburgh 2006, S. 53-67.
- Bookchin, Murray, Remaking Society. Pathways to a Green Future, in: <https://theanarchistlibrary.org/library/murray-bookchin-remaking-society.pdf> (abgerufen am 08.06.2022).
- Bookchin, Murray, Städte. Die Entfaltung der Vernunft in der Geschichte, in: Debbie Bookchin u. Blair Taylor (Hg.), Murray Bookchin. Die nächste Revolution. Libertärer Kommunalismus und die Zukunft der Linken, 2. Aufl., Münster 2020, S. 119f., S. 119-129.
- Bookchin, Murray, The Forms of Freedom, in: Murray Bookchin, Post-Scarcity Anarchism, 2. Aufl., Montréal/New York 1986, S. 163-191.
- Bookchin, Murray, The Ghost of Anarcho-Syndicalism, in: <https://theanarchistlibrary.org/library/murray-bookchin-the-ghost-of-anarcho-syndicalism.pdf> (abgerufen am 08.06.2022).
- Bookchin, Murray, The New Municipal Agenda, in: Janet Biehl (Hg.), The Murray Bookchin Reader, Montréal/New York/London 1999, S. 173-196.
- Bookchin, Murray, Thoughts on Libertarian Municipalism, in: <https://theanarchistlibrary.org/library/murray-bookchin-thoughts-on-libertarian-municipalism.pdf> (abgerufen am 08.06.2022).
- Bookchin, Murray, Towards a Liberatory Technology, in: Murray Bookchin, Post-Scarcity Anarchism, 2. Aufl., Montréal/New York 1986, S. 105-161.
- Bookchin-Öcalan Correspondence, in: <https://theanarchistlibrary.org/library/various-authors-bookchin-ocalan-correspondence> (abgerufen am 08.06.2022).
- Borkenau, Franz, Kampfplatz Spanien. Politische und soziale Konflikte im Spanischen Bürgerkrieg. Ein Augenzeugenbericht, Stuttgart 1986.
- Bowles, Samuel, What Markets Can – and Cannot – Do, in: Challenge – The Magazine of Economic Affairs 34/4, 1991, S. 11-16.

- Brand, Ulrich u. Wissen, Markus, Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München 2017.
- Brauns, Nikolaus, Die Kurden in Syrien und die Selbstverwaltung in Rojava, in: Fritz Edlinger (Hg.), Der Nahe Osten brennt. Zwischen Bürgerkrieg und Weltkrieg, Wien 2016, S. 91-112.
- Brenner, Steff, Perspektiven gewinnen. Organisierte Nachbarschaften und Föderationen Hand in Hand!, in: <https://direkteaktion.org/perspektiven-gewinnen-organisierte-nachbarschaften-und-foederationen-hand-in-hand/> (abgerufen am 08.06.2022).
- Brenner, Steff, Warum Stadtteilarbeit syndikalistische Praxis ist, in: <https://direkteaktion.org/warum-stadtteilarbeit-syndikalistische-praxis-ist/> (abgerufen am 08.06.2022).
- Broué, Pierre u. Témime, Émile, Revolution und Krieg in Spanien. Geschichte des spanischen Bürgerkrieges. Erster Teil, Frankfurt am Main 1975.
- Bruchmann, Hanno u. Candeias, Mario, Rebellische Städte – Erfolg oder Frust? Widersprüche surfen – Institutionen aufbrechen, in: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, 2/2016, S. 104-107.
- Brupbacher, Fritz, Marx und Bakunin. Ein Beitrag zur Geschichte der Internationalen Arbeiterassoziation, Potsdam 2013.
- Bruschi, Valeria et al., Arbeitsteilung – Kooperation – Rationalität. Wie viel Planung steckt in Marx?, in: Timo Daum u. Sabine Nuss (Hg.), Die unsichtbare Hand des Plans. Koordination und Kalkül im digitalen Kapitalismus, 2. Aufl., Berlin 2021, S. 25-39.
- Chomsky, Noam, Chomsky on Democracy and Education, New York 2003.
- Chlada, Marvin, Der Wille zur Utopie, Aschaffenburg 2004.
- Chomsky, Noam, On Anarchism, London 2014.
- Chomsky, Noam u. Jay, Peter, The Relevance of Anarcho-Syndicalism. Interview mit Noam Chomsky, in: Barry Pateman (Hg.), Chomsky on Anarchism, Oakland/Edinburgh 2005, S. 133-148.
- Chowdhury, Savvina, Reproductive Labor in a Participatory Economy, in: https://www.youtube.com/watch?v=HU_mpytohpk (abgerufen am 08.06.2022).
- Cockshott, William Paul u. Cottrell, Allin, Alternativen aus dem Rechner. Für sozialistische Planung und direkte Demokratie, 2. Aufl., Köln 2012.
- Collado Seidel, Carlos, Der Spanische Bürgerkrieg. Geschichte eines europäischen Konflikts, 3. Aufl., München 2016.
- Corneo, Giacomo, Bessere Welt. Hat der Kapitalismus ausgedient? Eine Reise durch alternative Wirtschaftssysteme, Berlin 2014.

- Daum, Timo u. Nuss, Sabine (Hg.), Die unsichtbare Hand des Plans. Koordination und Kalkül im digitalen Kapitalismus, 2. Aufl., Berlin 2021.
- Degen, Hans Jürgen u. Knoblauch, Jochen, Anarchismus. Eine Einführung, 5. Aufl., Stuttgart 2019.
- Demirović, Alex et al. (Hg.), VielfachKrise – Im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg 2011.
- Demirović, Alex (Hg.), Wirtschaftsdemokratie neu denken, Münster 2018.
- Demirović, Alex; Lettow, Susanne u. Maihofer, Andrea (Hg.), Emanzipation. Zur Geschichte und Aktualität eines politischen Begriffs, Münster 2019.
- Demirović, Alex, Zur Dialektik von Utopie und bestimmter Negation, in: Christina Kaindl (Hg.), Kritische Wissenschaft im Neoliberalismus, Marburg 2005, S. 143-147.
- Der Gesellschaftsvertrag der Demokratischen Föderation Nordsyrien, in: https://civaka-azad.org/wp-content/uploads/2017/11/Gesellschaftsvertrag_p6.pdf (abgerufen am 08.06.2022).
- Der Gesellschaftsvertrag von Rojava, in: <https://civaka-azad.org/wp-content/uploads/2014/03/info7.pdf> (abgerufen am 08.06.2022).
- Deutscher Gewerkschaftsbund, Mitgliederzahlen 2021, in: <https://www.dgb.de/uber-uns/dgb-heute/mitgliederzahlen/2020-2029> (abgerufen am 08.06.2022).
- Die Gründung der Federación Anarquista Ibérica (FAI) in Valencia (24./25. Juli 1927), in: Walter L. Bernecker (Hg.), Kollektivismus und Freiheit. Quellen zur Geschichte der Sozialen Revolution in Spanien 1936-1939, München 1980, S. 98-104.
- Dolgoff, Sam, The Anarchist Collectives. Workers' Self-Management in the Spanish Revolution 1936-1939, Montréal/New York 1990.
- Döhring, Helge, Anarcho-Syndikalismus. Einführung in die Theorie und Geschichte einer internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung, Lich 2017.
- Döhring, Helge, Anarcho-Syndikalismus in Deutschland 2009, in: Syndikat-A (Hg.), Anarcho-Syndikalismus heute. Die zweite Broschüre, Moers 2009, S. 46-54.
- Eckart, Wolfgang (Hg.), Michael Bakunin. Konflikt mit Marx. Teil 1: Texte und Briefe bis 1870, in: Wolfgang Eckart (Hg.), Michael Bakunin. Ausgewählte Schriften. Band 5, 4. Aufl., Berlin 2013.
- Eckart, Wolfgang (Hg.), Michael Bakunin. Konflikt mit Marx. Teil 2: Texte und Briefe ab 1871. Erster Halbband, in: Wolfgang Eckart (Hg.), Michael Bakunin. Ausgewählte Schriften. Band 6.1, Berlin 2011.

- Eckart, Wolfgang (Hg.), Michael Bakunin. Konflikt mit Marx. Teil 2: Texte und Briefe ab 1871. Zweiter Halbband, in: Wolfgang Eckart (Hg.), Michael Bakunin. Ausgewählte Schriften. Band 6.2, Berlin 2011.
- Elias, Norbert, Thomas Morus' Staatskritik, in: Wilhelm Voßkamp (Hg.), Utopieforschung. Zweiter Band, Frankfurt am Main 1985, S. 101-150.
- Engels, Friedrich, Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, in: MEW 19, 9. Aufl., Berlin 1987, S. 177-228.
- Engels, Friedrich, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring), in: MEW 20, 6. Aufl., Berlin 1975, S. 5-303.
- Eversberg, Dennis u. Schmelzer, Matthias, Über die Selbstproblematisierung zur Kapitalismuskritik. Vier Thesen zur entstehenden Degrowth-Bewegung, in: http://forschungsjournal.de/sites/default/files/downloads/fjsb_2016-1_eversberg_schmelzer.pdf (abgerufen am 08.06.2022).
- Felber, Christian, Die Gemeinwohl-Ökonomie. Eine demokratische Alternative wächst, 2. Aufl., Wien 2017.
- Fest, Joachim, Der zerstörte Traum. Vom Ende des utopischen Zeitalters, Berlin 1991.
- Flach, Anja u. Ayboğa, Ercan; Knapp, Michael, Revolution in Rojava. Frauenbefreiung und Kommunalismus zwischen Krieg und Embargo, 4. Aufl., Hamburg 2018.
- Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten (IV. Genfer Abkommen von 1949), Art. 49, in: https://www.drk.de/fileadmin/user_upload/PDFs/Das_DRK/Materialien/Allgemein/DRK_Genfer_Abkommen_04_Schutz_von_Zivilpersonen.pdf (abgerufen am 08.06.2022).
- Gerlach, Erich, Syndikalismus, in: Franz Barwich et al. (Hg.), Arbeiterselbstverwaltung - Räte - Syndikalismus, Berlin 1973, S. 63-74.
- Gindin, Sam, Socialism for Realists, in: <https://catalyst-journal.com/2018/12/socialism-for-realists> (abgerufen am 08.06.2022).
- Gorkin, Julián, Stalins langer Arm. Die Vernichtung der freiheitlichen Linken im spanischen Bürgerkrieg, Köln 1980.
- Götsch, Katharina, Marktsozialismus – Die Linke auf der Suche nach einer neuen Theorie, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 155, 39. Jg./Nr. 2, 2009, S. 229-247.
- Graeber, David u. Wengrow, David, Anfänge. Eine neue Geschichte der Menschheit, Stuttgart 2022.
- Grässlin, Jürgen, Schwarzbuch Waffenhandel. Wie Deutschland am Krieg verdient, 2. Aufl., München 2013.

- Groos, Jan, Distributierter Sozialismus – Ein Anfang, in: Timo Daum u. Sabine Nuss (Hg.), Die unsichtbare Hand des Plans. Koordination und Kalkül im digitalen Kapitalismus, 2. Aufl., Berlin 2021, S. 184-199.
- Habermann, Friederike, Ecommony. UmCARE zum Miteinander, Sulzbach am Taunus 2016.
- Hahnel, Robin, Bruch mit dem Kapitalismus, in: Robin Hahnel u. Erik Olin Wright, Alternativen zum Kapitalismus. Vorschläge für eine demokratische Ökonomie, Berlin 2021, S. 163–208.
- Hahnel, Robin, Democratic Economic Planning, London/New York 2021.
- Hahnel, Robin, Economic Justice and Democracy. From Competition to Cooperation, New York/London 2005.
- Hahnel, Robin, Forumsdebatte zu 'International Financial Investment', in: <https://forum.participatoryeconomy.org/t/international-financial-investment/166> (abgerufen am 08.06.2022).
- Hahnel, Robin, Participatory Economy and The Commons, in: <https://participatoryeconomy.org/participatory-economics-and-the-commons/> (abgerufen am 08.06.2022).
- Hahnel, Robin, Partizipatorische Ökonomie. Eine Verteidigung, in: Robin Hahnel u. Erik Olin Wright (Hg.), Alternativen zum Kapitalismus. Vorschläge für eine demokratische Ökonomie, Berlin 2021, S. 78–112.
- Hahnel, Robin, Plädoyer für eine partizipatorische Ökonomie, in: Robin Hahnel u. Erik Olin Wright (Hg.), Alternativen zum Kapitalismus. Vorschläge für eine demokratische Ökonomie, Berlin 2021, S. 11-28.
- Hahnel, Robin, Robin Hahnel Interview on Participatory Economics – Part 1A – Housing & Land, in: <https://aftertheoligarchy.com/2022/01/25/robin-hahnel-interview-on-participatory-economics-part-1a/> (abgerufen am 08.06.2022).
- Hahnel, Robin, Robin Hahnel Interview on Participatory Economics – Part 3 – Worker Councils, Efficiency, Labour Cost, Automation, in: <https://aftertheoligarchy.com/2022/03/17/robin-hahnel-interview-on-participatory-economics-part-3-worker-councils-social-benefit-labour-cost-automation/> (abgerufen am 08.06.2022).
- Hahnel, Robin, Robin Hahnel Interview on Participatory Economics – Part 5 – Optimal Plan, Enterprise Incentives, Worker Control, Consumer Satisfaction, in: <https://aftertheoligarchy.com/2022/04/20/robin-hahnel-interview-on-participatory-economics-part-5-optimal-plan-enterprise-incentives-worker-control-consumer-satisfaction/> (abgerufen am 08.06.2022).
- Hahnel, Robin, The Case against Markets, in: Journal of Economic Issues 41 Nr. 4, 2007, S. 1139-1159.
- Hahnel, Robin, Vortrag: Participatory Economics Robin Hahnel. Part 3/3 – Q&A, in: https://www.youtube.com/watch?v=2SIXF36x_qo (abgerufen am 08.06.2022).

- Hahnel, Robin, What's Wrong with Markets?, in: <https://participatoryeconomy.org/whats-wrong-with-markets/> (abgerufen am 08.06.2022).
- Hahnel, Robin u. Wright, Erik Olin, Alternativen zum Kapitalismus. Vorschläge für eine demokratische Ökonomie, Berlin 2021.
- Harvey, David, Rebellische Städte. Vom Recht auf Stadt zur urbanen Revolution, 5. Aufl., Berlin 2021.
- Hayek, Friedrich August von, Die Verwertung des Wissens in der Gesellschaft, in: Friedrich August von Hayek, Gesammelte Schriften in deutscher Sprache. Band 1. Wirtschaftstheorie und Wissen. Aufsätze zur Erkenntnis- und Wissenschaftslehre, Tübingen 2007, S. 57-70.
- Hayek, Friedrich August von, The Use of Knowledge in Society, in: The American Economic Review 35/4, 1945, S. 519-530.
- Heinrich, Michael, Kritik der politischen Ökonomie. Eine Einführung, 14. Aufl., Stuttgart 2018.
- IPCC, Climate Change 2022. Impacts, Adaptation and Vulnerability, in: https://www.ipcc.ch/report/ar6/wg2/downloads/report/IPCC_AR6_WGII_FinalDraft_Full-Report.pdf (abgerufen am 08.06.2022).
- IWW, Präambel. Satzung und Statuten der Industrial Workers of the World, in: <https://archive.iww.org/PDF/German/SatzungIWW2013.pdf> (abgerufen am 08.06.2022).
- Jordan, Stefan, Francis Fukuyama und das „Ende der Geschichte“, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 6/2009, H. 1, S. 159-163.
- Kasmir, Sharryn, The Mondragon Cooperatives and Global Capitalism. A Critical Analysis, in: New Labor Forum 25/1, 2016, S. 52-59.
- Keynes, John Maynard, National Self-Sufficiency, in: Studies: An Irish Quarterly Review 22 1933, Nr. 86, S. 183 (S. 177–193).
- Klauke, Sebastian, Kapital & Krise. Zur Theorie der Multiplen Krise des Kapitalismus, Berlin 2022.
- Koehlin, Heiner, Die Tragödie der Freiheit. Spanien 1936-1937. Die Spanische Revolution. Ideen und Ereignisse, Berlin 1984.
- Konicz, Tomasz, Kapitalkollaps. Die finale Krise der Weltwirtschaft, 2. Aufl., Hamburg 2019.
- Kraushaar, Wolfgang, 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur, Hamburg 2000.
- Krätke, Michael R., Wirtschaftsdemokratie und Marktsozialismus, in: <https://www.praxisphilosophie.de/kraetkewd.pdf> (abgerufen am 08.06.2022).

- Kropotkin, Peter, Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1975.
- Kropotkin, Peter, Syndikalismus und Anarchismus, in: https://www.fau.org/materialien/historisches/art_0805
31-175638 (abgerufen am 08.06.2022).
- Landauer, Gustav, Aufruf zum Sozialismus, in: <https://www.anarchismus.at/anarchistische-klassiker/gustav-landauer/5913-gustav-landauer-aufruf-zum-sozialismus-teil-2> (abgerufen am 08.06.2022).
- Landauer, Gustav, Die Revolution, in: Martin Buber (Hg.), Die Gesellschaft. Sammlung sozialpsychologischer Monographien. Band 13, Frankfurt am Main 1907.
- Landauer, Gustav, Drei Flugblätter (1913), in: <https://www.anarchismus.at/anarchistische-klassiker/gustav-landauer/103-gustav-landauer-drei-flugblaetter> (abgerufen am 08.06.2022).
- Lemân, Gudrun, Arbeiterselbstverwaltung in Jugoslawien. Teil 1. Probleme der demokratischen Unternehmensleitung und der Einkommensverteilung im selbstverwalteten Betrieb, Köln 1973.
- Lenin, Wladimir Iljitsch, Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution, in: Lenin Werke 25, 4. Aufl., Berlin 1974, S. 393-507.
- Lenin, Wladimir Iljitsch, Unser Programm, in: W.I. Lenin Werke. Band 4, Berlin 1955, S. 204-208.
- Leval, Gaston, Kollektive in Spanien, in: Achim von Borries u. Ingeborg Weber-Brandies (Hg.), Anarchismus. Theorie, Kritik, Utopie, Heidelberg 2013, S. 289-301.
- Maahs, Ina-Maria, Utopie und Politik. Potenziale kreativer Politikgestaltung, Bielefeld 2019.
- Malatesta, Errico, Anarchismus und Gewerkschaften, in: Achim von Borries u. Ingeborg Weber-Brandies (Hg.), Anarchismus. Theorie – Kritik – Utopie, Heidelberg 2013, S. 247-253.
- Malatesta, Errico, Ein anarchistisches Programm, in: Achim von Borries u. Ingeborg Weber-Brandies (Hg.), Anarchismus. Theorie – Kritik – Utopie, Heidelberg 2013, S. 229-246.
- Malatesta, Errico, Syndikalismus und Anarchismus, in: <https://www.anarchismus.at/texte-anarchosyndikalismus/anarchosyndikalistische-theorie/685-errico-malatesta-syndikalismus-und-anarchismus?t%E2%80%A6%203/3> (abgerufen am 08.06.2022).
- Marcks, Holger, Das Langweiligste der Welt. Die Gewerkschaft als Mittel der Transformation. Zur Theorie der gesellschaftlichen Veränderung im Syndikalismus, in: <https://direkteaktion.org/195-das-langweiligste-der-welt/> (abgerufen am 08.06.2022).
- Marcks, Holger, Hand in Hand. Das Konzept der Wirtschaftsföderation als Baustein einer syndikalistischen Transformationsstrategie, in: Direkte Aktion 193, 2009, S. 13.

- Marcks, Holger, Skizze eines konstruktiven Sozialismus. Teil 1, in: <https://direkteaktion.org/skizze-eines-konstruktiven-sozialismus-teil-1/> (abgerufen am 08.06.2022).
- Marcks, Holger, Skizze eines konstruktiven Sozialismus. Teil 2, in: <https://direkteaktion.org/skizze-eines-konstruktiven-sozialismus-teil-2/> (abgerufen am 08.06.2022).
- Marcks, Holger, Skizze eines konstruktiven Sozialismus. Teil 3, in: <https://direkteaktion.org/skizze-eines-konstruktiven-sozialismus-teil-3/> (abgerufen am 08.06.2022).
- Marcks, Holger, Transnational ist besser. Stand und Perspektiven des Syndikalismus, in: https://www.iz3w.org/zeitschrift/ausgaben/367_anarchismus/marcks (abgerufen am 08.02.2022).
- Marcks, Holger u. Zimmermann, Felix, Zurück nach vorn. Ein sozialrepublikanisches Panorama. Kapitel V. Der Weg des konstruktiven Sozialismus. Demokratisierung als Sozialisierung, in: <https://soziale-republik.org/der-weg-des-konstruktiven-sozialismus-demokratisierung-als-sozialisierung> (abgerufen am 08.06.2022).
- Marcks, Holger u. Zimmermann, Felix, Zurück nach vorn. Ein sozialrepublikanisches Panorama. Kapitel VI. Abtragen und Aufbauen. Die Konstitutionalisierung der sozialen Sphären, in: <https://soziale-republik.org/abtragen-und-aufbauen-die-konstitutionalisierung-der-sozialen-sphaeren> (abgerufen am 08.06.2022).
- Marcuse, Herbert, Das Ende der Utopie. Vorträge und Diskussionen in Berlin 1967, Frankfurt am Main 1980.
- Margulis, Lynn, Der symbiotische Planet oder Wie die Evolution wirklich verlief, Frankfurt am Main 2021.
- Marx, Karl, Brief an Joseph Weydemeyer. 5. März 1852, in: MEW 28, Berlin 1963, S. 503-509.
- Marx, Karl, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, in: MEW 23, Berlin 1962.
- Marx, Karl, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Dritter Band, in: MEW 25, Berlin 1964.
- Marx, Karl, Der „Débat social“ vom 6. Februar über die Association démocratique in: MEW 4, 8. Aufl., Berlin 1977, S. 511-513.
- Marx, Karl, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW Band 42, Berlin 1983.
- Marx, Karl, Konspekt von Bakunins „Staatlichkeit und Anarchie“, in: MEW 18, 6. Aufl., Berlin 1976, S. 597-642.

- Marx, Karl, Kritik des Gothaer Programms, in: MEW 19, 9. Aufl., Berlin 1987, S. 11-32.
- Marx, Karl u. Engels, Friedrich, Die Deutsche Ideologie, in: MEW 3, 5. Aufl., Berlin 1978, S. 9-77.
- Marx, Karl u. Engels, Friedrich, Die heilige Familie oder Kritik der kritischen Kritik. Gegen Bruno Bauer und Konsorten, in: MEW 2, 4. Aufl., Berlin 1962, S. 3-223.
- Marx, Karl u. Engels, Friedrich, Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW 4, 8. Aufl., Berlin 1977, S. 459-493.
- Mises, Ludwig von, Economic Calculation in the Socialist Commonwealth, in: https://cdn.mises.org/economic_calculation_in_the_socialist_commonwealth.pdf (abgerufen am 08.06.2022).
- Moltó, Salomé, Arbeiterkollektive im Spanischen Bürgerkrieg, in: Kurswechsel 1, 2005, S. 42-46.
- Morus, Thomas, Utopie, Stuttgart 2003.
- Neupert-Doppler, Alexander, Utopie. Vom Roman zur Denkfigur, Stuttgart 2015.
- Negt, Oskar, Nur noch Utopien sind realistisch. Politische Interventionen, Göttingen 2012.
- Neumann, Matthias, Parecon – kein Modell für eine solidarische Gesellschaft, in: Tanja Carstensen, Melanie Groß u. Kathrin Schrader (Hg.), Care – Sex – Net – Work. Feministische Kämpfe und Kritiken der Gegenwart, Münster 2016, S. 105-111.
- Notz, Gisela, Theorien alternativen Wirtschaftens. Fenster in eine andere Welt, 2. Aufl., Stuttgart 2012.
- Nowak, Jörg, Ein bisschen verboten: Politischer Streik, in: <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/netzdebatte/219308/ein-bisschen-verboten-politischer-streik/#node-content-title-0> (abgerufen am 08.06.2022).
- Orwell, George, Mein Katalonien. Bericht über den Spanischen Bürgerkrieg, Zürich 1975.
- Öcalan, Abdullah, Demokratischer Konföderalismus, Neuss 2012.
- Pelloutier, Fernand, Der Anarchismus und die Gewerkschaften, in: https://www.fau.org/materialien/historisches/art_040126-204754 (abgerufen am 08.06.2022).
- Phillips, Leigh u. Rozworski, Michal, The People's Republic of Walmart. How the World's Biggest Corporations Are Laying the Foundation for Socialism, London/New York 2019.
- Popper, Karl, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde I. Der Zauber Platons, 4. Aufl., München 1974.

- Popper, Karl, Utopie und Gewalt, in: Karl Popper, Vermutungen und Widerlegungen. Das Wachstum der wissenschaftlichen Erkenntnis. Teilband II Widerlegungen, Tübingen 1997, S. 515-527.
- Reißig, Rolf, Neue Transformation. Eine theoretische Konzeptualisierung und gesellschafts-politische Problematisierung, in: Michael Brie (Hg.), Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren? Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 2, Hamburg 2015, S. 107-141.
- Richards, Vernon, Lessons of the Spanish Revolution (1936-1939), 4. Aufl., London 1995.
- Rocker, Rudolf, Anarchismus und Anarchosyndikalismus, in: <https://anarchistischebibliothek.org/library/rudolf-rocker-anarchismus-und-anarcho-syndikalismus.pdf> (abgerufen am 08.06.2022).
- Rocker, Rudolf, Anarchismus und Organisation, Berlin 1981.
- Rocker, Rudolf, Anarcho-Syndikalismus, Moers 2021.
- Rocker, Rudolf, Gefahren der Revolution, in: Rudolf Rocker, Aufsatzsammlung Band 2. 1949-1953, Frankfurt am Main 1980, S. 106-116.
- Rocker, Rudolf, Konstruktiver Sozialismus, in: Rudolf Rocker, Aufsatzsammlung Band 1. 1919-1933, Frankfurt am Main 1980, S. 66-93.
- Rocker, Rudolf, Nachbarn der Anarchisten, in: Rudolf Rocker, Aufsatzsammlung Band 1. 1919-1933, Frankfurt am Main 1980, S. 97-101.
- Rocker, Rudolf, Organisation und Freiheit, in: Rudolf Rocker, Aufsatzsammlung Band 1. 1919-1933, Frankfurt am Main 1980, S. 105-109.
- Rocker, Rudolf, Prinzipienklärung des Syndikalismus (1919), in: Franz Barwich et al., Arbeiterselbstverwaltung – Räte – Syndikalismus, Berlin 1973, S. 8-42.
- Rocker, Rudolf, Revolutionsmythologie und revolutionäre Wirklichkeit, in: Rudolf Rocker, Aufsatzsammlung Band 2. 1949-1953, Frankfurt am Main 1980.
- Rocker, Rudolf, Syndikalismus und Staat, in: <https://www.anarchismus.at/texte-anarchosyndikalismus/artikel-aus-der-syndikalist/726-rudolf-rocker-syndikalismus-und-staat> (abgerufen am 08.06.2022).
- Rudnicka, J., Anzahl der Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) von 1994 bis 2021, in: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/3266/umfrage/mitgliedszahlen-des-dgb-seit-dem-jahr-1994/> (abgerufen am 08.06.2022).
- Rüdiger, Helmut, Anarchosyndikalismus, in: Franz Barwich et al., Arbeiterselbstverwaltung – Räte – Syndikalismus, Berlin 1973, S. 75-92.

- Rüdiger, Helmut, Konstruktive Gegenwartsaufgaben des Syndikalismus, in: <https://www.anarchismus.at/texte-anarchosyndikalismus/anarchosyndikalistische-theorie/7698-helmut-ruediger-konstruktive-gegenwartsaufgaben-des-syndikalismus> (abgerufen am 08.06.2022).
- Rüdiger, Helmut, Konstruktive Zukunftsaufgaben des Sozialismus, in: <https://www.anarchismus.at/texte-anarchosyndikalismus/anarchosyndikalistische-theorie/7697-helmut-ruediger-konstruktive-zukunftsaufgaben-des-syndikalismus> (abgerufen am 08.06.2022).
- Saage, Richard, Benötigen wir politische Utopien zur Bewältigung der Probleme des 21. Jahrhunderts?, in: Reinhard Engelland (Hg.), Utopien, Realpolitik und Politische Bildung. Über die Aufgaben Politischer Bildung angesichts der politischen Herausforderungen am Ende des Jahrhunderts, Opladen 1997, S. 13-23.
- Saage, Richard, Das Ende der politischen Utopie?, Frankfurt am Main 1990.
- Saage, Richard, Reflexionen über die Zukunft der politischen Utopie, in: Richard Saage (Hg.), Hat die politische Utopie eine Zukunft?, Darmstadt 1992, S. 152-165.
- Saage, Richard, Utopieforschung. Band I: An den Bruchstellen der Epochenwende von 1989, 2. Aufl., Berlin 2008.
- Saage, Richard, Utopieforschung. Band II: An der Schwelle des 21. Jahrhunderts, Berlin 2008.
- Saage, Richard, Utopische Horizonte. Zwischen historischer Entwicklung und aktuellem Geltungsanspruch, Berlin 2010.
- Sandström, Anders, Anarchist Accounting. Accounting Principles for a Democratic Economy, London/New York 2021.
- Sandström, Anders, Innovation, in: <https://participatoryeconomy.org/innovation/> (abgerufen am 08.06.2022).
- Sandström, Anders, Product Categorisation and Costing in a Participatory Economy, in: <https://participatoryeconomy.org/product-categorisation-and-costing-in-a-participatory-economy/> (abgerufen am 08.06.2022).
- Saña, Heleno, Die libertäre Revolution. Die Anarchisten im spanischen Bürgerkrieg, Hamburg 2001.
- Schmelzer, Matthias u. Passadakis, Alexis, Postwachstum. Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte, Hamburg 2011.
- Schmidinger, Thomas, Krieg und Revolution in Syrisch-Kurdistan. Analysen und Stimmen aus Rojava, Wien 2014.
- Schölderle, Thomas, Geschichte der Utopie. Eine Einführung, 2. Aufl., Köln/Weimar/Wien 2017.

- Schroeder, Wolfgang u. Greef, Samuel, Unternehmensverbände und Gewerkschaften. Mitgliederstand und verbandspolitische Reichweite, in: <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/langewege-der-deutschen-einheit/309846/unternehmerverbaende-und-gewerkschaften-mitgliederstand-und-verbandspolitische-reichweite/?type=galerie&show=image&i=309858> (abgerufen am 08.06.2022).
- Schröter, Jens, Die sozialistische Kalkulationsdebatte und die Commons, in: Timo Daum u. Sabine Nuss (Hg.), Die unsichtbare Hand des Plans. Koordination und Kalkül im digitalen Kapitalismus, 2. Aufl., Berlin 2021, S. 171-183.
- Schweickart, David, Economic Democracy. An Ethically Desirable Socialism That Is Economically Viable, in: https://thenextsystem.org/sites/default/files/2017-08/NewSystems_DavidSchweickart.pdf (abgerufen am 08.06.2022).
- Schweickart, David, 'I Still Think It's Nonsense'. Schweickarts Erwiderung in der Debatte mit Michael Albert, in: <https://zcomm.org/znetarticle/i-still-think-its-nonsense-by-david-schweickart/> (abgerufen am 08.06.2022).
- Schweickart, David, Nonsense on Stilts: Michael Albert's Parecon, in: <http://dschwei.sites.luc.edu/parecon.pdf> (abgerufen am 08.06.2022).
- Schweickart, David, There is An Alternative: Economic Democracy & Participatory Economics – A Debate. David Schweickart's Presentation, in: Allard Jenna, Davidson Carl u. Matthaei Julie (Hg.), Solidarity Economy: Building Alternatives for People and Planet. Papers and Reports from the U.S. Social Forum 2007, Chicago 2008, S. 47-56.
- Schwendter, Rolf, Utopie. Überlegungen zu einem zeitlosen Begriff, Berlin 1994.
- Séville, Astrid, „There is no alternative“. Politik zwischen Demokratie und Sachzwang, Frankfurt 2017.
- Shalom, Stephen R., A political system for a good society, in: <https://participatoryeconomy.org/a-political-system-for-a-good-society-stephen-shalom/> (abgerufen am 08.06.2022).
- Shalom, Stephen R., Decision-Making in a Good Society: The Case for Nested Council, in: <https://metacpc.org/wp-content/uploads/2021/12/8EN-mWP-Shalom-Decision-Making-in-a-Good-Society-1.pdf> (abgerufen am 08.06.2022).
- Shalom, Stephen R., ParPolity: Political Vision for a Good Society, in: https://www.academia.edu/11670861/ParPolity_Political_Vision_for_a_Good_Society (abgerufen am 08.06.2022).
- Soucy, Augustin, Nacht über Spanien. Bürgerkrieg und Revolution in Spanien 1936-39, 10. Aufl., Frankfurt am Main 2007.
- Sörensen, Paul, Präfiguration. Zur Politizität einer transformatorischen Praxis.
- Sörensen, Paul, Widerstand findet Stadt. Präfigurative Praxis als transnationale Politik 'rebellischer Städte', in: Zeitschrift für Politische Theorie, 1/2019, S. 29-48.

- Stowasser, Horst, Anarchie! Idee – Geschichte – Perspektiven, 7. Aufl., Hamburg 2020.
- Sutterlütti, Simon u. Meretz, Stefan, Kapitalismus aufheben. Eine Einladung, über Utopie und Transformation neu nachzudenken, Hamburg 2008.
- Veith, Martin, Die anarcho-syndikalistische Gewerkschaft, Moers o.J.
- Wallace-Wells, David, Die unbewohnbare Erde. Leben nach der Erderwärmung, München 2021.
- Wemheuer, Felix, Marktsozialismus. Eine kontroverse Debatte, Wien 2021.
- Wetzel, Anne, Das Konzept der Pfadabhängigkeit und seine Anwendungsmöglichkeiten in der Transformationsforschung, in: <https://d-nb.info/98847946X/34> (abgerufen am 08.06.2022).
- Weyand, Jan, Klasse, Klassenkampf, Geschichte, in: Ingrid Artus et al., Marx für SozialwissenschaftlerInnen. Eine Einführung, Wiesbaden 2014, S. 51-81.
- Wilde, Oscar, The Soul of Man under Socialism, in: <https://www.marxists.org/reference/archive/wilde-oscar/soul-man/> (abgerufen am 08.06.2022).
- Wimmer, Christopher, Befreiung durch Technik? 'General intellect' und 'kapitalistische Produktionsweise' bei Marx, in: Timo Daum u. Sabine Nuss (Hg.), Die unsichtbare Hand des Plans. Koordination und Kalkül im digitalen Kapitalismus, 2. Aufl., Berlin 2021, S. 157-170.
- Winker, Gabriele, Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft, Bielefeld 2015.
- Wissenschaftliche Dienste des deutschen Bundestages, Völkerrechtliche Aspekte der türkischen Militäroperation 'Friedensquelle' in Nordsyrien, in: <https://www.bundestag.de/resource/blob/663322/fd65511209aad5c6a6eae95eb779fcba/WD-2-116-19-pdf-data.pdf> (abgerufen am 08.06.2020).
- Wissenschaftliche Dienste des deutschen Bundestages, Völkerrechtliche Bewertung der 'Operation Olivenzweig' der Türkei gegen die kurdische YPG in Nordsyrien, in: <https://www.bundestag.de/resource/blob/546854/07106ad6d7fc869307c6c7495eda3923/wd-2-023-18-pdf-data.pdf> (abgerufen am 08.06.2022).
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages. Fachbereich VI: Arbeit und Soziales, Generalstreik - Rechtliche Bedingungen und Streikkultur im Vergleich, in: <https://www.bundestag.de/resource/blob/411676/1d0739e54a2a47a77ccb8ac1500c271a/wf-vi-103-06-pdf-data.pdf> (abgerufen am 08.06.2022).
- Wright, Erik Olin, Durch Realutopien den Kapitalismus transformieren, in: Michael Brie (Hg.), Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren? Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 2, Hamburg 2015, S. 59-106.
- Wright, Erik Olin, Partizipatorische Ökonomie. Eine solidarische Kritik, in: Robin Hahnel u. Erik Olin Wright (Hg.), Alternativen zum Kapitalismus. Vorschläge für eine demokratische Ökonomie, Berlin 2021, S. 29-77.

Wright, Erik Olin, Reale Utopien. Wege aus dem Kapitalismus, Berlin 2017.

Wright, Erik Olin, Sozialismus und Realutopien, in: Robin Hahnel u. Erik Olin Wright, Alternativen zum Kapitalismus. Vorschläge für eine demokratische Ökonomie, Berlin 2021, S. 113-162.

Zelik, Raul, Rebellische Städte – Erfolg oder Frust? Im Treibsand der Institutionen, in: Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 2/2016, S. 98-103.